

CLASSIFICATION

SECURITY INT

25X1A

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT NO. [REDACTED]

INFORMATION REPORT

CD NO. [REDACTED]

25X1A

COUNTRY Germany (Russian Zone)

DATE DISTR. 12 Dec. 1951

SUBJECT Agricultural Financing in the DDR

NO. OF PAGES 1

PLACE ACQUIRED 25X1A

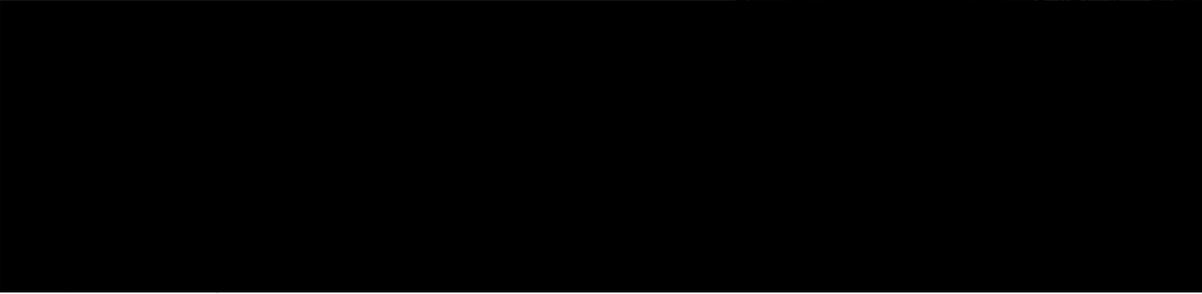
NO. OF ENCLS. 7 (6 booklets;
(LISTED BELOW) 1 photostated
rot. (87 pgs.))

DATE OF INFO ACQUIRED [REDACTED]

THIS DOCUMENT HAS AN ENCLOSURE ATTACHED
DO NOT DETACH

SUPPLEMENT TO REPORT NO.

25X1X



I. The attached material is forwarded to you for retention [REDACTED]

25X1A

- a. Four issues of the official DDR publication entitled "Innerbetriebliche Schulung fuer die Mitarbeiter in den Verwaltungen der DDR", Nos. 45-48, entitled:
 - 1) No. 45: Harvesting without loss, good and properly-timed fall planting - an important problem of government administration;
 - 2) No. 46: The tasks of agriculture in the DDR, Part I; Development and structure of agriculture;
 - 3) No. 47: Ditto, Part II: The development of the exchange of goods between city and country;
 - 4) No. 48: Ditto, Part III: Planning in agriculture.
- b. A brochure published in January 1951 entitled "Guidebook on "New-Farmer" credits and their processing". (2 copies)
- c. An 87-page lecture course for managers of local cooperatives (BHG's) in the DDR, delivered at the DDR agricultural finance school in Radebeul in May and June 1951 by Dr. Struck of the Deutsche Bauernbank, Berlin.

CLASSIFICATION

STATE	NAVY	NSRB	25X1A	SECRET															
ARMY	AIR			SECRET															

SM

SECRET

**Innerbetriebliche Schulung
für die
Mitarbeiter in den Verwaltungen
der
Deutschen Demokratischen Republik**

CPYRGH
T

**Die Aufgaben der Landwirtschaft
in der Deutschen Demokratischen Republik**

**Teil III
Die Planung in der Landwirtschaft**

SECRET

25X1A

1951/NUMMER

48

Methodische Anleitung

zum Thema

Die Aufgaben der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik

Teil II

Die Entfaltung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land

(2 Stunden)

I. Kurze Einführung in das Thema

Der Warenumsatz zwischen Stadt und Land — ein wichtiges Mittel zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern.

Unter kapitalistischen Bedingungen trägt der Handel in der Landwirtschaft zur Verelendung der werktätigen Bauern bei (Preisschere, übermäßige ausländische Agrarimporte usw.).

Planmäßige Entwicklung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land in der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage des volkseigenen Handels. Die

staatliche Regulierung des Handels dient der Ausschaltung der Spekulation, der Festigung der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften und ihrer weiteren Heranziehung an unseren planmäßigen Aufbau.

Die Versorgung der Bauern mit Industriewaren erfolgt durch den volkseigenen Großhandel (DHZ) und die VdgB (BHG); dadurch Verkürzung und Verbilligung der Warenwege und bevorzugte Ausrüstung der Klein- und Mittelbauern mit Produktionsmitteln.

Die Erfassung und der Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse vollziehen sich in verschiedenen Formen, durch die die Interessen der Bauern mit den Interessen der Gesellschaft in Übereinstimmung gebracht werden.

Unser demokratischer Staat versorgt, gestützt auf den volkseigenen Sektor der Volkswirtschaft, die Landwirtschaft zur Steigerung ihrer Produktion planmäßig mit Industriewaren. Die Bauern liefern, durch staatliche Maßnahmen gefördert — hohe Aufkaufpreise, Ablieferungsvergünstigungen —, ihre Erzeugnisse an die staatlichen Organe.

Eine Hauptmethode zur stärkeren planmäßigen Entfaltung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land ist der Abschluß von Verträgen, die am besten sowohl den Erfordernissen der Planung wie auch den Wünschen der Bauern entsprechen.

II. Seminarfragen:

1. Warum ist die Steigerung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land ein Mittel zur Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauern?

Je mehr Industrieerzeugnisse die Arbeiter den Bauern zur Verfügung stellen, um so schneller kann die Steigerung der Erträge und der Produktivität der Landwirtschaft gehoben werden. Damit sind die Bauern in der Lage und verpflichtet, größere Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung und der Industrie zur Verfügung zu stellen. Durch die Hilfe der Arbeiterklasse, die Förderungsmaßnahmen unseres demokratischen Staates, durch den gesicherten Absatz ihrer Erzeugnisse zu an-

gemessenen Preisen erkennen die Bauern, daß der Weg der Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Vorhut, der Partei der Arbeiterklasse, der richtige ist. Die Bauern erkennen täglich, daß nur das feste Bündnis mit der Arbeiterklasse auch ihre Lage verbessert.

2. Warum ist die richtige Differenzierung eine wichtige Maßnahme für die demokratische Entwicklung auf dem Dorf?

Durch eine richtige Differenzierung werden die landwirtschaftlichen Betriebe entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Ablieferungspflicht und damit zur Sicherung der Volksernährung herangezogen.

Durch die aktive Beteiligung aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf dem Dorf wird verhindert, daß die Hauptlast der Ablieferung auf die Schultern der Klein- und Mittelbauern gelegt wird, und erreicht, daß jeder Betrieb entsprechend seiner wirklichen Leistungsfähigkeit zur Ablieferung herangezogen wird. Sie stärkt das demokratische Bewußtsein der Klein- und Mittelbauern und mobilisiert sie zur Mitarbeit an der Lösung staatlicher Aufgaben.

3. Welche Bedeutung haben die Schweinemastverträge?

Sie erschließen in den bäuerlichen Betrieben neue Reserven und tragen zur Festigung insbesondere der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften bei, da deren Schwergewicht auf der Viehzucht liegt. Sie haben wesentlichen Anteil an der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fett und ermöglichen die weitere Vertiefung des Planprinzips in der Landwirtschaft. Durch die Verträge, die zwischen bäuerlichen Wirtschaften über die VdgB (BHG) mit den volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben abgeschlossen werden, haben die staatlichen Planungsorgane eine sichere Grundlage für die Versorgungsplanung der Bevölkerung.

Durch Mastverträge mit Industriebetrieben und kommunalen Schweinemästereien können zusätzliche Reserven für die Volksernährung erschlossen werden.

4. Wie können die Organe der staatlichen Verwaltung zur Steigerung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land beitragen ?

Durch richtige Planung und Kontrolle der Produktion, so daß für die Landwirtschaft die benötigten Produktionsmittel termin- und sortimentsgerecht und in hoher Qualität hergestellt werden;

durch Verkürzung und Beschleunigung des Warenweges, indem die Handelsorgane richtig angeleitet und kontrolliert werden, daß die Industriewaren schnell verteilt und an die richtigen Orte gebracht werden, daß ihre Verteilung in Übereinstimmung mit den Dorfwirtschaftsplänen in erster Linie zugunsten der schwächeren klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften erfolgt, um deren Leistungsfähigkeit zu steigern;

durch richtige Organisierung der Erfassung und des Aufkaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse und gewissenhafte Durchführung der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für die werktätigen Bauern;

durch vorbildliche, unbürokratische Verwaltungsarbeit und ständige Aufklärung der Bauern über die Bedeutung und die Ziele der staatlichen Maßnahmen in der Landwirtschaft.

Zur gründlichen Vorbereitung empfehlen wir das Studium folgender Literatur:

Verordnung über den Abschluß von Schweinemastverträgen vom 21. Juni 1951, Gesetzbl. Nr. 78 vom 29. Juni 1951.

H. Straß: Über die Arbeit der VVEAB. Die Wirtschaft, Nr. 47 vom 24. November 1950.

Die nächste Schulung behandelt das Thema: „Die Planung in der Landwirtschaft“.

Zur Vorbereitung dieses Themas empfehlen wir das Studium folgender Literatur:

Rau: Die Aufgaben der Landwirtschaft im ersten Jahr des Fünfjahrplanes. Einheit, Heft 5, März 1951.

Verleih: Wunschanbaupläne — Stimmen für friedlichen Aufbau. Die Wirtschaft, Nr. 24/51 vom 15. Juni 1951.

Nur für innerbetriebliche
Schulung verwenden!

NUMMER 48

**Innerbetriebliche Schulung für die Mitarbeiter in den
Verwaltungen der Deutschen Demokratischen Republik**

HERAUSGEBER: MINISTERIUM DES INNEREN
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

**Die Aufgaben der Landwirtschaft
in der Deutschen Demokratischen Republik**

Teil III

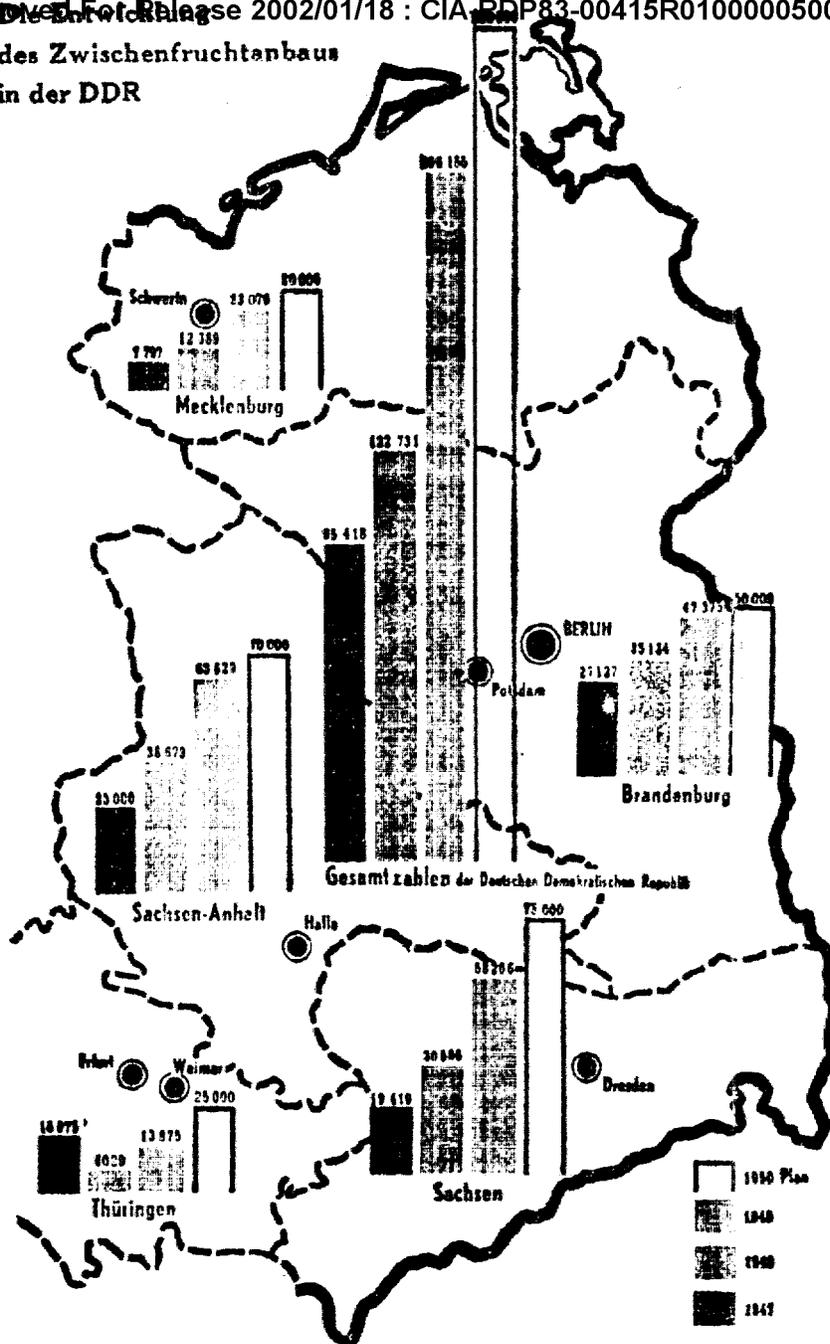
Die Planung in der Landwirtschaft

In der Deutschen Demokratischen Republik beruht die Entwicklung der Landwirtschaft auf den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, die den werktätigen Bauern ermöglichen, die moderne Technik einzusetzen und die fortschrittlichen Wissenschaften und die Erfahrungen der Sowjetunion anzuwenden, wie wir in Heft 46 festgestellt hatten.

Die Entwicklung der Landwirtschaft wird planmäßig unter Entfaltung der Initiative der Bauern auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern vorangetrieben. Die Planung selbst ist ein Ausdruck dieses Bündnisses. Die Frage der Planung in der Landwirtschaft behandeln heißt daher, sich nicht nur mit den Ziffern der Produktion, der Versorgung und des Absatzes zu beschäftigen, sondern die enge Verbindung der wirtschaftlichen und politischen Fragen in ihrem ganzen Zusammenhang richtig einzuschätzen.

Das Studium der Planung in der Landwirtschaft ist von besonderer Bedeutung, da die weitere erfolgreiche Entwicklung nur auf der Grundlage einer ständigen Verbesserung unserer staatlichen Planungsmaßnahmen in der Landwirtschaft erfolgen kann. Die Schulung soll dazu beitragen, noch immer zahlreiche Fehler und Mängel in der landwirtschaftlichen Planung zu beseitigen, die meist ihre Ursachen in der unzureichenden Kenntnis der besonderen Bedingungen und der Aufgaben der landwirtschaftlichen Planung haben.

des Zwischenfruchtbaus
in der DDR



(Aus „Die Wirtschaft“, Nr. 5, vom 23. 2. 1950)

I. Die Aufgaben der Landwirtschaft im Volkswirtschaftsplan 1951

„Die gesamte Bruttoproduktion der Landwirtschaft ist durch Steigerung der Erträge, durch Vergrößerung der Anbaufläche und durch Erhöhung der Viehbestände um 9% zu erhöhen.“

(§ 1, Abs. 2, Gesetz über die Verordnung zum Volkswirtschaftsplan 1951 vom 14. März 1951)

Die Aufgaben für die landwirtschaftliche Produktion sind festgelegt im:

Plan der Anbauflächen

In diesem Plan sind u. a. enthalten

Erweiterung der Anbaufläche auf 5 100 000 ha.

Bestellung aller im Plan festgelegten Kulturen.

Verstärkung des Zwischenfruchtanbaues zur Sicherung der Futterbasis,

(Siehe Grafik Seite 4)

Steigerung der Futtererzeugung durch bessere Pflege der Wiesen und Weiden.

Plan der Hektarerträge

In den Hauptkulturen sind im Vergleich zu 1950 mindestens folgende Steigerungen zu erreichen:

Getreide einschl. Hülsenfrüchte . . .	5,9 %
Ölfrüchte	2,8 %
Zuckerrüben	5,0 %
Kartoffeln	2,0 %

In den volkseigenen Gütern müssen 1951 folgende Erträge erreicht werden:

	dz/ha
Getreide	27 d h. 6 dz höher
Zuckerrüben	300 d h. 15 dz höher
Kartoffeln	196 d h. 12 dz höher als die Erträge der übrigen landwirtschaftlichen Betriebe.

Plan der Viehbestände

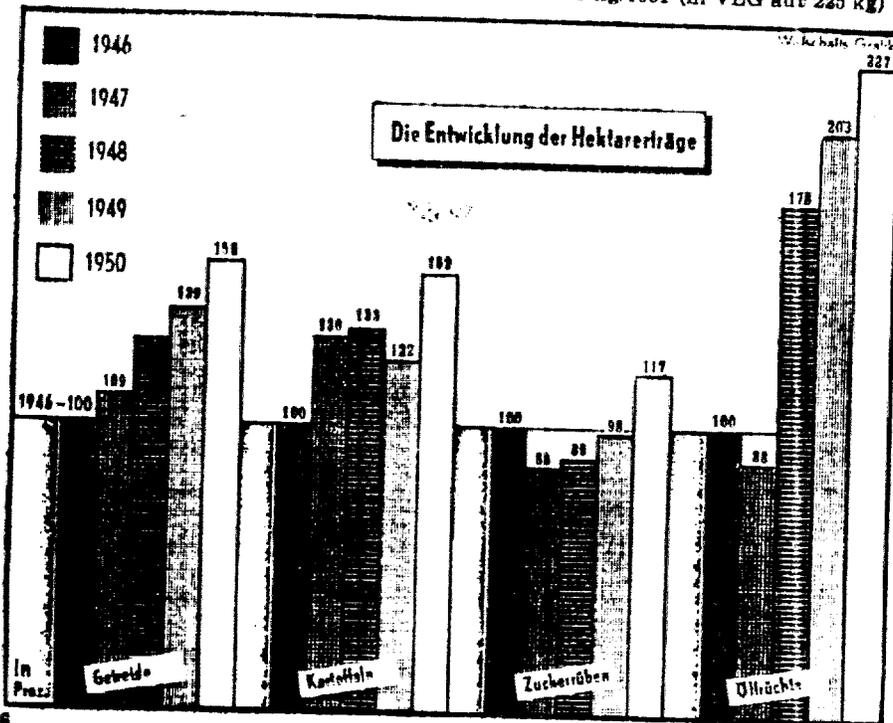
Schwerpunkte: Aufzucht von hochwertigem Nutz- und Schlachtvieh, insbesondere Züchtung von Kühen mit hoher Milchleistung und schnellwüchsigen Schweinen, Erhöhung der Viehbestände in allen landwirtschaftlichen Betrieben

bei Rindern um	7,9 %	d. h. von 1 612 500 Stück 1950
bei Kühen um	11,8 %	auf 1 809 400 Stück 1951
bei Schweinen um	11,7 %	d. h. von 445 600 Stück 1950
bei Sauen um	34,8 %	auf 601 700 Stück 1951
bei Schafen um	29,1 %	d. h. von 573 400 Stück 1950
bei Mutter-schafen um	29,6 %	auf 737 300 Stück 1951

Plan der Steigerung der Durchschnittsleistung der Viehhaltung

Milchleistung pro Kuh und Jahr (Fettgehalt 3,2%)
 von 2252,3 kg/1950 auf 2400 kg/1951 (in VEG auf 2700 kg)

Durchschnitts-Schlachtgewichte
 bei Schweinen von 100,3 kg/1950 auf 112 kg/1951 (in VEG auf 120 kg)
 bei Rindvieh von 158,5 kg/1950 auf 213 kg/1951 (in VEG auf 225 kg)



Daß die Erfüllung dieser Aufgaben möglich ist, zeigt die bisherige Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion in der Deutschen Demokratischen Republik. *(Siehe Grafik auf Seite 6)*

Diese ständige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist ein Erfolg der Planung in der Landwirtschaft, die sich auf die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR gründet. Sie bringt das neue Verhältnis der werktätigen Bauernschaft zu unserem demokratischen Staat zum Ausdruck, denn

„die Realität unseres Produktionsplanes sind die Millionen Werktätigen, die ein neues Leben schaffen“.
(Stalin: Fragen des Leninismus, Seite 424)

In kapitalistischen Ländern dagegen ist eine solche Entwicklung unmöglich. Die kapitalistischen Produktionsbedingungen, die dadurch bedingte Verelendung und Rückständigkeit der Massen der werktätigen Bauern verhindern eine volle Entfaltung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft.

Stillstand der landwirtschaftl. Entwicklung unter kapitalistischen Bedingungen

Die folgende Tabelle zeigt anschaulich den Stillstand der landwirtschaftlichen Entwicklung unter kapitalistischen Bedingungen:

Jahresdurchschnitt	USA		Deutschland	
	1907/13	1933/37	1907/13	1933/37
Weizen	+ 1,9	- 0,4	+ 4,4	- 2,3
Rindvieh	- 0,9	- 1,2	- 0,2	+ 1,2
Schweine	- 0,8	- 7,0	+ 2,3	+ 0,6

In der Sowjetunion dagegen, in einer sozialistischen Wirtschaft stieg die landwirtschaftliche Produktion im Jahresdurchschnitt von 1933/1937

bei Weizen um 16,9 %
bei Rindvieh um 9,3 %
bei Schweinen um 27,3 %

... volle Entfaltung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft durch Planung

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in der Deutschen Demokratischen Republik soll bis 1955 gegenüber 1934/1938 betragen bei

Getreide und Hülsenfrüchten . . . 11 %
Zuckerrüben 25,7 %
Kartoffeln 25,9 %
Fleisch und Geflügel 60,5 %
Milch 31,0 %
Eiern 51,5 %

„Diese höheren Erträge können und sollen erreicht werden durch die volle Entfaltung der privaten Initiative der werktätigen Bauern bei gleichzeitiger Hilfe durch die MAS und VEG

mit Maschinen, mit hochwertigem Saatgut, mit hochwertigem Zuchtvieh usw."

(Walter Ulbricht: Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft, Seite 37.)

Das heißt also, diese bedeutende planmäßige Steigerung der Erträge in der Landwirtschaft soll und kann erreicht werden unter Beibehaltung unserer bisherigen Landwirtschafts-Politik, unter Beibehaltung der gegenwärtig bestehenden Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft der DDR.

Das erfordert jedoch eine weitere Verstärkung des volkseigenen Sektors und damit der gesellschaftlichen Hilfe für die werktätigen Bauern, eine verstärkte Demokratisierung des Dorfes unter weiterer Entfaltung der gegenseitigen Hilfe und die Mobilisierung der gesamten Bauernschaft für die Planerfüllung.

Aus dieser Tatsache ergeben sich wichtige Schlußfolgerungen für die Formen und Methoden der landwirtschaftlichen Planung in der Deutschen Demokratischen Republik.

II. Die Grundlagen der Planung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik

Die Planung der Landwirtschaft ist ein untrennbarer Bestandteil der volkswirtschaftlichen Planung in der Deutschen Demokratischen Republik.

Der Volkswirtschaftsplan ist das grundlegende Gesetz der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in der DDR.

Die erste und wichtigste Vorbedingung für unsere Planung der Volkswirtschaft ist unser demokratischer Staat, in dem die Arbeiterklasse im festen Bündnis mit den werktätigen Bauern und den übrigen Werktätigen die entscheidenden Positionen innehat. Die zweite Vorbedingung sind die volkseigenen Betriebe in der Industrie, der Landwirtschaft, im Handel, Verkehrs- und Bankwesen, die sich im Eigentum unseres demokratischen Staates befinden.

**Staatliche
Planung —
Methode der
bewußten Len-
kung unserer
wirtschaftlichen
und kulturellen
Entwicklung**

Gestützt auf diese Grundlagen, getragen von dem Bewußtsein der Werktätigen, nicht mehr für kapitalistische Unternehmer, sondern für sich, für die Gesellschaft zu arbeiten, ist die Planung in den Händen unseres demokratischen Staates die Methode, unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung bewußt zu lenken und erfolgreich voranzutreiben.

Betrachten wir die Entwicklung der Planung in der Landwirtschaft im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945, so erkennen wir, daß besondere Methoden der Planung und Regulierung der Landwirtschaft entwickelt wurden, die sich aus den Eigentumsverhältnissen der Landwirtschaft ergaben.

In den Jahren nach 1945 erhielten alle landwirtschaftlichen Betriebe durch die Kreis- und Gemeindeverwaltungen direkte Auflagen über Anbau, Viehvermehrung und Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Diese ihrem Charakter nach zwangswirtschaftlichen Maßnahmen waren erforderlich, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, die Klein- und Mittelbauern zu fördern und insbesondere die noch schwachen Neubauernwirtschaften zu festigen. Diese Auflagen waren ein Mittel der Kontrolle durch unseren demokratischen Staatsapparat. Sie hatten die Aufgabe, die werktätigen Bauern nicht in eine neue Abhängigkeit von den Großbauern geraten zu lassen und die Spekulation und den „Schwarzen Markt“ mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu bekämpfen.

Mit der Festigung unserer demokratischen Ordnung, mit der Entwicklung unserer volkseigenen Wirtschaft, mit der Verbesserung unserer volkswirtschaftlichen Planung konnten auch in der Landwirtschaft Methoden der Planung und Regulierung entwickelt werden, die den verschiedenen Eigentumsverhältnissen in der Landwirtschaft besser Rechnung tragen und geeignet sind, die werktätigen Bauern stärker an die Planung heranzuführen und die gesamte Bauernschaft für die Planerfüllung zu mobilisieren.

Da bei vielen Mitarbeitern der staatlichen Verwaltung und zahlreichen Funktionären der VdgB (BHG) und der übrigen Massenorganisationen noch Unklarheiten über den Charakter, die Aufgaben und die Methoden der landwirtschaftlichen Planung bestehen, ist es unerlässlich, die Grundlagen und Aufgaben der landwirtschaftlichen Planung gründlich zu untersuchen.

Unter den fehlerhaften Auffassungen über die Planung in der Landwirtschaft, die in der Praxis immer noch auftreten, finden wir insbesondere zwei Richtungen, die beide nicht nur falsch, sondern auch gefährlich sind, weil sie beide sowohl die Erschließung aller Reserven für die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft als auch die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern hemmen.

Die einen sagen, eine Planung der Landwirtschaft ist nicht möglich, weil der volkseigene Sektor in der Landwirtschaft unbedeutend ist und der überwiegende Teil der Landwirtschaft von privaten Betrieben gebildet wird. Man sollte also die Landwirtschaft nur mit Hilfe der Preis- und Steuerpolitik usw. lenken, den Anbauplan durch einen „Erfassungsplan“ ersetzen und im übrigen die Entwicklung der Produktion dem Selbstlauf überlassen. Diese Leute sehen nicht die entscheidende fortschrittliche Rolle unseres demokratischen Staatsapparates und sie übersehen den grundlegenden Unterschied zwischen den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben und den Großbauernwirtschaften. In der Praxis führen solche Auffassungen zu einer Schwächung der werktätigen Bauern, die den

Mit der Entwicklung unserer volkswirtschaftlichen Planung auch Entwicklung von Planungsmethoden in der Landwirtschaft, die die Bauern für die Planerfüllung mobilisieren

Hauptteil unserer Bauernschaft darstellen, und zu einer Hemmung der erfolgreichen Entwicklung unserer Landwirtschaft.

Andere sagen, man muß den Plan in der Landwirtschaft ohne Unterschied der Eigentumsverhältnisse statistisch bis in alle Einzelheiten ausarbeiten und dann die errechneten Zahlen auf die einzelnen Betriebe aufteilen.

Diese Leute wollen vom Schreibtisch aus diktieren statt geduldig zu überzeugen, Vorbilder zu schaffen und die Masseninitiative zu entfalten.

Bürokratismus untergräbt das Vertrauen der werktätigen Bauern zu unserer Regierung

Solche Bürokraten untergraben das Vertrauen der werktätigen Bauern zu unserer Regierung, sie verschließen die großen Reserven in der Landwirtschaft statt sie für die Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne zu mobilisieren.

Die Gefährlichkeit und Schädlichkeit bürokratischer Maßnahmen in der landwirtschaftlichen Planung ergibt sich daraus, daß der Bürokratismus nicht, wie viele noch glauben, einfache schematische Aktenarbeit, peinlichste Ordnung und Pedanterie ist. Der Bürokratismus ist, wie es Stalin einmal treffend charakterisierte, der Einfluß der kleinbürgerlichen Elemente auf den Staatsapparat, auf die Wirtschaft und die kulturellen Einrichtungen.

„Worin besteht das Wesen dieses Elements? Es besteht in seiner Wichtigtuerei, seiner Hochmütigkeit, seiner Überheblichkeit, seiner Aufgeblasenheit, seinem Würdenträgertum und seinem Mangel, Kritik zu vertragen. Es besteht in seiner Unfähigkeit, Selbstkritik zu üben an Schlamperelen, Unsauberkeit und Unordentlichkeit.

Und dieses Element ist es, das, in seiner Summe zusammengefaßt, als Ergebnis das zeitigt, was wir als bürokratisch, lästig und hindernd empfinden.

Der Kampf gegen den Bürokratismus ist einer der größten und schwersten Kämpfe, die wir in der neuen demokratischen Gesellschaft zu bestehen haben. Er ist nicht ein normaler Akt, sondern ein Prozeß, der unerhört viel Geduld erfordert.

Und überall da, wo wir bürokratische Erscheinungen feststellen, da haben wir auch schlechte Arbeit. Denn das Volk bewertet uns nicht nach dem, was wir reden und was wir sagen und schreiben, sondern nach dem, was wir tun. Und das ist etwas, was viele noch nicht begriffen haben und nicht begreifen wollen, wieviele Fehler gemacht werden, wieviel Schwächen noch vorhanden sind und wieviel wir noch zu lernen haben.“

(Fritz Lange, Vorsitzender der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle aus einer Vorlesung an der Zentralschule „Thomas Münzer“ der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands.)

Für die richtige Einschätzung der gegenwärtigen Entwicklung unserer Planung in der Landwirtschaft geben uns die Lehren Stalins die richtige Anleitung:

„Es wäre verfehlt, die Rolle, die Bedeutung der Planung zu unterschätzen, doch wäre es ein noch größerer Fehler, die Rolle des Planprinzips zu übertreiben in der Annahme, daß wir schon eine Entwicklungsstufe erreicht haben, auf der es möglich ist, alles und jedes zu planen und zu regulieren. Man darf nicht vergessen, daß es außer Elementen, auf die wir planmäßig einwirken können, in unserer Volkswirtschaft auch andere Elemente gibt, die sich vorläufig der Planung entziehen, daß es schließlich auch Klassen gibt, die uns feindlich gegenüber stehen, die nicht einfach durch die Planarbeit der staatlichen Planwirtschaftskommission überwunden werden können.“

(Stalin: An der Getreidefront, in Fragen des Leninismus, S. 225.)

Die richtige Lösung aller mit der Planung in der Landwirtschaft verbundenen Aufgaben ist nur möglich, wenn alle Mitarbeiter unserer staatlichen Organe die Rolle unseres demokratischen Staatsapparates richtig erkennen und von einer richtigen Einschätzung der in der Landwirtschaft wirksamen gesellschaftlichen Kräfte ausgehen.

Richtige Einschätzung der Rolle unseres demokratischen Staatsapparates

„Unsere Regierung hat schon viele Beschlüsse gefaßt in bezug auf Erfassung, Aufkauf, Schweinemastverträge, Anbauplan und Dorfwirtschaftsplan. Das Merkwürdige ist, daß die Beschlüsse in der Durchführung immer ganz anders aussehen, als sie gemeint sind. Es gibt viele Bauern, die empfinden dann Verunmut als Unsinn und Wohltat als Belastung. Und die Gesetze und Beschlüsse, die in der besten Absicht verfaßt wurden, um den Bauern zu helfen, wirken sich auf einmal gegen die Bauern selber aus. Der Bauer wird auf die schiefe Bahn gebracht, wird zum Spekulanten, kommt mit den Gesetzen in Konflikt. Und all diese Dinge haben ihre Ursache darin, daß wir gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft noch nicht ganz klarsehen, welche Methoden angewandt werden und wer eigentlich im Dorfe herrscht. Kann man behaupten, daß bei uns auf dem Dorfe die Klasse der werktätigen Bauern herrscht, daß sie das Gefühl haben — so wie der Arbeiter in den volkseigenen Betrieben —, der Betrieb ist mein Betrieb, unser Betrieb, das ist mein Dorf, meine Regierung und mein Staat? Das kommt einfach daher, weil es auf dem Dorf noch keine Kritik von unten her gibt, weil die Masse der werktätigen Bauern noch eingeschüchtert ist und nicht wagt, gegen die Zaunkönige und Dorfpaschas aufzutreten. Die Menschen fürchten Schikanen und nicht nur Schikanen. Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet immer die Scheunen von solchen Bauern abbrennen, die fortschrittliche Bauern sind.

Der Klassenkampf auf dem Dorfe muß studiert werden. Er hat viel schärfere Formen als in den Städten und in der Industrie. Und wenn ich Klassenkampf sage, so meine ich damit nicht, daß der Klassenkampf geführt wird von den werktätigen Bauern gegen die anderen im Dorf, sondern umgekehrt, der Klassenkampf wird geführt von den oberen Zehntausend im Dorf gegen die Klasse der werktätigen Bauern.

Und diese begreifen es noch nicht einmal, genau so wenig, wie unsere Arbeiter in der privaten Industrie begreifen, daß sich hinter der Maske des freundlichen Unternehmers, hinter seiner scheinbar sozialen Gesinnung, hinter dem freundlichen Händedruck, dem Klopfen auf die Schulter und dem vertraulichen Du auch ein Stück Klassenkampf verbirgt. Denn solange es verschiedene Klassen gibt, wird es einen Klassenkampf geben. Nur der Klassenkampf wird je nach den Verhältnissen verschiedene Formen und verschiedene Gestalt annehmen und nicht immer klar erkennbar sein. Ihr könnt überzeugt sein, in jedem Dorf, wo es ein volkseigenes Gut gibt, wo ein Großgrundbesitzer enteignet worden ist, gibt es heute noch Einflüsse des früheren Gutsbesitzers, gibt es heute noch Personen, die für diesen Gutsbesitzer auf ihre Art den Klassenkampf führen gegen die durchgeführte demokratische Bodenreform. In jedem Dorf, wo ein Rittergut aufgeteilt worden ist und wo die Neubauern sitzen, gibt es die verschiedenartigsten Einflüsse, um diese Neubauern unter Druck zu halten und zu beeinflussen. Wie oft gibt es in den Dörfern ehemalige Gutsinspektoren, ehemalige Naziförster und sonstige undefinierbare Elemente, wo wir nicht wissen, wo sie herkommen, was sie sind und welche Richtung sie heute noch vertreten. Wie oft erleben wir, daß Neubauern es ablehnen, zu bauen, weil auf sie ein von außen nicht erkennbarer Druck ausgeübt wird. Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, eingehend zu studieren, was sich in Wirklichkeit auf dem Dorfe abspielt. Man darf sich nicht täuschen lassen. Denn wir werden es gerade auf dem Dorfe finden, daß der Feind der Bodenreform es verstanden hat, in alle demokratischen Organisationen ohne Ausnahme einzudringen. In den meisten Fällen versteht es der Feind, sich geschickt der Situation anzupassen, die Führung an sich zu reißen und in seinem Machtbereich seinen Auffassungen und Absichten Geltung zu verschaffen."

(Fritz Lange, Vorsitzender der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, aus einer Vorlesung an der Zentralschule „Thomas Münzer“ der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands)

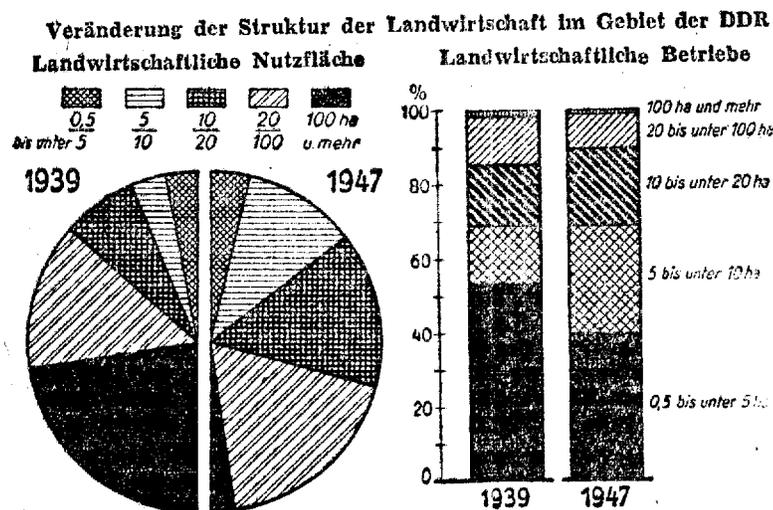
Die besonderen Formen der landwirtschaftlichen Planung ergeben sich grundsätzlich nicht aus dem besonderen Charakter der landwirtschaftlichen Produktion, sondern aus den verschiedenen Eigentumsverhältnissen in der Landwirtschaft. (Siehe Heft 46, Seite 12)

Unmittelbare staatliche Planung der volkseigenen Betriebe in der Landwirtschaft

Die volkseigenen Betriebe in der Landwirtschaft (MAS, VEG, VEAB) ermöglichen und erfordern eine unmittelbare staatliche Planung. Diese Betriebe erhalten Planaufgaben und arbeiten auf dieser Grundlage Betriebspläne aus, die die gesamte betriebliche Tätigkeit festlegen und bestimmen.

Die Planung der volkseigenen Betriebe in der Landwirtschaft unterscheidet sich weder in ihrem Wesen noch in ihren Methoden

grundsätzlich von der Planung in den volkseigenen Industriebetrieben.



Die großbäuerlichen Betriebe, die kapitalistische Betriebe sind, können grundsätzlich nicht geplant werden. Das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln, das auf der Ausbeutung fremder Arbeitskräfte beruht, ist mit der Planung unvereinbar.

Die Planungsmaßnahmen unseres demokratischen Staates, die unsere gesamte Volkswirtschaft umfassen, wirken sich daher als Kontrolle über die Produktion und den Absatz und als eine gesellschaftliche Verpflichtung für die großbäuerlichen Betriebe aus, lassen ihnen jedoch noch weiten Spielraum für die Entfaltung ihrer privaten Initiative.

Der Großteil der Großbauern achtet daher loyal die Gesetze unserer Regierung und erfüllt die Verpflichtungen, die sich aus der Planung in der Landwirtschaft für ihn ergeben. Er ordnet sich der Volkswirtschaftsplanung unter, zumal das Eigentum der Großbauern gesichert und ihnen auch eine bestimmte Entwicklungsmöglichkeit im Rahmen unserer Volkswirtschaftspläne gegeben ist. Jedoch die skumige Ablieferung gerade von Großbauern, der verhältnismäßig hohe Anteil von Großbauern, die keine Wunschanbaupläne aufstellen, die Neigung zu Spekulationen, beweisen auch in

der Praxis, daß zahlreiche großbäuerliche Betriebe sich jeder planmäßigen Einwirkung zu entziehen versuchen.

Doch die Schwerpunkte bei der Betrachtung der landwirtschaftlichen Planung liegen nicht bei den Großbauern.

Das Hauptproblem für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Planung bilden die werktätigen Bauern, die Klein- und Mittelbauern.

„Die Bauernwirtschaft ist keine kapitalistische Wirtschaft. Die Bauernwirtschaft ist, wenn wir die erdrückende Mehrzahl der Bauernwirtschaften in Betracht ziehen, eine kleine Warenwirtschaft. Was aber ist eine bäuerliche kleine Warenwirtschaft? Das ist eine Wirtschaft, die am Scheidewege zwischen Kapitalismus und Sozialismus steht.“

(Stalin: Fragen des Leninismus, Seite 132.)

Auch unter unseren Bedingungen stehen die werktätigen Bauern am Scheidewege. Als Werktätige sind sie den fortschrittlichen Maßnahmen unter der Führung der Arbeiterklasse aufgeschlossen. Als Eigentümer von Produktionsmitteln dagegen sind sie fortschrittlichen Neuerungen gegenüber zurückhaltend, haben manche noch die stille Hoffnung, selbst einmal Großbauer zu werden.

Der große Teil der werktätigen Bauern hat jedoch bereits diese schwankende Haltung aufgegeben, hat sich — durch die wirksame Produktionshilfe der Arbeiterklasse überzeugt — für die fortschrittliche demokratische Entwicklung entschieden.

Heranführung
der werktätigen
Bauern an
unsere plan-
mäßigen demo-
kratischen
Aufbau ...

Die Hauptaufgabe unserer Politik den werktätigen Bauern gegenüber besteht also darin, sie aus der wirtschaftlichen und ideologischen Abhängigkeit von den Großbauern endgültig zu befreien und sie an den planmäßigen demokratischen Aufbau heranzuführen. Im Zusammenhang mit der allseitigen gesellschaftlichen Hilfe ist die Planung das wirksamste Mittel, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern im Kampf gegen die rückschrittlichen Elemente bei Unterstützung und Förderung der fortschrittlichen Kräfte zu festigen. Die Planung in der Landwirtschaft ist selbst der Ausdruck einer erreichten höheren Entwicklungsstufe des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern durch Überzeugung und praktische Hilfe.

... durch Über-
zeugung und
praktische
Hilfe

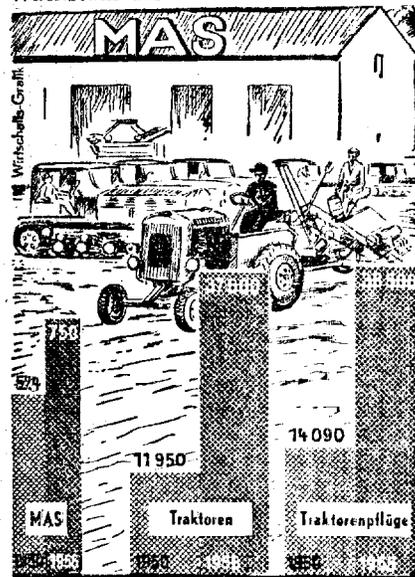
Die Heranziehung der werktätigen Bauern an unseren planmäßigen demokratischen Aufbau darf jedoch niemals mit den Mitteln des Zwanges oder der Gewalt, sondern kann nur mit der Methode der Überzeugung durch das praktische Beispiel und die praktische Hilfe erfolgen.

Aus dieser Tatsache heraus ergeben sich auch die besonderen Methoden und Formen der Einbeziehung der werktätigen Bauern in unsere landwirtschaftliche Planung.

Das Haupthindernis für die Entwicklung der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften ist ihre isolierte zersplitterte Produktion und die unzureichende Ausrüstung mit modernen Produktionsmitteln.

In der DDR stellt ihnen unser demokratischer Staat die modernen Produktionsmittel über die volkseigenen Maschinen-Ausleih-Stationen zur Verfügung. Die Ausrüstung der MAS mit 37 600 Traktoren 1955 gegen 11 950 Traktoren im Jahre 1950 bedeutet, daß gegen Ende des Fünfjahrplanes unsere gesamte landwirtschaftliche Anbaufläche mit MAS-Traktoren bearbeitet werden kann.

Wachstum der MAS im Fünfjahrplan



(Aus „Die Wirtschaft“, Nr. 30, vom 27. 7. 1950)

Die volkseigenen Güter versorgen die Wirtschaften der werktätigen Bauern mit hochwertigem Saatgut und Zuchtvieh, übermitteln ihnen neue Arbeitsmethoden und leisten auch direkte Produktionshilfe.

Die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe sichern ihnen den Absatz ihrer Erzeugnisse zu festen Preisen.

Das bedeutet, daß die entscheidenden Produktions-Voraussetzungen, die eine Entwicklung der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften erst ermöglichen, sich in den Händen unseres demokratischen Staates befinden und den werktätigen Bauern zur Verfügung gestellt werden.

Auch die Versorgung der Bauern mit Industriewaren, die planmäßig über die DHZ und die VdgB (BHG) erfolgt, hat einen bedeutenden Einfluß auf die planmäßige Festigung der Wirtschaften der werktätigen Bauern (s. Heft 47). Hinzu kommt, daß die demokratische Organisation der werktätigen Bauern, die VdgB (BHG), immer wirksamer die gegenseitige Hilfe der Bauern organisiert, die eine entscheidende Voraussetzung für die Überwindung ihrer individuellen isolierten Produktion und die Heranführung an die planmäßige Arbeit ist. Damit spielt die VdgB (BHG) in zunehmendem Maße eine bedeutsame Rolle für die Entwicklung der Planung in der Landwirtschaft.

Gestützt auf diese Planungshebel werden die werktätigen Bauern durch den Abschluß von Verträgen und durch die organisierte Entfaltung der gegenseitigen Hilfe immer stärker mit den Prinzipien der Planung und der planmäßigen Arbeit verknüpft.

Durch eine breite, von der VdgB (BHG) organisierte politische und fachliche Schulungsarbeit, durch eine umfassende staatliche und genossenschaftliche Wirtschaftsberatung erhalten die werktätigen Bauern ein höheres fachliches und politisches Niveau, und es entwickelt sich bei ihnen ein neues demokratisches Bewußtsein.

So kann der Staat, der alle diese Hebel in seinen Händen hat, die Aufgaben der landwirtschaftlichen Produktion festlegen und die werktätige Bauernschaft für ihre Erfüllung mobilisieren.

Die Methoden der Planung in der Landwirtschaft

In den Instruktionen zu den im Volkswirtschaftsplan 1951 vorgeschriebenen Plänen der Landwirtschaft heißt es:

„Die VEG und die MAS erhalten für die Produktion bzw. die Leistung des Jahres 1951 Planaufgaben.“

Die sonstigen landwirtschaftlichen Betriebe erhalten, da die Anbaubescheide bereits bei den Betrieben sind, nur noch Viehhaltungsbescheide.“

In den Instruktionen zum Volkswirtschaftsplan ist also ganz klar unterschieden zwischen der Planung der volkseigenen Betriebe und der planmäßigen Einwirkung auf die übrigen privaten landwirtschaftlichen Betriebe.

Unter die privaten landwirtschaftlichen Betriebe fallen sowohl die Wirtschaften der werktätigen Bauern als auch die großbäuerlichen Betriebe.

Unterschiedliche
Auswirkung
der staatlichen
Planung auf
werktätige
Bauern und
auf Großbauern

Bei der gleichen äußeren Form der Einbeziehung in die volkswirtschaftliche Planung muß man ganz scharf unterscheiden den unterschiedlichen Charakter und die unterschiedlichen Auswirkungen der verschiedenartigen staatlichen Planungsmaßnahmen auf die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe einerseits und die großbäuerlichen Betriebe andererseits.

Wir hatten festgestellt, daß die Voraussetzungen für eine immer stärker werdende Einbeziehung der werktätigen Bauern in die Planung sowohl durch die wirksame gesellschaftliche Hilfe als auch durch die Entwicklung eines neuen demokratischen Bewußtseins bei den werktätigen Bauern gegeben sind.

Wir hatten weiter festgestellt, daß sich die Großbauern in ihrer Mehrzahl den demokratischen Gesetzen und unseren Planungsmaßnahmen gegenüber loyal verhalten, weil sie selbst Vorteile aus dem allgemeinen planmäßigen, wirtschaftlichen Aufschwung ziehen. In Westdeutschland dagegen, wo die Großbauern scheinbar unter den Bedingungen des „freien kapitalistischen“ Marktes, in Wirklichkeit jedoch unter dem Diktat der in- und ausländischen Monopole und der Junker arbeiten, stehen sie selbst in vielen Fällen vor dem wirtschaftlichen Ruin.

Um den Plan im Dorf fest zu verankern, ihn zum Entwicklungsgesetz des Dorfes zu machen und alle Produktionsreserven der Landwirtschaft für die Erfüllung des Planes zu mobilisieren, müssen die fortschrittlichen demokratischen Kräfte im Dorf unterstützt und gefördert und die rückschrittlichen Elemente, die Spekulanten, bekämpft und zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen angehalten werden.

Die Lösung dieser Aufgaben kann nur erfolgen durch eine richtige Arbeit der Anbauplan- und Differenzierungs-Kommissionen, in denen die besten demokratischen Kräfte des Dorfes verankert sein müssen. Der Plan als der Ausdruck der gesellschaftlich organisierten Arbeit der werktätigen Menschen kann infolgedessen nur erfüllt und übererfüllt werden, wenn die Landarbeiter als die fortschrittlichste Kraft im Dorf und die besten Klein- und Mittelbauern die entscheidenden Funktionen in den Kommissionen innehaben.

Die besten demokratischen Kräfte des Dorfes in die Anbauplan- und Differenzierungs-Kommissionen

Die Anbau-, Viehhaltungs- und Ablieferungsbescheide sind ein Ausdruck des Anteils des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes am Volkswirtschaftsplan.

Sie sind bei den werktätigen Bauern kein Mittel des staatlichen Zwanges, sondern beruhen auf dem Prinzip der Verknüpfung der gesellschaftlichen Interessen mit den persönlichen Wünschen der Bauern.

Als Ergebnis der demokratischen Entwicklung auf dem Dorfe und der Heranführung der werktätigen Bauern an unsere Volkswirtschaftsplanung wurde die Wunschanbauplanung entwickelt.

Wunschanbauplanung - Ergebnis der demokratischen Entwicklung auf dem Dorf

Am Beispiel des Wunschanbauplanes wollen wir das Wesen des Planes als ein Mittel zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern untersuchen:

Der Wunschanbauplan

„In Interesse der Steigerung der Hektarerträge sowie der landwirtschaftlichen Produktion überhaupt ist es notwendig, die Anbauplanung als Grundlage der landwirtschaftlichen Erzeugung zu verbessern und unter Wahrung der volkswirtschaftlichen Erfordernisse weitgehend auf die Verhältnisse und Besonderheiten der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe abzustimmen.

Das setzt voraus, daß jeder Bauer und Mitarbeiter mit größter Sorgfalt die in seinem Betrieb liegenden Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion genauestens überprüft und jede mit der Bearbeitung der Anbaupläne beauftragte Verwaltungsdienststelle mehr als bisher die Besonderheiten der einzelnen Betriebe, Gemeinden und Gebiete berücksichtigt.“

(Präambel der Anordnung zur Verbesserung der Anbauplanung zur Ernte 1952 vom 16. 1. 1951, GBL. 51/36).

§ 1 (1) Zur Verbesserung der Anbauplanung zur Ernte 1952 wird in der Deutschen Demokratischen Republik in diesem Jahr bereits in den Monaten Januar und Februar 1951 der Wunschanbauplan erstellt.

(2) Jeder Leiter eines anbaupflichtigen landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebes hat persönlich den Wunschanbauplan aufzustellen. Es ist untersagt, daß die Räte der Kreise und Gemeinden in diese Aufstellung in irgendeiner Weise eingreifen.

§ 2 (1) Die Aufstellung der Wunschanbaupläne ist in der Zeit bis zum 3. 2. 1951 in allen Gemeinden in Bauernversammlungen zu beraten, die von der VdgB (BHG) einzuberufen sind. Träger dieser Aktion ist die VdgB (BHG). Die Landesregierungen, die Räte der Kreise und Gemeinden haben der VdgB (BHG) hierbei größte Unterstützung zu gewähren.

(2) Bei der Aufstellung der Wunschanbaupläne haben die Anbauplankommissionen mitzuwirken. Die Anbauplankommissionen der Gemeinden setzen sich wie folgt zusammen:

*ein Vertreter des Gemeinderates,
zwei bäuerliche Vertreter der VdgB (BHG),
ein Vertreter der Gewerkschaft Land und Forst,
ein Vertreter der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.“*

Mit dieser gesetzlichen Regelung der Anbauplanung wurde eine dringende Forderung der werktätigen Bauernschaft erfüllt. Bereits drei Jahre kämpften die fortschrittlichen Kräfte um diese „Wunschanbaupläne“ der werktätigen Bauernschaft. In den vergangenen Jahren konnten jedoch die Wunschanbaupläne noch nicht das Fundament der Planung im Dorfe werden, da die notwendigen Voraussetzungen in vielen Dörfern nicht gegeben waren. Der Übergang zur Wunschanbauplanung war möglich, weil

1. unsere staatliche Planung der Volkswirtschaft sich in allen Zweigen verbessert und vertieft hat und die mit der Planung beauftragten Mitarbeiter unseres Staatsapparates diese nicht mehr formal auffassen, sondern ihre ganze politische Bedeutung erkannt haben, besser die Aufgaben und die Ziele der Anbaupläne den Bauern erläutern können und in ihrer täglichen Arbeit beweisen, daß sie imstande sind, berechtigten Vorschlägen der Bauern entgegenzukommen;
2. starke fortschrittliche Kräfte sich im Dorf entwickelt haben, die im Kampf gegen Elemente, die die demokratische Gesetzmäßigkeit verletzen, bereit sind, den Plan unserer demokratischen Regierung grundsätzlich zu begrüßen, zu ihrem eigenen Plan zu machen und noch abseits Stehende zum Kampf um die Planerfüllung zu mobilisieren.

Der große Widerhall, den die Aktion zur Aufstellung der Wunschanbaupläne bei den werktätigen Bauern gefunden hat, beweist, daß der Großteil der werktätigen Bauern sich aus der wirtschaftlichen und ideologischen Abhängigkeit von den Großbauern gelöst hat. Die Wunschanbaupläne beweisen, daß die werktätigen Bauern ein neues demokratisches Bewußtsein entwickelt und den demokratischen Weg der weiteren Entwicklung beschritten haben.

Insgesamt füllten 92,6% aller landwirtschaftlichen Betriebe die Wunschanbaupläne aus. In den einzelnen Ländern jedoch war der Erfolg der Aktion unterschiedlich. Nicht ausgefüllt wurden Wunschanbaupläne

in Sachsen	2,7 %
in Thüringen	2,8 %
in Mecklenburg	6,1 %
in Sachsen-Anhalt	11,2 %
in Brandenburg	12,3 %

In diesen Zahlen drückt sich deutlich der Entwicklungsstand der Demokratisierung des Dorfes in den verschiedenen Ländern aus und zeigt die unterschiedliche aufklärende, anleitende und beratende Arbeit insbesondere der staatlichen Verwaltungsorgane auf dem Dorf.

Die Tatsache, daß von den Betrieben von 10—15 ha im Durchschnitt der DDR 98,4% Wunschanbaupläne ausgefüllt wurden, zeigt, daß der Mittelbauer ein festes Vertrauen in die Richtigkeit der Politik unseres demokratischen Staates gewonnen und seine Stimme für den planmäßigen friedlichen Aufbau abgegeben hat.

Wunschanbauplan — Stimme des werktätigen Bauern für den planmäßigen friedlichen Aufbau

Die Ausarbeitung der Wunschanbaupläne wird durch jeden einzelnen Bauern selbst vorgenommen.

Eine besonders verantwortliche Aufgabe haben dabei die Anbauplankommissionen. Sie beraten und unterstützen die Bauern bei der Aufstellung der Pläne und achten darauf, daß jeder Bauer

seinen Wunschanbauplan selbst aufstellt, denn nur der Bauer selbst ist mit seinem Betrieb richtig vertraut. Andererseits muß dem Bauern vorher genügende Aufklärung über die wirtschafts-politischen Ziele unserer Regierung gegeben, müssen ihm auch die Schwerpunkte der landwirtschaftlichen Planung erläutert werden. Je eher schon bei der Aufstellung der Wunschanbaupläne eine Übereinstimmung zwischen den staatlichen Erfordernissen und den Wünschen der Bauern durch Beratung und Aufklärung erreicht werden kann, um so geringer können spätere Änderungen der Wunschanbaupläne sein.

Durch eine richtige Wirtschaftsberatung kann z. B. erreicht werden, daß die Bauern sich stärker dem Anbau technischer Kulturen (Faserpflanzen usw.) zuwenden, die für die Versorgung unserer Industrie unentbehrlich sind. Viele Bauern beharren jedoch noch bei ihrem gewohnten Anbau, da ihnen z. T. die Erfahrung fehlt, sie z. T. auch die Bedeutung des Anbaus technischer Kulturen nicht einsehen.

Wunschanbauplanung erfordert ständige Aufklärung und Beratung

Die Wunschanbauplanung ist also keine isolierte Aktion, sondern kann nur wirklich erfolgreich sein, wenn sie das Ergebnis einer ständigen guten Aufklärungs- und Beratungsarbeit durch die staatlichen und genossenschaftlichen Organe ist. Durch eine sachkundige Unterstützung wird der werktätige Bauer aus seiner alten Isolierung gelöst, werden ihm die Erfahrungen der fortschrittlichsten Bauern übermittelt und dadurch die gesamte Leistung seines Betriebes verbessert. Die Festlegung der geeigneten Fruchtfolge, die richtige Berechnung des Verhältnisses zwischen Futterfläche und Viehbestand, die Abstimmung des Zugkraft- und Viehbesatzes und der Arbeitskräfteplanung mit dem Anbauverhältnis sind komplizierte Aufgaben, bei denen stärker als bisher die Erkenntnisse der fortschrittlichen Wissenschaft den Bauern zugänglich gemacht werden sollten.

Hier liegen auch die Schwächen zahlreicher Wunschanbaupläne. Vielfach wurden sie von den Bauern nicht gründlich durchdacht und nicht entsprechend den betrieblichen Bedürfnissen unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Erfordernisse ausgearbeitet, sondern oft schematisch aufgestellt oder gar die Anbaubescheide des vergangenen Jahres abgeschrieben. In zahlreichen Gemeinden war die Anleitung durch die Bürgermeister und die Unterstützung durch die VdgB (BHG) nur gering. Auf die richtige Anleitung, Aufklärung und Beratung muß in Zukunft das gesamte Schwergewicht gelegt werden.

So notwendig eine eingehende Beratung und ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch für eine richtige Anbauplanung ist, darf jedoch keinesfalls der Wunschanbauplan von dem Bürgermeister oder Sachbearbeiter der Verwaltung einfach zusammengestellt oder eigenmächtig abgeändert werden.

Am 10. Mai 1951 wurden von unserer Regierung die Pläne für den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen zur Ernte 1952 beschlossen. Ihnen lagen die Ergebnisse der Wunschanbaupläne zugrunde, die mit dem Bedarf der Bevölkerung und dem Rohstoffbedarf der Industrie abgestimmt worden waren. Der bestätigte Anbauplan entspricht im wesentlichen dem Wunschanbauplan der Bauern. Nur bei dem Anbau technischer Kulturen zur Versorgung der Industrie besteht noch eine wesentliche Differenz.

Die Wunschanbaupläne stellen also ein Produktionsangebot der Bauern an unseren Staat dar. Die staatlichen Planungsorgane kennen einerseits den Bedarf der Industrie und der Bevölkerung, andererseits haben sie eine Übersicht, welches Aufkommen aus der Landwirtschaft zu erwarten ist. Aus dieser Gegenüberstellung ergeben sich Rückschlüsse für die notwendigen Importe und auch evtl. notwendig werdende Änderungen der Wunschanbaupläne durch die staatlichen Organe.

Nach der Abstimmung der Wunschanbaupläne mit den staatlichen Erfordernissen wird der Anbauplan von der Regierung bestätigt. Unter Mitarbeit der Anbauplankommission werden die bestätigten Anbaupläne auf die Länder, Kreise und Gemeinden aufgeteilt und den Betrieben die Anbaubescheide als bindende Produktionsverpflichtung übermittelt.

Die bestätigten Anbaubescheide, denen die Wunschanbaupläne zugrunde liegen, wurden in diesem Jahr bis zum 30. Juni an die Bauern ausgegeben, nachdem diese in Bauernberatungen durchgesprochen und noch vorhandene Differenzen geklärt worden waren. Damit hatte in diesem Jahr jeder Bauer noch vor der Ernte seinen Anbaubescheid in Händen und weiß genau, was er im Herbst und im Frühjahr anzubauen hat.

Das Wesen der Wunschanbauplanung besteht also darin, daß die Wünsche der Bauern mit den Erfordernissen des Staates und der Versorgung der Bevölkerung in Einklang gebracht und der privaten Initiative der Bauern dabei weitgehender Spielraum gelassen wird. Die Wunschanbauplanung ist eine wirksame Methode, die privaten bäuerlichen Betriebe mit dem Volkswirtschaftsplan zu verknüpfen.

Wunschanbauplanung verbindet die bäuerlichen Betriebe mit dem Volkswirtschaftsplan

IV. Der Kampf um die Planerfüllung in der Landwirtschaft

1. Der Dorfwirtschaftsplan -- der Plan zur Entfaltung gegenseitiger Hilfe.

Aus der Erkenntnis heraus, daß nur eine planmäßige, organisierte gegenseitige Hilfe imstande ist, die Produktionsreserven in der Landwirtschaft zu erschließen, die zur Erfüllung der der Landwirtschaft gestellten Aufgaben erforderlich sind, entwickelte sich, getragen von den fortschrittlichen Kräften im Dorf, der Dorfwirtschaftsplan

„Die vordringliche Aufgabe zur Erhöhung der Erträge ist die Vereinbarung der Dorfwirtschaftspläne unter gegenseitigem Erfahrungsaustausch, Vermittlung der fortgeschrittensten agrotechnischen Erfahrungen und gegenseitiger Hilfe sowie die Anleitung und Hilfe der werktätigen Bauern, die aus verschiedenen Gründen zurückgeblieben sind.

Der Dorfwirtschaftsplan kann nur das Ergebnis gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung durch die Werktätigen selbst sein.“

(Walter Ulbricht: Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft, Seite 37/38)

Die Dorfwirtschaftspläne, die bereits in einer großen Zahl von Gemeinden aufgestellt wurden, sind ein Ergebnis der demokratischen Entwicklung auf dem Dorfe.

Sie bringen das Bewußtsein der werktätigen Bauern zum Ausdruck, daß sie den Volkswirtschaftsplan als ihren Plan ansehen und bereit sind, alle Kraft für die Erfüllung des Planes einzusetzen.

Die Dorfwirtschaftspläne sind der Beweis, daß sich die werktätige Bauernschaft — unterstützt durch die staatliche Hilfe — ihrer eigenen Kraft bewußt geworden ist und erkannt hat, daß sie im Bündnis mit der Arbeiterklasse, mit planmäßiger organisierter Hilfe alle Schwierigkeiten meistern und große Reserven mobilisieren kann.

**Einheit von
wirtschaftlichen
und politischen
Aufgaben
im Dorf-
wirtschaftsplan**

Der Dorfwirtschaftsplan ist der Kampfplan der werktätigen Bauern zur Steigerung der Erträge einerseits und zur fortschrittlichen demokratischen Entwicklung im Dorf andererseits.

Diese beiden Seiten des Dorfwirtschaftsplanes, die wirtschaftlichen Aufgaben und die politischen Aufgaben, bilden eine untrennbare Einheit.

Beispiel:

„In Möllenbeck, Kreis Ludwigslust, in dem ein vorbildlicher Dorfwirtschaftsplan aufgestellt wurde, verpflichteten sich die Bauern — unter Anwendung aller Möglichkeiten —, für das Jahr 1951 folgende Mindestdurchschnittserträge zu erreichen:

Roggen	16,5 dz je ha
Hafer	17,5 dz je ha
Gerste	20,6 dz je ha
Kartoffeln	185,0 dz je ha
Zuckerrüben	215,0 dz je ha

Bei tierischen Produkten sollen folgende Leistungen erreicht werden:

Milch . . . 2100 kg pro Kuh bei 3% Fett,
Schweine . . 145 kg Lebendgewicht bei 11monatiger Fütterung,
Hühner . . 120 Eier pro Huhn.

Diese Leistungen werden durch eine organisierte gegenseitige Hilfe erreicht.

Saatenpflege und Unkrautbekämpfung

- a) Sämtlicher Raps wird zweimal gehackt.
- b) Der Winterweizen wird gewalzt und geeggt und die Sommerung ebenfalls geeggt.
- c) Systematisches Absammeln von Steinen und Beseitigen von Disteln und Melden.

Verantwortlich: Krüger, Zehe, Liebenau.

Viehwirtschaftliche Betreuung schwacher Betriebe

Folgende Betriebe werden durch fortschrittliche Züchter und Viehhalter betreut und beraten:

in Möllenbeck u. a. Tatzke, Emil,
Bussacker, Willi.

Verantwortlich: Schwaß, Karl.

Vatertierhaltung: Die jetzt gemeinschaftlich gehaltenen VdgB-(BHG)-Vatertiere werden ergänzt durch Zukauf eines Ebers und eines Schafbockes. Die provisorische Deckstation wird erweitert, ausgebaut und mit einem Deckstand versehen.

Termin: 31. Dezember 1951, verantwortlich: Becker.“

Neben den wirtschaftlichen Aufgaben, die alle Einzelheiten mit genauer Terminstellung behandeln, sind auch die politischen und kulturellen Aufgaben im Dorfwirtschaftsplan genau festgelegt.

Beispiel:

„Aufgaben der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

„Die Arbeit der Nationalen Front wird verstärkt durch Bildung von drei neuen Aufklärungsgruppen. Sämtliche Mitglieder des

Ortsausschusses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, und die Aufklärer werden nach einem besonderen Plan geschult und eingesetzt. In den Veranstaltungsplan werden folgende Themen aufgenommen:

- a) Aufklärung über die Geschehnisse der Weltpolitik,*
- b) Aufklärung über die Verfassung der DDR und das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland,*
- c) Aufklärung über Verordnungen und Gesetze der DDR und ihre Anwendung in der Gemeinde,*
- d) Aufklärung über die Wirtschaftspolitik der DDR.*

Errichtung eines Kulturraumes

Nach Auszug der Familie Hammer aus dem ehemaligen Schloß wird der 6X8 m große Raum in gemeinschaftlicher Arbeit in einen Kulturraum umgebaut; mit Hilfe und Unterstützung sämtlicher Einwohner, der Verwaltung und der Massenorganisationen sowie der MAS wird derselbe eingerichtet."

Planmäßige
gegenseitige
Hilfe
überwindet
alle
Schwierigkeiten

Der Dorfwirtschaftsplan der Gemeinde Möllenbeck, die 604 Einwohner hat, zeigt, daß unter der Führung der fortschrittlichen Kräfte im Dorf, durch planmäßig organisierte gegenseitige Hilfe und in enger Verbindung der politischen mit den wirtschaftlichen Aufgaben alle Schwierigkeiten überwunden und die Lebenslage der werktätigen Bauern ständig verbessert werden kann.

Der Dorfwirtschaftsplan Möllenbeck wurde unter Beteiligung der gesamten Gemeinde von einem Planskativ ausgearbeitet, dem der Bürgermeister, Vertreter der MAS, der VdgB (BK), Vertreter der Parteien und Massenorganisationen und fortschrittliche Bauern angehören. Eine Kontrollkommission überprüft die Einhaltung der Termine. Der Dorfwirtschaftsplan selbst enthält neben einer politischen Einleitung, in der eine Begründung für die Aufstellung des Dorfwirtschaftsplanes gegeben wird, eine Dorfbeschreibung, in der die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse geschildert sind. Der Plan selbst enthält alle politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben, die sich die Gemeinde gestellt hat. Durch die genaue Aufgabenstellung, die Terminfestlegung und die Festlegung der genauen Verantwortlichkeit weiß jeder Einwohner im Dorf, welche Aufgaben er im Rahmen des Dorfwirtschaftsplanes zu erfüllen hat, welche Unterstützung ihm bei der Erfüllung seiner Aufgaben gewährt wird und welche Hilfe er selbst anderen zu leisten hat.

Die Ergebnisse des Planes sind auf einer Dorfleistungstafel veröffentlicht, so daß jeder Einwohner des Dorfes einen genauen Überblick über den Stand der Erfüllung des Dorfwirtschaftsplanes hat.

So ist der Dorfwirtschaftsplan bereits in vielen Gemeinden zur Grundlage des gesamten wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens im Dorf geworden. Er ist das Spiegelbild der Gemeinde und der Nachweis der Arbeit im Rahmen des Kampfes um den Frieden, Einheit und wirtschaftlichen Aufstieg.

Dorfwirtschaftsplan — Grundlage des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens im Dorf

Aber noch nicht in allen Gemeinden sind solche Dorfwirtschaftspläne aufgestellt worden, die wirklich zur Grundlage der gesamten Tätigkeit im Dorf geworden sind. In zahlreichen Gemeinden wurde der Dorfwirtschaftsplan vom Bürgermeister einfach diktiert und nicht durch die gemeinsame Arbeit der Bauern aufgestellt. Solche Dorfwirtschaftspläne können natürlich nicht die Bauern zur Planerfüllung mobilisieren.

„Eines der Haupthindernisse dafür, daß die Zahl der Dorfwirtschaftspläne noch nicht größer ist, scheint mir der Bürokratismus in einer Reihe von Kreis- und Gemeindeverwaltungen und die ungenügende Arbeit der Agronomen und Kulturleiter der MAS und der VEG in den umliegenden Gemeinden zu sein.“

(Walter Ulbricht: Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft, Seite 39.)

Gerade die Arbeit der Mitarbeiter in den staatlichen Verwaltungsorganen trägt entscheidend dazu bei, daß die MAS und die volkseigenen Güter (VEG) zu wirklichen Planungsebenen auf dem Lande werden, daß die VdgB (BHG) durch ihre Arbeit die werktätigen Bauern immer enger an die Planung heranzuführen und daß nicht viele Pläne auf den Dörfern Papier bleiben und die großen Produktionsreserven ungenutzt bleiben.

Schlußbetrachtung

Die Planung in der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Form des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, der kameradschaftlichen zielbewußten Führung der Bauernschaft durch die geeinte Arbeiterklasse zu einem besseren, leichteren, friedlichen und wohlhabenden Leben. Die demokratische Wirtschaftsplanung schließt die werktätigen Bauern, die bisher isoliert und ohne inneren Zusammenhang nebeneinander wirtschafteten, immer fester zusammen zur gegenseitigen Hilfe und planmäßigen Arbeit. Die Besonderheiten der landwirtschaftlichen Planung gegenüber der industriellen Planung ergeben sich nicht aus dem besonderen Charakter der landwirtschaftlichen Produktion, sondern aus den verschiedenen Eigentumsverhältnissen auf dem Lande. Die landwirtschaftliche Planung ist ein Teil unserer einheitlichen Volkswirtschaftsplanung. Nur auf der Grundlage einer einheitlichen Planung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie wird eine schrittweise Beseitigung der bisherigen Kluft zwischen Stadt und Land und des Zurückbleibens der Entwicklung der Landwirtschaft gegenüber der voraneilenden Industrie erreicht werden. Nur auf dieser Grundlage ist auch das politische Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen Bauern fest gegründet. Für alle Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungsorgane bedeutet das, daß sie die Besonderheiten und die Methoden der Planung in der Landwirtschaft sorgfältig studieren und in ihrem Aufgabenbereich ständig zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Planung, sei es durch die richtige Planung und Kontrolle der Produktion landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, sei es in der Erfassung und im Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte, sei es in der Kredithilfe oder in der kulturellen und sozialen Betreuung, beitragen. Jede Tätigkeit, die mittelbar oder unmittelbar mit den Fragen der Planung in der Landwirtschaft verknüpft ist, muß verbunden sein nicht nur mit einer vorbildlichen Gestaltung der Verwaltungsarbeit, sondern mit einer unermüdeten systematischen Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit.

„Die Überzeugung der Arbeiter, Angestellten, Ingenieure und die Überzeugung des werktätigen Volkes ist noch wichtiger als die besten Ziffern, die wir ausgearbeitet haben.“

(Walter Ulbricht auf der Tagung der volkseigenen Betriebe am 14. 5. 1948)

Die Überzeugung der werktätigen Bauern, ihr Bewußtsein, an einem friedlichen, erfolgreichen Aufbau mitzuarbeiten, das sich in zahlreichen Selbstverpflichtungen ausdrückt, das ist der Schlüssel für die erfolgreiche Erfüllung der in der Landwirtschaft im Rahmen unseres Fünfjahresplans gestellten Aufgaben.

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R01000050007-7

*Anregungen und Kritiken zur Verbesserung des Schulungs-
materials bitte zu richten an die*

*Deutsche Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ — Re-
daktion innerbetriebliche Schulung — Forst-Zinna.*

Redaktion: Deutsche Verwaltungs-Akademie „Walter Ulbricht“ / Deutscher
Zentralverlag, Berlin O 17. Verlagslizenz 363 [3735/51]. Druck: (36) Täglt.
Rundschau, Berlin W 8

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R01000050007-7

SECRET

25X1A

DDR
Innerbetriebliche Schulung
für die
Mitarbeiter in den Verwaltungen
der
Deutschen Demokratischen Republik

CPYRGH
T

Die Aufgaben der Landwirtschaft
in der Deutschen Demokratischen Republik

Teil II

Die Entfaltung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land

25X1A

SECRET

NUMMER

47

Nur für innerbetriebliche
Schulung verwenden!

NUMMER 47

**Innerbetriebliche Schulung für die Mitarbeiter in den
Verwaltungen der Deutschen Demokratischen Republik**

HERAUSGEBER: MINISTERIUM DES INNERN
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

**Die Aufgaben der Landwirtschaft
in der Deutschen Demokratischen Republik**

Teil II

**Die Entfaltung des Warenumsatzes
zwischen Stadt und Land**

„Die Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes und der Aufbau der Friedenswirtschaft haben auch die Voraussetzungen für eine ständige Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen.

Die Bauern der Deutschen Demokratischen Republik haben, unterstützt durch die Arbeiter der Industrie und der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS), mit Hilfe der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaft) — VdgB (BHG) — und dank der von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführten demokratischen Politik schon im Jahre 1950 die Friedensdurchschnittserträge erreicht und teilweise überschritten.

Für das Jahr 1951, das erste Jahr des Fünfjahrplanes, haben sich die Industriearbeiter die Aufgabe gestellt, mehr Industriewaren von besserer Qualität herzustellen. Auch die MAS und die VdgB (BHG) werden durch größere Unterstützung den Bauern bei einer weiteren bedeutenden Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion helfen. Diese Tatsachen ermöglichen es unseren Bauern und verpflichten sie, aus der gesteigerten landwirtschaftlichen Produktion größere Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stellen.“

(Aus der Präambel zur Verordnung über die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom 15. 2. 1951 — Gesetzblatt der DDR Nr. 21, S. 107.)

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern in unserer demokratischen Ordnung festigt sich durch die gegenseitige Hilfe zwischen Stadt und Land, die ihren Ausdruck insbesondere in der Entfaltung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land findet, denn

„das Bündnis mit den Bauermassen kann sich nicht mehr allein auf die vor 5 Jahren erfolgte Bodenverteilung begründen. Wenn die Bauern sehen, daß die MAS, die Volkseigenen Güter und besonders die volkseigene Industrie alles tun, um die neuen und wachsenden Bedürfnisse der werktätigen Bauern zu befriedigen, werden sie der Arbeiterklasse folgen“.

(Aus der EntschlieÙung des III. Parteitagcs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.)

I. Planmäßige Entwicklung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land in der DDR — Absatzkrise der Landwirtschaft in Westdeutschland

Unter kapitalistischen Bedingungen bleibt die Landwirtschaft hinter der Entwicklung der Industrie zurück, wie wir im Heft 46 (Entwicklung und Struktur der Landwirtschaft) festgestellt hatten. Auch der Handel unter kapitalistischen Verhältnissen ist ein Mittel zur Ausbeutung der Bauern und trägt zur Verelendung der breiten Massen der werktätigen Bauern bei. Auf ihnen lastet der Druck der „Preisschere“, d. h. die benötigten Industriewaren müssen die Bauern zu unerschwinglich hohen Preisen kaufen, während ihnen ihre Agrarprodukte nur zu niedrigen Preisen — vielfach auch gar nicht — abgenommen werden. Offenkundig ist gegenwärtig diese Entwicklung in Westdeutschland sichtbar.

Entwicklung der „Preisschere“ in Westdeutschland:

1938 = 100	Juni 1948	November 1950	Febr. 1951
Nahrungsmittel	123	177	186
Industriewaren	172	256	284
Differenz	49	79	98

Diese Entwicklung wird dadurch verschärft, daß die USA-Imperialisten Westdeutschland zu einem bequemen Absatzmarkt für ihre überschüssige landwirtschaftliche Produktion gemacht haben, wobei sie die anderen Länder, die früher einen

großen Anteil an der deutschen Agrareinfuhr hatten, weitgehend vom westdeutschen Markt verdrängt haben.

Anteil der wichtigsten Länder an der westdeutschen Agrareinfuhr:

Zeit	v. H.		
	USA	Dänemark	Italien
1936	1,2	9,1	7,8
1949	52,0	4,0	3,8

Die im Interesse der Monopolprofite über die tatsächlichen Bedürfnisse hinaus gesteigerte Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse hat die westdeutsche Landwirtschaft in eine schwere Absatzkrise gebracht und führt im Zusammenhang mit der „Preisschere“ und der hohen steuerlichen Belastung zum Ruin der westdeutschen Bauern.

Beispiel:

1937 wurden in das ungeteilte Deutschland 275 000 t Gemüse eingeführt, während die Einfuhr in die Bundesrepublik vom 1. Juli 1949 bis zum 30. Juni 1950 259 000 t betrug. Obst wurde 1937 331 000 t in Gesamtdeutschland und in diesem Jahr in die Bundesrepublik 411 000 t eingeführt. Dazu kommen 321 000 t Südfrüchte gegenüber 396 000 t in ganz Deutschland 1937.

In die Bundesrepublik, in ein verarmtes, mit einer großen Arbeitslosigkeit belastetes Gebiet, wurden also fast dieselben Mengen eingeführt, die unter Friedensbedingungen früher nach ganz Deutschland importiert wurden. Im Monat Juli 1950 wurden allein aus Italien 7200 Waggons Gemüse eingeführt. Auf Grund dieser gewaltigen Einfuhr fielen die Preise für den Gemüse- und Obstbau auf die Hälfte der alten Festpreise von 1940. Selbst zu diesen Preisen, die die Produktionskosten der Obst- und Gemüsebauern nicht mehr decken, konnte deutsches Obst und Gemüse dem Absatz der ausländischen Konkurrenz nicht standhalten. Riesige Mengen konnten in den Haupterntezeiten überhaupt nicht abgesetzt werden. Allein im Gebiet um Dortmund wurden 70 000 Zentner Rotkohl untergepflügt, trotzdem die Bauern bereit waren, diesen Kohl für 3 Pfennig das Pfund zu liefern.

Auch beim Obstbau ist die Lage nicht viel anders. In verschiedenen Gebieten mußte die Hälfte der Ernte als Mostobst für 3,5 Pfennig je Pfund verkauft werden. Im Weinbau zeigen sich dieselben Tendenzen. Betrug früher die

Ausfuhr deutscher Weine in guten Erntejahren 25 Millionen Flaschen, so konnten 1949 mit viel Mühe 2,5 Millionen Flaschen ausgeführt werden. Die Einfuhr ausländischer Weine stieg jedoch von 19 Millionen RM in Gesamtdeutschland im Jahre 1937 auf 44 Millionen DM im Jahre 1949 im Bundesgebiet.

Dieser Preisdruck, unter dem vor allem der Klein- und Mittelbauer zu leiden hat, schlägt sich im hohen Gewinn des Handels nieder und kommt nicht etwa der Bevölkerung zugute, im Gegenteil, die westdeutschen Werktätigen müssen die Remilitarisierung mit ständigen Preissteigerungen bezahlen:

Marz 1949		Marz 1951	Preiserhöhung in %
0,50 WM	Milch	0,72	56
0,56 WM	Grieß	0,82	48
3,20 WM	Schweres-Malz	4,50	43
0,80 WM	Milch-Pfennig	1,08	35
5,20 WM	Bitterschmalz	6,76	33
0,94 WM	Teigwaren	1,20	33
3,20 WM	Ermentaler Käse	4,20	32
0,96 WM	Kartoffelmehl	1,20	25
1,40 WM	Kaffee Ersatz	1,70	21
2,04 WM	Marmelade	2,40	20
5,12 WM	Butter	5,84	14
3,20 WM	Sojaböhl	3,60	12
0,94 WM	W. B. Bohnen	1,06	12

Wirtschafts-Grafik

(Aus „Die Wirtschaft“ Nr. 20 vom 18. 5. 51)

In unserer Deutschen Demokratischen Republik ist der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse auch aus der erhöhten Produktion zu Preisen gesichert, die die Rentabilität der bäuerlichen Wirtschaften gewährleisten. Der Warenumsatz zwischen Stadt und Land in der DDR vollzieht sich im Rahmen der Wirtschaftsplanung. Er ist das Mittel, die bäuerliche Bevölkerung nicht nur mit industriellen Gebrauchsgütern, sondern vor allem die Landwirtschaft mit modernen Produktionsmitteln zu versorgen, ohne die eine Steigerung der Erträge und der Produktivität nicht möglich ist.

1. Entwicklung und Festigung der volkseigenen Industrie. Die Industrie wird mit der Bauernschaft durch den vom Staat organisierten Handel verknüpft. Der Warenumsatz stützt sich auf die Tätigkeit der volkseigenen Handelszentralen (DHZ), der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB), der bäuerlichen Handelsgenossenschaften (VdgB [BHG]), der staatlichen Einzelhandelsorganisation (HO) und der Konsumgenossenschaften.
2. Pflichtablieferung auf der Grundlage differenzierter Ablieferungsnormen.
Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen durch die VEAB.
Daneben wird in zunehmendem Maße der Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe auf Grund von Verträgen mit den Bauern entwickelt.
3. Verbilligung und Verkürzung der Handelswege,
Entwicklung der bäuerlichen Handelsgenossenschaften, die die Hauptmasse der Bauernwirtschaften in ihre Tätigkeit einbeziehen.

Die planmäßige Entfaltung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land in der DDR dient der schnellen fortschrittlichen Entwicklung der Landwirtschaft und ist Ausdruck der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern. Der Warenumsatz zwischen Stadt und Land in der DDR ist dadurch gekennzeichnet, daß in immer stärkerem Maße unser demokratischer Staat durch die volkseigene Industrie zum Lieferanten von Industriewaren für die Landwirtschaft, die Bauernschaft zum Lieferanten von Agrarerzeugnissen für unseren demokratischen Staat geworden ist, der durch seine fortschrittliche, organisierende und lenkende Tätigkeit den Lebensstandard aller Werktätigen systematisch steigert.

II. Die Versorgung der Landwirtschaft mit Industriewaren

Die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen, Düngemittel usw. ist ein wichtiger Bestandteil unseres Fünfjahresplanes. Durch die Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne tragen die Arbei-

Die staatliche Regulierung des landwirtschaftlichen Marktes, gestützt auf die staatlichen Handelsorgane, hat die Spekulation weitgehend ausgeschaltet und die planmäßige Entwicklung des Warenumsatzes ermöglicht. Die Handelstätigkeit der bäuerlichen Handelsgenossenschaften (BHG) verbilligt und beschleunigt die Versorgung der Bauern mit Industriewaren unter besonderer Berücksichtigung der Festigung der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften.

Durch die staatliche Preispolitik konnte die „Preisschere“ bereits im wesentlichen beseitigt werden, d. h. Produktionsmittel für die Landwirtschaft werden den Bauern unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zu solchen Preisen zur Verfügung gestellt, daß sie die Vorteile der modernen Technik für die Steigerung der Produktivität ihrer Betriebe ausnutzen können. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse werden so festgelegt, daß sie den Bauern die Rentabilität ihrer Betriebe sichern und ihnen einen Anreiz für die Steigerung ihrer Produktion und für die Erhöhung ihrer Lieferungen für den Markt geben.

Preispolitik in der DDR sichert Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe.

Die Versorgung der Bauern mit Industriewaren und der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse vollziehen sich im Rahmen der Wirtschaftsplanung und entsprechen sowohl den volkswirtschaftlichen Erfordernissen wie auch den Interessen der Bauern. Die verschiedenen Formen des Absatzes bzw. der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse,

- die Pflichtablieferung auf der Grundlage differenzierter Normen,
- der freie Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe,
- der Bauernmarkt,
- die vertragliche Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf freiwilliger Grundlage

gewährleisten, daß die planmäßige Versorgung der Bevölkerung und der Industrie gesichert und alle Möglichkeiten der Umsatzsteigerung der Landwirtschaft ausgenutzt werden.

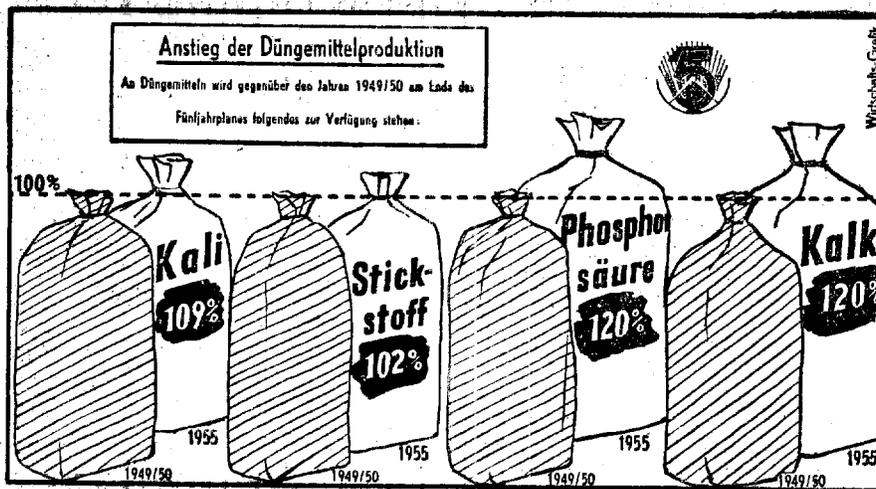
Die Entfaltung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land in der Deutschen Demokratischen Republik beruht auf folgenden Prinzipien:

ter in den volkseigenen Betrieben zur besseren Versorgung der Landwirtschaft und damit zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern bei.

Im Jahre 1955, dem letzten Jahr des Fünfjahresplanes, ist eine Produktion

von 12 000 Traktoren,
von landwirtschaftlichen Maschinen im Werte von
162 Millionen D-Mark,
von 2 Millionen Tonnen Kalisalz,
von 235 000 Tonnen Stickstoffdünger,
von 93 000 Tonnen Phosphordünger, d. h. 191 % gegen-
über 1950,

vorgesehen.



(Aus „Die Wirtschaft“, Nr. 5 vom 2. 2. 1951)

Im Interesse der Entwicklung unserer Landwirtschaft muß gewährleistet werden, daß die Produktion unserer volkseigenen Industrie auf dem kürzesten und billigsten Wege an die Bauern herangebracht wird. Diese Aufgabe haben die Deutschen Handelszentralen (DHZ) zu lösen. Als volkseigene Handelsorgane stellen sie eine neue Form des Großhandels dar. Als Absatzorgane der volkseigenen Industrie haben sie einen engen Kontakt mit den Herstellungsbetrieben und üben eine Sortiments-

Versorgung der Landwirtschaft mit Industriewaren durch DHZ verkürzt und verbilligt die Warenwege.

und Gütekontrolle aus. Die Deutschen Handelszentralen stehen untereinander im Wettbewerb um die Senkung der Handelskosten und sind bestrebt, den Warenumsatz zu beschleunigen und zu verbilligen.

Im Rahmen der planmäßigen Versorgung der Landwirtschaft mit Industriewaren beliefern die Deutschen Handelszentralen die bäuerlichen Handelsgenossenschaften, die ihrerseits die Waren direkt an die Bauern verkaufen. Die Deutschen Handelszentralen verfügen über ein Netz von Niederlassungen, die in der Versorgung der Landwirtschaft jeweils etwa vier bis fünf Kreise betreffen.

Die ehemaligen Kreisgenossenschaften sind aufgelöst worden, da sie den Warenweg vom Industriebetrieb zum Bauern unnötig verlängerten und verteuerten. Die Großhandelsfunktionen werden nur von den Deutschen Handelszentralen ausgeübt. Die bäuerlichen Handels-Genossenschaften der VdGB (EHG) treten nunmehr mit den Deutschen Handelszentralen bzw. ihren Niederlassungen ohne Zwischenhandel unmittelbar in Beziehung.

Folgende volkseigenen Handelsorgane sind in der Versorgung der Landwirtschaft tätig:

- DHZ — Chemie (Dünge- und Pflanzenschutzmittel),
- DHZ — Kohle,
- DKMZ — Deutsche Kraftstoff- und Mineralölzentrale (Treib- und Schmierstoffe),
- DHZ — Textil (Erntebindegarn usw.),
- DHZ — Steine und Erden (Baustoffe),
- DHZ — Maschinen- und Fahrzeugbau (Landmaschinen und landwirtschaftliche Geräte),
- DHZ — Leder (Treibriemen, Pferdegeschirre usw.),
- DHZ — Saatgut (Saatgut),
- VVEAB (Futtermittel),
- Produktionshilfe für Molkerie- und bäuerliche Handelsgenossenschaften (für Waren, für die mehrere Handelszentralen zuständig wären —, Glas, Glühlampen, Imkereibedarf usw.).

Durch diese organisatorischen Veränderungen des Handelsnetzes ist jede Spekulation durch private Großhändler unterbunden, der Handelsweg verkürzt und vereinfacht worden,

eine breitere Basis für die Handelstätigkeit der VdgB (BHG) gegeben, eine bessere Rentabilität der bäuerlichen Handelsgenossenschaften und eine bessere Versorgung der Bauern gewährleistet.

Nachdem die organisatorischen Voraussetzungen für die bessere Versorgung der Landwirtschaft mit Industriewaren geschaffen sind und durch die steigende Produktion unserer volkseigenen und privaten Industriebetriebe größere Warenmengen und Warensortimente zur Verfügung stehen, ist es nunmehr die Hauptaufgabe sowohl der Deutschen Handelszentralen als auch der bäuerlichen Handelsgenossenschaften, ihre Handelstätigkeit zu verbessern.

III. Die Kreditversorgung der Landwirtschaft

Eng verbunden mit der Versorgung mit Industriewaren ist die **Kreditgewährung** an bäuerliche Betriebe. Für die Entwicklung der Landwirtschaft spielt der Kredit eine große Rolle, da den Bauern größere Geldeinkünfte in der Regel nur einmal im Jahr — nach der Ernte — zur Verfügung stehen. Zur Deckung seiner laufenden größeren Ausgaben (Saatgut, Düngemittel) ist er in der Regel auf entsprechende Kredithilfe angewiesen. In der DDR ist der landwirtschaftliche Kredit, der vom Staat gewährt wird, ein Mittel, um die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe zu festigen und die fortschrittliche Entwicklung auf dem Lande zu beschleunigen.

So wurden in den Jahren 1948 bis 1950 der Landwirtschaft in der DDR rund 610 Millionen DM an langfristigen Krediten zur Verfügung gestellt.

Zur einheitlichen planmäßigen Regelung des landwirtschaftlichen Geld- und Kreditwesens wurde die **Deutsche Bauernbank** mit entsprechenden Filialen in den Ländern und Kreisen geschaffen. Die unmittelbare Kreditversorgung der Bauern liegt in den Händen der bäuerlichen Handelsgenossenschaften der VdgB (BHG).

Auf dem Gebiete des Kreditwesens vollzieht sich wie auch auf anderen Gebieten der Landwirtschaft — der Warenversorgung und der Wirtschaftsberatung — eine enge Zusammenarbeit der staatlichen und genossenschaftlichen Organe. Damit fördert unser demokratischer Staatsapparat, indem er sich auf die

Staatliche Kredite in der Landwirtschaft — ein Mittel zur Festigung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe.
z. Bauernbank

volkseigene Industrie, den volkseigenen Handel und die volkseigenen Banken stützen kann, die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die auf ihrem Gebiet die Aufgabe haben, unsere staatliche Wirtschaftspolitik durchzuführen.

Im Rahmen der staatlichen Finanzplanung werden durch die volkseigene Deutsche Bauernbank den bäuerlichen Handelsgenossenschaften der VdgB (BHG) finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, die den bäuerlichen Betrieben, insbesondere Klein- und Mittelbauern, als Kredite gegeben werden.

Kurzfristige Kredite werden an landwirtschaftliche Betriebe zum Ankauf von Saatgut und Düngemitteln und sogenannte „kurzfristige Betriebskredite“ zum Ankauf von Pflanzenschutzmitteln, Erntebindegarn und zur Bezahlung von MAS-Gebühren gewährt. Diese kurzfristigen Kredite werden aus den Ernteerlösen des laufenden Jahres zurückgezahlt. Sie können in der Regel bis zu einer Höhe von 75 % des Wertes des Ablieferungssolls an pflanzlichen und tierischen Produkten gewährt werden. Bei Rückzahlungsschwierigkeiten wird die wirtschaftliche und soziale Lage der Bauern weitgehend berücksichtigt. Dabei wird von dem Prinzip ausgegangen, daß finanzielle Schwierigkeiten des Klein- und Mittelbauern die Verwendung von hochwertigem Saatgut und Düngemitteln und die Inanspruchnahme der MAS nicht beeinträchtigen dürfen; denn die ausreichende Produktionsmittelversorgung ist eine entscheidende Voraussetzung für die Hebung der Produktivität und damit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der bäuerlichen Betriebe. Auftretende finanzielle Schwierigkeiten — ohne eigenes Verschulden der Bauern hervorgerufen — werden durch eine entsprechende Kredithilfe überbrückt.

Planmäßige Kredithilfe hilft die Produktivität der bäuerlichen Betriebe steigern.

An bäuerliche Einzelbetriebe wie auch an bäuerliche Handelsgenossenschaften werden auch Kredite, die eine Laufzeit von ein bis acht Jahren haben, ausgegeben. Sie dienen der Anschaffung von lebendem und totem Inventar, der Ausführung von größeren Reparaturen usw.

Beispiel:

„Ist eine bäuerliche Handelsgenossenschaft nicht in der Lage, die für die gemeinschaftliche Nutzung für ihre Mitglieder erforderlichen Maschinen und Geräte zu kaufen,

so hat sie die Möglichkeit, bis zu 60% des Kaufpreises durch Kredithilfe der zuständigen Filiale der Bauernbank gegen Sicherungsübereignung aufzubringen.“

Auf dem Gebiete der Kreditversorgung der Landwirtschaft zeigt sich, daß auch die Kreditpolitik ein Mittel der Bündnispolitik ist.

Es kommt immer noch vor, daß wirtschaftlich starken Großbauern Kredite gewährt werden, die zur Spekulation ausgenutzt werden, während Klein- und Mittelbauern wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht überwinden können, weil ihnen — angeblich fehlender Sicherheiten wegen — Kredite versagt werden.

Es ist eine verantwortliche Aufgabe der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften, unter Beachtung der Grundsätze der Plan- disziplin, der Sparsamkeit und der Sicherheit die ihnen zur Verfügung gestellten Kreditmittel so zu lenken, daß die Plan- aufgaben in der Landwirtschaft erfüllt werden. Ihre Aufgabe ist es, bedürftige Klein- und Mittelbauern zu beraten und ihnen durch Kredithilfe über bestehende Schwierigkeiten hinweg- zuhelfen. Auch damit tragen die Bäuerlichen Handelsgenossen- schaften der VdgB (BHG) zur Demokratisierung des Dorfes bei.

Richtige Kredit- lenkung durch die VdgB (BHG) — ein Beitrag zur Demokrati- sierung des Dorfes.

IV. Die Erfassung und der Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse

1. Die Aufgaben der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe.

Der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen obliegt den volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben. Sie wurden durch den Beschluß der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) vom 29. 3. 1949 gebildet und durch die Ver- ordnung der Regierung der DDR über die Neuorganisation der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe und ihrer Ver- einigungen vom 14. 12. 1950 umgestaltet.

„Zum Zwecke der Erfassung und des Aufkaufs, der Lage- rung und des Verkaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse werden mit Wirkung vom 1. 1. 1951 fünf Vereinigungen

volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe für landwirtschaftliche Erzeugnisse (VVEAB) gegründet." (§ 1 der VO)

Die VVEAB sind verpflichtet:

- a) im Rahmen der für die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und der Erfassungs- und Aufkaufpläne von den Erzeugern landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Erfassung aufzukaufen;
- b) die erfaßten und aufgekauften Erzeugnisse, soweit dies erforderlich ist, zu lagern;
- c) den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse so durchzuführen, wie sich dies aus den Versorgungs- und Verteilungsplänen als notwendig erweist.

(1. Durchf.-Best., § 2.)

Den VVEAB steht das ausschließliche Recht zu, in ihren Geschäftsgebieten ablieferungspflichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse von den Erzeugern zu erfassen und aufzukaufen, wobei das in den gesetzlichen Bestimmungen geregelte Recht des Erzeugers zum Verkauf auf örtlichen Märkten unberührt bleibt.

(1. Durchf.-Best., § 3.)

Die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe haben die Aufgabe, im Rahmen der Versorgungsplanung durch die Erfassung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, die der Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen zu sichern. Darüber hinaus tragen sie durch ihre Tätigkeit dazu bei, den Anteil der Marktproduktion der bäuerlichen Betriebe, d. h. den Teil der Gesamtproduktion, der verkauft wird, zu steigern.

Erfassung und Aufkauf landw. Erzeugnisse nur durch die VEAB — damit Sicherung der planmäßigen Versorgung von Bevölkerung und Industrie.

Das erfordert von allen Mitarbeitern der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe: ihre Tätigkeit darf sich nicht darin erschöpfen, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse nur abzunehmen, wenn sie angeboten werden, sondern sie müssen sich darum bemühen, daß die Bauern termingerecht und in vollem Umfange ihrer Ablieferungspflicht nachkommen; sie sollen den Bauern die Ablieferung erleichtern, die Erfassung

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R01000050007-7

Methodische Anleitung

zum Thema

Die Aufgaben der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik

Teil I
Struktur und Entwicklung der Landwirtschaft
(2 Stunden)

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R01000050007-7

I. Kurze Einführung in das Thema

Die Landwirtschaft — wichtiger Zweig der Volkswirtschaft, Grundlage der Volksernährung, Rohstoffbasis;

unter kapitalistischen Bedingungen — große Abhängigkeit der Landwirtschaft von den Naturbedingungen; Entwicklung der Landwirtschaft wird gehemmt; unter den Bedingungen des Imperialismus besonders starke Verelendung der werktätigen Bauernschaft; (s. Westdeutschland)

auf der Grundlage neuer gesellschaftlicher Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik — Ausnutzung der modernen Technik, der fortgeschrittenen Wissenschaft und Anwendung der Erfahrungen der Sowjetunion auch in der Landwirtschaft; Entfaltung der Initiative der Bauern unter veränderten Klassenverhältnissen; ständige Aufwärtsentwicklung der Landwirtschaft unter der planmäßigen Hilfe des demokratischen Staates.

MAS, VEG und VdGB (BHG) — politische, wirtschaftliche und kulturelle Zentren unserer fortschrittlichen demokratischen Agrarpolitik; das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern — eine Grundlage unserer demokratischen Ordnung; Landarbeiter und werktätige Bauern — stärkste politische Kraft zur Demokratisierung des Dorfes.

Verwirklichung des Neubauernbauprogramms — eine der Schwerpunktaufgaben des demokratischen Staatsapparates bei der Sicherung der Bodenreform; Perspektiven der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik und ihre beispielhafte Entwicklung — Vorbild für die Bauern Westdeutschlands, die noch aktiver gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und den Landraub der anglo-amerikanischen Imperialisten kämpfen.

Kenntnis der Klassenverhältnisse im Dorfe, eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung unserer fortschrittlichen Agrarpolitik und zur Lösung der Aufgaben der Landwirtschaft.

II. Seminarfragen

1. Worin besteht der grundsätzliche Unterschied zwischen der Landwirtschaft in kapitalistischen Ländern und der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR?

Infolge des Druckes und der Ausbeutung durch das Finanzkapital — niedrige Produktivität der Landwirtschaft in den kapitalistischen Ländern; Verelendung der werktätigen Bauern; mit der Verschärfung der Gegensätze im Imperialismus — Vergrößerung der Rückständigkeit der Landwirtschaft, Verschärfung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, ständig wachsende Verelendung der Werktätigen — Krisen und Kriege.

Beispielhafte planmäßige Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR; Grundlage: veränderte sozial-ökonomische Verhältnisse; die Hilfe des Staatsapparates für die werktätigen Bauern (Organisation der gegenseitigen Hilfe, Steigerung der Arbeitsproduktivität, Sicherung des Absatzes zu festen Preisen, Planung auch der Landwirtschaft); Ausnutzung der modernen Technik, der fortgeschrittenen Wissenschaft; Anwendung der Erfahrungen der Sowjetunion; Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern; Überwindung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land.

2. Wie kommen wir zu einer richtigen Analyse der sozial-ökonomischen Struktur des Dorfes, und welche Bedeutung hat sie für unsere Arbeit?

Die Struktur der Landwirtschaft (Klassenlage der Bauern) wird bestimmt durch

- a) die Zahl der beschäftigten fremden Arbeitskräfte,
- b) die Größe des Bodenbesitzes,
- c) den Umfang und den Zustand des Viehbestandes,
- d) die Maschinenausstattung, die Höhe des Saatgut- und Düngemittelverbrauchs,
- e) den Anteil des Betriebes an der Marktleistung.

Vor der Bodenreform — Großgrundbesitzer und Großbauern der bestimmende Faktor im Dorfe; durch die Bodenreform — Veränderung der Klassenverhältnisse im Dorf — Mittelbauer wurde zur Hauptfigur.

Die Kenntnis der sozial-ökonomischen Struktur des Dorfes erleichtert die Verwirklichung unserer demokratischen Agrarpolitik, sie verhindert Fehler in der Differenzierung, der Ablieferung, der Besteuerung, in der Versorgung mit Düngemitteln, Saatgut usw.

3. Worin liegt die Bedeutung der MAS, VEG und VdgB (BHG)?

Die MAS — politische, wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkte des Dorfes, feste Zentren der Demokratisierung des Landes und der Hilfe der Arbeiterklasse für die werktätigen Bauern.

Die VEG — Mittelpunkte des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts auf dem Lande; als Musterbetriebe — wichtige Versorgungsquelle der Bauern für Rassevieh und hochwertiges Saatgut; Beispiel in der Anwendung neuer Arbeitsmethoden; besonders hohe Aufgaben im Fünfjahrplan.

Die VdgB (BHG) — Organe des Fortschritts und der gegenseitigen Hilfe; einheitliche Organisation der werktätigen Bauern; ihre Aufgaben: Aufklärung, Hilfe, Anleitung und Beratung in allen agrar- und viehwirtschaftlichen Fragen; Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen MAS, VEG und VdgB (BHG); Schaffung und Unterhaltung von Gemeinschaftseinrichtungen zur Unter-

stützung und Erleichterung der Arbeit der werktätigen Bauern, besonders der werktätigen Bäuerin.

4. Wie festigt die Arbeiterklasse das Bündnis mit den werktätigen Bauern?

Durch fortschrittliche Gesetze und Verordnungen der Regierung zur Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der werktätigen Bauern; durch planmäßige staatliche Hilfe: MAS, VEG, Entschuldung, Kredite, Neubauernbauprogramm, Erleichterung bei der Ablieferung usw.; Maßnahmen zur Sicherung der Bodenreform und planmäßige Förderung der privaten Initiative zur Steigerung der pflanzlichen und tierischen Erzeugnisse; die aktive Mitarbeit der Landbevölkerung — Vertrauensbeweis für die Politik der Regierung; die Agrarpolitik unserer Regierung — Perspektive einer sicheren Existenz der werktätigen Bauern.

5. Welche Aufgaben muß der demokratische Staatsapparat jetzt zur Durchführung des Neubauernbauprogramms lösen?

Das Neubauernbauprogramm — eine Schwerpunktaufgabe unseres Staatsapparates:

- a) die Notwendigkeit der richtigen Planung im Zusammenwirken mit Dorfplanung und Landschaftsgestaltung;
- b) die systematische Anwendung der Erkenntnisse der sowjetischen Agrarwissenschaft;
- c) die Notwendigkeit der besseren Zusammenarbeit der Verwaltungen mit den MAS, VEG, VdgB (BHG) zur planmäßigen Durchführung des Bauprogramms;
- d) stärkere Organisation der gegenseitigen Hilfe der gesamten Bevölkerung (Solidaritätsaktionen);
- e) gründlichere Aufklärungsarbeit; erhöhte Wachsamkeit; Kampf den Gerüchten und Parolen der Gegner unserer Ordnung; keine Rücksichtnahme gegenüber Saboteuren; angesichts der drohenden Kriegsgefahr Aktivierung aller Bauern für den gemeinsamen Kampf um Frieden und nationale Einheit.

Zur gründlichen Vorbereitung empfehlen wir das Studium folgender zusätzlicher Literatur:

Fred Oelssner: Die Bauernfrage im Leninismus, Einheit, Heft 9/1949, S. 775—791.

Edwin Hoernle: Probleme der Agrarpolitik im neuen Deutschland, Einheit, Heft 11/1948, S. 1025—1040.

Die nächste Schulung behandelt das Thema „Die Entfaltung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land“.

Zur Vorbereitung dieses Themas empfehlen wir das Studium folgender Literatur:

„Verordnung über die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom 15. Februar 1951“ im Gesetzblatt der DDR Nr. 21 vom 19. Februar 1951.

richtig organisieren und sich darauf konzentrieren, über die Pflichtablieferung hinaus möglichst viel landwirtschaftliche Erzeugnisse aufzukaufen.

2. Die Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Die Verordnung über die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom 15. 2. 1951 regelt zusammenfassend die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Damit erhalten die Bauern einen Überblick über alle von ihnen abzuliefernden Produkte; sie haben damit die Möglichkeit, ihre Produktion besser als bisher zu planen; damit wird auch die Aufbringung der für die Versorgung der Bevölkerung und der Industrie notwendigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse erleichtert.

Der Ablieferungspflicht unterliegen:

Pflanzliche Erzeugnisse (Getreide, Speisehülsenfrüchte, Olsaaten, Kartoffeln, Zuckerrüben, Gemüse, Obst, Tabak, Heu, Faserpflanzen, Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen) und tierische Erzeugnisse (Schlachtvieh, Milch, Eier, Wolle, Häute und Felle und andere tierische Rohstoffe).

Die Ablieferungspflicht umfaßt alle landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Nutzfläche über 1 ha.

Befreit von der Ablieferungspflicht sind u. a.:

Landwirtschaftliche Betriebe mit einer Nutzfläche unter 1 ha. (Davon werden etwa 162 000 Betriebe, d. h. etwa 20 % unserer gesamten landwirtschaftlichen Betriebe betroffen.)

Die zu Kinder- und Jugendheimen gehörigen landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Krankenhäuser, Heime, öffentliche Schulen und andere, die eine Gemeinschaftsverpflegung durchführen (für je 25 Verpflegte 1 ha landwirtschaftliche Nutzfläche von der Ablieferung befreit).

Die Ablieferung geschieht auf der Grundlage der Veranlagung durch Ablieferungsbescheide und durch Verträge zwischen Bauern und den volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben.

Den Anbaubescheiden, auf die sich die Veranlagung pflanzlicher Erzeugnisse stützt, liegen die Wunschanbaupläne zugrunde, die von den Bauern selbst aufgestellt werden. Bei tierischen Erzeugnissen stellt die landwirtschaftliche Nutzfläche die Ablieferungsgrundlage dar. So kommt auch bei der Pflichtablieferung die enge Verbindung und Wechselwirkung von gesellschaftlichen Interessen mit den persönlichen Interessen der Bauern zum Ausdruck.

Unterschiedliche Erfüllung der Ablieferungspflicht durch werktätige Bauern und durch Großbauern.

Die große Mehrzahl der Bauern betrachtet die Ablieferung in zunehmendem Maße als eine ehrenvolle Verpflichtung dem Staat gegenüber, der sie mit allen Mitteln fördert. Es gibt aber auch noch Elemente, insbesondere Großbauern, die sich dieser Verpflichtung zu entziehen versuchen. Ein aufschlußreiches Bild über die unterschiedliche Ablieferung gibt folgende Statistik aus dem Lande Mecklenburg:

Betriebsgrößenklassen	Getreide	Obstsaaten	Kartoffeln	Lebendvieh ohne Schweine	Schweine	Milch	Eier
(Ist in Prozenten)							
unter 5 ha	93,4	100,6	95,3	118,6	112,0	101,0	122,6
5—10 ha	88,4	83,9	98,1	101,7	97,5	88,8	96,1
über 50 ha	51,9	67,1	56,1	75,1	61,2	71,1	65,1

3. Die Differenzierung.

Die Veranlagung zur Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird differenziert.

Differenzierte Veranlagung zur Pflichtablieferung.

„Zur Sicherung der Aufbringung der im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen Planmengen der auf Grund von Ablieferungsbescheiden abzuliefernden landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden für die Betriebsgrößen von mehr als 1 bis 2 ha, 2 bis 5 ha, 5 bis 10 ha, 10 bis 15 ha, 15 bis 20 ha, 20 bis 35 ha, 35 bis 50 ha und über 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche Durchschnittsnormen je ha festgelegt.“ (§ 6 Abs. 1 der VO.)

Bei der Differenzierung wird berücksichtigt:

die Verschiedenheit der natürlichen Erzeugungsbedingungen (Bodengüte, Höhenlage, Klima) und der betrieblichen Ausstattung (Zugkräfte, Wirtschaftsgebäude, Geräte und Maschinen usw.),

die besondere wirtschaftliche und soziale Struktur der Kreise, Gemeinden und Wirtschaften.

Neubauern, deren Wirtschaften noch nicht gefestigt sind, und alleinstehende werktätige Bäuerinnen werden bei der Differenzierung besonders berücksichtigt.

Die Ablieferungsnormen für die einzelnen Betriebsgrößengruppen sind unterschiedlich, sie sind jedoch so zu differenzieren, daß der Abstand von Gruppe zu Gruppe nicht zu groß wird.

Beispiel:

„Es darf nicht, wie in den letzten Jahren häufig geschehen, vorkommen, daß die Größengruppe von 5 bis 10 ha z. B. eine Norm von 4 dz je ha hat, während in der folgenden Gruppe die Norm auf 10 dz je ha steigt. Ein Betrieb von 10,1 ha darf bei sonst gleichen Bedingungen keine wesentlich höhere Norm erhalten als ein solcher von 9,9 ha.“

Bei der Differenzierung ist das Abweichen von der Durchschnittsnorm nicht starr begrenzt.

Der beste Betrieb der Gruppe 10 bis 15 ha kann eine höhere Einzelnorm haben als der schlechteste Betrieb der Gruppe 15 bis 20 ha. Die für die einzelnen Betriebsgrößen festgelegte Durchschnittsnorm für den Kreis, die Gemeinde usw. muß jedoch eingehalten werden.

Berücksichtigung der Erzeugungsbedingungen und der sozialen Struktur bei der Differenzierung.

Das folgende Beispiel zeigt, daß die Kreisdurchschnittsnorm von 10 dz je ha insgesamt bei der Festlegung der Gemeindennormen eingehalten wird.

Beispiel:

Kreis A — Betriebsgrößengruppe 5 bis 10 ha — Durchschnittsnorm 10 dz.			
Gemeinde	Anbaufläche ha	Diff. Norm dz / ha	Ablief.-Menge t
a	377,39	8,8	332,10
b	242,16	12,0	290,59
c	43,61	8,2	35,76
d	84,84	10,9	92,48
e	104,39	9,7	101,25
	852,39	10,0	852,18

Die Durchschnittsnormen werden durch die Landesregierungen auf die Kreise, durch die Räte der Kreise auf die Gemeinden,

Die fortschrittlichsten werktätigen Bauern und Landarbeiter in die Differenzierungs-Kommissionen.

von den Bürgermeistern auf die einzelnen Wirtschaften differenziert festgelegt. Die Differenzierung wird unter Beteiligung von Differenzierungs-Kommissionen durchgeführt. Die Gemeinde - Differenzierungs - Kommission besteht aus dem Bürgermeister, aus zwei Vertretern der VdgB (BdG), einem Vertreter des FDGB (IG Land und Forst), aus je einem Vertreter der in der Gemeinde vertretenen Blockparteien und dem Beauftragten des Rates des Kreises.

Die von der Gemeinde-Differenzierungs-Kommission für die einzelnen Wirtschaften beschlossenen Ablieferungsnormen werden vom Bürgermeister den ablieferungspflichtigen Erzeugern in einer Bauernversammlung bekanntgegeben. Einsprüche gegen die Festsetzung der Ablieferungsnormen müssen innerhalb von drei Tagen dem Bürgermeister vorliegen, der innerhalb weiterer fünf Tage unter Beteiligung der Gemeinde-Differenzierungs-Kommission entscheidet.

Richtige Differenzierung trägt zur demokratischen Entwicklung auf dem Dorfe bei.

Die richtige Differenzierung ist eine äußerst wichtige Maßnahme für die demokratische Entwicklung auf dem Dorf, deren Bedeutung oftmals unterschätzt wird. Insbesondere ist eine richtige Differenzierung nur möglich, wenn weit mehr als bisher die fortschrittlichsten Klein- und Mittelbauern und Landarbeiter aktiv in den Differenzierungs-Kommissionen arbeiten. Durch eine gerechte Differenzierung soll die wirtschaftliche Entwicklung der leistungsschwächsten Betriebe, insbesondere die Entwicklung ihrer Viehhaltung gefördert werden. Die richtige Differenzierung kann also keinesfalls schematisch nach den Betriebsgrößengruppen vorgenommen werden, sondern muß die natürlichen Bedingungen sowie alle die Faktoren berücksichtigen, die die Klassenlage der Bauern bestimmen. (S. Heft 46, S. 12.) Die richtige Differenzierung gewährleistet, daß der bäuerliche Betrieb entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Sicherung der Volksernährung herangezogen wird. Die richtige Differenzierung läßt den Bauern aber auch die Notwendigkeit und die Richtigkeit seiner Ablieferungsverpflichtungen erkennen. Die richtige Differenzierung festigt die Wirtschaften der werktätigen Bauern und ist ein wirksames Mittel unserer Bündnispolitik. Gleichzeitig stärkt sie das demokratische Bewußtsein der Klein- und Mittelbauern und aktiviert sie zur Mitarbeit an der Lösung staatlicher Aufgaben.

4. Ablieferung auf Grund von Verträgen.

Eine Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Zuckerrüben, Obst, Gemüse, Tabak, Faserpflanzen, Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen) werden auf Grund von **Ablieferungsverträgen** zwischen den Erzeugern und den volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben abgeliefert.

Diese Verträge sind eine freie Vereinbarung auf der Grundlage des Anbauplanes zwischen den Bauern und den volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben.

Gegenwärtig wird vielfach noch, sowohl von den Bauern wie auch von staatlichen Organen die Bedeutung der Verträge als eine höhere Form des planmäßigen Warenumsatzes zwischen Stadt und Land nicht in ihrem vollen Umfange erkannt und dem Abschluß von Verträgen nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt.

Mehr Aufmerksamkeit dem Abschluß von Verträgen.

Die Sicherung des Bedarfes der Bevölkerung und der verarbeitenden Industrie muß aber auf jeden Fall gewährleistet werden. Deshalb sieht die 1. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Pflichtablieferung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse vom 15. Februar 1951 in § 25, Abs. 4, vor:

„Kommt es nicht zu einer Vereinbarung des Vertragsabschlusses, so hat der volkseigene Erfassungs- und Aufkaufbetrieb den Rat des Kreises zu benachrichtigen.

Kommt es auch trotz der Vermittlung des Rates des Kreises nicht zum Vertragsabschluß, so ist für die Ablieferung des betreffenden landwirtschaftlichen Erzeugnisses ein Ablieferungsbescheid auszuhändigen. Mit dieser Aushängung ist die Ablieferungspflicht des Erzeugers begründet.“

Der Abschluß von Verträgen über die in das Vertragssystem einbezogenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse seitens der VEAB darf sich nicht auf die technische Durchführung beschränken, sondern muß mit einer aktiven Handelstätigkeit und einer ständigen Aufklärung verbunden sein.

5. Die Vergünstigungen bei der Ablieferung pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse.

Die Ablieferung pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse ist mit Vergünstigungen verbunden, die den Bauern einen verstärkten

Anreiz zur Ablieferung geben und zur Verstärkung ihrer Wirtschaften und zur Verbesserung ihrer eigenen Lage beitragen.

Beispiel:

*„Zur Erleichterung der Erfüllung der Viehaufzugspläne werden
je 1 kg im Rahmen der Pflichtablieferung abgelieferten
Schlachtviehs 0,5 kg Futtergetreide,
je verkauftes Ferkel 25 kg Futtergetreide,
je verkauftes Stück Nutztvieh (Milchkühe im Alter von
2 1/2—5 Jahren und tragende Färsen) 500 kg Futtergetreide
auf die Pflichtablieferung angerechnet oder verkauft.
Aus den angelieferten Milchmengen haben die Molkereien
bis zu 40% Magermilch zurückzuliefern.“*

Volle und
termingerechte
Ablieferung
hilft das Bünd-
nis zwischen
Arbeitern und
werkstätigen
Bauern festigen.

So wie die Arbeiter in der Industrie durch die Steigerung der Produktion die Voraussetzungen für hohe Erträge in der Landwirtschaft schaffen, tragen auch andererseits die Bauern ständig zunehmend zur Vertiefung des Bündnisses bei, indem sie es als eine ehrenvolle Verpflichtung ansehen, der Ablieferung voll und termingemäß nachzukommen.

Die Mitarbeiter der staatlichen Organe und der VdgB (BHG) haben die Aufgabe, die Bauern bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen zu unterstützen.

Bessere Erfül-
lung der Ab-
lieferungs-
pflicht durch or-
ganisierte Ge-
meinschafts-
ablieferung.

Um Schwierigkeiten für den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb bei der Erfüllung seiner Ablieferungsverpflichtungen zu überwinden, wird in zunehmendem Maße unter aktiver Hilfe der staatlichen und genossenschaftlichen Organe die Gemeinschaftsablieferung als eine Form der gegenseitigen Hilfe organisiert.

Beispiel:

„Die Gemeinde Albernau, Kreis Aue/Erzgebirge, mit 23 klein- und mittelbäuerlichen Betrieben hat die Notwendigkeit und den Vorteil der Gemeinschaftsablieferung erkannt und mit gutem Erfolg durchgeführt, weil das demokratische Bewußtsein dieser werktätigen Bauern vorbildlich ist.

*In den Bauernversammlungen wird der Ablieferungsplan unter weitgehender Ausnutzung der Gemeinschafts-
ablieferung aufgestellt, wobei genau festgelegt wird*

1. die Mengen und Art der abzuliefernden Produkte,
2. die gesetzlichen Ablieferungstermine,
3. wer kann diesen Termin nicht einhalten,
4. wer liefert wann, für wen, welche Menge.

Dadurch weiß jeder Betrieb, wann er was abzuliefern hat, so daß unverschuldet in Not geratene Wirtschaften bis zu ihrer Festigung geschont werden."

Auf diese Weise konnte Albernau im vorigen Jahr seine Ablieferungsverpflichtungen an erster Stelle im Kreis erfüllen.

Auch in Selbstverpflichtungen einzelner Bauern und ganzer Gemeinden kommt das Bewußtsein der Bauern immer stärker zum Ausdruck, daß sie mit der gewissenhaften Erfüllung ihrer Ablieferung einen Beitrag für unseren friedlichen Aufbau leisten wollen.

Beispiel:

„Die Bauern des Kreises Cottbus haben sich verpflichtet, bis zum 4. 8. 1951 das gesamte Getreidesoll für das Jahr 1951 zu erfüllen. Um dieses Ziel zu erreichen, helfen die Parteien und Massenorganisationen den Bauern bei der Einbringung und beim Drusch der Ernte. Die Bauern haben sich ferner das Ziel gesetzt, bis zum 8. 8. 1951 die Schälfrucht zu ziehen und alle Zwischenfrüchte einzusäen.“

6. Der Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Nach Erfüllung der Ablieferungspflicht können die Bauern ihre Erzeugnisse zu den gleichen Abnahme- und Gütebestimmungen wie für die Pflichtablieferung und zu Preisen, die vom Staatssekretariat für Erfassung und Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen festgesetzt werden, an die VEAB verkaufen.

Durch die Bezahlung hoher Einkaufspreise wird den Bauern ein Anreiz gegeben, über ihre Ablieferungspflicht hinaus ihre Erzeugnisse an die staatlichen Handelsorgane zu verkaufen. Dadurch, daß die VEAB (mit Ausnahme der Bauernmärkte) das Alleinrecht haben, landwirtschaftliche Erzeugnisse aufzukaufen, ist jede Spekulation ausgeschaltet.

Während die aus der Pflichtablieferung anfallenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse der planmäßigen Versorgung der Bevölkerung und der Industrie dienen, werden die zu höheren

Erhöhter Einkauf landw. Erzeugnisse durch die VEAB verbessert die Versorgung der Bevölkerung.

Preisen aufgekauften landwirtschaftlichen Erzeugnisse (insbesondere Fleisch und Fett) der zusätzlichen Versorgung der Bevölkerung über die HO zugeführt.

Zwischen den Aufkaufpreisen der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe und den HO-Preisen für bestimmte Nahrungsmittel besteht ein enger Zusammenhang.

Steigern die Arbeiter in der Industrie ihre Produktion und senken sie die Selbstkosten, arbeiten die staatlichen Organe reibungslos, so kann die Versorgung der Bauern mit Industriewaren verbessert und verbilligt werden. Die bessere Arbeit der volkseigenen Güter, der MAS und der VdgB (SHG) trägt entscheidend zur Festigung der Wirtschaft der werktätigen Bauern bei. Unter diesen Bedingungen können allmählich die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bei gleichbleibender oder sogar erhöhter Rentabilität der Bauernwirtschaften gesenkt werden.

Die Angleichung der Aufkaufpreise und der Erfassungspreise ermöglicht auch eine Angleichung des zum Teil noch bestehenden doppelten Preisniveaus im Einzelhandelsnetz für einige Nahrungsmittel (Fleisch und Fett). Auf der Grundlage einer gesteigerten Produktion kann so allmählich der systematische Übergang zum freien Verkauf aller Nahrungsmittel zu einheitlichen Preisen vollzogen werden.

7. Die Bauernmärkte.

Nach Erfüllung seiner Ablieferungsverpflichtung kann jeder Bauer Erzeugnisse aus seiner eigenen Produktion auf zugelassenen örtlichen Märkten (Bauernmärkten) unmittelbar an die Verbraucher zu frei sich bildenden Preisen verkaufen. Die Bauern dürfen nur auf den Bauernmärkten ihres Kreises oder in dem ihrem Wohnsitz nächstgelegenen Marktort des Nachbarkreises ihre Waren anbieten. Dazu wird ihnen vom Bürgermeister bescheinigt, daß ihre Ablieferungspflichten erfüllt sind und welche landwirtschaftlichen Erzeugnisse in welchen Mengen sie zu verkaufen beabsichtigen.

**Bauernmärkte-
zusätzliche Ab-
satzmöglichkeit
der Bauern.**

Damit stellen die Bauernmärkte eine zusätzliche Verkaufsmöglichkeit landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Bauern dar. Das bedeutet für die Organe der staatlichen Verwaltung, daß sie überall an geeigneten Orten die Voraussetzungen für die ordnungsmäßige Durchführung von Bauernmärkten schaffen

und nicht etwa, wie vielfach vorgekommen, sie behindern oder gar verbieten. Energisch muß allerdings gegen solche Versuche eingeschritten werden, auf Bauernmärkten zu spekulieren und dadurch die planmäßige Versorgung der Bevölkerung zu gefährden. Darum ist auch jeder Zwischenhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die auf Bauernmärkten gekauft wurden, verboten.

8. Schweinemastverträge.

Im Rahmen des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land spielen die Schweinemastverträge eine bedeutende Rolle. Sie sichern einerseits den Bauern den Absatz der Schweine zu günstigen Preisen, stärken die Rentabilität ihrer Wirtschaften und bedeuten andererseits einen weiteren großen Schritt in der Sicherung der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne und damit zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Belieferung der Bevölkerung mit Fleisch und Fett.

Schweinemastverträge stärken die Rentabilität der bäuerlichen Wirtschaften und verbessern die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fett.

Die Bauern sind sich in zunehmendem Maße der volkswirtschaftlichen Bedeutung und der Vorteile der Schweinemastverträge bewußt geworden.

Im II. Halbjahr 1949 wurden etwa 150 000 Mastverträge und vom 1. Juli 1950 bis zum 30. Juni 1951 etwa 1 Million Mastverträge abgeschlossen.

Vom 1. Juli 1951 bis zum 30. Juni 1952 sieht der Plan den Abschluß von 1,5 Millionen Mastverträgen vor.

Die Erfüllung und Übererfüllung der Mastverträge gerade in diesem Zeitraum ist von besonderer Bedeutung, da sie wesentlich zur Aufhebung der Rationierung von Fleisch und Fett beiträgt.

Aus den Erfahrungen der Schweinemastaktionen der letzten Jahre gilt es die Lehren zu ziehen,

1. die Unterschätzung der großen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Schweinemastverträge durch einige Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungen zu beseitigen und eine enge Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Organen und der VdgB (BHG) — die Träger der Schweinemastaktionen ist — zu sichern;

2. die Bauern ständig über die Bedeutung der Schweinemastverträge aufzuklären, sie zu beraten und ihnen die Erfahrungen der Meisterbauern, ferner rationelle Haltungs-, Aufzucht- und Fütterungsmethoden zu übermitteln;
3. sicherzustellen, daß die durch die Verordnung unserer Regierung vom 21. Juni 1951 den Bauern eingeräumten Vergünstigungen diesen tatsächlich zugute kommen. Insbesondere sollte die Aufmerksamkeit auf die rechtzeitige Bereitstellung von Futtermitteln und Kohle, auf die unbürokratische Erledigung der Vertragformalitäten, die rechtzeitige Bezahlung und die richtige Ferkellenkung konzentriert werden.

Schweinemastverträge gewährleisten günstige Ausnutzung aller betrieblichen Reserven.

Der Abschluß von Schweinemastverträgen bedeutet für jeden landwirtschaftlichen, insbesondere den klein- und mittelbäuerlichen Betrieb, eine günstige Ausnutzung aller betrieblichen Reserven. Die Futtergrundlage des bäuerlichen Betriebes wird wesentlich erweitert, indem für jeden abgeschlossenen Mastvertrag durch unseren demokratischen Staat

345 kg Kleie,
285 kg Gerste bzw. anderes Futtergetreide,
10 kg Eiweißkonzentrat,
200 kg Braunkohlenbriketts

geliefert werden. Statt Getreide können in einem bestimmten Umfange Kartoffeln im Verhältnis 1 : 4 bezogen werden.

Auch finanziell sind die Schweinemastverträge für die Bauern von großem Vorteil. Für die abgelieferten Schweine mit einem Mindestgewicht von 130 kg wird der 1¹/₂-fache Erzeugerpreis, d. h. gegenwärtig 2,22 DM je kg gezahlt. Der Bezug von Futtermitteln erfolgt zu festen Erzeugerpreisen. Die Bezahlung von Futtermitteln kann bis zur Ablieferung des Schweines gestundet werden.

Schweinemastverträge in Industriebetrieben erschließen der Volksernährung zusätzliche Reserven.

Durch alle diese Vergünstigungen erhalten Betriebe, die Mastverträge abschließen, von unserem demokratischen Staat etwa 40 Millionen DM, die zur weiteren Steigerung ihrer Rentabilität beitragen.

Der Abschluß von Schweinemastverträgen erstreckt sich aber nicht nur auf landwirtschaftliche Betriebe. Von den insgesamt

1,5 Millionen Mastverträgen, die bis zum 30. Juni 1952 abzuschließen sind, sollen 100 000 von Industriebetrieben, Schweinemästereien der Gemeinden und Städte und gewerblichen Schweinemästereien abgeschlossen werden. Große Mengen von Küchen- und industriellen Abfällen können so der Volksernährung nutzbar gemacht werden.

Schlußbetrachtung

Die Arbeiter schaffen durch ihre Arbeit die Voraussetzungen für die bessere Belieferung der Landwirtschaft mit industriellen Produktionsmitteln, die die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ermöglichen. Die Bauern liefern ihre Erzeugnisse zur Versorgung der Bevölkerung und der Industrie.

Dieser Warenaustausch vollzieht sich — und das ist das Entscheidende — planmäßig auf unseren neuen gesellschaftlichen Grundlagen.

Unter kapitalistischen Bedingungen trägt der Handel mit der Landwirtschaft zur Verelendung der Bauern bei, wie wir gesehen haben. Unternehmer, Händler und Bankiers nutzen die Zersplitterung der bäuerlichen Produktion und die wirtschaftliche Schwäche der Klein- und Mittelbauern aus, um von ihnen hohe Preise für Industrieerzeugnisse zu erpressen und ihnen für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse — unter stetem Druck ausländischer Importe — Spottpreise zu zahlen. In der Deutschen Demokratischen Republik wird der Warenumsatz zwischen Stadt und Land von unserem demokratischen Staat planmäßig entfaltet, um im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung einerseits die Produktivität der Landwirtschaft zu heben, andererseits die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern. Unser demokratischer Staatsapparat kann sich dabei auf die volkseigene Industrie, den volkseigenen Handel, die volkseigenen Banken und in zunehmendem Maße auf die VdgB (BHG), die unsere staatliche Wirtschaftspolitik auf ihrem Gebiete durchführt, stützen.

Unter diesen Bedingungen ist der Warenumsatz ein Hebel zur fortschrittlichen Entwicklung der Landwirtschaft. Damit werden die breiten Massen der werktätigen Bauern immer stärker an unseren planmäßigen Aufbau herangeführt.

Die neuen Formen des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land tragen auch wesentlich zur Entwicklung eines neuen demokratischen Staatsbewußtseins unserer werktätigen Bauern bei. Immer mehr Bauern folgen dem Beispiel der Arbeiter, übernehmen Selbstverpflichtungen zur vorfristigen Ablieferung, zum Abschluß von Schweinemastverträgen usw., um aktiv und bewußt unseren friedlichen fortschrittlichen Aufbau voranzutreiben.

Alle Mitarbeiter unserer staatlichen Organe haben daher entsprechend der aktiven fortschrittlichen Rolle unseres Staatsapparates die Aufgabe und Verpflichtung, diese Entwicklung zu fördern.

Vor allen Mitarbeitern steht die Aufgabe, die Methoden und Formen des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land zu studieren, um in der Lage zu sein, die Maßnahmen unserer Regierung den Bauern richtig zu erläutern.

Vor allem gilt es, die staatlichen Maßnahmen nicht schematisch, sondern sachkundig und gewissenhaft durchzuführen und Verständnis für die Sorgen und Schwierigkeiten unserer werktätigen Bauern aufzubringen.

Das bedeutet, daß insbesondere die örtlichen Organe von den zentralen Stellen besser angeleitet und unterstützt werden.

Lenin lehrt uns

„Die Entwicklung des ‚Umsatzes‘ zwischen Landwirtschaft und Industrie ... verlangt ihrem Wesen nach eine selbständige, sachkundige, kluge, lokale Initiative, und daher gewinnt die mustergültige Arbeit im Kreise und im Landbezirk gegenwärtig, vom gesamtstaatlichen Standpunkt aus gesehen, eine ganz außergewöhnliche Bedeutung.“

(Lenin, über die Naturalsteuer, aus Bd. II, S. 833, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947)

Die vielfältigen und komplizierten Aufgaben in der Landwirtschaft zeigen uns, wie verantwortungsvoll und schwierig die Arbeit der Bürgermeister und überhaupt der örtlichen Organe ist.

Das sollte vielen Mitarbeitern in Zentralen, Landes- und Kreis-Verwaltungen Anlaß sein, zu überprüfen, ob ihre Anleitung und Unterstützung diesen Aufgaben Rechnung trägt,

ob ihre Anweisungen immer verständlich und die Termine immer vertretbar sind und ob sie selbst genügend mit den Schwerpunktaufgaben der örtlichen Verwaltungsorgane vertraut sind.

Dieses Thema zeigt erneut, wie mannigfaltig die Möglichkeiten und Aufgaben der staatlichen Organe sind, die Bewegung zur Steigerung der Produktion in der Industrie und in der Landwirtschaft aktiv zu fördern und damit entscheidend zur Verwirklichung der Losung beizutragen, die der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht auf dem III. Parteitag der SED aufstellte:

„Dem Volke mehr Lebensmittel,
dem Bauern mehr Industriewaren,
der ganzen Dorfbevölkerung die Errungenschaften der
fortschrittlichen Kultur.“

Berichtigung zum Schulungsheft Nr. 46:

1. Auf Seite 4 oben, 3. Absatz muß es heißen:
davon Ackerland 5,0 Mill. ha

2. Auf Seite 11, unten (Die neue Struktur der Landwirtschaft in der DDR) muß es heißen:

(1. Zeile:) Betriebe bis 2,0 ha 29% 3,5%

(2. Zeile:) Klein- und Mittelbauern 2,0 bis 20 ha 65% 67%

Anregungen und Kritiken zur Verbesserung des Schulungs-
materials bitte zu richten an die

Deutsche Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ — Re-
daktion innerbetriebliche Schulung — Forst-Zinna.

~~SECRET~~
THIS IS AN ENCLOSURE TO [REDACTED]
DO NOT DETACH

**Innerbetriebliche Schulung
für die
Mitarbeiter in den Verwaltungen
der
Deutschen Demokratischen Republik**

CPYRGH
T

**Verlustlose Einbringung der Ernte,
gute und rechtzeitige Herbstbestellung –
ein Schwerpunkt der Verwaltungsarbeit**

[REDACTED]
25X1A¹⁹⁵¹ / NUMBER

45

Methodische Anleitung

zum Thema

**Verlustlose Einbringung der Ernte,
gute und rechtzeitige Herbstbestellung -
ein Schwerpunkt der Verwaltungsarbeit**

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R010000050007-7

Methodische Anleitung

zum Thema

**Verlustlose Einbringung der Ernte,
gute und rechtzeitige Herbstbestellung -
ein Schwerpunkt der Verwaltungsarbeit**

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R010000050007-7

I. Kurze Einführung in das Thema (20 Minuten)

Einbringung der Ernte und Durchführung der Herbstbestellung, eine der Schwerpunktaufgaben in der gegenwärtigen Situation; dazu Mobilisierung aller Kräfte in Stadt und Land erforderlich; Bewährungsprobe des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern. Die Lehren aus dem vergangenen Jahr ziehen: bessere Zusammenarbeit der Verwaltungen mit den Massenorganisationen bei der Ernte und Herbstbestellung, Aufstellung gemeinsamer Arbeitspläne, Organisierung der gegenseitigen Hilfe, Entfaltung der Wettbewerbsbewegung von Dorf zu Dorf, bessere Kontrolle.

Sorgfältige Planung und Organisierung des Zusammenhangs der Arbeiten bei Ernte, Schälfrucht, Zwischenfruchtanbau, Drusch und Ablieferung, Herbstsaat und Winterfrucht. Durch operative Anleitung und Hilfe Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung festigen.

II. Fragen für die seminaristische Durcharbeitung des Themas

- 1. Wie kann die Zusammenarbeit der Verwaltung mit den demokratischen Organisationen bei der Vorbereitung der Ernte und der Herbstbestellung verbessert werden?**

Aufstellung gemeinsamer Arbeitspläne; regelmäßig gemeinsame Arbeitsbesprechungen; operative Anleitung und Kontrolle der gefaßten Beschlüsse.

- 2. Worauf kommt es bei der Organisierung der gegenseitigen Hilfe an?**

Vorbereitung nicht dem Selbstlauf überlassen; zentraler Maschinen- und Geräteausgleich durch die Maschinenausleihstationen; Unterstützung der Klein- und Mittelbauern; Hilfe der Stadt für das Land durch Patenschaften und Freundschaftsverträge.

3. Worauf kommt es bei der Vorbereitung und Durchführung der Ernte an?

Schnelle und verlustlose Einbringung der Ernte; reibungslose Versorgung mit Bindegarn, Treibstoffen und Ersatzteilen; unmittelbare Verbindung mit Schälmaschine und Zwischenfruchtanbau; gemeinschaftlicher Drusch und Ablieferung; Transportplan ausarbeiten; rechtzeitige Vorbereitung einer reibungslosen Erfassung und Lagerung; verstärkte Wachsamkeit und Aufklärung zum Schutze der Ernte.

4. Worauf kommt es bei der Herbstbestellung an?

Rechtzeitige Ausgabe der Anbaubescheide; Überprüfung der Einhaltung des Anbauplanes; bessere Futtergrundlage durch Zwischenfruchtanbau; Saatgut und Düngemittel rechtzeitig und gerecht verteilen.

5. Wie schaffen wir in unserer Abteilung, in unserer Verwaltung, in unserem Ministerium ein Beispiel für die konkrete Hilfe bei der Ernte und Herbstbestellung?

(Bei dieser Frage ist zu prüfen, welche Maßnahmen bereits getroffen wurden und wie auf dem jeweiligen Arbeitsgebiet Ernte und Herbstbestellung unterstützt werden können.)

Literaturangaben für die Zirkellehrer:

K. Vieweg: „Um jedes Korn kämpfen“ in: Tägliche Rundschau vom 23. Juni 1951, Nr. 143.

Nur für innerbetriebliche
Schulung verwenden!

NUMMER 45

**Innerbetriebliche Schulung für die Mitarbeiter in den
Verwaltungen der Deutschen Demokratischen Republik**

HERAUSGEBER: MINISTERIUM DES INNERN
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

**Verlustlose Einbringung der Ernte,
gute und rechtzeitige Herbstbestellung —
ein Schwerpunkt der Verwaltungsarbeit**

„Es ist notwendig, in den Dörfern die Aufklärungsarbeit darüber zu leisten, welche große Bedeutung die Ernte für den Kampf um den Frieden und die Sicherung unserer Volksernährung sowie für die Stärkung und Festigung der Bauernwirtschaften selbst hat.“

So begründete der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht auf der 6. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine der Hauptaufgaben, die in der gegenwärtigen politischen Situation vor allen friedliebenden Deutschen und damit auch vor dem Staatsapparat in der Deutschen Demokratischen Republik stehen.

Für die Erfüllung der der Landwirtschaft als unserer Ernährungsbasis und einer wichtigen Rohstoffquelle unserer Industrie im Volkswirtschaftsplan 1951 gestellten Aufgaben ist die schnelle und verlustlose Einbringung der Ernte und die sorgfältige und rechtzeitige Herbstbestellung besonders wichtig.

Verlustlose Einbringung und Schutz der Ernte gewährleisten, unsere Versorgung weiter systematisch verbessern zu können. Von der Herbstbestellung hängt weitgehend die Ernte des nächsten Jahres ab.

Sie sind deshalb keinesfalls nur eine Angelegenheit der Landwirtschaft. Sie erfordern die Mithilfe der gesamten Bevölke-

rung; denn Ernte und Herbstbestellung sind ein wesentlicher Baustein für unsere weitere erfolgreiche Entwicklung.

Die Kampagnen für Ernte und Saat sind Bewährungsproben für das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, für die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land.

Die Feinde unseres Volkes versuchen mit allen Mitteln, mit Sabotage und Brandstiftung, die Ernte und Aussaat zu stören, durch Gerüchte Verwirrung in die bäuerliche Bevölkerung zu tragen und ihr Vertrauen zu unserer Regierung zu erschüttern. So wie die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik einmütig und geschlossen bei der Volksbefragung für den Frieden gestimmt und den Kriegsbrandstiftern eine gehörige Abfuhr erteilt hat, so wird sie auch die Versuche des Feindes vereiteln, Ernte und Herbstbestellung zu stören.

Auch falsche Maßnahmen, Nachlässigkeit und bürokratischer Schlendrian der Verwaltungen hindern den reibungslosen Ablauf der Ernte und der Herbstbestellung. Sie unterstützen damit objektiv die Gegner bei ihren verbrecherischen Absichten.

Es kommt deshalb darauf an, alle Kräfte aufzurufen, die Bauern, Landarbeiter und Traktoristen wirksam zu unterstützen. Richtige Planung, operative Anleitung und Kontrolle durch die Verwaltungen und eine wirksame Aufklärung werden eine erfolgreiche Ernte und eine rechtzeitige Herbstbestellung gewährleisten.

I. Alle Kraft für die Ernte und die Herbstbestellung!

1. Gemeinsame Arbeitspläne — Grundlage besserer Zusammenarbeit der Verwaltungen mit den Massenorganisationen

Die erfolgreiche Entwicklung der Landwirtschaft in unserer demokratischen Ordnung und die pflichtbewußte Arbeit der Bauern brachten uns bereits im Jahre 1950 Friedenshektarerträge.

Aber ein wesentlicher Mangel bei der Herbstbestellung 1950 und der Frühjahrsbestellung 1951 war die ungenügende Zusammenarbeit von Verwaltungen und Massenorganisationen.

In der Anordnung der Regierung über Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Ernte und Herbstbestellung 1951 vom 5. Mai 1951 (GBl. 1951, Seite 331) ist daher festgelegt: In den Ländern, Kreisen und Gemeinden der Deutschen Demokratischen Republik ist zur Vorbereitung und Durchführung der Ernte und Herbstbestellung mit der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (BHG), der Gewerkschaft Land und Forst, der Freien Deutschen Jugend, den volkseigenen Gütern (VEG), den Maschinenausleihstationen (MAS), den volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben des betreffenden Gebietes und den Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ein gemeinsamer Arbeitsplan auszuarbeiten.

Maßnahmen der Regierung zur Vorbereitung und Durchführung der Ernte

Die Arbeitspläne enthalten alle Aufgaben; sie legen die Verantwortlichkeit und die Termine fest, damit

- a) die Ernte verlustlos eingebracht,
- b) die Schälfrucht restlos durchgeführt,
- c) der Zwischenfruchtanbau wesentlich erweitert,
- d) pflanzliche Produkte schnell und vorfristig abgeliefert und
- e) eine gute und rechtzeitige Herbstsaat durchgeführt werden können.

Die gemeinsamen Arbeitspläne bilden in dieser Zeit die Grundlage für die Tätigkeit der Verwaltungen und Massenorganisationen. Sie verhindern Überschneidungen, decken Reserven auf und garantieren, daß durch eine gute Organisation der Arbeit die Ernte und die Schälfrucht, Zwischenfruchtanbau, Drusch und Ablieferung, Herbstbestellung und Winterfrucht einen großen zusammenhängenden Arbeitsgang bilden.

Auf der Grundlage gemeinsamer Arbeitspläne — Verbesserung der Arbeit

In öffentlichen Bauernversammlungen sind bereits die örtlichen Arbeitspläne — eine Ergänzung der Dorfwirtschaftspläne — beraten und beschlossen worden. Damit sind die Voraussetzungen für eine rechtzeitige Vorbereitung und richtige Durchführung aller notwendigen Maßnahmen geschaffen.

Die Aufstellung der Arbeitspläne

Aber noch nicht überall sind die Arbeitspläne Grundlage der täglichen Arbeit geworden. Noch nicht überall enthalten sie die konkreten, für jedes Arbeitsgebiet geltenden Aufgaben, sondern beschränken sich auf allgemeine Formulierungen.

Beispiel:

Leicht hat es sich der Kreisvorstand des FDGB in Luckenwalde gemacht. Die Funktionäre sahen nicht rechtzeitig die Bedeutung der Ernte und Herbstbestellung, sondern konzentrierten ihre Aufgaben noch Ende Juni auf andere Punkte. Den Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB über die Vorbereitung und Sicherstellung der Ernte 1951, der allen Kreisvorständen zugegangen war, sandten sie kurzerhand an die Ortsvorstände weiter, indem sie „Bundesvorstand“ durch „Kreisvorstand“, „Berlin“ durch „Luckenwalde“ ersetzten. Damit glaubten sie, ihre Aufgabe gelöst zu haben, statt die Aufgaben für ihren Kreis zu konkretisieren.

**Keine
papierenen
Erklärungen**

Arbeitspläne sind keine papierenen Erklärungen, sondern unmittelbare Arbeitsgrundlage. Denn alle Aufgaben, die nicht im Arbeitsplan enthalten sind, über deren Lösung man sich nicht rechtzeitig Gedanken gemacht hat, lassen sich dann nicht richtig lösen, erfordern überstürzte, improvisierte Maßnahmen, schaffen Verwirrung und behindern die Arbeit.

Wie man es richtig macht, zeigt folgendes

Beispiel:

**Ein guter
Arbeitsplan**

Der Ernteeinsatzplan der MAS Kyritz im Kreis Ortrand sieht vor, daß die Arbeiten in zwei Schichten durchgeführt werden. Bei Mörntau und Regen wird laufend geschält. Die drei aufgestellten Komplexbrigaden haben ihre genauen Einsatzpläne und wissen schon heute, in welchen Dörfern und auf welchen Feldern sie arbeiten werden. Zu jeder Komplexbrigade gehört ein Schlosser, der die anfallenden Reparaturen gleich an Ort und Stelle erledigen wird. Außerdem wird eine fliegende Reparaturkolonne eingesetzt, die mit einem Personenkraftwagen ausgestattet ist und bei größeren Reparaturen ohne Zeitverlust eingreifen wird.

2. Aufklärung und Erfahrungsaustausch garantieren eine erfolgreiche Ernte

Die Erfahrungen lehren, daß durch Aufklärung der Bevölkerung und durch gute Organisation Schwierigkeiten überwunden werden können.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat deshalb in einem Beschluß hervorgehoben: „Die

Überzeugungsarbeit unter den Bauern und Landarbeitern über den Zusammenhang der Ernte und Herbstbestellung mit dem Kampf um den Frieden ist die Hauptaufgabe aller Organisationen auf dem Lande.“

Die Überzeugungsarbeit unter Bauern und Landarbeitern verstärken

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Volksbefragung sind in allen Dörfern Versammlungen durchgeführt worden, in denen auch über die Vorbereitung und Durchführung der Ernte beraten wurde. Guten Erfolg hatten insbesondere die **Bauernberatungen**, die zu einer ständigen Einrichtung werden müssen.

Beispiel:

In Weichensdorf, Kreis Frankfurt/Oder, das bereits als eine der ersten Gemeinden in der DDR die Frühjahrsbestellung innerhalb 11 Tagen abschließen konnte, wurde die Aufklärungsarbeit so durchgeführt, daß jedes Bauernhaus die Verbundenheit mit dem Kampf um den Frieden durch Losungen und Übernahme freiwilliger Verpflichtungen in der Ertragssteigerung oder Ablieferung sichtbar zum Ausdruck bringt. Ferner wird dort den Jugendlichen, die zu den Weltfestspielen nach Berlin fahren, alle Unterstützung zuteil.

Eng verbunden mit der Aufklärungsarbeit muß der Erfahrungsaustausch über die Anwendung neuer Arbeitsmethoden auch in der Landwirtschaft sein.

Die neuen Arbeitsmethoden der Landwirtschaft in Bauernversammlungen beraten

„Jede Anwendung neuer Arbeitsmethoden, jede Verbesserung in der Landwirtschaft ist ein Schlag gegen die Kriegstreiber, denn dadurch werden unsere Wirtschaft und unser demokratischer Staat gestärkt.“

(W. Ulbricht, aus der Rede vor der Volkskammer am 9. Mai 1951)

Es ist daher notwendig, die neuen Arbeitsmethoden der Meisterbauern und Traktoristen, die neuen Formen des Wettbewerbs, die zahlreichen Verbesserungsvorschläge durch Veröffentlichungen in Presse, Film und Rundfunk, durch Vorträge und Beispiele allen Bauern zugänglich zu machen und sie insbesondere in Bauernberatungen zu diskutieren.

Auch **Selbstverpflichtungen** sollten verstärkt veröffentlicht werden, um andere Bauern, Landarbeiter und Traktoristen zu veranlassen, den guten Beispielen zu folgen.

Beispiele:

Herbert Burwitz und Fritz Dädler von der MAS Blesewitz verpflichteten sich, in freiwilligen Sonderschichten drei 8-Fuß-Zapfwellen-Binder so instand zu setzen, daß im Zweischichtensystem je 200 ha Getreide gebündert werden können. Die Binder werden in Verbindung mit einem 49-PS-Ifa-Pionier eingesetzt. Die Kollegen werden dafür sorgen, daß die drei Feldarbeits-Aggregate während der Erntezeit gut arbeiten und anfallende Reparaturen schnell erledigt werden.

Die Arbeiter der MAS-Reparaturwerkstatt Seehausen verpflichteten sich, das Reparaturprogramm für Traktoren und Erntemaschinen bis zum 24. Juni zu erfüllen. Außerdem wird diese MAS — eine der größten im Lande Sachsen-Anhalt — in diesem Jahr 50 Prozent mehr Reparaturen ausführen als im vorigen Jahr.

Der Traktorist und Aktivist E. Krippstädt vom VEG Waltersdorf, Kreis Luckau, hat sich verpflichtet, in 15 Tagen 150 ha Getreide zu bindern und in den Tau-stunden bereits die Schälfurche zu ziehen. Der Traktorist und Aktivist K. Schaarschuh von der MAS Ehreburg verpflichtete sich, in der Ernte 140 ha zu bindern und die Qualität seiner Arbeit zu verbessern.

3. Planmäßige gegenseitige Hilfe

Planvolle
Hilfe ...

Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Ernte- und Herbstbestellung ist die Unterstützung der zurückgebliebenen Wirtschaften, der Gemeinden, Kreise und Länder durch eine planmäßige gegenseitige Hilfe. Der Dorfwirtschaftsplan bildet die Grundlage für die organisierte gegenseitige Hilfe der einzelnen Bauernwirtschaften. Er wird ergänzt durch die Erntebergungs-, Druschpläne usw. Sie legen genau fest, wer wem hilft, wie u. a. der Ausgleich von Maschinen und Arbeitskräften vor sich geht.

... durch
Arbeitskräfte-
und Maschinen-
ausgleich

Die gegenseitige Hilfe darf nicht dem guten Willen und den „Beziehungen“ einzelner überlassen werden und darf sich nicht nur zugunsten einzelner auswirken. Sie muß planmäßig organisiert die Arbeit der guten Betriebe entwickeln, die der schlechten Betriebe auf das Niveau der guten bringen. Aber nicht nur innerhalb des Dorfes sind die Aufgaben ohne die gegenseitige Hilfe nicht durchzuführen, sondern auch zwischen einzelnen Dörfern, den Kreisen und den Ländern ist diese gegenseitige Hilfe zu organisieren.

... über die
Orts Grenzen
hinaus

Zugkräfte und Maschinen sind in vielen Orten ungleichmäßig verteilt. Erst ein planmäßiger Kräfteausgleich ermöglicht, vorhandene Produktionsmittel voll auszunutzen und damit in einem anderen Ort die Aufgaben erfüllen zu helfen. In keinem Fall darf Engstirnigkeit verhindern, alle Kräfte voll auszunutzen.

... gegen jede
Engstirnigkeit

In einer planvollen gegenseitigen Hilfe kommt das neue Bewußtsein unserer Menschen, kommen die neuen Beziehungen kameradschaftlicher Zusammenarbeit und Hilfe zum Ausdruck. Eine Form der gegenseitigen Hilfe sind die Übernahme von Patenschaften und der Abschluß von Freundschaftsverträgen zwischen Industriebetrieben bzw. Verwaltungen und Gemeinden, Kreisen, volkseigenen Gütern, MAS usw.

Beispiel:

Die Kollegen der Kreisverwaltung Luckenwalde übernahmen die Patenschaft über die Gemeinde Horstwalde. Sie verpflichteten sich, der Patengemeinde während der Getreide- und Kartoffelernte jede Unterstützung zu geben, die für eine verlustlose Einbringung der Ernte notwendig ist. Durch Instrukteure unterstützen sie die Gemeinde und beraten die Angestellten bei der Aufstellung ihrer Pläne. Zu den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin ermöglichen sie einem Jugendfreund der Gemeinde die kostenlose Fahrt nach Berlin und statten ihn mit der notwendigen Bekleidung aus.

Übernahme von Patenschaften und Freundschaftsverträge beschränken sich nicht nur auf Betriebe und die örtlichen Verwaltungsorgane.

Beispiel:

Eine vorbildliche Initiative entwickelte die Hauptverwaltung Metallurgie im Ministerium für Schwerindustrie. Nach Absprache mit dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, der Verwaltung der MAS und der zentralen Leitung der VdgB (BHG) stellen die ihr unterstellten Betriebe nach vorheriger Aufklärungsarbeit für die Zeit der Ernte den MAS, volkseigenen Gütern, bäuerlichen Handelsgenossenschaften, Schlosser- und Monteurbrigaden zur Verfügung. Dadurch können kleinere Reparaturen auf dem Feld unverzüglich vorgenommen, Traktoren unterstützt und die Ernte beschleunigt werden. Die Werkstätten dieser Betriebe helfen mit Reparaturen und Ersatzteilen.

4. Die Wettbewerbsbewegung auf dem Lande

Wettbewerbs-
bewegung auf
dem Lande —
Ausdruck eines
höheren
Bewußtseins
der Bauern

Die Bereitschaft der Bauern, die Planaufgaben in der Landwirtschaft besser zu erfüllen, kommt in einer zunehmenden Wettbewerbsbewegung zum Ausdruck. In der Wettbewerbsbewegung äußert sich sichtbar das neue Verhältnis der Bauern zu unserem demokratischen Staat, ihr neues demokratisches Staatsbewußtsein. Der Wettbewerb stützt sich auf die Entfaltung der Masseninitiative und ist ein wichtiges Mittel, um alle inneren Reserven auszuschöpfen und damit die der Landwirtschaft gestellten Aufgaben besser zu erfüllen.

Die Organe der staatlichen Verwaltung sind verpflichtet, Wettbewerbe über die Durchführung der Ernte- und Herbstbestellung, die von der VdgB (BHG) in Verbindung mit den anderen Massenorganisationen durchgeführt werden, mit allen Mitteln zu unterstützen und zu fördern.

Dem Wettbewerb selbst muß die gründliche Aufklärung über das Ziel des Wettbewerbs vorausgehen. Vor allem soll darüber Klarheit bestehen, daß der Wettbewerb nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem eine politische Angelegenheit ist; denn er weckt die Masseninitiative und fördert die neue Einstellung zur Arbeit.

Keine Wett-
bewerbe
zwischen
einzelnen
bäuerlichen
Betrieben

Gute Beispiele für den Wettbewerb gab es schon im Jahre 1950, aber die Wettbewerbsbewegung hatte noch nicht die Masse der werktätigen Landbevölkerung erfaßt. Es wurden solche Fehler gemacht, den Wettbewerb nur zwischen einzelnen bäuerlichen Betrieben zu organisieren, ja, in einem Fall schlossen sich großbäuerliche Betriebe zu Brigaden zusammen mit dem Ergebnis, daß nur die dort beschäftigten Landarbeiter stärker belastet und ausgebeutet wurden und die Besitzer hofften, die Prämien einzustreichen. Die Ursache für das Zurückbleiben der Wettbewerbsbewegung auf dem Lande ist aber vor allem die mangelnde Aufklärung über die Ziele des Wettbewerbs und die zu geringe Anleitung.

Die Hauptform des Wettbewerbs auf dem Lande ist der Wettbewerb von Dorf zu Dorf

Den Wettbewerbsverträgen zwischen Dörfern und Kreisen sollten folgende Punkte zugrunde liegen:

Die Haupt-
punkte des
Wettbewerbs
auf dem Dorfe

1. Festigung des demokratischen Bewußtseins der Dorfbevölkerung.

2. Ständige Verbesserung der Dorfwirtschaftspläne und eine systematische Kontrolle über die Planerfüllung.
3. Entfaltung der gegenseitigen Hilfe mit dem besonderen Ziel der Entwicklung zurückgebliebener Wirtschaften und der Inanspruchnahme der MAS.
4. Die Anwendung der Erfahrungen der Neuerer und Meisterbauern und der fortschrittlichen Agrarwissenschaft.

Die Wettbewerbe zur Ernte- und Herbstbestellung 1951 müssen sich darüber hinaus darauf konzentrieren:

1. Die Ernte schnell und verlustlos einzubringen.
2. Die Schälfrucht im Anschluß an die Ernte schnell durchzuführen und den Zwischenfruchtanbau wesentlich zu erweitern.
3. Die pflanzlichen Produkte vorfristig abzuliefern.
4. Herbstsaat und Winterfrucht termingerecht und vollständig vorzunehmen.

Beispiel:

Die Bauern der Kreise Wanzleben und Schönebeck haben zur verlustlosen Einbringung der Ernte und zur schnellen Durchführung der Herbstbestellung einen Wettbewerb miteinander abgeschlossen. Im Mittelpunkt der Wettbewerbsbedingungen stehen die schnelle Einbringung der Ernte, die Ausdehnung des Zwischenfruchtanbaues, die Herbstbestellung und das rechtzeitige Ziehen der Winterfrucht. Bei der Bewertung wird außerdem die Friedens- und Aufklärungsarbeit in den einzelnen Gemeinden der beiden Kreise berücksichtigt.

Für die Prämierung der besten Leistungen sind von der Regierung der DDR 200 000 DM vorgesehen.

5. Kontrolle und Berichterstattung

Auch die diesjährigen Vorbereitungen zur Ernte und Herbstbestellung zeigten wieder eine alte Schwäche, die ungenügende ständige Kontrolle der Beschlüsse und Maßnahmen.

Stalin lehrt uns:

„Eine gut organisierte Kontrolle der Durchführung ist jener Scheinwerfer, der uns hilft, den Stand der Arbeit des Apparates zu jeder beliebigen Zeit zu beleuchten und die Bürokraten und Kanzleimenschen ans Licht zu ziehen. Zu einer wirksamen Kontrolle sind zwei Bedingungen notwendig:

- 1. Die Kontrolle nicht sporadisch, sondern systematisch durchzuführen.*
- 2. An der Spitze der Kontrolle dürfen nicht zweitrangige Leute, sondern müssen die Leiter der Organe selbst stehen.“*

Eine solche Kontrolle, die einen umfassenden Überblick über die bisher getroffenen Maßnahmen geben konnte, war die Durchführung des Tages der Erntebereitschaft am 23. und 24. Juni 1951.

In zahlreichen Kreisen, in volkseigenen Gütern, Maschinenausleihstationen, volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben, Handelszentralen und bäuerlichen Handelsgenossenschaften, auch in bäuerlichen Wirtschaften, waren die Vorbereitungen gut getroffen und weit vorgeschritten. In vielen Gemeinden war der Tag der Erntebereitschaft ein Ausdruck der Entschlossenheit der Bevölkerung, des Pflichtbewußtseins und der Bereitschaft, alle Kräfte für die Friedensrente einzusetzen.

Beispiel:

Im volkseigenen Gut Petkus zeigte die Betriebsbesichtigung, daß der Betrieb mustergültig geleitet wird und die Erfahrungen der Sowjetunion in der Arbeit des Betriebes weitgehend praktisch bereits angewendet werden. Die vorhandenen Maschinen waren in Ordnung und einsatzbereit. Innerhalb des volkseigenen Gutes bestehen

- 1 Kraftfahrerbrigade*
- 2 Gespannführerbrigaden*
- 4 Feldbaubrigaden*
- 6 Hofbrigaden*
- 1 Gartenbaubrigade*
- 4 Jugendbrigaden.*

Zur Vorbereitung der Weltfestspiele hat sich die Belegschaft bereit erklärt, einen Stundenlohn pro Monat für die

Jugendlichen, die an den Festspielen teilnehmen, zu spenden. Von insgesamt 70 Jugendlichen erfolgten bisher 62 Einzeichnungen. Auch die restlichen 8 Jugendlichen werden sich noch in die Teilnehmerliste eintragen. Schwach ist jedoch die Arbeit des Kulturleiters, der es nicht versteht, die vorhandene Initiative durch eine systematische gesellschaftliche Arbeit weiterzufördern.

Es gab aber auch Verwaltungsorgane und Betriebe, die die Bedeutung des Tages der Erntebereitschaft offensichtlich unterschätzt hatten. Sie glaubten, mit der Herausgabe formaler Anweisungen und einigen Inspektionsfahrten, bei denen die festgestellten Mängel säuberlich registriert wurden, und einem abschließenden Bericht sei ihre Aufgabe erfüllt.

Kontrolle hilft
Mängel beseitigen und die
Arbeit koordinieren

Der Tag der Erntebereitschaft war ein Höhepunkt innerhalb der Vorbereitungen zur Ernte. Die Überprüfung aller Vorbereitungen muß damit verbunden sein, weiter systematisch aufzuklären, Erfahrungen auszutauschen und neue Arbeitsmethoden anzuwenden.

Die Kontrolle darf sich aber nicht auf den Tag der Erntebereitschaft beschränken. Verstärkt gilt es, jetzt alle Mängel beschleunigt zu beseitigen. Das Nebeneinanderarbeiten einzelner Organisationen muß aufhören. In den unteren Organen ist eine stärkere Initiative zu entwickeln. Wenn manche Stellen der Verwaltung, des FDGB oder der VdGB (BHG) glauben, erst auf Anweisungen von oben warten zu müssen, ist die Ernte vorbei.

Wenn in einem Ort Maschinen nicht voll ausgelastet sind, werden die Bauern meistens — wenn sie richtig angesprochen werden — nicht zögern, ihre Maschinen der MAS zur Verfügung zu stellen. Damit folgen sie dem Beispiel der Bauern, die die gegenseitige Hilfe verwirklichen.

Man kann sich nicht damit begnügen, festzustellen, daß z. B. Lagerraum fehlt, sondern man muß mit den Bauern sprechen, damit sie zusätzlich Lagermöglichkeiten schaffen und in gemeinsamer Arbeit z. B. Desinfektion, Brandschutz, Diebstahlsicherung vornehmen.

Grundlage für alle Kontrollmaßnahmen ist immer wieder der Arbeitsplan. Gestützt auf die Kontrolle und die Mitarbeit von unten, leisten die Verwaltungsorgane und Organisationen,

Anleitung und
Beratung --
ein Beitrag
zur besseren

wenn sie es verstehen, die Kontrolle mit der Anleitung und Beratung zu verbinden, nicht nur einen Beitrag zur Durchführung der Ernte, sondern stärken auch das Vertrauen der Bauern in unsere demokratische Verwaltung. Bestandteil einer solchen Kontrolle ist die Überprüfung an Ort und Stelle.

Dazu gehört auch eine schnelle und gewissenhafte Berichtserstattung. Bei der großen Arbeitsbelastung während der Ernte kommt es darauf an, die notwendigen Berichte nicht durch eine Flut von Fragebogen einzuholen, sondern sich auf die unbedingt notwendigen Meldungen zu beschränken und sich darauf zu konzentrieren, diese richtig und schnell auszuwerten.

II. Schwerpunkt: Ernte

Die Ernte 1951 ist die erste Ernte im Fünfjahrplan. Die landwirtschaftliche Bruttoproduktion soll in diesem Jahr um 9% steigen. Das bedeutet, nicht nur alle Anstrengungen zu unternehmen, um planmäßig alle Kräfte einzusetzen, sondern auch alle materiellen und personellen Vorbedingungen zu schaffen, um die Ernte verlustlos einzubringen.

1. Einsatz von Maschinen und Zugkräften

Einsatzpläne
verhindern
Leerlauf und
sichern
reibungslose
Durchführung
der Ernte

Der Einsatzplan, der in jedem Dorf bestehen sollte, gewährleistet den reibungslosen Einsatz aller Maschinen und Zugkräfte. Er verhindert Überschneidungen im Einsatz der Maschinen und vermeidet Leerlauf. Der Einsatzplan erfaßt alle Maschinen, Geräte und Zugkräfte, legt fest, von wem und wo ein Ausgleich vorzunehmen ist. Er ist abgestimmt mit den Terminen der Ernteeinbringung und Herbstbestellung und mit den Plänen der Nachbargemeinden bzw. denen des Kreises. Wo Einsatzpläne ungenau aufgestellt sind oder gar fehlen, ist der reibungslose Ablauf der Ernte gefährdet.

Die Hauptlast bei dem Einsatz der Maschinen und Zugkräfte hat die MAS zu tragen. Ihre Kapazität muß voll und die ganze Zeit der Kampagne über gleichmäßig ausgenutzt werden. Die MAS schlossen daher bis zum 31. Mai 1951 Arbeitsverträge für die gesamte Dauer der Ernte und Herbstbestellung ab und legten zusammen mit den MAS-Beiräten fest, wie die Ma-

schinen aufzuteilen und einzusetzen sind. Besonders mußte dabei die Leistungssteigerung der MAS durch die Weiterentwicklung der Brigadebewegung und die neuen Arbeitsmethoden — Schnelldflügen, Maschinenkoppelung, Übergang zu zwei und drei Schichten usw. — berücksichtigt werden.

Beispiel:

Eine gemeinsame Versammlung der MAS Guthsmannshausen und Elxleben im Kreise Erfurt diente dazu, die Arbeitsmethoden beider Stationen aufeinander abzustimmen und durch bessere Arbeitsorganisation die Leistungen zu steigern. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die 100-ha-Bewegung im Bindern und die Verpflichtung des Kollegen Thiele der MAS Angermünde, der sich verpflichtet hatte, 180 ha zu bindern. Ein Erfahrungsaustausch mit der MAS Angermünde wurde eingeleitet, um die Arbeitsmethode des Kollegen Thiele kennenzulernen.

Auch die örtlichen Zugkräfte und Maschinen werden planmäßig eingesetzt, wobei genau festzulegen ist, bei wem und durch wen der Zugkräfte- und Maschinenausgleich durchgeführt wird. Die tierischen Spannkräfte sind nach der Anordnung der Regierung vom 5. Mai 1951 für die Dauer bis zu je 4 Wochen während der Ernteeinbringung und der Herbstbestellung von der Holzabfuhr befreit.

Die einheitliche Lenkung des Maschinen- und Zugkräfteeinsatzes sowohl der Maschinen der MAS, VdgB (BHG) wie auch der der bäuerlichen Betriebe, bringt viele Vorteile mit sich. Zahlreiche Bauern haben bereits ihre Großmaschinen und Geräte für die Ernte und Herbstbestellung der VdgB (BHG) und MAS zur Verfügung gestellt, damit durch die zentrale Lenkung alle Maschinen besser ausgenutzt werden und die gegenseitige Hilfe wirksamer wird.

Die erforderlichen Reparaturen sollten bis zum Tag der Erntebereitschaft beendet sein. Um auch während der Kampagne Ausfälle von Maschinen auf ein Minimum zu beschränken, haben fliegende Reparaturkolonnen, der Einsatz von Mechanikern der volkseigenen und anderen Betriebe und die rechtzeitige und sortimentsgerechte Bereitstellung der erforderlichen Ersatzteile große Bedeutung.

Insbesondere haben dabei die DHZ die Aufgabe, ihre Arbeit schnellstens zu verbessern.

Beispiel:

Bürokratismus
gefährdet
Einbringung
der Ernte

Die Verwaltung des Lehr- und Versuchsgutes der Universität Greifswald bestellte bereits am 15. April 1951 bei der DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau in Güstrow 51 verschiedene Ersatzteile. 14 davon wurden geliefert und nach Rückfrage bei der DHZ, wo die anderen 37 bleiben, kam die Auskunft, „es sei im Augenblick nichts vorhanden, und man könne auch keinen Termin für Lieferung nennen.“ Anfang April erhielt das Versuchsgut durch das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR eine Freigabe für die sofortige Lieferung eines Traktors von 40 PS. Freigabe und Bestellung wurden von einem Vertreter des Gutes am 13. April 1951 persönlich bei der DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau in Berlin abgegeben, aber das Universitätsgut erhielt keinen Traktor. Bei einem erneuten Besuch war das Original der Freigabe verschwunden. Nach langen Verhandlungen wurde der Durchschlag der Freigabe mit einem Vermerk versehen und sollte nach Rostock an die dortige DHZ übersandt werden. Ein telefonischer Anruf an die DHZ in Rostock, ob die Bestellung von Berlin schon eingetroffen sei, wurde schematisch beantwortet: „Reichen Sie eine formlose Bestellung ein, die wir nach Berlin weiterreichen können.“

Durch solche bürokratischen Hemmnisse wird die Einbringung der Ernte gefährdet.

Eine planmäßige Treibstoffversorgung, d. h. eine laufende Verteilung und die Bildung ausreichender Reserven, kann weitgehend den Ernteablauf erleichtern. Die erforderlichen Treibstoffmengen sind von der Regierung bereitgestellt. Die Landwirtschaft erhält:

49 000 t Dieselkraftstoff,
3 740 t Motorenöl,
50 000 t Braunkohlenbriketts,
8 300 t Benzin,
3 300 t Petroleum.

Das Hauptaugenmerk ist also jetzt darauf zu richten, diese Treibstoffmengen richtig zu verteilen. Nicht überall sind schon genügend Einlagerungsmöglichkeiten vorhanden. Reserven sollten nicht zentral, sondern möglichst örtlich verteilt aufbewahrt werden, damit sich Maschinenausleihstationen und volkseigene Güter gegenseitig besser aushelfen können. Eine operative Kontrolle muß Stauungen an einem und Mängel an anderen Orten verhindern.

Treibstoff und
Bindegarn
richtig verteilen

Die Versorgung mit Erntebindegarn ist in diesem Jahr durch die Verordnung der Regierung vom 1. Februar 1951 neu geregelt. Erntebindegarn gibt es in ausreichenden Mengen und besserer Qualität. Für die Verteilung (Termin bis 30. Juni 1951) sind die VdGB (BHG) verantwortlich. Die Verteilung darf nicht schematisch — entsprechend den Normen von 5 bzw. 6 kg pro Hektar — vorgenommen werden, sondern muß neben den Leistungen durch die MAS, die Erntebindegarn besonders zugeteilt erhalten, auch die Gebiete berücksichtigen, in denen mit der Sense gemäht wird. Es gibt schon Fälle, daß einzelne Läger der VdGB (BHG) mit Bindegarn überfüllt sind, weil die Aufschlüsselung schematisch vorgenommen wurde.

Die Verwaltungsorgane können sich nicht nur auf die sorgfältige Durchführung und Kontrolle der Aufgaben beschränken, für die sie unmittelbar verantwortlich sind. In enger Zusammenarbeit mit allen Organisationen ist es notwendig, daß sie die DHZ, die MAS und vor allem die VdGB (BHG) ständig anleiten. Man kann nicht erst warten, bis durch Verteilungs- und Organisationsmängel ernste Schwierigkeiten auftreten, sondern muß durch ständiges Überprüfen der getroffenen Maßnahmen auch an Ort und Stelle rechtzeitig und vor allem schnell eingreifen.

Jede versäumte Stunde in der Ernte ist nicht wieder einzuholen! Jeder Verwaltungsangestellte muß sich für die Erntekampagne verantwortlich fühlen. Man sollte sich nicht damit begnügen, nur den eigenen Arbeitsbereich zu sehen, sondern auch handeln, wenn an anderen Stellen Mißstände bemerkt werden. Auch Verwaltungen, die nicht unmittelbar mit der Landwirtschaft zu tun haben, können zur erfolgreichen Ernte beitragen. Eine verstärkte ärztliche Betreuung in der Ernte

Alle Verwaltungsorgane
können und
müssen helfen

erfordert die Initiative der Gesundheitsämter. Die Jugendämter, haben die Möglichkeit, durch Errichtung von Erntekindergärten die Landfrauen zu entlasten. Es gibt keine Verwaltungsstelle, die nicht ihren Teil zur Ernte und Herbstbestellung beitragen kann.

2. Arbeitskräfteeinsatz

Der Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften zur Ernte und Herbstbestellung muß in diesem Jahr besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Bewätigung der Arbeitsspitzen in der Ernte erfordert die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der gegenseitigen Hilfe. Die planmäßige Verwendung von Arbeitskräften ist in den entsprechenden Plänen zur Ernteborgung vorgesehen. Dort ist festgelegt, wo und bei wem zusätzliche Arbeitskräfte eingesetzt werden und durch wen der Arbeitskräfteausgleich stattfindet. Die Bildung freiwilliger Helferbrigaden, die Verpflichtung zur Erntehilfe in den Patenschafts- und Freundschaftsverträgen sind ein sprechender Beweis für die enge Verbundenheit zwischen Stadt und Land.

Beispiel:

Die Belegschaft der WMW Maschinenfabrik Zerbst verpflichtete sich zur Patenschaftshilfe für die M. S. Gehrden. Vier Kollegen werden während der Ernte die Bedienung von Mähmaschinen übernehmen, und eine fliegende Reparaturkolonne hält sich auf Abruf bereit, um sofort notwendig werdende Reparaturen durchzuführen. Außerdem übernimmt der Betrieb auch die Fertigung bestimmter Ersatzteile. Die Musik- und Laienspielgruppe stellt sich für kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung.

Aber auch hier ist der Erfolg von der sorgfältigen Vorbereitung und der planmäßigen Verteilung der Arbeitskräfte abhängig. Nichts hindert eine schnelle Bergung und eine zusammenhängende gleichmäßige Durchführung aller Arbeiten mehr, als wenn sich Erntehelfer in einem Dorf zusammenballen, dort improvisiert eingesetzt werden, während in anderen Dörfern Tempoverluste durch Mangel an Arbeitskräften

Durch Arbeitskräftoplanung
— Verringerung
der Tempo-
verluste

auftreten. Eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe haben dabei die Gewerkschaften. Im Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB über die Vorbereitung und Sicherstellung der Ernte heißt es deshalb:

„Die Mitglieder der IG Metall haben den durch die Einführung von 2 und 3 Schichten aufgetretenen Mangel an Traktoristen durch Einsatz geeigneter Industriearbeiter zu überwinden.

Die Mitglieder der Gewerkschaft VBV müssen sich darum kümmern, daß die Verwaltungsstellen alles tun, um die Verordnung der Regierung vom 5. Mai 1951 über Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Ernte und Herbstbestellung gewissenhaft durchzuführen.“

In den Betrieben müssen daher rechtzeitig mit den Patendörfern die Arbeitsorte und Einsatztermine genau festgelegt werden.

3. Erntebergung — Drusch — Aufbewahrung der Ernte

Die Erntebergung selbst erfordert von allen Beteiligten große Anstrengungen. Nachdem alle Vorbereitungen noch einmal überprüft und alle Maßnahmen mit allen beteiligten Stellen noch einmal abgestimmt wurden, kommt es auf eine schnelle, reibungslose und verlustlose Bergung der Ernte an. Stundenpläne, die bereits in vielen MAS eingeführt sind, sind ein gutes Mittel, die Arbeit richtig zu organisieren. Während der Ernte selbst ist keine Zeit mehr dazu. Alle Maschinen müssen repariert sein, Treibstoff, Bindegarn, Ersatzteile an Ort und Stelle zur Verfügung stehen.

Unmittelbar hinter dem Mähbinder muß die Schälfrucht gezogen werden. Sie ermöglicht das sofortige Einbringen der Zwischenfrucht unter Ausnutzung der Bodenfeuchtigkeit und der vorhandenen Bodengare. Ein Tag im Juli ist dabei wertvoller als eine Woche im August oder der ganze September!

Möglichst schnell nach der Ernte sollte auch gedroschen werden. Darunter darf jedoch die Feldarbeit nicht leiden. Der Druschplan ist abzustimmen mit den Ablieferungsterminen für Getreide und Hülsenfrüchte und mit der Energieversorgung.

Druschpläne
mit Energie-
versorgungs-
zeiten und
Ablieferungs-
terminen
abstimmen

In der Verordnung der Regierung zur Sicherung der Energieversorgung vom 5. April 1951 (GBl. S. 227) sind die Druschzeiten genau festgelegt.

Für MAS, Lohndruschunternehmen, Saatzuchter, volkseigene Güter und Druschsätze der VdGB (BHG)
von 9 Uhr bis 1/2 Stunde vor Sonnenuntergang,

für alle übrigen Betriebe werktags
von 13 Uhr bis 1/2 Stunde vor Sonnenuntergang,
sonntags von 6.00 bis 10.30 Uhr und 13.00 bis
22.00 Uhr sowie
Ergänzung von 22.00 bis 6.00 Uhr früh.

Alle Möglichkeiten des Nachtdruschs sollten wegen der gleichmäßigen Belastung des Energienetzes ausgenutzt werden. Druschkommissionen in jeder Gemeinde regeln im Einvernehmen mit der Erntekommission die einzelnen Fragen.

Die Erfahrungen des vergangenen Jahres zeigen, daß durch Druschgemeinschaften und durch Gemeinschaftsdrusch die Druschleistungen der Maschinen wesentlich gesteigert und ausgezeichnete Arbeitsergebnisse erzielt werden können.

4. Schutz der Ernte

Die Kriestreiber und Feinde unserer Ordnung werden verstärkt versuchen, unseren friedlichen Aufbau mit allen Mitteln zu hemmen, mit Sabotage und Brandstiftung die Ernte zu vernichten. Aber auch durch Fahrlässigkeit und Leichtsinntreten in jedem Jahr durch Brandschäden große Verluste ein. Wesentliche Teile unseres Volksvermögens können durch einen organisierten Brandschutz und durch verstärkte Wachsamkeit gegenüber den Störversuchen unserer Feinde gerettet werden.

Maßnahmen
unserer
Regierung zum
Schutze der
Ernte

Die Verordnung der Regierung zum Schutz der Ernte vom 29. Juni 1950 muß gründlich studiert und der Bevölkerung erneut bekanntgemacht werden.

Haltet an den Druschplätzen Feuerlöscher, Wasser, Spaten und Feuerhaken bereit! Beachtet die Brandschutzmaßnahmen! Organisiert Flurwachen unter Hinzuziehung der Bevölkerung, der Verwaltung, der Parteien und Massenorganisationen!

5. Ablieferung, Erfassung und Transport der Ernte

Die Ablieferung pflanzlicher Erzeugnisse geschieht in allen Gemeinden nach Abnahme- und Transportplänen. Die Transportpläne müssen besonders sorgfältig mit allen übrigen Plänen der Ernte und Herbstbestellung abgestimmt sein; denn Erntebereingung, Schälfurche, Zwischenfruchtanbau, Drusch und Ablieferung in kurzer Zeit führen sonst zu unerträglichen Arbeitsspitzen.

Schnelle Ablieferung liegt im Interesse der Volksernährung. Alle Bauern müssen deshalb von der Notwendigkeit der vorfristigen Ablieferung überzeugt werden. Besonders bewährt haben sich die organisierten Ablieferungsgemeinschaften. Durch gemeinsamen Drusch und schnelle Ablieferung wird eine Zwischenlagerung des Getreides und damit doppelte Arbeit vermieden.

Schnelle
Ablieferung im
Interesse der
Volksernährung
und der Bauern

Erhebliche Schwierigkeiten macht oft die Bereitstellung der Lagerräume. Man sollte die Lagermöglichkeiten in den bäuerlichen Betrieben weitgehend ausnutzen. Erforderlich ist, vor der Einlagerung alle Speicher und Lagerräume gründlich zu reinigen und zu desinfizieren. Nachlässigkeit in der Bekämpfung der Schädlinge führt unvermeidlich zu Ernteverlusten.

In den vergangenen Jahren klagten die Bauern mit Recht über die schlechte Organisation bei der Ablieferung. Es darf in diesem Jahre nicht wieder vorkommen, daß Bauern stundenlang warten müssen oder sogar unverrichteter Dinge wieder heimfahren, weil Mitarbeiter der VEAB nicht gut geplant hatten oder bürokratisch arbeiten. In diesem Jahr werden die Ablieferungsstellen rechtzeitig bekanntgegeben, die Ablieferungstermine genau festgelegt, Transportmittel unter Verwendung von Fahrzeugen der volkseigenen Betriebe usw. bereitgestellt, und vor allem sind Vorbereitungen für eine schnelle und reibungslose Abfertigung getroffen.

Reibungslose
Ablieferung
durch Ab-
nahme- und
Transportpläne

Aber noch sind nicht überall die Transportpläne festgelegt und abgestimmt. Die Zusammenarbeit zwischen VEAB und VdgB (BHG) ist oft noch nicht vorbildlich. Auch hier haben die Verwaltungen die Aufgabe und die Möglichkeit, beratend, helfend und kontrollierend einzugreifen.

III. Schwerpunkt: Herbstbestellung

1. Anbauplanung

Die berechnete Forderung unserer Bauern, die Anbaupläne rechtzeitig zu erhalten, wurde in diesem Jahre erfüllt. Am 10. Mai 1951 beschloß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Anbauplan für 1952. Dieser Anbauplan entspricht im wesentlichen den Wunschanbauplänen der Bauern. Der Anbauplan der Republik ist inzwischen auf die Länder, Kreise und Gemeinden aufgeschlüsselt. Bis zum 30. Juni 1951 muß jeder veranlagungspflichtige landwirtschaftliche und gartenbauliche Betrieb im Besitz seines endgültigen Anbaubescheides sein. Schematismus bei der Aufschlüsselung der Anbaupläne verstößt gegen die Ziele der Anbauplanung, die Wünsche der Bauern mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Die Aufgliederung des Anbauplanes in den Kreisen und Gemeinden muß weitgehend die örtlichen und betrieblichen Wunschanbaupläne berücksichtigen. Der Dorfbauplan und seine Aufgliederung auf die Betriebe wird mit den Bauern beraten. So empfinden die Bauern den Anbauplan als ihre eigene Sache und setzen alle Kräfte ein, nicht nur den Plan zu erfüllen, sondern überzuerfüllen. Rechtzeitig erteilte Anbaubescheide geben jedem Bauern einen Überblick darüber, was er im kommenden Herbst und in der nächsten Frühjahrsbestellung anzubauen hat. Er kann dann frühzeitig alle Vorbereitungen treffen. Von einigen Verwaltungsorganen wird die Anbauplanung — ein entscheidendes Mittel unserer Agrarpolitik — unterschätzt. Arbeiten nur mit dem Rechenstift, bürokratische Bevormundung, fehlerhafte Planung fördern nicht das Vertrauen der Bauern zur Verwaltung. Anbauplanung, verbunden mit zielbewußter Aufklärung, ist ein Mittel, die Bauern zur aktiven Aufbauarbeit zu gewinnen, ihr Vertrauen zu unserem demokratischen Staat zu verstärken und die schöpferischen Kräfte der werktätigen Bauernschaft zu entfalten.

Die Anbauplanung — ein entscheidendes Mittel unserer Agrarpolitik

2. Zwischenfruchtanbau — bessere Futtergrundlage

Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion konzentriert sich insbesondere auf die Erhöhung der Viehbestände und der Viehleistung. Dazu trägt der Zwischenfruchtanbau wesentlich bei. Er schafft eine gute Futtergrundlage, fördert die Bodengare und erhöht die Bodenfruchtbarkeit durch die im Boden verbleibenden Wurzelrückstände.

In diesem Jahr darf es keinen bäuerlichen Betrieb geben, der nicht alle Möglichkeiten für den Zwischenfruchtanbau ausnutzt. Ein erfolgreicher Zwischenfruchtanbau setzt jedoch voraus, den Boden möglichst frühzeitig zu bestellen, um die Bodenfeuchtigkeit gut auszunutzen. Deshalb muß unmittelbar hinter dem Mähbinder der Schälplflug, die Egge und die Drillmaschine folgen.

Um diese Arbeiten möglichst in einem Arbeitsgang durchzuführen, haben verschiedene MAS erfolgreich Versuche durchgeführt, Geräte zu koppeln oder zusammenzubauen.

Beispiel

Besondere Aufmerksamkeit verdient folgende Gerätekopplung: Hinter einem Binder läuft eine große Scheibenegge, auf die ein Aussaatkasten montiert ist. Bei dieser Kombination wird der Traktor drei Arbeiten zugleich verrichten, das Mähen, das Schälen und die Aussaat der Zwischenfrucht.

Diese Verbesserungen sollten überall eingeführt werden. Durch Austausch von Zeichnungen und Erfahrungen, im Rahmen von Freundschaftsverträgen, können weitere derartige Maschinen schneller gebaut und so der Zwischenfruchtanbau erleichtert werden. Neben der Schaffung ausreichender organisatorischer Voraussetzungen, neben der Saatgutbeschaffung und der praktischen Anleitung liegt auch hier der Schwerpunkt in der intensiven Aufklärungsarbeit. Noch sind zahlreiche Bauern mit alten Vorstellungen behaftet und scheuen in Ermangelung eigener Erfahrung den Zwischenfruchtanbau. Diese Vorstellungen durch Überzeugung zu überwinden, ist mit einer Aufgabe der Verwaltung.

3. Herbstbestellung

Gute Herbst-
bestellung —
bessere Ernte
des nächsten
Jahres

Bei der Herbstbestellung ist es notwendig, die größte Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß alle in den Anbaubescheiden für die Herbstaussaat festgelegten Anbauflächen bestellt werden. Im vergangenen Jahr sind dabei Mängel aufgetreten. Die Herbstbestellung darf nicht dem Selbstlauf überlassen bleiben. Die Verwaltungsorgane und Massenorganisationen dürfen bei der Vorbereitung der Herbstbestellung nicht in Selbstzufriedenheit verfallen und sich mit dem Gedanken trösten: Es ist bisher gut gegangen und wird auch diesmal gut gehen. Diese Auffassung ist schädlich. Die Ernte des nächsten Jahres hängt entscheidend von der Herbstbestellung ab. Darüber muß Klarheit herrschen!

Zusammen mit den Anbaukommissionen in den Gemeinden ist es die Pflicht der Räte der Kreise und Gemeinden, ständig zu überprüfen, ob und in welchem Umfang Vorbereitungen getroffen, die festgelegten Anbauflächen bestellt werden.

4. Saatgut- und Düngemittel bereitstellen!

Saatgut und Düngemittel rechtzeitig bereitstellen und ausliefern heißt eine wesentliche Vorbedingung für die Herbstbestellung erfüllen.

Für die Belieferung der Landwirtschaft mit Saatgut ist die DSG-Handelszentrale verantwortlich.

Die
Düngemittel-
versorgung
verbessern . . .

Die planmäßige Düngemittelversorgung leitet verantwortlich das Staatssekretariat für Materialversorgung bei der Staatlichen Plankommission. Die DHZ Chemie, Abteilung Düngemittel und Pflanzenschutz, beliefert die VdGB (BHG), die alsdann die bäuerlichen Betriebe versorgt.

Alle Düngemittel müssen durch die VdGB (BHG) bis spätestens 15. August von der DHZ abgerufen sein.

Eine richtige Verteilung erschöpft sich aber keineswegs in organisatorischen Maßnahmen. Sie erfordert die Kenntnis unserer demokratischen Agrarpolitik und Verständnis einer praktischen Hilfe für die werktätigen Bauern.

Energisch muß die Tendenz unterbunden werden, daß einzelne Dörfer überreichliche Zuweisungen zu erhalten versuchen und dadurch andere Dörfer das Nachsehen haben. Ebenfalls muß verhindert werden, daß Großbauern überplanmäßige Mengen und die gewünschten Düngersorten erhalten, während Klein- und Mittelbauern hintenanstehen.

Solche Versager bei Handelszentralen bzw. bäuerlichen Handelsgenossenschaften sind nicht leichtfertig mit Planfehlern zu entschuldigen. Sie müssen von vornherein verübt werden.

... durch bessere Planung bei Handelszentralen und bäuerlichen Handelsgenossenschaften

Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der Länder und die Räte der Kreise führen gemeinsam mit den Landes- und Kreisverbänden der VdgB (BHG) ständige Kontrollen über die gleichmäßige Verteilung und Abnahme der Düngemittel durch. Die Kontrolle muß sich vor allem auf den rechtzeitigen Abruf von der DHZ und die regelmäßige Anlieferung erstrecken. Auch auf die richtige Lagerung ist zu achten. Die verschiedenen Düngerarten müssen getrennt voneinander aufbewahrt und vor Feuchtigkeit geschützt werden. Unachtsamkeit und Verantwortungslosigkeit haben schon manche Tonne Düngemittel verkommen lassen, die in schwerer Arbeit von unseren Bergleuten und den Arbeitern in den chemischen Betrieben produziert werden.

... durch sachgemäße Lagerung und richtige Verteilung

Bodenuntersuchungen sind eine wesentliche Hilfe für die richtige Verteilung. Die regelmäßige Abnahme des Düngers durch die Bauern, insbesondere durch die Klein- und Mittelbauern, kann verbessert werden, wenn vorher die Lager- und Zahlungsmöglichkeiten organisiert und schnell und unbürokratisch geholfen wird.

Schlußbetrachtungen

Die verlustlose Ernteeinbringung und rechtzeitige Herbstbestellung sind Friedenstaten!

Sie festigen den friedlichen Aufbau unserer Deutschen Demokratischen Republik. Ernte und Herbstbestellung sind aber nur im Frieden möglich.

Angesichts der großen Gefahr, die uns durch die Wiedererrichtung der todbringenden Herrschaft des deutschen Imperialismus, durch die Remilitarisierung Westdeutschlands droht und jede Stadt, das kleinste Dorf bedroht, ist die Vorbereitung der Ernte und die Herbstbestellung verbunden mit dem verstärkten Kampf gegen die Remilitarisierung und für die Erhaltung des Friedens.

Wie die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik einmütig ihren Willen und ihre Entschlossenheit in der Volksbefragung bekundet hat, so wird sie in gleicher Einmütigkeit an die Ernte und Aussaat gehen. Die vielfältigen Maßnahmen zeigen, daß Ernte und Herbstbestellung nicht nur eine Angelegenheit der Landbevölkerung sind. So wie die Stadt das Brot braucht, benötigt das Land Industriewaren, um neues Brot zu erzeugen.

Mit dieser Vertiefung der Beziehung zwischen Stadt und Land, durch gegenseitige Hilfe, festigt sich das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, eine tragende Grundlage unserer demokratischen Ordnung.

Diese enge Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land entfaltet sich nicht im Selbstlauf. Die Erfahrung lehrt, daß Erfolge vorbereitet, organisiert und erkämpft werden müssen. Die aktive, fortschrittliche, gestaltende Kraft unseres Staatsapparates, gestützt auf die führende Rolle der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern, die organisierende, aufklärende Arbeit der demokratischen Organisationen und die aktive Mitarbeit der Bevölkerung spiegeln sich in den Aufgaben der staatlichen Verwaltung bei der Ernte und Herbstbestellung wider.

Operativer arbeiten, besser als bisher planen, anleiten und kontrollieren ist die Losung für die Verwaltungsorgane, wie sie in der Anordnung der Regierung über Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Ernte und Herbstbestellung 1951 festgelegt ist.

Mitarbeiter in der staatlichen Verwaltung, erkennen Eure Aufgabe!

Mobilisiert die gesamte Bevölkerung und klärt sie auf! Entfaltet die Masseninitiative auf der Grundlage des Wettbewerbs, gestützt auf die Erfolge der Neuererbewegung, der Meisterbauern, der verbesserten Arbeitsmethoden der Traktoristen;

organisiert die gegenseitige Hilfe und nutzt alle Reserven aus; verbessert die Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien und Massenorganisationen bei planmäßiger Arbeit, operativer Anleitung und Kontrolle!

Wenn ihr diese Aufgaben löst, wird der Erfolg unserer Friedensernte gesichert, die Grundlage für die nächstjährige Ernte geschaffen und damit ein wesentlicher Beitrag zur Festigung unserer demokratischen Ordnung und zur Erhaltung des Friedens geleistet.

Literatur für die Teilnehmer der Schulung:

Anordnung über Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Ernte und Herbstbestellung vom 9. Mai 1951 (Ges. Bl. 1951, S. 381).

Verordnung zum Schutz der Ernte vom 29. Juni 1950 (Ges. Bl. 1950, S. 611).

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R010000050007-7

Redaktion: Deutsche Verwaltungs-Akademie „Walter Ulbricht“ Deutscher
Zentralverlag, Berlin O 17. Verlagslizenz 363 (2992,51). Druck: (76) Täg-
l. Rundschau, Berlin W 8

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R010000050007-7

SECRET

DDR

**Innenbetriebliche Schulung
für die
Mitarbeiter in den Verwaltungen
der
Deutschen Demokratischen Republik**

CPYRGH
T

**Die Aufgaben der Landwirtschaft
in der Deutschen Demokratischen Republik**

Teil 1
Entwicklung und Struktur der Landwirtschaft

25X1A
ISSUE NUMBER

46

Nur für innerbetriebliche
Schulung verwenden!

NUMMER **46**

**Innerbetriebliche Schulung für die Mitarbeiter in den
Verwaltungen der Deutschen Demokratischen Republik**

HERAUSGEBER: MINISTERIUM DES INNERN
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

**Die Aufgaben der Landwirtschaft
in der Deutschen Demokratischen Republik**

Teil I

Entwicklung und Struktur der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik ist ein wichtiger Zweig unserer Volkswirtschaft, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern eine Grundlage unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

In der innerbetrieblichen Schulung über das Thema: „Verlustlose Einbringung der Ernte, gute und rechtzeitige Herbstbestellung — ein Schwerpunkt der Verwaltungsarbeit“ haben wir erkannt, daß die Fragen der Landwirtschaft Sache der gesamten Bevölkerung und die Förderung der Landwirtschaft eine wichtige Aufgabe des Staatsapparates sind. Wir behandeln deshalb in den nächsten Schulungen weitere Probleme der Landwirtschaft, und zwar

„Die Entwicklung und Struktur der Landwirtschaft“

„Die Entfaltung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land“
und

„Die Planung in der Landwirtschaft“, denn

„das Verständnis der staatlichen Organe für unsere Bündnispolitik, für die enge Zusammenarbeit von Stadt und Land ist in vielen Kreisen sehr schwach entwickelt. Die Durchführung unserer Politik in der ganzen staatlichen Tätigkeit muß noch stärker auf die Unterstützung der Klein- und Mittelbauern gerichtet sein“.

(Aus der Entschließung des III. Parteitages der SED.)

Die Schulung dieser Themen soll dazu beitragen, die noch verbreitete Unterschätzung der Aufgaben der Landwirtschaft durch unsere Mitarbeiter im Staatsapparat zu überwinden.

I. Die Entwicklung der Landwirtschaft

Die landwirtschaftliche Erzeugung ist die Grundlage unserer Volksernährung und eine wichtige Rohstoffbasis für unsere Industrie.

Etwa 800 000 Bauern und rund 500 000 Landarbeiter mit ihren Familienangehörigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt.

Bei einer Gesamtfläche der Deutschen Demokratischen Republik von 10,7 Mill. ha entfallen auf

landwirtschaftliche Nutzfläche	6,5 Mill. ha
davon Ackerland	5,0 4 Mill. ha
Grünland	1,5 Mill. ha
Forstfläche	2,0 Mill. ha

Der Rest der Fläche entfällt auf Städte, Gewässer, Straßen usw.

Die landwirtschaftliche Produktion — Grundlage unserer Volksernährung und wichtige Rohstoffbasis für unsere Industrie

Die Landwirtschaft unterscheidet sich sowohl dem Charakter der Produktion wie der Beschaffenheit ihrer Erzeugnisse nach wesentlich von der Industrie. Ihr Hauptproduktionsmittel ist der Boden, und zwar in seinem gewachsenen Zustand, d. h. an dem Standort und in der Ausdehnung, wo ihn der Mensch findet bzw. durch künstliche Ent- oder Bewässerung nutzbar macht. Im Boden finden die Pflanzen die Grundbedingungen ihrer Entwicklung und ihres Wachstums: Nährstoffe und Wasser, die sie mit Hilfe der Sonnenenergien (Wärme und Licht) und der Kohlensäure der Luft verarbeiten.

Die Bearbeitung und Pflege des Bodens, die Erhaltung und Mehrung seiner Fruchtbarkeit ist daher die erste Aufgabe rationeller, d. h. wissenschaftlich betriebener Landwirtschaft. Nur auf einem gut vorbereiteten und gepflegten Boden gelingt es, durch Zucht und Pflege lebender Organismen (Kulturpflanzen und Haustiere) die für unser Volk notwendigen Lebensmittel und einen bedeutenden Teil der benötigten Industrie-Rohstoffe zu erzeugen.

In der Gegenwart ist die landwirtschaftliche Produktion noch in bedeutend höherem Maße als die Industrie von den Elementarkräften der Natur abhängig (Jahreszeiten, Klima, Witterung).

Unter kapitalistischen Bedingungen blieb die Landwirtschaft den natürlichen Elementarkräften weitgehend unerworfen. Der innere Widerspruch zwischen kapitalistischer Profitjagd und rationellem Landbau und das „Joch der kapitalistischen Grundrente“ (hohe Pachten und Bodenpreise) hemmte sowohl die Technisierung wie auch die Steigerung der Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft. Der größte Teil der Landwirtschaft wird in den Ländern des Kapitalismus nicht kapi-

talistisch, sondern bäuerlich, d. h. in Form der einfachen Warenproduktion — vorwiegend handwerklich und traditionell — betrieben. Daher die außerordentlich geringe Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit im Kapitalismus, die besondere Rückständigkeit und Armut der werktätigen Massen im Dorfe. Auch die Abhängigkeit von den Naturverhältnissen muß sich unter kapitalistischen Bedingungen besonders ungünstig auf die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften auswirken.

In einer Gesellschaftsordnung, die frei von Ausbeutung ist, kann die Agrarwissenschaft, die moderne Technik, die planmäßige gesellschaftliche Organisation der Arbeit in der Landwirtschaft und die Entfaltung der gegenseitigen Hilfe die Abhängigkeit von den Naturbedingungen weitgehend ausschalten, die Produktivität der Landwirtschaft systematisch steigern und den Gegensatz zwischen Stadt und Land beseitigen.

Beispiel:

Die Sowjetunion ist das Land mit der mechanisiertesten Landwirtschaft der Welt. Sie verfügt über die besten Traktoren, die produktivsten Mährescher, Baumwollerntemaschinen und völlig neuartige Maschinen zur Anlage von Schutzwaldstreifen. Der Einsatz der Maschinen gewährleistet die Hebung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft und eine ständige Steigerung der Fruchtbarkeit des Bodens.

So haben sowjetische Ingenieure eine Mäiserntemaschine entwickelt, die die Arbeitsproduktivität — im Vergleich zur Ernte mit der Hand — um das Zwölffache steigert. Eine andere Neukonstruktion (eine Mäiserntekombi) schneidet die Stiele, trennt die Kolben ab und zermahlt die Stiele zu Viehfutter. Diese Maschine steigert die Arbeitsproduktivität auf das Zwanzigfache.

Constantin Boris, Mähreschführer und -konstrukteur, Held der sozialistischen Arbeit, berichtet voller Stolz von seiner neuesten Konstruktion:

„Mein Mährescher hat eine Arbeit geleistet, zu deren Ausführung unter den früheren Verhältnissen 950 Menschen, 150 Pferde, 37 Korndreschmaschinen und 20 Dreschmaschinen mit Pferdeantrieb nötig gewesen wären.“

Unter kapitalistischen Bedingungen dagegen wird die Landwirtschaft in ihrer gesamten Entwicklung gehemmt.

Die werktätigen Bauern, die die Hauptmasse der bäuerlichen Bevölkerung darstellen, verenden unter dem Druck und der Ausbeutung durch das Finanzkapital mehr und mehr. Da sie ihre Produkte zu niedrigen Preisen an die kapitalistischen Händler verkaufen müssen und nicht das Geld haben, Ma-

Hemmung der Entwicklung der Landwirtschaft unter kapitalistischen Bedingungen

schinen und Geräte zur besseren Bodenbearbeitung zu kaufen, bleibt die Produktivität ihrer Arbeit niedrig, sind die Erträge gering.

Im Imperialismus
wird weitere
Vergrößerung
der Rückständig-
keit der
Landwirtschaft

Im Imperialismus wird die Rückständigkeit der Landwirtschaft vergrößert, werden die dem Kapitalismus inwohnenden Widersprüche weiter verschärft. Immer mehr verstärkt sich die Ausbeutung der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauern.

Die durch Hypotheken, Pacht, Bodenspekulationen, Steuern und Wucherpreise für Industrieerzeugnisse aus der Landwirtschaft herausgepreßten Gelder werden nicht zur Förderung der Landwirtschaft sondern für imperialistische Zwecke, d. h. letzten Endes für Krieg und Vernichtung verwendet.

Besonders kraft tritt dieser Prozeß heute in der westdeutschen Landwirtschaft unter den Bedingungen des Wiederaufbaus des deutschen Imperialismus zutage.

Auf dem II. Parteitag der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands deckte der Stellv. Ministerpräsident Walter Ulbricht die Ursachen der Verelendung der werktätigen Bauern in Westdeutschland auf:

„Die gegenwärtige Lage der werktätigen Bauern in Westdeutschland ist im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht nur infolge der egoistischen Interessen amerikanischer Konzernherren, sondern infolge der Herrschaft des Monopolkapitals in Westdeutschland in eine immer schmerzlichere Lage kommen und kommen müssen. Das ist ein Gesetz unter der Herrschaft des Monopolkapitals, daß das Monopolkapital sich hohe Profite sichert auf Kosten der Arbeiterschaft, auf Kosten der werktätigen Bauern und auf Kosten der kleinen Leute.“

Diese klaren und eindeutigen Feststellungen werden durch die tägliche Praxis in Westdeutschland erhärtet. Adenauer erklärte nach seinem Regierungsantritt, daß man in den sauren Apfel beißen und die westdeutsche Landwirtschaft dem Marshall-Plan opfern müsse.

Die zwangsweise Einfuhr ausländischer Agrarerzeugnisse verdrängt die westdeutsche Landwirtschaft immer mehr vom Markt. Schon jetzt lastet auf der westdeutschen Landwirtschaft eine Schuld von 3,5 Milliarden Westmark. Zwangsversteigerungen sind eine alltägliche Erscheinung. Die nachstehende Grafik zeigt, daß die Hauptlast der Schulden auf den Schultern der werktätigen Bauern ruht. Der im Dienste des USA-Monopolkapitals stehende westdeutsche Staatsapparat trägt seinerseits durch eine ständig steigende steuerliche Belastung zur Verelendung der westdeutschen Bauern bei.

Von der **Neuverschuldung** der westdeutschen Bauern entfallen:



(Aus: „Die Wirtschaft“ Nr. 44/50 vom 3. 11. 50)

Beispiel für die Belastung der westdeutschen Bauern:

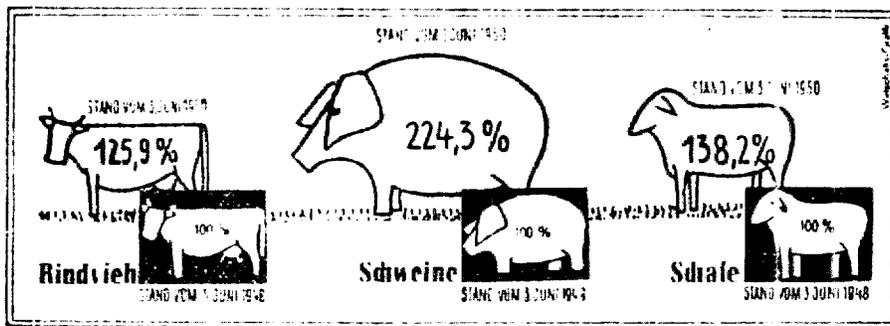
Auf der Tagung des Bayerischen Bauernverbandes in Weihenstephan am 21. Dezember 1950 gab der Steuerreferent des Verbandes, Hepp, bekannt, daß allein die Steuerbelastung je Hektar von 22,50 DM im Jahre 1938 auf 102,85 DM, also auf beinahe das Fünffache gestiegen sei. Die Soforthilfeabgaben seien den meisten Bauern bereits „über das Dach“ gewachsen und der „Lastenausgleich“ mache zahlreiche Bauern selbst zu „Flüchtlings“. Auch die Sozialversicherungslasten haben sich so erhöht, daß jetzt je Hektar 20 DM aufgebracht werden müssen gegen 12,90 DM in den letzten Jahren. „Welcher Weg im übrigen auf steuerlichem Gebiet eingeschlagen werden soll“, so schreibt die „Deutsche Bauernzeitung“, „kann man bereits heute daran ermessen, daß z. B. das Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen zwecks verschärfter Steuererhebung nicht weniger als 1400 neue Steuer-eintreiber anstellen will.

Auch das ist ein Ergebnis der Remilitarisierung Westdeutschlands.

In der Deutschen Demokratischen Republik dagegen entwickelt sich die Landwirtschaft ständig aufwärts. Diese Entwicklung

beruht auf den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, die die Ausnutzung der modernen Technik und der fortgeschrittenen Wissenschaft und die Anwendung der Erfahrungen der Sowjetunion ermöglicht. Sie wird planmäßig unter Entfaltung der Initiative der Bauern auf der Grundlage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern vorangetrieben.

Aufschwung der Landwirtschaft in der DDR

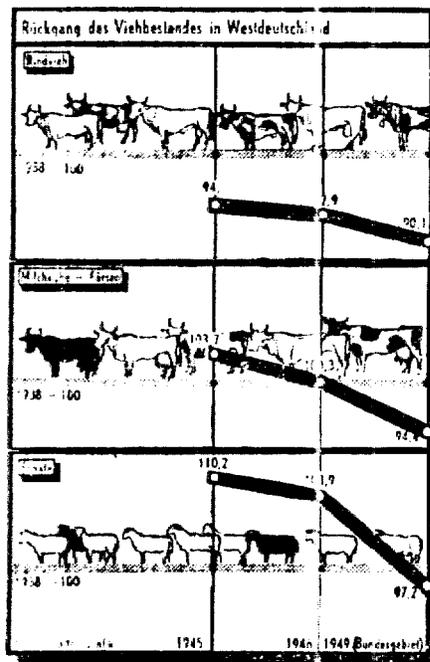


(Aus: „Die Wirtschaft“ Nr. 45 EG vom 27. 10. 50)

**In der DDR —
Räudige Auf-
virtsentwicklung der Land-
wirtschaft**

Die beispielhafte Entwicklung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik einerseits, die zunehmende Verelendung der westdeutschen Bauern, die zusammen mit der übrigen werktätigen Bevölkerung die Lasten der imperialistischen Kriegsvorbereitungen zu tragen haben, andererseits, verbinden die Bauern ganz Deutschlands in dem Kampf für die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Das Eisenacher Programm des gesamtdeutschen Arbeits-



(Aus: „Die Wirtschaft“ Nr. 2, 51 vom 12. 1. 51)

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R01000050007-7

kreises für Land- und Forstwirtschaft bringt die Forderungen der Bauern unmißverständlich zum Ausdruck:

1. Schutz der deutschen Land- und Forstwirtschaft gegen unbeschränkte ausländische Einfuhren, die die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft hemmen und zum Ruin der Bauern führen.
2. Rückführung der den westdeutschen Außenhandel betreffenden Hoheitsrechte in deutsche Hand und Wiederherstellung eines freien Außenhandels für ganz Deutschland mit allen Ländern, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Wahrung der gegenseitigen Interessen solche Handelsbeziehungen wünschen.
3. Großzügiger Ausbau des innerdeutschen Handels durch Ausnutzung aller Möglichkeiten des Warenaustausches.
4. Keine weitere Demontage von Betrieben der landwirtschaftlichen Produktionsmittelindustrie.
5. Stabile und die Existenz der Landwirtschaft sichernde Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse.
6. Vereinfachung der landwirtschaftlichen Steuergesetzgebung durch Einführung einer vollwirtschaftlich gerechten, tragbaren und einfachen Steuer für die Landwirtschaft.
7. Wiederaufbau des deutschen Waldes und Förderung der Landschaftspflege zur Verbesserung der klimatischen Bedingungen der landwirtschaftlichen Erzeugung.
8. Ausbau und Entwicklung der bäuerlichen Genossenschaften und entsprechende steuerliche Begünstigung derselben. Kreditgewährung zur Intensivierung der Landwirtschaft und Senkung der Zinssätze.
9. Herstellung von Arbeitsbedingungen für Landarbeiter und Arbeiterinnen, die den Bedingungen der Arbeit in der Industrie angeglichen sind und die Erhaltung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte fördern.
10. Förderung und Entwicklung der Agrarwissenschaft und Agrartechnik mit öffentlichen Mitteln und Sicherstellung der Zusammenarbeit von Agrarwissenschaft und -praxis durch Ausbau der Bauernberatung.
11. Gemeinsame Bekämpfung von Tierseuchen und Pflanzenschädlingen in Deutschland.
12. Wiederherstellung der natürlichen Austauschbedingungen auf dem Gebiet der Tierzucht.

In der DDR sind diese Forderungen bereits weitgehend verwirklicht. Allseitig von unserer demokratischen Regierung unterstützt, deren Politik auf die Entwicklung einer gesunden und leistungsfähigen Landwirtschaft in Deutschland gerichtet ist, geben unsere Bauern durch ihre Leistungen ihren westdeutschen Kollegen das Beispiel einer erfolgreichen, fortschrittlichen Entwicklung der Landwirtschaft.

In Westdeutschland dagegen unterliegen die Bauern nicht nur der Verelendung, sondern werden auch unmittelbar ihrer Existenz, ihrer Heimat beraubt. Sie erkennen mehr und mehr, daß die Demokratie in Westdeutschland nur ein Aushängeschild ist, um die Bevölkerung zu täuschen.

Westdeutsche
Bauern ver-
teidigen ihre
Äcker

Die Bonner Zwingherren geben den Boden, auf dem das Korn reifen soll, den mahrenden Ketten amerikanischer Panzer preis. Dagegen leisten die westdeutschen Bauern Widerstand. Von Protestresolutionen sind sie zum aktiven Widerstand, zur Verteidigung ihres Bodens übergegangen.

Beispiel:

Das USA-Hauptquartier in Heidelberg hat jetzt mitgeteilt, daß es auf der Anlage des großen USA-Panzerübungsplatzes bei Hammelburg zwischen Würzburg, Schweinfurt und Lohr besteht. Die Einwohner der Landgemeinden in der Mainschleife haben Komitees zur Verteidigung der Heimat gebildet. In den Gemeinden werden große Tafeln mit der Aufschrift: „Dieser Acker wird gegen eine Beschlagnahme verteidigt!“ angefertigt. Die Schilder werden auf den Feldern aufgestellt. Vertreter der Bauern, die nach Bekanntwerden der USA-Pläne über Maßnahmen zur Organisation des Widerstandes gegen den Raub deutschen Bauerlandes und die Austreibung der Bevölkerung beraten haben, fordern die Bauern auf, auch jeden Versuch der Vermessungsbeauftragten, den neuen USA-Übungsplatz abzustecken, zu unterbinden. Falls die Vermesser nicht freiwillig ihre Arbeit einstellen, sollen andere Mittel und Wege gefunden werden, um das deutsche Land dem USA-Zugriff zu entziehen.

Der Kampf der westdeutschen Bauern wird erfolgreich sein, denn sie bilden mit dem ganzen deutschen Volk eine unüberwindliche Front im Kampf gegen die Remilitarisierung und für die Erhaltung des Friedens.

II. Die sozial-ökonomische Struktur in der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik

Im Ergebnis der Bodenreform wurde nicht nur ein jahrhundertlanges Unrecht gegenüber den Bauern wiedergutmacht, sondern es veränderten sich auch entscheidend die Klassenverhältnisse auf dem Dorf.

Die Lösung der Aufgaben in der Landwirtschaft (Sicherung der Bodenreform, richtige Differenzierung usw.), erfordern von den Mitarbeitern im Staatsapparat, daß sie die Klassenverhältnisse auf dem Dorf kennen.

Vor der Bodenreform im Jahre 1945 wurde die gesellschaftliche Struktur der Landwirtschaft im Gebiet der DDR bestimmt durch das politische und wirtschaftliche Übergewicht der Großgrundbesitzer und der Großbauern.

	Anzahl der Betriebe	Anteil an der Nutzfläche
Großgrundbesitzer	1 %	30 %
Großbauern	10 %	30 %
Klein- und Mittelbauern	53 %	37 %
Parzellenbauern oder Halbproletarier	36 %	3 %

Die Struktur der Landwirtschaft vor der Bodenreform

Durch die Bodenreform wurden u. a.

924 000 ha Land an 120 000 Landarbeiter und landlose Bauern
 754 000 ha Land an 90 000 Umsiedler
 270 000 ha Land als Landzulage an 80 000 landarme Bauern
 111 000 ha Land als Landzulage an 170 000 Arbeiter und Handwerker
 43 000 ha Land an 54 000 Kleinpächter übergeben.

Im Ergebnis der Bodenreform und der staatlichen Hilfe für die Bauern wurde die Zahl der Dorffarmen wesentlich vermindert. Der Mittelbauer ist zur Hauptfigur im Dorfe geworden.

Die Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik hat eine neue Struktur erhalten.

	Betriebe	Landw. Nutzfläche
Betriebe bis 0,5 ha ^{2 1/2 ha}	29 %	3,5 %
Klein- u. Mittelbauern, 0,5 ^{2,5} bis 20 ha	65 %	67 %
davon Mittelbauern	39 %	60 %
Großbauern, 20 bis 100 ha	6 %	26 %
Betriebe über 100 ha		3,5 %
(volkseigene Güter u. Betriebe öffentl.-rechtl. Körperschaften)		

Die neue Struktur der Landwirtschaft in der DDR

Bei den Betrieben bis 0,5 ha handelt es sich im allgemeinen nicht mehr um die bisherigen Dorffarmen, sondern in der Mehrzahl um Arbeiter, Handwerker usw., die Boden zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen aus dem Bodenfonds erhielten. Die Aufgliederung nach der Besitzgröße gibt zwar einen Anhaltspunkt für die Einschätzung der Klassenstruktur, denn der Boden ist das Hauptproduktionsmittel in der Landwirtschaft, allein betrachtet kann damit der sozial-ökonomische Charakter jedoch keineswegs richtig gekennzeichnet werden.

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R01000050007-7

Die Klassenlage der Bauern wird entscheidend bestimmt durch:

1. die Zahl der beschäftigten fremden Arbeitskräfte (den wichtigsten Faktor);
2. die Größe des Bodenbesitzes, insbesondere der landwirtschaftlichen Nutzfläche unter Berücksichtigung der Bodengüte;
3. den Umfang und den Zustand des Viehbestandes;
4. die Maschinen- und Geräteausstattung, den Verbrauch an Düngemitteln, Saatgut usw.;
5. die Erzeugungsstruktur des Betriebes, den Anteil der Marktleistung usw.

Erst die Berücksichtigung aller Faktoren, von denen die wichtigsten aufgeführt wurden, ermöglicht eine richtige Klassenanalyse und verhindert Fehler bei der Durchführung agrarpolitischer Maßnahmen, wie der Differenzierung, der Ablieferung, der Besteuerung usw. Darauf wird in der Praxis vielfach nicht genügend geachtet.

Die Klassenkräfte auf dem Dorf . . .

Bei der Untersuchung der Klassenverhältnisse auf dem Dorf unterscheiden wir folgende Klassenkräfte:

Landarbeiter

Landarbeiter

Die Landarbeiter besitzen in der Regel keine eigenen Produktionsmittel. Sie gehören zur Arbeiterklasse und sind deshalb die fortschrittlichste Kraft auf dem Dorf.

Durch die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR wurden zum erstenmal in der deutschen Geschichte den Landarbeitern die Voraussetzungen für eine sichere Existenzgrundlage und menschenwürdige Lebensbedingungen geschaffen. Das Landarbeiterschutzgesetz sichert diese Entwicklung und führt zu einem Aufschwung der politischen Aktivität der Landarbeiter. Es ist notwendig, das demokratische Bewußtsein der Landarbeiter weiter zu festigen, denn die Demokratisierung des Dorfes ist nur möglich, wenn es gelingt, die Landarbeiter politisch zu aktivieren. Insbesondere muß auch der Anteil der Landarbeiter in den örtlichen Organen der Verwaltung entsprechend erhöht werden.

Von besonderer Bedeutung ist die Mobilisierung der Landarbeiter der volkseigenen Güter, der Maschinenausleihstationen und Forstwirtschaften zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Entfaltung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung und der Einführung neuer Arbeitsmethoden.

Klein- und Mittelbauern

Sie sind dem Charakter der Produktion nach einfache Warenproduzenten, d. h. sie besitzen zwar eigene Produktionsmittel, stützen sich jedoch nicht überwiegend auf fremde Arbeitskräfte, sondern auf die eigene oder der eigenen Familie Arbeit. Sie bilden die Klasse der werktätigen Bauern.

... Werktätige
Bauern

Als Werktätige sind sie die natürlichen Verbündeten der Arbeiterklasse. Als Eigentümer von Produktionsmitteln jedoch neigen sie dazu, ihre Produkte auf dem Markt möglichst teuer zu verkaufen und durch Beschäftigung fremder Arbeitskräfte Wirtschaft und Einkommen zu vergrößern. Das gelingt ihnen unter kapitalistischen Verhältnissen nur in seltenen Fällen, weil sie selbst Ausbeutungsobjekt der Banken, der Händler und der Großbauern sind. Infolge ihres zwiespältigen Charakters sind die werktätigen Bauern in ihrer politischen Haltung Schwankungen unterworfen, die wiederholt von der Reaktion ausgenutzt wurden.

Unter den Bedingungen unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung sind die werktätigen Bauern von der Ausbeutung durch das Monopolkapital befreit.

Aus den Händen der Arbeiterklasse erhielten sie das Land der enteigneten Großgrundbesitzer. Damit wurde eine Grundlage für das feste Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern geschaffen. Die Tätigkeit der Maschinenausleihstationen und volkseigenen Güter, die Entfaltung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land, der gemeinsame Kampf um die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne, vor allem die Hilfe unseres demokratischen Staates tragen dazu bei, dieses Bündnis und damit unsere demokratische Ordnung ständig zu festigen.

Großbauern

Die Großbauernwirtschaften sind kapitalistische Betriebe. Sie stützen sich vorwiegend auf die Beschäftigung fremder Arbeitskräfte.

Auch die großbäuerlichen Betriebe haben Anteil an der allgemeinen Aufwärtsentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik. Entsprechend ihrer größeren Leistungsfähigkeit werden sie zu einer progressiv gestaffelten höheren Abgabepflicht herangezogen. Einer unbotmäßigen Ausbeutung der Landarbeiter sind durch das Landarbeiterschutzgesetz Grenzen gesetzt, sie haben jedoch einen weiten Spielraum zur Entfaltung ihrer privaten Initiative.

... Großbauern

Kennzeichnend dafür ist u. a. die Entwicklung der Viehbestände in den großbäuerlichen Wirtschaften.

Der Durchschnittsviehbestand aller Wirtschaften von 50 bis 100 ha erhöhte sich je Betrieb

bei Kühen von 7,5 % im Jahre 1948 auf 19,2 % im Jahre 1950

und bei Schweinen von 15 % im Jahre 1948 auf 33,1 % im Jahre 1950.

Diese Beteiligung an der stürmischen Aufwärtsentwicklung unserer Friedenswirtschaft erfordert, daß die Großbauern ihre Verpflichtungen erkennen, die demokratischen Gesetze einzuhalten und ihren Ablieferungs- und Steuerpflichten nachzukommen. Das um so mehr, als ihre Existenz und der Absatz ihrer Waren — im Gegensatz zu Westdeutschland — in der Deutschen Demokratischen Republik gesichert sind. Es muß auch der Zustand überwunden werden, daß zum Teil Großbauern ihre Lage auf Kosten der Klein- und Mittelbauern zu verbessern suchen, wie es u. a. immer noch in der Form des Ausleihens von Maschinen, Spannkräften usw. zu wucherischen Bedingungen geschieht. Versuche von Großbauern, die demokratische Gesetzmäßigkeit zu verletzen, sich auf Kosten der Klein- und Mittelbauern zu bereichern, müssen entschieden bekämpft werden.

Die richtigen Schlußfolgerungen aus den gegebenen Klassenverhältnissen auf dem Dorfe sind der Schlüssel für die Durchführung unserer Agrarpolitik, in deren Mittelpunkt das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern steht. Im Prozeß der Festigung dieses Bündnisses hat unser Staatsapparat große Aufgaben zu erfüllen.

Untersuchen wir zunächst, wie unser Staatsapparat die demokratische Entwicklung auf dem Lande fördert.

III. MAS, VEG und VdgB (BHG) — Zentren der demokratischen Entwicklung auf dem Lande

1. Maschinenausleihstationen — Aufbau und Aufgaben

MAS — Ausdruck der Hilfe unseres demokratischen Staates für die werktätigen Bauern

Durch die Verordnung der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) vom 9. März 1949 wurde zunächst eine Verwaltung der Maschinenausleihstationen als Anstalt des öffentlichen Rechts gebildet. Durch die Verordnung der Regierung der DDR über die Bildung von Vereinigungen der MAS vom 14. Dezember 1950 entstanden schließlich im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik fünf Vereinigungen volkseigener Maschinenausleihstationen (VVMAS) mit zur Zeit 540 MAS, die sich im Fünfjahrplan auf 750 erhöhen werden. In den VVMAS sind die Maschinenausleihstationen, die

MAS — poli-
tischer, wirt-
schaftlicher und
kultureller
Mittelpunkt des
Dorfes

Die Traktoristen der MAS müssen in ihrer täglichen Arbeit zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern entscheidend beitragen. Sie sind nicht nur Wegbereiter fortschrittlicher Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft, sondern auch Agitatoren. Durch ihre enge Zusammenarbeit mit den werktätigen Bauern tragen sie zur demokratischen Entwicklung auf dem Dorfe bei. Die MAS sind durch ihre wirksame wirtschaftliche Unterstützung der werktätigen Bauern und durch ihre vorbildliche Kultur- und politische Aufklärungsarbeit auf dem Lande zu politischen, technischen, agrarwissenschaftlichen und kulturellen Mittelpunkten und zu festen Zentren der Hilfe der Arbeiterklasse für die werktätigen Bauern geworden.

2. Volkseigene Güter (VEG) — Organisation und Aufgaben

Die Organisation der VEG

Die in Volkseigentum überführten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind durch eine Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) vom 15. Juni 1949 in einer Vereinigung Volkseigener Güter (VVG) zusammengefaßt worden. Um die Aufgaben des Fünfjahrplanes besser erfüllen zu können, reorganisierte unsere Regierung durch die Verordnung über die Gründung von Vereinigungen Volkseigener Güter vom 25. Januar 1951 (GBl. 1951/47) die Verwaltung der volkseigenen Güter. Mit Wirkung vom 1. Januar 1951 entstanden fünf **Vereinigungen Volkseigener Güter**. Sie haben ihren Sitz in den Hauptstädten der Länder und fassen alle volkseigenen Güter des jeweiligen Landes zusammen.

Die Vereinigungen Volkseigener Güter unterstehen dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Sie sind selbständig planende und bilanzierende Einheiten unserer Volkswirtschaft.

Volkseigene Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Gartenbaues und der Fischzucht, die sich in der Verwaltung der Länder, Kreise, Gemeinden, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts befinden, können in die Rechtsträgerschaft der zuständigen Vereinigungen Volkseigener Güter überführt werden. Zum Bodenfonds der Länder gehörende Grundstücke können ebenfalls zu Volkseigentum erklärt und in die Rechtsträgerschaft der zuständigen Volkseigenen Vereinigungen überführt werden.

Bei Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken steht den Vereinigungen der Volkseigenen Güter ein gesetzliches Vorkaufsrecht zu. Wird davon Gebrauch gemacht, ist in jedem Fall die Zustimmung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, der Staatlichen Plankommission und des Mini-

steriums der Finanzen der DDR erforderlich. Die von den VVG durch Vorkaufsrecht erworbenen Grundstücke gehen in das Eigentum des Volkes über.

Die Volkseigenen Güter umfassen etwa 3,6 % unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche, liefern jedoch rd. 12 % der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung. Ihre Bedeutung liegt in ihrer Schlüsselstellung für die fortschrittliche Entwicklung unserer Landwirtschaft.

VEG fördern die Demokratisierung des Dortes

Sie sind die Basis für die Erzeugung von hochwertigem Saatgut. Der Großteil der Anbaufläche der Volkseigenen Güter dient der Saatguterzeugung.

Volkseigene Güter sind eine wichtige Versorgungsquelle der Bauern für Rassevieh und zugleich Stützpunkte der bäuerlichen Viehzucht;

sie entwickeln sich mehr und mehr zu Mittelpunkten des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts auf dem Lande, die als Musterbetriebe fortschrittliche Arbeitsmethoden aufs Dorf bringen und die Bauern durch Beispiele und wirtschaftliche Beratung unterstützen:

Volkseigene Güter sind kulturelle Zentren, die ein neues demokratisches Kulturleben entfalten.

Entsprechend ihrer besonderen Bedeutung sind die Planaufgaben der VEG im Volkswirtschaftsplan höher als die der privaten Bauernwirtschaften. Am Ende des Fünfjahresplanes werden die Ernteerträge in den Volkseigenen Gütern

Aufgaben der VEG im Fünf-Jahrplan

bei Getreide und Hülsenfrüchten . . .	31 dz/ha
bei Ölfrüchten	20 dz/ha
bei Zuckerrüben	345 dz/ha

betragen. Auch in der Viehzucht sind den VEG hohe Aufgaben gestellt.

Diese hohen Leistungen sind möglich dank der Ausrüstung der Volkseigenen Güter mit einer modernen Technik und durch die ständige Anwendung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Sowjetunion. Sie sind aber nicht zuletzt das Ergebnis einer neuen Einstellung zur Arbeit der Werktätigen in den Volkseigenen Gütern.

Eine planmäßige Leitung, das Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit, die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung und die Anwendung neuer Arbeitsmethoden führen dazu, die Produktion planmäßig zu steigern. Die VEG geben damit zugleich auch das Beispiel für alle landwirtschaftlichen Betriebe, wie mit neuen Arbeitsmethoden die der Landwirtschaft im Fünfjahrplan gestellten Aufgaben gelöst werden können.

Anwendung der fortschrittlichen Agrarwissenschaft und neue Arbeitsmethoden

Die Organe unserer staatlichen Verwaltung, insbesondere die landwirtschaftlichen Abteilungen der Kreisverwaltungen, sollten mehr als bisher diese Entwicklung wirksam unterstützen und dafür sorgen, daß die neuen Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft der Dorfbewölkerung zugänglich gemacht werden.

3. VdgB (BHG) — Organisation und Aufgaben

Am 20. November 1950 schlossen sich auf Wunsch der fortschrittlichen Bauern die beiden großen landwirtschaftlichen Organisationen (VdgB und landwirtschaftliche Genossenschaften) zu einer einheitlichen bäuerlichen Organisation, zur Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaft) — VdgB (BHG) zusammen. Damit begann eine neue Etappe in der fortschrittlichen Entwicklung unseres demokratischen Dorfes.

VdgB (BHG) —
Träger der
fortschrittlichen
Entwicklung im
Dorf

„Die einheitliche Organisation der Bauern stützt sich in ihrer künftigen Arbeit auf alles, was sich in der Geschichte der bäuerlichen Organisationen an Fortschrittlichem, im Interesse der werktätigen Bauern Liegendem herausgebildet hat.“

(Generalsekretär Vieweg auf der Vereinigten Konferenz der VdgB und landwirtschaftlichen Genossenschaften.)

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften entstanden in der Mitte des vorigen Jahrhunderts als bäuerliche Selbsthilfe-Organisationen gegen die kapitalistische Konkurrenz. Sie verwandelten sich allerdings unter kapitalistischen Bedingungen sehr bald in Werkzeuge des Kapitalismus und Anhängsel des Finanzkapitals.

Im Kapitalismus dienen die Genossenschaften den Interessen der Großbauern und Großgrundbesitzer

Die maßgebliche Rolle in den Genossenschaften spielten vor allem die Großbauern und die Großgrundbesitzer, die die Genossenschaften ihren eigenen Interessen dienstbar machten. Die Klein- und Mittelbauern hatten kaum Einfluß in den Genossenschaften.

Beispiel:

Im Jahre 1927 waren in Genossenschaften organisiert:

Betriebe bis zu 2 ha Größe	3,2 %
Betriebe von 2 bis 5 ha Größe	4,6 %
Betriebe von 5 bis 20 ha Größe	5,4 %
Betriebe von 20 bis 100 ha Größe	9,6 %

Diese Aufstellung zeigt, daß nur etwa die Hälfte der Klein- und Mittelbauern in den landwirtschaftlichen Genossenschaften organisiert waren. Sie hatten kaum Nutzen von ihnen. Um so mehr Vorteile hatten die Großbauern.

Nach 1945, nach der Entmachtung der Junker und Monopolkapitalisten in der damaligen sowjetischen Besatzungszone — durch den Befehl 246 der SMAD vom 20. November 1945 ins Leben gerufen —, entstanden die **bäuerlichen Genossenschaften als Organe der bäuerlichen Hilfe und der Demokratisierung des Dorfes**. Allerdings ging der Demokratisierungsprozeß in den landwirtschaftlichen Genossenschaften verhältnismäßig langsam vor sich. Reaktionäre Elemente trieben ihr Unwesen noch in der jüngsten Zeit und hemmten in den landwirtschaftlichen Genossenschaften eine fortschrittliche Entwicklung.

Durch die Verschmelzung der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit der VdgB und mit der Veränderung der inneren Struktur (Bildung von örtlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften) lösen die landwirtschaftlichen Genossenschaften nunmehr ihre Aufgabe als Organe des Fortschritts und der gegenseitigen Hilfe.

**Einfluß der
werkstätigen
Bauern in der
VdgB (BHG)
verstärken**

Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.

Die VdgB entstand nach der Bodenreform durch die Initiative fortschrittlicher Kräfte als demokratische Massenorganisation der werktätigen Bauern. Die damaligen örtlichen Kommissionen verpflichteten sich, die durch die Bodenreform entstandenen großen Aufgaben durch gegenseitige Hilfe zu lösen. Sie schlossen sich zu Kreis- und Landesverbänden und im Jahre 1947 zur Zentralen Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zusammen.

Sie leistete in den letzten Jahren bei der Unterstützung der Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Betriebe, bei der Entfaltung des kulturellen Lebens auf dem Dorfe und der politischen Aufklärung unter den Bauern einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Entwicklung unserer Landwirtschaft.

**VdgB (BHG)
fördert die
gegenseitige
Hilfe, das kul-
turelle Leben
und die poli-
tische Aufklä-
rung**

Das Nebeneinanderbestehen zweier bäuerlicher Organisationen mit gleichartigen Aufgaben mußte sich aber in der weiteren Entwicklung auf die Landwirtschaft hemmend auswirken. Im Beschluß des Hauptausschusses der zentralen Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und des Beirates der landwirtschaftlichen Genossenschaften heißt es deshalb:

„Die Bauern haben kein Verständnis mehr für das Nebeneinanderbestehen zweier bäuerlicher Organisationen. Sie fordern eine einheitliche Organisation, die die weitere Demokratisierung des Dorfes durchführt, die die Bauern über die Politik der Regierung aufklärt, die die gegenseitige Hilfe zur Stärkung und Festigung der bäuerlichen Wirtschaft organisiert, die sie mit den notwendigen Produktionsmitteln, wie Saatgut, Düngemitteln, Futtermitteln,

Geräten, Maschinen, Gebrauchsgegenständen und Krediten, sorgfältig, die sparsam und rationell arbeitet und in stande ist, ihre Interessen wirksam zu vertreten."

So entstand die einheitliche bäuerliche Massenorganisation, die VdgB (BHG).

Struktur der VdgB (BHG)

12 000 Ortsvereinigungen der VdgB (BHG) bilden die einheitliche Organisation der werktätigen Bauern.

**Organisation
der VdgB
(BHG)**

Die inzwischen gesammelten Erfahrungen zeigen, daß eine landwirtschaftliche Genossenschaft ihre Aufgabe dann am besten erfüllen kann, wenn sie einen Arbeitsbereich von etwa 1500 bis 3000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche umfaßt. Das sind in der Regel 3 bis 4 Dörfer. Gegenwärtig bestehen im Gebiet der DDR etwa 4000 bäuerliche Handelsgenossenschaften. Es kommt deshalb einerseits darauf an, noch bestehende Großgenossenschaften zu verkleinern, aber andererseits zu verhindern, daß regellos Kleinstgenossenschaften gebildet werden. Kleinstgenossenschaften verfügen meist nicht über die notwendigen wirtschaftlichen Mittel.

Bei der Umbildung der Genossenschaften ist es notwendig, die Leitungen der Genossenschaften so zu besetzen, daß sie die Struktur unserer Landwirtschaft widerspiegeln, i. h., daß in ihnen die werktätigen Bauern entsprechend ihrer Bedeutung vertreten sind (94 % sind werktätige Bauern). Die gewählten Funktionäre müssen die Gewähr für eine fortschrittliche und demokratische Entwicklung der Genossenschaften geben.

In jedem Kreis besteht ein Kreisverband der einheitlichen Organisation der VdgB (BHG). Die Kreissekretariate stützen sich in ihrer Arbeit auf die 20 bis 40 hauptamtlichen Leiter der VdgB (BHG), die es in Zukunft in jedem Kreis geben wird. In jedem Land gibt es einen Landesverband der VdgB (BHG). Die einheitliche zentrale Leitung in der Republik wird durch den Zentralverband VdgB (BHG) ausgeübt.

Das Eigentum der VdgB (BHG) ist genossenschaftliches Eigentum. Der volkseigene Sektor in der Landwirtschaft und der genossenschaftliche Zusammenschluß der Bauern bilden die feste Grundlage für die weitere fortschrittliche und demokratische Entwicklung auf dem Lande.

Die Aufgaben der VdgB (BHG)

Aus dem Charakter der VdgB (BHG) — der einheitlichen Organisation der werktätigen Bauern — ergeben sich auch ihre Aufgaben:

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R01000050007-7

- a) Erfüllung und Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne. Das erfordert, die Bauern ständig über die Bedeutung des Planes aufzuklären, bei der Ausarbeitung der Dorfwirtschaftspläne, der Wunschanbaupläne, der gerechten Differenzierung usw. aktiv einzuwirken.
- b) Durchführung von Bauernberatungen. Dabei kommt es darauf an, die Bauern zu beraten, wie sie unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen mit Hilfe der MAS, VEG und VdgB (BHG) ihre Wirtschaften planmäßig entwickeln können, sie in agrar- und viehwirtschaftlichen Fragen zu beraten, sie mit fortschrittlichen Arbeitsmethoden vertraut zu machen, ihnen die Erkenntnisse der fortschrittlichen Wissenschaft zu vermitteln, Mitschurinfelder anzulegen usw.
- c) Zusammenarbeit mit den MAS und Volkseigenen Gütern mit dem Ziel, die Arbeit der bäuerlichen Beiräte der MAS zu verbessern usw.
- d) Förderung des Wettbewerbs von Dorf zu Dorf auf der Grundlage der Dorfwirtschaftspläne. Popularisierung der Erfahrungen der Meisterbauern.
- e) Entwicklung der gegenseitigen Hilfe. Das bedeutet planmäßige Unterstützung der hilfsbedürftigen Wirtschaften, systematische gegenseitige Hilfe bei Bestellung und Ernte, bei Drusch und Ablieferung;
- f) Versorgung der Bauernwirtschaften mit Produktionsmitteln, Belieferung mit Saatgut, Düngemitteln, Bindegarn, Geräten und Industriewaren, Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern;
- g) Unterhaltung gemeinschaftlicher Einrichtungen, u. a. Deckstationen, gemeinschaftliche Schafhaltung, Saatgut-, Wald-, Vieh- und Obstbaugemeinschaften, gemeinsame Bodenverbesserung und Meliorationen.

Beispiel:

Eine vorbildliche Arbeit leistet die bäuerliche Handelsgenossenschaft Gutmannshausen im Kreise Weimar. Durch die Kückenaufzuchtstation werden die Bauernwirtschaften mit Kücken im Alter von 6 bis 8 Wochen versorgt und ihnen die mit der Aufzucht verbundenen Arbeiten und Risiken abgenommen. Die Genossenschaft hat ferner die Bäckerei übernommen, die vollkommen neu eingerichtet wurde und jedem Einwohner zur Verfügung steht.

Stellmacherei, Säge und Waage stehen allen Mitgliedern zur Verfügung. Noch im Laufe dieses Jahres sollen eine Gemeinschaftsweide und eine Waschanstalt geschaffen werden. Alle Einrichtungen sind stark in Anspruch genommen.

Die noch junge Genossenschaft verfügt nur über geringe Mittel und muß in erster Linie Kredite in Anspruch

nehmen. Diese schönen Erfolge waren aber möglich, weil die Bauern Material und Gespanne zur Verfügung stellten und überall Hand anlegten.

Was diese BHG mit geringem Kostenaufwand erreicht hat unter der Initiative fortschrittlicher Kräfte, dürfte auch anderen bäuerlichen Handelsgenossenschaften möglich sein.

Wirtschaftliche und politische Aufgaben — eine untrennbare Einheit

Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufgaben der VdgB (BHG) bilden eine untrennbare Einheit. Deshalb darf die Aufklärungs-, Schulungs- und Kulturarbeit, die als wichtigste zu den bereits behandelten Aufgaben hinzukommt, nicht unterschätzt werden. Ein Schwerpunkt der Arbeit der VdgB (BHG) muß es sein, die Bauern für unseren nationalen Befreiungskampf zu gewinnen, sie über die Politik unserer Regierung aufzuklären und das kulturelle Niveau der Landbevölkerung zu heben.

IV. Maßnahmen unseres demokratischen Staatsapparates zur Förderung einer fortschrittlichen Entwicklung in der Landwirtschaft und zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern

Maßnahmen unserer Regierung fördern eine fortschrittliche Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR

Die aktive, fortschrittliche Rolle unseres demokratischen Staatsapparates in der DDR findet ihren Ausdruck in den Maßnahmen, die einer fortschrittlichen Entwicklung auch der Landwirtschaft und der Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der bäuerlichen Bevölkerung dienen. Diese Maßnahmen, die Gesetze und Verordnungen unsere Regierung sind Mittel zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern.

Aktive Mitwirkung der landwirtschaftlichen Bevölkerung bei der Verwirklichung der Gesetze und Verordnungen

Auch die zur Förderung der Landwirtschaft erlassenen demokratischen Gesetze und Verordnungen können, wie alle anderen Gesetze und Verordnungen, nur wirksam werden, wenn die Bevölkerung dabei aktiv mitwirkt. Diese Mitarbeit der Bevölkerung auf dem Lande gilt es systematisch zu entfalten. Das ist eine Aufgabe der Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung, der demokratischen Parteien und Massenorganisationen, die gelöst wird, wenn sie es verstehen, die Gesetze und Verordnungen allgemein verständlich zu erläutern, wenn Aufklärung darüber gegeben wird, welche Verbesserungen und Erleichterungen das einzelne Gesetz und die einzelne Verordnung konkret für die bäuerliche Wirtschaft, für das Dorf, für den Kreis bringen.

Unsere Bündnispolitik ist ehrlich, offen und zielstrebig. Lenin lehrt uns:

„Verständigung ist ein sehr weiter Begriff, der eine ganze Reihe von Maßnahmen und Übergängen in sich einschließt. Hier wäre zu sagen, daß wir in unserer Propaganda und Agitation reinen Wein einschenken müssen. Leute, die unter Politik kleine Schliche verstehen, die mitunter schier auf Betrug hinauslaufen, müssen in unserer Mitte die schärfste Verurteilung finden. Es gilt, ihre Fehler zu korrigieren. Die Klassen kann man nicht betrügen... Klassen werden aber nicht durch Papierchen, sondern nur durch materielle Dinge zufriedengestellt.“

(Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXVI, Verlag für fremdsprachliche Literatur, Moskau 1940, S. 294 u. 297.)

Die Hilfe unseres demokratischen Staatsapparates für die Bauern besteht nicht in leeren Versprechungen, in einer Belastung mit Meldungen und Berichten oder in einem falschen Nachgeben oder Zurückweichen in Fragen des Ablieferungssolls usw. Die wirkliche Hilfe für die Bauern besteht darin, daß ihnen die Perspektive einer gesicherten Existenz gegeben wird. Sie besteht darin, daß auch unsere Mitarbeiter im Staatsapparat mit ihnen offen darüber sprechen, was unsere Regierung zu tun beabsichtigt. Indem die Gesetze und Maßnahmen unserer Regierung richtig durchgeführt werden, indem die gegenseitige Zusammenarbeit und die Entfaltung der privaten Initiative zur Steigerung der pflanzlichen und tierischen Erzeugung gefördert und insbesondere den Bauern die in unseren Volkswirtschaftsplänen vorgesehene Unterstützung und materielle Hilfe gewährt wird, leistet unser demokratischer Staatsapparat die konkrete Hilfe, die eine friedliche, aufwärtsstrebende Entwicklung der Landwirtschaft garantiert und stärkt die Bereitschaft der bäuerlichen Bevölkerung, aktiv am Bau einer Zukunft des Friedens, des Glücks und des Wohlstandes mitzuwirken.

Offene,
ehrliche,
zielstrebige
Bündnispolitik

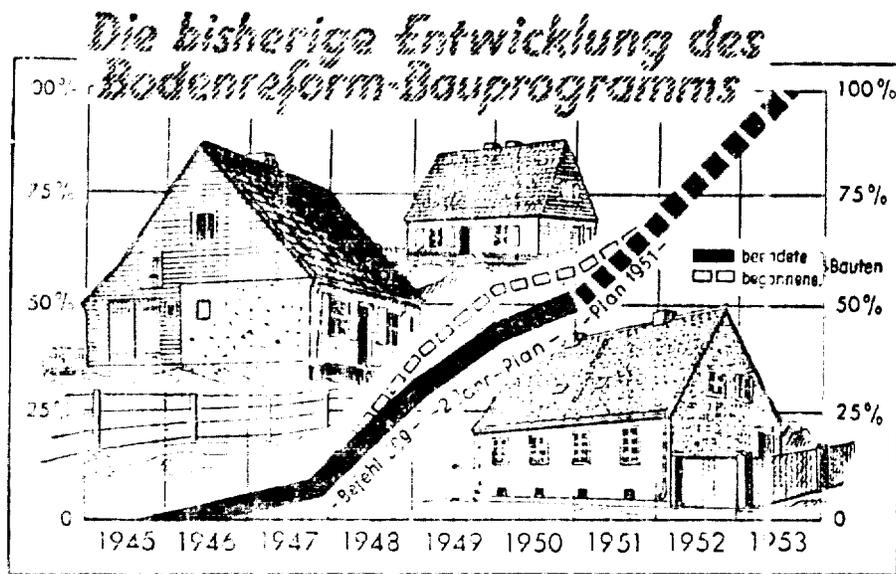
Eine der wichtigsten Maßnahmen unserer Regierung zur Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und zur Sicherung der Bodenreform ist das **Neubauernbauprogramm**, das wir jetzt — herausgegriffen aus der Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen zur Förderung der Landwirtschaft — näher betrachten und an dem wir zeigen wollen, wie unsere Mitarbeiter im Staatsapparat zu seiner Verwirklichung beitragen können. Obwohl trotz schwieriger Bedingungen große Erfolge bei seiner Durchführung erzielt wurden, sind andererseits aber Fehler gemacht worden, die typisch sind für die Unterschätzung der Bündnispolitik bei einer Reihe von Mitarbeitern unseres Staatsapparates.

Alle Kräfte der Verwirklichung des Neubauernbauprogramms!

Durch die Bodenreform im Herbst 1945 sind rund 210 000 Neubauernwirtschaften entstanden. 120 000 ehemalige Landarbeiter und landlose Bauern und 90 000 ehemalige Umsiedler erhielten rund 1,6 Millionen ha Land. Ferner wurden den Neubauern etwa 400 000 Stück Vieh, zahlreiches Gerät, 44 000 Wohngebäude und 50 000 Ställe übergeben. Rund 10 000 Neubauern besaßen bereits Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Für rund 70% der Neubauern mußten also neue Bauernwirtschaften aufgebaut werden.

Verwirklichung
des Neubauern-
bauprogramms
— eine Schwer-
punktaufgabe

Dieses große Bauprogramm wurde — trotz objektiver Schwierigkeiten — unverzüglich in Angriff genommen. Es ist heute bereits zu mehr als 50% beendet. In den Jahren 1946 und 1947 sind — im wesentlichen durch Um- und Erweiterungsbauten — 5% des gesamten Bauprogramms erfüllt worden. Im Jahre 1948 entstanden 36 000 Neubauerngehöfte. In den Jahren 1949 und 1950 wuchs die Bautätigkeit weiter an. Die Baupläne wurden jedoch im einzelnen nicht überall erfüllt.



(Aus: „Die Wirtschaft“ Nr. 12 51 vom 23. 3. 51)

Worauf kommt es also jetzt an, damit das Neubauernbauprogramm unter Anwendung der Lehren aus den Fehlern der vergangenen Jahre planmäßig zu Erde geführt werden kann?

Erster Schwerpunkt: richtige Planung!

Im Jahre 1951 werden 10 000 Wohnungen und 12 000 Ställe für Neubauern-Umsiedler im Rahmen eines Standortplanes errichtet. Die Planung dieser Neubauerngehöfte ist keinesfalls allein eine Angelegenheit der Baumeister und Architekten. Die Planung muß zusammen mit der Dorfplanung und der Landschaftsgestaltung vorgenommen werden.

In der Gestaltung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude müssen konkrete Schlußfolgerungen aus den Fehlern der vergangenen Jahre gezogen werden. Umfangreiche Scheunenbauten erübrigen sich dadurch, daß der Großteil der Ernte unmittelbar von den Volkseigenen Erfassungs- und Aufkauforganen übernommen und gelagert wird. Beim Bau von Ställen gilt es, die Erkenntnisse der sowjetischen Agrarwissenschaft anzuwenden und mit überlebten Vorstellungen zu brechen. Sie müssen den Erfordernissen einer gesunden und leistungsfähigen Viehhaltung und des Viehvermehrungsplanes entsprechen. Massive Stallbauten, wie sie in der Regel bisher errichtet wurden, entsprechen, insbesondere für die Schweinehaltung, nicht mehr den fortschrittlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die natürliche Haltung des Viehs in leichten Ställen ist gesünder und führt zu höheren Viehleistungen.

Zweiter Schwerpunkt:

Anleitung und Kontrolle durch die Organe der staatlichen Verwaltung!

Die vorfristige Erfüllung des Bauplanes 1951 im Rahmen des Neubauernbauprogramms erfordert vor allem eine engere Zusammenarbeit der Verwaltungsorgane mit der VdgB (BHG) und den volkseigenen Betrieben, ihre ständige konkrete Anleitung und systematische Kontrolle.

Es muß ein warnendes Zeichen sein und ist Zeugnis für eine schlechte Verwaltungsarbeit, wenn z.T. Neubauernstellen aufgegeben und noch nicht wieder besetzt worden sind. Die Ursachen sind in der Regel darin zu suchen, daß diese Neubauern nur ungenügend durch die Verwaltungsorgane unterstützt wurden. Häufig vernachlässigte man den Bau der Wohn- und Stallgebäude und versorgte sie ungenügend mit Vieh und Inventar.

Zusammenarbeit der Verwaltungen mit den Organisationen - Voraussetzung für die vorfristige Erfüllung des Bauplanes 1951

Beispiel:

Im Dezember 1950 überprüften Vertreter der Landesregierung und der Kreisverwaltung die Bauvorhaben in der Gemeinde Klein-Menow. 1948 begonnene Bauten sind dort

noch immer nicht zu Ende geführt. Auf den Rat des Kreisbauemeisters hin wurden neue Bauenträge gestellt. Die Gemeinde beschloß, sofort mit der Absteckung der Baustellen zu beginnen. Trotz mehrfacher telefonischer und schriftlicher Nachfragen des Bürgermeisters und des Vorsitzenden der VdGB (BHG) wurde vom Kreisbauamt nichts unternommen. Ein am 5. Mai 1951 im Ort angemeldeter Vertreter des Kreisbauamtes hat sich bis heute (23. Mai 1951) auch noch nicht sehen lassen.

„Wir fordern das Kreisbauamt hiermit nochmals auf“ — schreiben die Neubauern der Gemeinde Klein-Menow —, „uns in unseren Bemühungen endlich besser zu unterstützen.“

Dem Bauern Walter Schimmel in Wellsdorf in Kreis Greiz brachte am 18. August 1950 das Anwesen wieder. Durch die Unterstützung von 2 Bauern ist es ihm gelungen, 75 fm Holz zum Aufbau des Wohnhauses zu erhalten, zum Bau der Scheune und zum Ausbau des Maschinenschuppens und der Stallungen werden jedoch weitere 80 fm benötigt. Beim Kreislandwirtschaftsamt mußte der Bauer Schimmel erfahren, daß diese Dienststelle nicht mehr zuständig sei, da die Kontingentierung ab 1. Januar 1951 von der VdGB (BHG) aus erfolgte. Anfang Februar 1951 hat er nunmehr die dafür zuständige Stelle gefunden. Er reichte seinen begründeten Antrag mit allen Unterlagen ein und hörte nichts mehr davon.

In wochenlanger Arbeit ist es gelungen, in gegenseitiger Hilfe durch 35 werktätige Bauern die noch fehlenden 80 fm Holz zur Verfügung zu stellen, und nunmehr legte Bauer Schimmel seinen Antrag im Kreisforstamt vor und mußte jedoch wieder einmal erfahren, daß die Einzeichnung nur durch Betriebe mit einer Waldfläche unter 5 ha erfolgen könne. Er war also wieder dort anelanot, wo er in seiner Angelegenheit bereits am 13. August 1950 stand. Erst als dem Sektor Forstwesen des Landesverbandes der VdGB (BHG) Ende März 1951 die Sachlage bekannt wurde, wurde in entsprechenden Verhandlungen mit dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft — Hauptabt. Forstwirtschaft — frei von Bürokratismus entschieden und dem Bauern geholfen.

Das ist ein Beispiel mehr, wie weit entfernt manche unserer Verwaltungsstellen von wahrer volksverbundener Arbeit sind. Jeder Mitarbeiter des Staatsapparates sollte daraus erneut lernen.

Die planmäßige Durchführung des Neubauernbauprogramms ist eine vorrangige Aufgabe vor allem unserer landwirtschaftlichen Verwaltungen.

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R01000050007-7
Dritter Schwerpunkt:

Entfaltung der gegenseitigen Hilfe!

Das Neubauernbauprogramm erfordert nicht nur eine ständige Unterstützung der Verwaltungsorgane, sondern auch eine wesentlich stärkere Mitarbeit der VdgB (BHG), der Industriegewerkschaft Land und Forst und der Industriegewerkschaft Bau des FDGB. Nicht zuletzt aber ist eine verstärkte gegenseitige Hilfe der gesamten Bevölkerung des Dorfes erforderlich. Konnten im Jahre 1948 etwa 20 bis 25% des Bauwertes durch Solidaritätsaktionen und gegenseitige Hilfe aufgebracht werden, so sank dieser Anteil 1949 auf 15%. 1950 trat die gegenseitige Hilfe, von hervorragenden Einzelbeispielen abgesehen, beim Neubauernbauprogramm kaum noch in Erscheinung. Die organisierte gegenseitige Hilfe beim Neubauernbauprogramm, die, wie zahlreiche Beispiele zeigen, alle Schwierigkeiten zu überwinden imstande ist, muß wieder stärker entfaltet werden. Ist dieser Schwerpunkt in den Arbeitsplänen der Verwaltung genügend berücksichtigt?

Gegenseitige
Hilfe überwin-
det Schwierig-
keiten

Vierter Schwerpunkt:

Verstärkung der Aufklärungsarbeit und der Wachsamkeit!

Die teilweise ungenügende Initiative der Bauern bei der Durchführung des Neubauernbauprogramms ist sehr oft auf ein noch nicht gefestigtes Vertrauen der Bauern zu Maßnahmen unserer Regierung zurückzuführen. Vor den Kopf gestoßen durch schlechte Beispiele, verwirrt durch Gerüchte und Parolen der Gegner unserer demokratischen Ordnung, ungenügend informiert über den Sinn und die Bedeutung der Maßnahmen unserer Regierung, gibt es immer noch Bauern, die nicht ihre ganze Kraft für die Steigerung unserer Produktion und bei der gegenseitigen Hilfe einsetzen. Jede Schwäche in der Arbeit auf dem Lande nutzen die Feinde unserer Ordnung und unseres Volkes aus, um das Vertrauen der bäuerlichen Bevölkerung in unseren Weg des friedlichen Aufbaues zu untergraben.

Die Verwaltungstätigkeit muß deshalb besonders auf dem Lande verbunden sein mit einer ständigen Aufklärungsarbeit. Sie muß wachsam jeden Versuch der Feinde wahrnehmen, Unsicherheit in die landwirtschaftliche Bevölkerung zu tragen und scharf eingreifen, wo Saboteure unseres Aufbaus am Werk sind.

Beachten wir also in unserer Verwaltungsarbeit diese Schwerpunkte bei der Durchführung des Neubauernbauprogramms,

das wir im Rahmen dieser Schulung als eine der Maßnahmen unserer Regierung zur Förderung der Landwirtschaft untersuchen.

Selbstverständlich ist die Verwirklichung des Neubauernbauprogramms in erster Linie Sache der landwirtschaftlichen Verwaltungen. Sind sich aber die Mitarbeiter auch in den anderen Zweigen der Verwaltung dieser wichtigen Aufgabe bewußt, so wird es leicht sein, Schwierigkeiten in gemeinsamer Arbeit aus dem Weg zu räumen!

Schlußbetrachtung:

Wir haben in diesem Material zunächst versucht, einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Agrarpolitik in der DDR und die aktive Hilfe des Staatsapparates im Prozeß der Demokratisierung des Dorfes zu geben. Die Aufgabe unserer Agrarpolitik besteht gegenwärtig darin, angesichts der Spaltung Deutschlands und der Kriegsgefahr gemeinsam mit der gesamten Bauernschaft für die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der nationalen Einheit zu kämpfen und gleichzeitig das Bündnis mit den Klein- und Mittelbauern zu festigen, um die Demokratisierung des Dorfes voranzutreiben und die antifaschistisch-demokratische Ordnung zu festigen.

In der nächsten Schulung werden wir weitere wichtige Maßnahmen untersuchen, die einer fortschrittlichen Entwicklung unserer Landwirtschaft dienen.

Begriffs- und Fremdwörterklärung

balanzieren	= von Bilanz — Rechnungsabschluss; Vergleichung von Einnahme und Ausgabe, Überschlag; ausgleichen, abschließen.
Kombiine	= eine mehrere Arbeitsgänge zugleich verrichtende Maschine; Kombination = Verbindung, Zusammenstellung.
Melioration	= Verbesserung des Bodens (Acker usw.), um den Ertrag der Land- und Forstwirtschaft zu steigern.
Parasitär	= schmarotzerhaft.
Popularisierung	= von populares lat. = die zum Volk Gehörigen; Verständlichmachung für das Volk, Verbreitung unter dem Volk.
rationell	= wirtschaftlich.
reorganisieren	= umgestalten, neu einrichten, neu aufbauen.

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R010000050007-7
25X1A

SECRET [REDACTED]

Leitfaden

über

Neubauern-Wirtschaftskredite und deren Bearbeitung

CPYRGH
T

Januar 1951

Zusammengestellt von der
Landesgenossenschaftsbank Brandenburg eGmbH., Potsdam-Babelsberg

25X1A

SECRET [REDACTED]

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R010000050007-7

Inhaltsverzeichnis

Abtretungserklärung	Punkt 16
Auszahlungen	„ 17
Berechtigter Personenkreis	„ 1
Bestellkredit	„ 3
Eigenmittel	„ 6
Erneuter Bestellkredit	„ 25
Erneute Inanspruchnahme zurückgezahlter Beträge	„ 23
Erstattungsanträge	„ 26
Großinventarkredit	„ 3
Höchstbetrag	„ 13
Kleininventarkredit	„ 3
Kontoabschluß	„ 20
Kontokarten	„ 19
Kreditakten	„ 10
Kreditanträge	„ 12
Kreditbedingungen	„ 5
Kreditkontrolle	„ 7
Kreditquellen	„ 6
Kreditsicherung	„ 8
Kreditverträge	„ 15
Kreditzweck	„ 2
Laufzeit	„ 4
Mitgliedschaft	„ 11
Monatsmeldung	„ 9
Refinanzierung	„ 18
Reparatur-Rechnungen	„ 29
Streichung der Kredite	„ 30
Terminkalender	„ 34
Tilgung	„ 22
Totalverluste	„ 27
Umbesetzung von Siedlerstellen	„ 32
Vergütung	„ 28
Verwaiste Stellen	„ 35
Viehkäufe	„ 14
Währungsreform	„ 24
Zinsbelastung	„ 21
Zusätzlicher Wirtschaftskredit	„ 31

Um zu einer einheitlichen Bearbeitung zu kommen und denjenigen Dorfgenossenschaften, die sich erst seit kurzem mit der Ausreichung dieser Kredite befassen, eine Anleitung an Hand zu geben und ihnen dadurch die Arbeit zu erleichtern, geben wir nachstehend eine kurz zusammengefaßte Übersicht der auf Grund der erlassenen Bestimmungen zu beachtenden Besonderheiten:

1. Berechtigter Personenkreis :

Wirtschaftskredite dürfen erhalten:

- a) alle natürlichen Personen, die durch die Bodenreform Land erhalten haben, wobei es gleichgültig ist, ob es sich um Ackerland, Wiese oder Wald handelt,
- b) Aufstockbauern, d. h. Altbauern, sofern sie Land aus der Bodenreform zugewiesen erhalten haben,
- c) Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe für die Durchführung von Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft und zur Sicherung der Bodenreform.

2. Kreditzweck :

Die Kreditmittel dürfen nur Verwendung finden zur Anschaffung von lebendem und totem landwirtschaftlichen Inventar. Unzulässig ist die Bezahlung von Futtermitteln, Zentrifugen, Möbeln, Geschäftsanteilen, SVK-Beiträgen, Steuern und Zinsen.

3. Kreditarten :

- a) Bestellkredit:
Düngemittel, Saatgut, kleine Wirtschaftsgegenstände wie Sensen, Forken, Hacken, Harken, Stalleimer usw., Sämereien, Schädlingsbekämpfungsmittel, MAS-Bestell- und Erntearbeiten.
- b) Kleininventarkredit:
Ackerwagen, Pflüge, Eggen, Walzen, Zuggeschirre, Färsen, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen, Kaninchen, Geflügel, Bienenvölker, Obstbäume, Beerensträucher, Mistbeefenster, kleine Maschinen.
- c) Großinventarkredit:
Zugochsen, Pferde, Milchkühe, Beregnungsanlagen u. ä.

4. Laufzeiten der Kredite :

- a) Bestellkredit 1 Jahr
Rückzahlungen sollen aus der Ernte erfolgen, spätestens 1 Jahr nach Inanspruchnahme.
- b) Kleininventarkredit 3—5 Jahre
nach einer Tilgungsfreiheit von 1 Jahr hat die Rückzahlung in jährlich gleichen Raten zu erfolgen.

- c) Großinventarkredit 8 Jahre
nach einer Tilgungsfreiheit von 1 Jahr hat die Rückzahlung in jährlich gleichen Raten zu erfolgen.

Vorzeitige Rückzahlung der Kredite ist jederzeit zulässig.

5. Kreditbedingungen :

Die Ausleihungen erfolgen zu einem Zinssatz von 3% p. a. netto, d. h. darüber hinaus dürfen keinerlei Provision oder sonstige Zuschläge berechnet werden.

6. Kreditquellen :

Wie bereits in unserem Rundschreiben 20/50 vom 18. 11. 50 unter Punkt 5,1 erwähnt wurde, sind gemäß Gesetzblatt 63 vom 29. 7. 49, S. 544/545, die Genossenschaften verpflichtet, für Neubauern-Wirtschaftskredite zunächst 10 v. H. ihrer Passiven (Gläubiger zuzüglich Geschäftsguthaben und freie Reserven) zu verwenden. Erst nachdem diese für diese Zwecke verbraucht sind, besteht die Möglichkeit, sich für weitere Ausleihungen bei uns zu refinanzieren. Bisher ist dies von den einzelnen Genossenschaften nicht in genügendem Maße beachtet worden. In Zukunft ist diese gesetzliche Vorschrift aber strikt einzuhalten.

Allmonatlich hat zum Monatsende eine evtl. erforderlich werdende Regulierung mittels Überweisungsträgers zu erfolgen. Kontoregulierungen sind als solche im Überweisungsträger zu bezeichnen. Sämtliche Rückzahlungen sind uns, solange Refinanzierungsmittel bei uns in Anspruch genommen werden, sofort bei Eingang mittels Überweisungsträgers mit entsprechender Bezeichnung weiterzugeben. Die Gesamtsumme der Inanspruchnahme der Neubauern muß sich decken mit den Ausleihungen aus Eigenmitteln und denen im Refinanzierungswege.

Es würde sich also folgendes Bild ergeben :

Monat	Kon-tingent	In-anspruch-nahmen	10 v. H. der Passiven	Ausleihungen		Regu-lierung per Ultimo d. Mts.
				aus Eigen-mitteln	durch Refinan-zierung	
Januar . . .	100 000.—	60 000.—	20 000.—	20 000.—	40 000.— Kto.-Reg.	40 000.— 10 000.—
Februar . .	100 000.—	70 000.—	40 000.—	40 000.—	30 000.— Kto.-Reg.	30 000.— 30 000.—
März	100 000.—	70 000.—	80 000.—	70 000.—	—	—
April	100 000.—	70 000.—	10 000.—	10 000.—	60 000.— Rückzahl.	60 000.— 10 000.—
Mai	90 000.—	60 000.—	10 000.—	10 000.—	50 000.—	50 000.—

7. Kreditkontrolle :

Die Bearbeitung der eingeräumten Wirtschaftskredite hat mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu erfolgen. Die Kredite sind gewissenhaft zu überwachen und notwendige Kontrollen sind durchzuführen, denn bei eintretenden Schadensfällen hat die Landesregierung ein Rückgriffsrecht gegenüber der Genossenschaft von 30 v. H. der notleidenden Kreditbeträge für den Fall, daß ihr eine grobfahrlässige Handlungsweise nachgewiesen wird.

8. Kreditsicherungen :

Der Kreditnehmer muß das auf Rechnung des Kredites erworbene lebende und tote Inventar in ausreichender Höhe gegen Brandschaden sowie die Ernte gegen Hagelschaden versichern. Außerdem ist dem Neubauern im ureigensten Interesse der Abschluß einer Tierversicherung anzuraten.

9. Monatsmeldung per Ultimo :

In Abänderung unserer Ausführungen im Rundschreiben 18/50, Punkt 5, A 1 bitten wir um regelmäßige Zustellung der Meldung, bis spätestens zum 5. jeden Monats eintreffend, nunmehr in folgender Form :

a) Wirtschaftskredite :

Anzahl	Gesamtkredit- ausreichungen	10 v. H. der Passiven	hiervon	
			aus Eigenmitteln	durch Refinanzierung
120	125 000.—	20 000.—	20 000.—	105 000.—

Der unter Gesamtkreditausreichung ausgewiesene Betrag muß sich mit der Endsumme der Saldenaufnahme der Neubauern-Wirtschaftskreditkonten decken.

Die ausgewiesenen Passiva sind auf DM 100,— nach unten abzurunden.

b) Außenstände :

Kreditart	Anzahl	Zinsbeträge	Anzahl	Tilgungsbeträge
Baukredite	2	42.50	—	—
Wirtschaftskredite . .	3	60.—	5	1 000.—

10. Kreditakten :

Kreditakten sind von den Genossenschaften übersichtlich und ordnungsgemäß zu führen. Entweder wird für jeden Neubauern eine besondere Kreditakte geführt oder, falls eine entsprechende Anzahl von Ordnern nicht zur

Verfügung steht, sind mindestens die Kreditanträge und unsere Bewilligungen gemündeweise abzuheften und in einem zweiten Ordner sind die Buchungsbelege in entsprechender Weise abzulegen.

Für die Abwicklung der Geschäfte mögen folgende Hinweise dienen:

11. Mitgliedschaft :

Der Kreditnehmer muß Mitglied der örtlichen V. d. g. B. sein und die Mitgliedschaft der Dorfgemeinschaft erwerben.

12. Kreditanträge :

Wichtig! Ordnungsgemäß durch die örtliche V. d. g. B. befürwortete und unterschriebene Kreditanträge sind uns formularmäßig in einfacher Ausfertigung ohne jegliches Anschreiben zuzuleiten. Die Formulare sind bei uns kostenlos erhältlich (Rundschreiben 17/50, A, 1). Uns sind sämtliche bei den Dorfgemeinschaften eingehenden Kreditanträge zur Bewilligung einzureichen, selbst wenn Ausleihungen aus Eigenmitteln erfolgen.

13. Höchstbetrag :

Der Höchstbetrag eines Wirtschaftskredites beträgt DM 2500,-- (Sonder-rundschreiben vom 5. 6. 50, Punkt B, 2, Rundschreiben 17/50, Punkt B, 1).

14. Viehkäufe :

In dringenden Fällen — wie bei Viehkäufen — bestehen keine Bedenken, wenn Auszahlungen bereits vor Eintreffen unserer Genehmigung vorgenommen werden (Rundschreiben 17/50, Punkt B, 3).

15. Verträge :

Bei Kreditzusage ist mit den Neubauern ein Kredit- und gegebenenfalls auch ein Sicherungsvertrag für Bestellkredit abzuschließen lt. Sonderrundschreiben vom 24. 8. 50. Entsprechende Formulare können jederzeit von uns angefordert werden.

16. Abtretungserklärung :

Werden Refinanzierungen bei uns vorgenommen, so sind uns alle gegenwärtigen und künftigen Forderungen, die die Genossenschaft an die Neubauern hat, abzutreten mittels Abtretungserklärung (Sonderrundschreiben vom 24. 8. 50).

17. Auszahlungen :

Auszahlungen sind nur zulässig für lebendes und totes landwirtschaftliches Inventar gegen Rechnungen (in Sonderfällen auch Quittungen), die die Unterschriften des Neubauern und der örtlichen V. d. g. B. tragen müssen. Die Unterschrift des Neubauern ist von der Dorfgemeinschaft zu prüfen. Die Begleichung der Rechnungen erfolgt bargeldlos durch Scheck oder Überweisung; lediglich in Ausnahmefällen kann Barzahlung zugelassen werden. Auf Unter-

schrift der örtlichen V. d. G. B. kann bei Rechnungen über Lieferung von Saatgut und Düngemitteln verzichtet werden, wenn der Neubauer dieselben durch die Dorfgenossenschaft bezogen hat.

18. Refinanzierung :

Kommt eine Refinanzierung der gezahlten Beträge durch uns in Frage, so hat diese Zug um Zug zu erfolgen mittels Überweisungsträgers zu Lasten Neubauernkreditkonto I und zu Gunsten des laufenden Kontos der Dorfgenossenschaft (Rundschreiben 17/50, Punkt A, 2).

19. Kontokarte :

Mit der ersten Inanspruchnahme ist für den betreffenden Neubauern eine Kontokarte einzurichten. Auf derselben ist auch Datum und Höhe der Kreditbewilligung zu vermerken, desgleichen sonstige Angaben über die Wirtschaft.

20. Kontoabschluß :

Kontoabschluß erfolgt halbjährlich am 30. 6. und 31. 12.

21. Zinsbelastung :

Zinsbelastung darf niemals auf dem Kreditkonto erfolgen, sondern nur auf laufendem Konto.

22. Tilgung :

Die fristgemäße Tilgung ist stets gewissenhaft zu überwachen. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich, auf der Kontokarte die Tilgungstermine in Staffelform als Notizspalte festzuhalten, etwa in folgender Weise :

1950	Bestell- kredit	Klein- inventar- kredit 5 Jahre	Groß- inventar- kredit 8 Jahre
1. 2. S 500.— Saatgut u. Düngemittel	500.—	1 000.—	1 000.—
2. 3. S 1 000.— Ackerwagen, Schweine	./ 500.—		
S 1 500.—	./		
3. 4. S 1 000.— Milchkuh			
S 2 500.—			
6. 10. H 500.— Tilgung Bestellskredit			
S 2 000.—			

23. Erneute Inanspruchnahme zurückgezahlter Beträge :

Einmal zurückgezahlte Beträge dürfen erneut in Anspruch genommen werden. Hierzu muß jeweils ein neuer Antrag gestellt werden.

24. Währungsreform :

Besondere Beachtung müssen die Beträge erfahren, die seinerzeit der Währungsreform unterlagen. Hat z. B. ein Neubauer von seinem Wirtschaftskredit DM 2 000.— in Anspruch genommen, so wurde dieser auf DM 400.— abgewertet. Zahlt er nun die der Währungsreform unterlegenen DM 400.— zurück, so kann er einen neuen Antrag über DM 2 000.— stellen.

25. Erneuter Bestellskredit :

Ist der Bestellskredit aus besonderen Gründen nicht zurückgezahlt worden, so kann dem betreffenden Neubauern im Rahmen des Kreditvolumens nochmals die Beschaffung von Saatgut und Düngemitteln gestattet werden, wenn die begründete schriftliche Bestätigung der örtlichen V. d. g. B. und des Bürgermeisters (möglichst unter Gegenzeichnung durch den Landrat) vorliegt.

Ist er allerdings zweimal mit den Rückzahlungen im Rückstand, so kommt ein weiterer Bestellskredit nicht mehr in Frage.

26. Erstattungsanträge :

Für rückständige Zins- und Tilgungsbeträge können auf Grund der 100%igen Ausfallbürgschaft der Landesregierung entsprechende Erstattungsanträge gestellt werden. Für Tilgungsbeträge geschieht dies mittels dafür vorgesehenen Formulare, die bei uns angefordert werden können. Für Zinsrückstände genügt dies in Briefform. In jedem Fall ist dem Antrag eine eingehende schriftliche Begründung des Bürgermeisters und der örtlichen V. d. g. B. beizufügen, aus der der Grund der Zahlungsunfähigkeit hervorgehen muß. Es genügen keineswegs allgemeingehaltene Angaben wie z. B. finanzielle Notlage, sondern es ist der genaue Grund der Zahlungsunfähigkeit anzugeben, z. B. Wild- oder Frostschaden, Mißernte u. a. Stundungsanträge finden keine Berücksichtigung. Diese Anträge sind uns jeweils bis zum 15. 3. jeden Jahres zuzuleiten. (Sonderrundschreiben vom 27. 12. 49 und 1. 2. 50.) Die Verbuchung der erstatteten Beträge hat gemäß Rundschreiben 15/50, Punkt A, 2 zu erfolgen. Die Genossenschaften sind aber gehalten, für die Einziehung der von der Landesregierung erstatteten Rückstände für Rechnung des Landes Sorge zu tragen.

27. Totalverluste :

Neben diesen normalen Anfällen können sogenannte Totalverluste dadurch entstehen, daß ein Neubauer seine Siedlung unter Veräußerung des Inventars heimlich verläßt. Dafür sind Erstattungsanträge sofort zu stellen.

28. Vergütung :

Als Vergütung dient der Zinsnutzen von $\frac{2}{10}\%$, da wir den Genossen $2\frac{1}{2}\%$ an Zinsen berechnen, während die Genossenschaft den Kreditnehmer mit 3% belastet.

29. Bezahlung von Reparaturen :

Die Bezahlung von Reparaturen kann aus Wirtschaftskreditmitteln zugelassen werden, sofern einwandfrei feststeht, daß der betreffende Gegenstand aus dem Wirtschaftskredit angeschafft wurde.

30. Streichung :

Streichungen der Kredite sind uns aufzugeben, sofern 6 Monate nach Kreditbewilligung keine Inanspruchnahme erfolgt ist. Bei Aufträgen zur Streichung von Krediten, die nicht voll in Anspruch genommen sind, ist uns nur der nicht ausgenutzte Teil des Kontingents aufzugeben, da durch erfolgte Rückzahlung der ausgereichten Beträge das Kreditkontingent um diese automatisch zurückgeführt wird. Wenn also bei einer vorliegenden Genehmigung über DM 2 500,— vom Neubauern DM 2 000,— in Anspruch genommen und zurückgezahlt wurden, so wären uns somit nur DM 500,— zur Streichung aufzugeben.

31. Zusätzlicher Wirtschaftskredit :

Bei Siedlungsübernahmen wird vielfach der übernehmende Siedler mit dem üblichen Wirtschaftskredit von DM 2 500,— nicht auskommen, um den weichen Neubauern für die im Übernahmeprotokoll aufgeführten Inventarien abzufinden. In solchen Fällen und in besonders gelagerten Einzelfällen besteht die Möglichkeit, einen zusätzlichen Wirtschaftskredit gegen Sicherungsüber-eignung zu erhalten. Dem entsprechenden Antrag ist eine schriftliche ein-gehende Begründung und Befürwortung der Kreisvereinigung der V.d.g.B. (Kreiswirtschaftsberater) beizufügen. Der Zusatzkredit muß für die Wirtschaft aber unbedingt vertretbar sein und darf ihre Wirtschaftlichkeit nicht gefährden.

32. Umbesetzung von Siedlerstellen :

Bei Stellenwechsel ist uns Auftrag zu erteilen zur Namensumschreibung unter Angabe von Datum unserer Bewilligung und Kredithöhe.

33. Verwaiste Stellen :

Für unbesetzte Stellen kann der von der örtlichen V.d.g.B. eingesetzte Pate einen Wirtschaftskredit in Anspruch nehmen bzw. über den auf der Wirtschaft ruhenden Kredit verfügen. Das Kreditkonto ist unter dem Namen der örtlichen V.d.g.B. als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu führen; verfügbungsberechtigt ist der eingesetzte Pate.

34. Terminkalender :

Am Monatsultimo : a) Monatsmeldung über Wirtschaftskredit-Ausreichun-
gen und Rückstand an Zins- und Tilgungsbeträgen,
b) Kontenregulierung.

15. März jeden Jahres: Erstattungsanträge für Ausfälle.

Wir bitten, unbedingt dafür Sorge zu tragen, daß uns die Meldungen stets pünktlich zugehen, da wir sie als Unterlagen für die von uns geforderten Meldungen und Statistiken benötigen.

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R010000050007-7

R 20 Bohm. Babelberg. 250. 3. 51. A 151 8 9117

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R010000050007-7

Lehrgang
für Geschäftsführer der BNG's vom 16.5.-21.6. in Radebeul

- 1) Die Festigung der bäuerlichen Betriebe durch die finanzielle Sicherung ihrer Produktion
- 2) Die Stärkung der bäuerlichen Betriebe durch finanzielle Maßnahmen zur Steigerung der Produktion

Zwischen den beiden Themen, mit denen wir uns heute und morgen zu befassen haben, ist auf den ersten Blick kaum ein nennenswerter Unterschied zu erkennen. Niemand könnte etwas dagegen einwenden, beiden Vorträgen entweder den einen oder den anderen Titel voranzustellen und eine Trennung lediglich nach Teil I und Teil II vorzunehmen. Da es aber niemals falsch ist, durch gründliche Überlegung sein Urteil zu festigen und seine Auffassungsgabe zu verbessern, auch zur Angewöhnung eines systematischer und logischen Denkens und Arbeitens, wollen wir trotzdem den Versuch unternehmen, den feinen Unterschied zu erkennen. Wir werden sehen, daß jeweils zwischen Festigung und Stärkung der bäuerlichen Betriebe und auch zwischen der Sicherung und der Steigerung ihrer Produktion eine Fortentwicklung gekennzeichnet werden soll. Man kann also eine Abgrenzung der beiden Themen sowohl nach der zeitlichen Entwicklung als auch nach den grundsätzlichen Unterschieden zwischen den einzelnen im Laufe der Zeit getroffenen Maßnahmen feststellen. Im Verlaufe meiner Ausführungen werden wir selbstverständlich ganz unmerklich von einem Thema zum anderen übergehen, und zwar aus folgenden Gründen: Es erscheint unzweckmäßig, alle zu behandelnden Maßnahmen genau nach ihrer Zweckbestimmung unter Berücksichtigung unserer Themenstellung zu untersuchen und aufzugliedern. Wir wollen keine wissenschaftlichen Untersuchungen anstellen, sondern nach Möglichkeit in chronologischer Reihenfolge alle Maßnahmen der beteiligten Dienststellen behandeln. Ein weiterer Grund hierfür ist, daß die einzelnen Maßnahmen sich je nach dem Entwicklungsstadium der bäuerlichen Betriebe in den verschiedenen Gebieten unserer DDR unterschiedlich aus-

~~SECRET~~
gewirkt haben. Während ein bäuerlicher Betrieb, der ohne nennenswerte Kriegsschäden davongekommen war, sich bereits die ersten Verwaltungsmaßnahmen im Interesse seiner Produktionssteigerung nutzbar machen konnte, war ein anderer Betrieb im ausgesprochenen Kriegsgebiet froh, wenn er überhaupt fähig war, die gleiche Verwaltungsmaßnahme in den Dienst der ersten unumgänglichen Aufbauarbeiten zu stellen.

Ganz allgemein wollen wir festhalten, daß von einer Festigung unserer bäuerlichen Betriebe und der finanziellen Sicherung ihrer Produktion in der Zeit von 1945 bis etwa 1948/49, dem Beginn unserer ^{langfristigen} Wirtschaftspläne, gesprochen werden kann. Im Verlaufe unseres Zweijahresplanes hatten wir uns die Erreichung der Friedenshektarerträge zum Ziel gesetzt, d.h. mit Beginn des Fünfjahresplanes können wir nach Erreichung eines Normalzustandes bei der Anzahl unserer bäuerlichen Betriebe also tatsächlich davon ausgehen, daß seit dieser Zeit alle agrarpolitischen Maßnahmen der Stärkung unserer bäuerlichen Betriebe und der Steigerung ihrer Produktion - nämlich über die Vorkriegserträge hinaus - dienen sollen.

Es dürfte wohl klar sein, daß unser heutiges Thema zum überwiegenden Teil unter agrarpolitischen Gesichtspunkten behandelt werden muß. Die finanziellen Maßnahmen zur Sicherung und auch zur Steigerung unserer land-

^{+))}
Alle Maßnahmen der Re- wirtschaftlichen Produktion können zum Teil von unseren gierung, der Organisa- Bauern selbst getroffen werden. ^{+))} Wie die Erfahrung in tionen und der speziell zuständigen Kreditin- der Vergangenheit aber gezeigt hat, sind diese oft von stitute sind vergeblich ^{+))} vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt gewesen in wenn es nicht gleich- den Zeiten, wo der Staat bzw. die an der Landwirtschaft zeitig gelingt, das In- mehr oder weniger uninteressierte übrige Gesellschaft teresse, die Initiative nicht das ihrige dazu beigetragen haben. Inwieweit und die bereitwillige Mitarbeit des Bauern in welcher Form die Allgemeinheit auf dem Weg über die zu wecken und zu er- Agrarpolitik finanzielle Unterstützung gewähren kann halten. und muß bzw. wie dies seit 1945 bei uns in die Praxis umgesetzt worden ist, wird der Inhalt meiner weiteren Ausführungen sein.

~~SECRET~~ 21-77419

SECRET



Während das Thema "Agrarpolitik der DDR" die grundlegenden und umfassenden Gesamtmaßnahmen für unsere Landwirtschaft behandelt, werden wir uns überwiegend mit einem speziellen Teil der allgemeinen Agrarpolitik, nämlich der landwirtschaftlichen Finanzpolitik, beschäftigen. Wir müssen dabei stets von den gesetzlichen Maßnahmen unserer Besatzungsmacht, der ehemaligen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, der anschließend tätigen Deutschen Wirtschaftskommission und unserer heutigen Regierung ausgehen, wobei sich ~~manche~~ ^{ganz} Wiederholungen in vielleicht nicht vermeiden lassen.

+) Hinblick auf hier bereits gehörte Referate

Für Sie kommt es aber darauf an, einmal die allgemeine Agrarpolitik zusammengefaßt kennen- und veratehenszulernen, und zwar auf Grund meiner Ausführungen immer unter dem Gesichtspunkt: Welches Ziel hat der Gesetzgeber vor Augen gehabt, um ~~speziell~~ dem bäuerlichen Betrieb finanzielle Hilfe zukommen zu lassen?

Dabei brauchen nicht alle Maßnahmen von vornherein direkt als finanzielle Hilfe erkennbar ^{zu} sein, häufig wirken sie sich indirekt auf Umwegen aus. Die Zahl der finanziellen Maßnahmen, direkt oder indirekt zur Festigung und Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion, ist verhältnismäßig groß. Viele von Ihnen kennen auf Grund der praktischen Durchführung ^{in der BHC} die meisten davon. Wenn man aber tagtäglich selbst danach arbeitet, macht man sich meist kaum Gedanken darüber, warum und weshalb soll dies oder jenes so und ^{nicht anders} gemacht werden. Da außerdem eine größere Anzahl jüngerer Nachwuchskräfte unseren Kursus besucht und wir den allergrößten Wert darauf legen, sie alle in gleicher Weise in die Lage zu versetzen, ^{Ihren} ~~den~~ Mitgliedern und in verstärktem Maße auch den ^{noch} ~~ausenstehenden~~ gegenüber alle diese Maßnahmen nicht nur durchzuführen, sondern sie auch ^{klar} ~~klar~~ ^{klar} und unter politischen Gesichtspunkten begründen zu können, müssen wir uns schon die Mühe machen, einmal die gesamte agrarpolitische Entwicklung seit 1945 anhand ~~der~~ ^{der} Verordnungen und Bestimmungen auf finanzwirtschaftlichem Gebiet der Reihe nach gründlich zu erörtern.

der wichtigsten

SECRET



25X1A

Zunächst einige kurze Worte zur Agrarpolitik:
Der gesunde Menschenverstand erwartet von einer vernünftigen Agrarpolitik, daß sie sich einfach aus den naturgegebenen Aufgaben und Pflichten sowie den sich daraus ergebenden Rechten unserer bäuerlichen gegenüber der städtischen Bevölkerung ergibt. Die hauptsächlichste Verpflichtung unserer bäuerlichen Betriebe ist es, unter Ausnutzung aller verfügbaren Möglichkeiten, die Ernährung unserer städtischen Bevölkerung und die von ihnen zu erwartende Versorgung mit Rohstoffen einiger Industriezweige sicherzustellen. Daraus ergibt sich die Aufgabe der Agrarpolitik, dafür zu sorgen, daß dies unter Bedingungen, letzten Endes ausgedrückt zu Produktpreisen, geschehen kann, die der Kaufkraft der übrigen Bevölkerung entsprechen und gleichzeitig den Bauern in die Lage versetzen, mit dem Erlös für seine Produkte die notwendigen Betriebsmittel wie Maschinen, Geräte, Dünger usw. zu beschaffen, seinen Hof instandzuhalten, nach Möglichkeit zu verbessern, seinen steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen und einen eigenen Lebensstandard nicht nur für sich, sondern gegebenenfalls für seine Mitarbeiter ^{in einer Form} zu bestreiten, der demjenigen des städtischen Arbeiters und Angestellten in jeder Beziehung gleichkommt. Nur wenn dies gelingt, können Gegensätze zwischen Stadt- und Landbewohnern, zwischen Arbeitern und Bauern verhindert und freundschaftliche und nützliche Zusammenarbeit erreicht werden. Da bekanntlich ^{die Festigung dieses} ~~ein~~ Bündnis ~~es~~ zwischen Arbeiter und werktätigem Bauern eines der vornehmsten Ziele unserer Regierung ist, werden wir im folgenden immer wieder erkennen, ^{bei} daß ^{auch} allen Einzelmaßnahmen unserer Gesetzgebung die Erreichung dieses Zieles niemals außer acht gelassen worden ist. Es ist gerade für unsere jüngeren Kollegen notwendig, zum besseren Verständnis unserer gegenwärtigen Agrarpolitik, ganz kurz einmal die Träger, d.h. die verantwortlichen Menschen und Organisationen unserer Agrarpolitik vor und nach 1945 gegenüberzustellen.

Eine entscheidende Rolle für die Gestaltung der Politik spielt die Verfassung, speziell bei der Agrarpolitik, also die Agrarverfassung. Sie ergibt sich aus den be-

- 5 -

stehenden gesellschaftlichen Verhältnissen und dem sich daraus entwickelten Machtverhältnis im Staat. Der Großgrundbesitzer vor 1945 hat mit Hilfe seiner wirtschaftlichen und sich daraus ergebenden finanziellen Stärke mit Richtigkeit alle Dinge in seinem Interesse gelenkt. Er hat seine Vormachtstellung rücksichtslos auf Kosten der Bauern und Arbeiter gehalten und nach Möglichkeit immer weiter ausgebaut, d.h. er hat unter Ausnutzung seiner überlegenen finanziellen Mittel, auch seiner Bildung, alle maßgeblichen Einrichtungen wie z. B. die großen landwirtschaftlichen Organisationen, Berufsverbände und Bauernvereine, in erster Linie die landwirtschaftliche Tages- und Fachpresse,^{+) unter seinen Einfluß gebracht. Überall hatte er selbstverständlich den Vorsitz und die Stimmenmehrheit. Es war also ganz natürlich, daß alle Anregungen und Vorschläge für Gesetze und sonstige Bestimmungen einseitig im Interesse des Großgrundbesitzers lagen und niemals Ziele verfolgen konnten, wie dies heute z.B. von einer VdgB oder einer unserer demokratischen Parteien zu erwarten ist. Es war nicht erstaunlich, daß in den damaligen Haushaltsvoranschlägen die Beträge für landwirtschaftliche Schulen, für Fachschulen, auch für die Grundschulen auf dem Lande, für die bäuerliche Siedlung, für den Bau von Landarbeiterwohnungen nur einen verschwindend kleinen Anteil einnehmen konnten. Welche Beträge hierfür seit 1945 aufgewendet wurden, wird uns später im einzelnen beschäftigen. Wer heute die Agrarpolitik maßgeblich beeinflusst und dabei bestens und mit allen Verständnis von allen übrigen Bevölkerungskreisen bzw. deren Vertretungsorganismen und Parteien unterstützt wird, braucht in diesem Kreis wohl kaum weiter erörtert zu werden.}

+) auch die Schule und Kirche

Ehe wir uns mit den eigentlichen finanziellen Maßnahmen befassen, ist es notwendig, daß wir uns auch noch kurz einmal über die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Produktion selbst unterhalten.

- 6 -

Die künftigen verstärkten Anforderungen an unsere Genossenschaftler werden diese dazu zwingen, sich eingehender als bisher mit den bäuerlichen Betrieben, ihren unterschiedlichen Einrichtungen, den verschiedenen Produktionsrichtungen und dementsprechend unterschiedlichem Produktionsmittelbedarf usw. zu beschäftigen. Besonders unsere Kollegen aus den östlichen Grenzgebieten wissen, wie nachteilig sich der Ausfall eines einzelnen, geschweige denn mehrerer Produktionsfaktoren auf die Produktionskraft des bäuerlichen Betriebes auswirken kann. Tatsächlich ist die landwirtschaftliche Produktion vielseitig und insbesondere risikobelastet wie kaum eine andere Produktion. Viele werden sich auf Grund oberflächlicher Beobachtung bestätigen können, daß ein außerordentlich hoher Prozentsatz unserer bäuerlichen Betriebe noch nicht einmal Durchschnittserträge erzielt. Wenn man einmal den Viehbestand der letzten Vorkriegsjahre in Deutschland mit dem Restbestand nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 vergleicht und dabei auch noch berücksichtigt, daß durch die neue Betriebsgrößenstruktur in unserer DDR die Voraussetzungen für einen weit höheren Viehbestand gegeben sind, gewinnt man eine ungefähre Vorstellung von den Möglichkeiten für die landwirtschaftliche Produktionsteigerung. Der Durchschnittsviehbestand 1938 in ganz Deutschland betrug fast 1 Großvieheinheit je Hektar. Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche betrug zwischen 27 und 28 Millionen Hektar und es wären nach überschläglicher Berechnung etwa 25 Millionen Großvieheinheiten vorhanden, also 1946 ergab die erste Viehzählung ^{in der DDR} etwa nur 1 Großvieheinheit auf 2 ha. Dabei ist dann zu berücksichtigen, daß der Großgrundbesitzer früher im Durchschnitt nur etwa 1/3 soviel Nutzvieh hielt wie der bäuerliche Betriebsinhaber. Der Bauer fütterte auf mindestens 2 ha im Durchschnitt eine Milchkuh. Der Großgrundbesitzer hielt nur auf 6 - 7 ha eine Milchkuh. Schweine fütterte der Bauer genau dreimal soviel, Hühner hielt er etwa zehnmal soviel wie der Großgrundbesitzer. Nachdem auf dem Gebiet unserer DDR fast 1/3 der Fläche zusätzlich Neubauernland geworden ist, kann man sich leicht ausrechnen, daß anstelle der vor dem Krieg vorhandenen etwa

- 6a -

5 Millionen Großvieheinheiten wahrscheinlich bis zum Ablauf des Fünfjahresplanes mindestens 7 bis 8 Millionen Großvieheinheiten vorhanden sein werden.

Das bedeutet gegenüber den Vorkriegsverhältnissen eine Steigerung um über 30 % ^{und} gegenüber dem Stande von 1946 um etwa 100 %. Die Folge werden nicht nur doppelte Fleischerträge, stark erhöhte Milch- und Fettleistungen, sondern durch den verbesserten Kulturzustand wie verstärkte Stalldüngeranwendung usw. auch höhere Ackerbauerträge sein.

Aus dieser Tatsache ergibt sich, welche ungeheure Produktionsreserven in unserer Landwirtschaft noch zu erschließen sind. Unsere Genossenschaften sollen in zunehmendem Umfang zu dieser Erschließung ihren Beitrag leisten. Dies ist durchaus möglich, indem man künftig die Kreditgewährung mit der jeweils notwendigen Einflußnahme auf die Betriebsorganisation und Betriebsleitung verbindet.

Welches sind die Erzeugungsgrundlagen eines bäuerlichen Betriebes: Der Boden, die Kulturart, das Klima, die Verkehrslage, die Flurlage und in gewissem Umfang auch die Betriebsgröße. Wahrscheinlich haben die alle eine Vorstellung davon, wie sich die Qualität und der Bearbeitungsstand des Bodens auf die Erträge auswirken kann. Nicht geringer ist der Einfluß des Klimas bzw. der Witterung, die Verkehrslage, d. h. die mehr oder weniger große Entfernung zu den Verkehrspunkten wie Bahnhof, Kreisstadt, Molkerei, Erfassungsstelle usw.; ebenso die innere Lage, d. h. die Lage des Wirtschaftshofes zu den Ländereien, die Streulage der Ländereien usw. usw.

Die Aufgabe des Bauern ist es, die aufgeführten Erzeugungsgrundlagen durch Einsatz seiner Erzeugungsmittel, der technischen Hilfsmittel und seiner Arbeitskraft auf Grund seines Wissens und Könnens so auszunutzen und aufeinander abzustimmen, um den größtmöglichen

lichen Produktionserfolg zu erzielen. Unter Erzeugungsmittel verstehen wir einmal das selbsthergestellte Saatgut, Futter und Vieh sowie die zuzukaufenden Betriebsmittel wie Dünger, Maschinen, Geräte, auch die Gebäude usw. Es ist Ihnen allen bekannt, daß bei der vom Bauern zu treffenden Entscheidung für die Produktionsrichtung sowie auch für die Produktionshöhe von entscheidendem Einfluß das Geld ist, weil er die aus den einzelnen Produkten--Preisen sich ergebenden Gesamteinnahmen seines Betriebes unbedingt mit den Gesamtausgaben in Einklang bringen muß. Die Herstellung dieses Ausgleichs unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines ständigen Anreizes zur Produktionssteigerung ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Agrarpolitik. Diese Aufgabe ist außerordentlich schwer, weil sie nicht nur die Notwendigkeiten unserer bäuerlichen Betriebe, sondern gleichzeitig auch die Notwendigkeiten der gesamten übrigen Volkswirtschaft berücksichtigen muß, insbesondere die Anforderungen der Ernährungswirtschaft, die eine Abstimmung zwischen dem gesamten Wirtschaftsplan, als besonderes Beispiel sei nur auf den von der Ernährungswirtschaft vorgeschriebenen Anbauplan und die einzelnen Anbauwünsche unserer bäuerlichen Betriebe hingewiesen, verlangt.

Beginnen wir das eigentliche Thema jetzt mit der ersten grundlegenden Maßnahme zur Festigung unserer bäuerlichen Betriebe. Es ist dies die 1945 durchgeführte demokratische Bodenreform, die wir heute nicht, wie Sie es sonst sicher schon erlebt haben, nur unter politischen Gesichtspunkten, ^{nur insoweit} sondern ^{darstellt} als eine finanzielle Maßnahme zur Produktionssicherung betrachten wollen. Die Notwendigkeit einer Bodenreform ist in Deutschland schon immer erkannt gewesen. Sie konnte niemals wirklich und gründlich durchgeführt werden, weil eine entgegengesetzt interessierte Minderheit sich mit allen Mitteln zu wehren wußte. Ihre schnelle und radikale Durchführung im Jahre 1945 war eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Wiederaufbau und die Sicherung des Friedens und speziell für unsere bäuerlichen Betriebe die erste Festigungsmaßnahme zur Sicherung der landwirtschaftlichen

Produktion.

Sie wissen, daß rd. 3 Millionen Hektar, etwa 30 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, unserer damaligen sowjetischen Besatzungszone in den Bodenfonds übernommen wurden. Davon verblieben fast 1 Million Hektar als volkseigene Großbetriebe mit den bekannten Spezialaufgaben, über 2 Millionen Hektar wurden an 544.000 Interessenten verteilt, wobei aus 10.000 Großbetrieben ca. 200.000 neue selbständige bäuerliche Betriebe geschaffen wurden. Darüber hinaus erhielten etwa 170.000 Arbeiter und Handwerker sowie bis dahin lebensunfähige Kleinbetriebe angemessene Landzulagen.

Vergegenwärtigen ^{eine Wiederholung} ~~haben~~ wir uns einmal unter Verzicht auf/der allgemeinen politischen Gründe und Vorteile ~~der~~ Bodenreform sowie ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung nur die Gesichtspunkte auf, die sich in finanzieller Hinsicht zum Vorteil unserer Produktionssicherung im damaligen Zeitpunkt ausgewirkt haben.

Die Enteignung erfolgte entschädigungslos. Daraus ergibt sich, daß das Land grundsätzlich ohne Erhebung eines ^{früher üblichen} Kaufpreises weitergegeben werden konnte. Wir wissen, daß die Landerwerber je nach Qualität des Bodens ^{z.B. in Brandenburg} für den Hektar/nur den Wert von 1.000 bis 1.500 kg Roggen zu entrichten hatten. Bei Zugrundelegung des damaligen Roggenpreises ergibt das eine Summe von 180, außerdem 270,- DM je Hektar. Wenn man bedenkt, daß vor dem Kriege gebietsweise nahezu derartige Pachtsummen je Hektar gezahlt worden sind, kann man diese Leistung nicht anders als eine Art Anerkennungsgebühr bezeichnen, die lediglich dazu dient, die mit der Durchführung der Bodenreform verbundenen Unkosten der Verwaltungsdienste zu stellen zu decken, denn alle übrigen Maßnahmen, die wir im folgenden noch besprechen werden, erfolgten in jeder Beziehung kostenlos. Es ist ^{außerhalb} noch festzuhalten, daß die Bezahlung dieser Gebühr außerordentlich erleichtert wurde, indem einmal nach Wahl des Landempfängers die Bezahlung in Geld oder natura erfolgen konnte, zum anderen eine großzügige Ratenzahlung zugelassen wurde. Ans

- 9 -

der ersten Ernte brauchten nur 10 % der Gesamtsumme abgeführt^{zu} werden, die übrigen 90 % konnten für landarme Bauern auf 10 Jahre, für landlose Bauern und Umsiedler auf 20 Jahre verteilt werden. Selbst der erste Beitrag konnte bedürftigen Neubauern bis auf die Dauer von 3 Jahren gestundet werden.

Außer der Befreiung von sämtlichen auf dem ehemaligen Großgrundbesitz eingetragenen Schulden und Lasten wurde in allen Verordnungen sichergestellt, daß die neugeschaffenen Betriebe nicht neu belastet werden können, ebenso wenig wie sie verpfändet, verpachtet, geteilt oder verkauft werden dürfen. Weiterhin erfolgte die Eigentumsübertragung durch die grundbuchliche Eintragung, die anschließende endgültige Vermessung der Flächen usw. alles kostenfrei. Eine besondere finanzielle Hilfe kam den neu geschaffenen Bauernhöfen dadurch zugute, daß das gesamte vorhandene lebende und tote Inventar, soweit es nicht zur gemeinsamen Benutzung der seinerzeit ins Leben gerufenen VdgB übereignet wurde, ebenfalls kostenfrei an die Neubauern verteilt worden ist.

Um die angesichts der Verarmung des gesamten Volkes nach dem sinnlosen großen Krieg durch die geschilderte Handhabung der Landverteilung den neu geschaffenen bäuerlichen Betrieben von der Allgemeinheit gewährte finanzielle Hilfe voll würdigen bzw. verstehen zu können, ist es notwendig, sich einmal kurz vor Augen zu führen, wie sich vor 1945 ein Siedlungsverfahren abgewickelt hat. Immer nur dann, wenn ein Großgrundbesitzer trotz aller Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen auf Kosten der Allgemeinheit wie z.B. die einseitig in seinem Wirtschaftsinteresse gehandhabte Zollpolitik, die arbeitspolitischen Maßnahmen (Denken Sie an die Saisonarbeiter, die polnischen Erntearbeiter, die unglaublich geringe ⁺⁾ Loohnachzahlung der Frauen- und Kinderarbeit auf dem Lande) sowie die Millionen- und Milliardenbeträge für Osthilfe und Entschuldungsmaßnahmen usw. nicht mehr vor der Zwangsversteigerung bewahrt werden konnte, die er im übrigen mit Hilfe guter Freunde oft noch dazu benutzte, um auf

+)Arbeitsdienst, im
Kriege Ostarbeiter,
KZ-Insassen

- 10 -

+) ergab sich in der Regel erst eine Siedlungsmöglichkeit

dem Umweg über seine Frau oder Kinder zum Schaden der Hypothekengläubiger den Betrieb noch einmal zurückzuerwerben, ^{trotzdem} In vielen Fällen wurde dann noch ein gutes Geschäft gemacht, indem man womöglich unter entsprechender politischer Propaganda seinen Betrieb für Siedlungszwecke zur Verfügung stellte. (Zollgeldkarte)

Wie gestaltete sich unter diesen Verhältnissen die Einsetzung des bäuerlichen Siedlers? Das ist einfach anzurechnen, wenn man sich vor Augen führt, wieviel Leute dabei verdient haben. Entweder verkaufte der Großgrundbesitzer parzellenweise, um sich mit dem Erlös selbst zu sanieren oder er verkaufte im ganzen an eine Siedlungsgesellschaft, die sich selbstverständlich meistens auch noch "gemeinnützig" nannte. Der Kaufpreis betrug in der Regel 1.200 - 2.000 DM je Hektar. Das ist allein etwa das 10fache von dem, was unsere Neubauern zu leisten hatten. Die Siedlungsgesellschaft mußte als erstes die Gebühren und Spesen für den unvermeidlichen Vermittler draufschlagen. Da ein Siedlungsverfahren sich oft über Jahre hinzog, betrieben die Siedlungsgesellschaften mit angestellten qualifizierten Landwirten in der Regel eine recht einträgliche Zwischenbewirtschaftung. Inzwischen wurde die Vermessung, die Neubebauung und die Inventarbeschaffung geplant und nach und nach ebenfalls mit vielen Zwischenverdienern durchgeführt, bis wiederum ein Vermittler einen landhungrigen Siedlungsinteressenten als Opfer gefunden hatte, das dann mindestens 2 - 3.000,- DM je Hektar, also einen absolut unwirtschaftlichen Preis anlegen mußte, um eine ^{mit lebenslangen Renten} weit über die Grenze des Erträglich- chen/belastete Siedlung zu erwerben. Diese Interessenten waren nicht allzu zahlreich selbst unter den allgemein günstigen Vermögensverhältnissen in der Vorkriegszeit. Eine Bodenreform unter derartigen finanziellen Voraussetzungen nach dem Krieg wäre undenkbar gewesen. Trotzdem war selbstverständlich das Siedlungsinteresse immer sehr groß. Haben doch die Nationalsozialisten mit weitgehenden Siedlungsversprechen unter günstigen Bedingungen die Bevölkerung seinerzeit getäuscht. Was sie ^{im eigenen Land} nicht erfüllt haben, haben sie dann offen während des Krieges den Bauern auf Kosten

des den Deutschen vom Schicksal bestimmten Landes im Osten versprochen. Wie die Schaffung neuer Bauernstellen in Wirklichkeit vor 1933 und erst recht nach 1933 ausgesehen hat, weisen uns die statistischen Jahrbücher nach. Tatsächlich ist die Zahl der bäuerlichen Betriebe bis zur Größe von 2 ha bis zum Jahre 1939 größer geworden, während sie in der Größe von 5 - 10 ha geringer geworden ist. Nur in der Größenordnung von 10 - 100 ha ist ebenfalls eine gewisse Zunahme festzustellen. In diesem Zusammenhang interessiert auch, wie die Siedlung sich von Jahr zu Jahr vor dem Krieg entwickelt hat.

*) Was bedeutet das? Statt einer Gesundung der strukturellen Verhältnisse eine Zersplitterung, Verproletarisierung durch Vermehrung der lebensunfähigen Kleinstbetriebe, also das Gegenteil einer bäuerlichen Betriebsfestigung

1919 - 1925	wurden 16.800 neue Bauernhöfe mit einer Durchschnittsgröße von	8,7 ha
1926 - 1932	" 40.645 " " " "	11,1 "
1933 - 1940	dagegen nur 21.888 neue Bauernhöfe mit einer größeren Durchschnittsgröße von	16,5 "

errichtet. Dabei ist es besonders wichtig, festzustellen, daß

1933	noch	4.900
1934	noch	4.900
1935	nur	3.900
1936	nur	3.300
1937	nur	1.894
1938	nur	1.456
1939	nur	noch 798

neue Bauernstellen errichtet wurden. Wenn wir dabei beachten, daß die Verschuldung in der Landwirtschaft trotz aller Osthilfeentschuldungs- und Schuldenregelungsmaßnahmen und die zweifellos günstige Preiskonjunktur in der Landwirtschaft von 1933 bis 1938 am Schluß dieser Periode immerhin noch über 13 Milliarden oder rd. 500,- DM je Hektar in ganz Deutschland betrug, wobei selbstverständlich die Verschuldung der kleinbäuerlichen Betriebe wesentlich höher gelegen hat, so erklärt sich daraus auch die Entwicklung der Zwangsversteigerungen in der deutschen Landwirtschaft. Diese Zwangsversteigerungen stiegen in der Zeit von 1933 mit rd. 1.660 bis 1935 auf 2.270 und gingen in den folgenden Jahren auf etwa 1.900 zurück.

- 12 -

Dabei entfiel stets die größte Zahl (in der Regel 75 %) der Zwangsversteigerungen auf die Betriebsgrößen unter 5 ha.

Nun muß man weiterhin erkennen, daß die Bodenreform sich nur alle Möglichkeiten erschöpft hat, um die Neubauern von vornherein auf eine gesunde wirtschaftliche, d.h. finanzielle Basis, zu stellen, sondern daß sie gleichzeitig indirekt finanzielle Auswirkungen auf alle übrigen Altbauernbetriebe gehabt hat. Diese Auswirkungen sind darin zu sehen, daß durch die Aufteilung der Großbetriebe der nachteilige Einfluß der Großgrundbesitzer verschwand, daß auch zahlreiche Altbauern, man denke an die Erbpachtzinsverpflichtungen, an die ritterschaftlichen Vorrechte und Genehmigungs- bzw. Aufsichtsrechte, von ihrer Abhängigkeit befreit wurden. Darüber hinaus brachten die zunächst als Landesgüter, heute volkseigene Güter, belassenen Großbetriebe allen Bauern die Vorteile einer techn. Hilfsmöglichkeit, der Saatgutversorgung, der Beschaffung von Zuchttieren usw., welche wirtschaftliche Vergünstigungen sich indirekt als finanzielle Erleichterungen bereits von Anfang an fühlbar gemacht haben und in Zukunft noch immer mehr machen werden. +

+Zusammenfassung der finanziellen Förderung unserer bäuerlichen Betriebe durch die Bodenreform:

1. Außergewönl. geringer Bodenpreis
2. Großzügige Ratenzahlung
3. Teilweise kostenlose Gebäude u. leb. u. tot. Inventar
4. Gebührenfreie Formalkosten, Vermessung u. Eintragung
5. Löschung noch alter Lasten des Vorbesitzes u.
6. Befreiung von allen fin. u. formellen Abhängigkeiten gegenüber Großgrundbesitzern.

Zs ist bekannt, daß die Bodenreform nicht nur bei uns, sondern nach Potsdamer Beschlüssen in ganz Deutschland durchgeführt werden sollte, daß aber die verwandten Seelen der Großgrundbesitzer in Westdeutschland sowie bei den dortigen Besatzungsmächten es bisher verstanden haben, die gemeinsamen Beschlüsse zu sabotieren. Die Folgen sind, daß auch heute nach 6 Jahren zahlreiche Umsiedlerfamilien in Westdeutschland ohne Existenzvegetieren müssen und daß die bäuerlichen Betriebe gegenüber der uningeschränkten Anlandekonkurrenz schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben.

Als unmittelbare Begleiterscheinung der Landaufteilung ist die Gründung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zu nennen und ihre Mitwirkung an der Festigung der für Alt- u. Neubauern.

- 13 -

- 13 -

bäuerlichen Betriebe aufzuzeigen. Die VdgB hat anstelle der seinerzeit hierzu ^{noch} nicht geeigneten Genossenschaften praktisch äußerst vielseitig an der Durchführung der Bodenreform mitgewirkt. Sie übernahm zunächst die großen Maschinen und Geräte der aufgeteilten Betriebe, um sie in den Dienst der Neubauernbetriebe zu stellen. Sie übernahm weiterhin die Gutschmieden, Schlossereien, Reparaturwerkstätten, Brennereien usw., richtete Denkstationen, Jungviehaufzuchtställe, Geflügelbrutenanstalten, Sautreinigungsstellen, Versuchsfelder, in den Gutsgärtnereien Pflanzenanzuchtstationen und vieles andere ein. Sie hat sich maßgeblich in die schwierigen Aufgaben der Anbauplanung und der Differenzierung, bei der Preisfestsetzung und der überaus schwierigen Versorgung der bäuerlichen Betriebe nicht nur mit Wirtschaftsbedarf, sondern auch mit Bekleidung usw. eingeschaltet. Sie hat in den letzten Jahren in zunehmendem Umfang bei der Fachausbildung, der Wirtschaftsberatung und der Einrichtung sonstiger Gemeinschaftsinstitute ⁺ mitgewirkt. Die VdgB hat nur geringe Beiträge erhoben, sodas im Hinblick auf die geleisteten Staatszuschüsse praktisch von einer ^{weitgehend} kostenlosen Hilfe gesprochen werden kann. Auch hier ergibt sich daher eine indirekte finanzielle Förderung unserer bäuerlichen Betriebe.

+) sowie insbesondere der Hebung des gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Niveaus im Dorfe

Als nächste Maßnahme ist die unmittelbar im Anschluß an die Bodenreform auf Veranlassung unserer Besatzungsmacht wieder aufgenommene Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu behandeln. Der Befehl der SMA Nr. 146 vom 20.11.1945 ist jedem Genossenschaftler ein Begriff. Sie kennen alle seinen Inhalt, sodas es in diesem Zusammenhang genügt, lediglich die Momente herauszustellen, welche mit der finanziellen Förderung unserer landwirtschaftlichen Produktion unmittelbar in Beziehung stehen.

Der vom Oberbefehlshaber der SMA, Shukow, seinerzeit ^{n. wörtlich} erlassene Befehl bringt in seinem Text wiederholt/das als Ziel zum Ausdruck, was wir heute hier behandeln, nämlich die Sicherung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion unserer bäuerlichen Betriebe. In der Präambel heißt es wörtlich: Unter Berücksichtigung der außerordentlichen Wichtigkeit des Genossenschaftswesens für die maximale Leistungssteigerung der Produktion in der Landwirtschaft, in der Versorgung der Bauern mit Erzeugnissen, in der Hilfeleistung den Bauern gegenüber in Bezug auf Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten usw.

In Ziffer 1 des Befehls werden an allererster Stelle der für die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit aufgezählten landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Kreditgenossenschaften, genannt, woraus sich ganz klar ergibt, welche Bedeutung seinerzeit die SMA einer geregelten Geld- und Kreditversorgung unserer bäuerlichen Betriebe beigemessen hat.

In Ziffer 2 bezeichnet er die Mitwirkung der Genossenschaften an der Entwicklung unserer Landwirtschaft und an der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion als ihre Grundaufgabe.

In Ziffer 4 ^{erforderlichen} gibt er den Genossenschaften in großzügiger Weise die Mittel in die Hand, indem er den Genossenschaften und ihren Vereinigungen die Restbestände ihrer Kassen sowie ihrer laufenden Kontoguthaben bei Kreditanstalten zur Verfügung stellt. Das bedeutete eine fühlbare indirekte finanzielle Hilfe für die bäuerlichen Mitglieder der Genossenschaft.

Mit der Formulierung, die Tätigkeit wieder aufzunehmen, wurde auch klargestellt, daß den Genossenschaften ihr gesamter Eigentum verbleiben sollte. Vergleicht man diese Regelung mit der Handhabung gegenüber allen übrigen Banken, so muß man ^{herausstellen} sagen, daß seitens der sowjetischen Besatzungsmacht alles getan worden ist, um auch auf diesem Weg den bäuerlichen Betrieben, und zwar sowohl den alten als auch den durch die Bodenreform neu

- 15 -

geschaffenen den schweren Anfang 1945 zu erleichtern und dadurch die landwirtschaftliche Produktion in finanzieller Hinsicht nicht nur zu sichern, sondern so schnell wie möglich zu steigern. Wie gesagt, das war der Anfang. Mit Geld und Kredit allein war es selbstverständlich nicht getan. Um die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften schnell und wirksam zu steigern, war es notwendig, in die Leitung und die Verwaltungsorgane der landwirtschaftlichen Genossenschaften neue demokratische Elemente hineinzubringen. Die Werbung unter den Neubauern mußte mit allen Mitteln durchgeführt und es mußten insbesondere neue Statuten für die Genossenschaften erstellt werden. Die ^{bisherige} ~~Entwicklung~~ Entwicklung hat manchen Erfolg mit sich gebracht, aber auch viele Rückschläge mußten in Kauf genommen werden. Die Entwicklung ist auch heute noch nicht abgeschlossen. ⁺⁺ Soweit Einzelmaßnahmen

+) Die Statuten sind seither mehrfach geändert worden, um sie zunehmend und wahrhaft zeitgemäß zu gestalten. Neben der immer umfassenderen Fürsorge haben die Neuregelung der Anteilsübernahme Ähnlich besondere fin. Bedeutung für die bäuerlichen Gen.-Mitglieder wie die allgemeine Haftungsbeschränkung

unter Einschaltung der Genossenschaften noch speziell Bedeutung für die finanzielle Produktionsicherung der bäuerlichen Betriebe gehabt haben, werden wir noch gesondert darauf zu sprechen kommen.

++) Aber über die Genossenschaften selbst hören Sie alles in einem besonderen Referat

Wenn inzwischen auch noch eine Reihe anderer Einzelmaßnahmen durchgeführt worden sind, so erscheint es doch zweckmäßig, vorher noch auf ein grundlegendes Gesetz zu sprechen zu kommen, weil dies Ausgangspunkt für viele Einzelmaßnahmen im Interesse der Festigung unserer bäuerlichen Betriebe geworden ist. Es ist dies das Kontrollratsgesetz Nr. 45 vom 20.2.1947. Dazu ist insbesondere zu bemerken, daß dies Gesetz noch unter Mitwirkung des Vertreters der Sowjetunion, des Warschaller Sokolowski, ausgearbeitet worden ist. Wenn man feststellen will, was aus diesem Gesetz im Gebiet unserer DDR und im völligen Gegensatz dazu in Westdeutschland durch die lokalen Durchführungsbestimmungen gemacht worden ist, wird manches aus der ^{dortigen} entgegengesetzten Entwicklung klar. Die Durchführungsbestimmungen in Westdeutschland unterscheiden sich fast in nichts von den alten Gesetzesinhalten vor 1945. Die einzelnen Bestimmungen aus unse-

- 15 -

- 16 -

rer Gesetzgebung werden wir im folgenden kurz behandeln. Zunächst hebt das Kontrollratsgesetz eine ganze Reihe von Nazigesetzen auf, von denen das wichtigste das Reichserbhofgesetz ist. Im Übrigen werden die Bestimmungen über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken, über die Sicherung der Landwirtschaft, und alle zugehörigen Ausführungsbestimmungen aufgehoben. Das Kontrollratsgesetz bezweckt im Prinzip ebenfalls die Festigung der bäuerlichen Betriebe, gibt aber gleichzeitig den bäuerlichen Eigentümern in einem volkswirtschaftlich vertretbaren Umfang das freie Verfügungsrecht zurück, welches ihnen die Erbhofgesetzgebung weitgehend genommen hatte. Auch alle bis dahin noch geltenden Eigentumsbeschränkungen aus Urväterzeiten wurden durch das Kontrollratsgesetz aufgehoben. So werden z.B. Erbpachthöfe oder Lehnbauerngüter, die bisher in Mecklenburg noch durch Zahlung von Kanon- oder Erbpachtzinsen bzw. durch Genehmigungsverpflichtung bei Eigentumswechsel einer Eigentumsbeschränkung unterliegen, hiervon frei. Andererseits mußten die Verwaltungsdienststellen in der Interesse einer geordneten Bewirtschaftung in irgendeiner Form in jeden Eigentumswechsel eingeschaltet bleiben. Dies wurde dadurch sichergestellt, daß jeder Verkauf oder auch die Bestellung eines Nießbrauchs oder auch die Verpachtung bzw. die Belastung eines bäuerlichen Betriebes von der Genehmigung der zuständigen deutschen Behörde abhängig gemacht wurde. Diese Genehmigung soll in folgenden Fällen nicht gewährt werden,

- 1) wenn durch das vorgesehene Rechtsgeschäft (also die Veräußerung, die Verpachtung oder die Belastung usw. die ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Grundstücks zum Schaden der Volksernährung gefährdet erscheint.
- 2) wenn der Gegenwert in einem groben Mißverhältnis zum Wert des Grundstücks steht oder
- 3) wenn das Rechtsgeschäft gegen eine von dem seinerzeit zuständigen Zonenbefehlshaber erlassene Vorschrift zu diesem Gesetz verstößt.

- 17 -

- 18 -

- 17 -

In diesem Zusammenhang wird es auch für Sie nützlich sein zu wissen, unter welchen Voraussetzungen eine ordentliche Bewirtschaftung eines bäuerlichen Betriebes gefährdet erscheint. Dies ist zunächst immer dann zu befürchten, wenn der Erwerber kein Berufslandwirt ist bzw. Gärtner etc., d.h., wenn er keine ordentliche Lehrzeit abgeleistet hat. Es ist leider so, daß auch heute noch häufig die Ansicht vertreten wird, daß für die Bewirtschaftung eines bäuerlichen Betriebes nicht viel dazu gehört. Wenn man als Kind die Ferien auf dem Lande zugebracht oder auch selbst die Jugend auf dem Lande verlebt hat, wird dies ^{oft für einen} ausreichenden Befähigungsnachweis angesehen. Wir müssen zugeben, daß wir auf Grund dieser Betrachtungsweise viele Rückschläge in Kauf nehmen mußten. Auch bei Vergebung der Neubauernbetriebe sind viele Bewerber berücksichtigt worden, denen wir nicht nachtrauern sollen, wenn sie inzwischen ihren Betrieb wieder aufgegeben haben. Es ist richtig und erfreulich, daß die maßgeblichen Stellen alles tun, um die berufliche Qualifikation auch unseres bäuerlichen Nachwuchses mit allen Mitteln zu verbessern. Eine fachlich einwandfreie und fortschrittliche Bewirtschaftung eines bäuerlichen Betriebes verlangt bestimmt mehr Kenntnisse und auch Erfahrungen, als mancher andere handwerkliche Beruf. Trotzdem sind die Anforderungen in anderen Berufen schon immer wesentlich höher gestellt worden als dies in der Landwirtschaft der Fall gewesen ist. Um daher die Leistung unserer bäuerlichen Betriebe und damit den Umfang unserer landwirtschaftlichen Produktion auf die erforderliche Höhe zu steigern, müssen künftig auch entsprechende Anforderungen an die Käufer oder Pächter bäuerlicher Betriebe gestellt werden. Es sollte ~~schon~~ niemals ein Käufer oder Pächter zugelassen werden, der nicht eine landwirtschaftliche Lehrzeit nachweisen kann, der zum Beispiel bereits einen anderen Betrieb einmal aufgegeben oder dessen Betrieb wegen schlechter Bewirtschaftung unter Treuhänderschaft gestanden hat oder zwangsverpachtet gewesen oder der eventuell wegen irgend eines Wirtschaftsvergehens bestraft worden ist.

- 18 -

Weiterhin ist es selbstverständlich, daß nicht nur die fachliche, sondern auch die gesellschaftliche Qualifikation verlangt wird. Die in der Durchführungsanordnung vom 23.2.1949 der Deutschen Wirtschaftskommission enthaltenen Bestimmungen schließen ausdrücklich Bewerber aus, die unter die Bestimmungen des SWAB-Befehls Nr. 201 vom 16.8.1947 fallen. Dieser Befehl betrifft die Kriegsverbrecher und die nach den allgemeinen Bestimmungen als politisch belastet anzusehenden Verböten.

Ferner muß selbstverständlich bei jedem Eigentumswechsel Vorsorge getroffen werden, daß durch Zukauf nicht wieder Großbetriebe entstehen, umgekehrt aber auch keine unerwünschte Zersplitterung unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen erfolgt.

Es heißt hierzu, daß grundsätzlich Familienbetriebe gebildet werden sollen. Unter den allgemeinen Bestimmungen sind hierzu verschiedene Begriffserläuterungen gegeben worden. Danach ist unter Familienwirtschaft ein land- oder forstwirtschaftlicher Betrieb zu verstehen, der unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Kopfzahl von 4 - 5 arbeitsfähigen Familienmitgliedern keine fremden, dauernd angestellten Arbeitskräfte für eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung benötigt. Aus dieser Formulierung ergibt sich, daß mit zunehmender Familiengliederzahl bei Heranwachsen der Kinder oder bei abnehmender Gliederzahl durch Fortzug der ~~Kindern~~ Kinder nicht der Begriff einer Familienwirtschaft veränderlich wird, sondern daß zum Beispiel eine kinderlose Familie im Bedarfsfall auch 2 - 3 fremde Arbeitskräfte beschäftigen kann, um noch unter den Begriff "Familienwirtschaft" gerechnet zu werden.

Für jeden Genossenschaftler ist es auch vorteilhaft, sich einmal ~~genau Klarheit zu verschaffen~~ ~~genau Klarheit zu verschaffen~~ unter welchen Voraussetzungen ein bäuerlicher Betrieb als nicht mehr ordnungsgemäß bewirtschaftet anzusehen ist. Bei der späteren Besprechung unserer künftigen Kreditvorprüfung werden wir sehen, daß in dieser Hinsicht in Zukunft wesentlich höhere Anforderungen an die Urteilsfähigkeit

der Vertreter unserer bäuerlichen Handelsgenossenschaft gestellt werden müssen, allein schon, um eine fehlerhafte Kreditgewährung an kreditwürdige Betriebe auszuschalten. Dabei muß selbstverständlich unterschieden werden, ob die nicht ordnungsgemäße Bewirtschaftung auf eigenes Verschulden oder vorübergehend auf höhere Gewalt zurückzuführen ist. Ein Bauer, der zu unrechter Zeit oder auf schlechte Weise seinen Acker bestellt, seine Saaten pflegt oder aberntet oder dies gänzlich unterläßt, wirtschaftet selbstverständlich nicht ordnungsgemäß. Nicht so ganz offen tritt dies in Erscheinung, wenn er zum Beispiel einen unzureichenden Besatz an Zug- oder Nutztvieh unterhält oder wenn er sein Vieh schlecht behandelt oder füttert.^{+) Eben}so verstößt eine mehr oder weniger grobe Vernachlässigung des Gebäude- und Inventarbestandes oder unwirtschaftliche Verfügungen, d.h. Verkäufe von Geräten, Maschinen oder Vieh, gegen den Begriff einer ordnungsmäßigen Wirtschaftsführung. Da dies in der Regel dazu führt, daß die Ablieferungsverpflichtungen nicht erfüllt werden können, ist es verständlich, daß auch ständige Nichterfüllung dieser Verpflichtungen selbst als nicht ordnungsgemäße Wirtschaftsführung beurteilt werden^{müssen}. Nicht zuletzt wollen wir festhalten, daß unsoziales Verhalten, d.h. Verstöße gegen Tarife oder sonstige Fürsorgeverpflichtungen, eines Bauern gegen seinen landwirtschaftlichen Mitarbeitern selbstverständlich als grober Verstoß gegen den Begriff einer ordentlichen Wirtschaftsführung anzusehen sind.

+) Dazu muß man natürlich selber beurteilen können, wieviel und welche Art Vieh unter den verschiedenen Verhältnissen unsere bäuerlichen Betriebe mindestens halten müssen. *Wpht*

Von allgemeinem Interesse in diesem Zusammenhang sind noch einige weitere Begriffsbestimmungen. Im Sinne des Kontrollratsgesetzes und praktisch gegebenenfalls bei allen übrigen Bestimmungen ist unter Land- und Forstwirtschaft zu verstehen: Die Bodenbewirtschaftung und die mit der Bodennutzung verbundene Tierhaltung zur unmittelbaren Gewinnung pflanzlicher oder tierischer Erzeugnisse, insbesondere der Ackerbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft, die Forstwirtschaft, der Erwerbgar-

tenbau, der Erwerbsobstbau, der Erwerbweinbau und die Fischerei in Binnengewässern. Ein Nutzungsberechtigter eines bäuerlichen Betriebes im Sinne des Gesetzes ist er in seiner Eigenschaft als Eigentümer, als Pächter, Nießbraucher oder sonstiger Nutznießer, wenn er ein land- oder forstwirtschaftl. Grundstück bewirtschaftet oder auf Grund irgendwelcher Vollmachten zu bewirtschaften berechtigt ist. Dabei wollen wir nicht übersehen, daß eine Nutzungsberechtigung in den genannten Formen nicht in jedem Fall gleichbedeutend ist mit einer Kreditberechtigung. Im Interesse einer Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens ist in der Durchführungsbestimmung vorgesehen, daß eine Belastung, die nicht über 50 % des steuerlichen Einheitswertes hinausgeht, nicht genehmigungspflichtig ist. Bis zu dieser Grenze kann eine Beleihung normalerweise als ohne weiteres tragbar angesehen werden. Das Ziel des Gesetzes ist ja, im Interesse der finanziellen Festigung unserer bäuerlichen Betriebe, nur eine übermäßige Belastung zu verhindern. Dabei sind alle Belastungen bei Durchführung von Siedlungsverfahren oder Zwangsversteigerungen, in denen in der Regel eine Verwaltungsdienststelle mitwirkt, von der Genehmigungspflicht ausgenommen, weil angenommen werden darf, daß diese Stellen ohne weiteres im Sinne unserer Regierung verfahren und keine übermäßige Belastung zulassen. Ein weiterer Hauptabschnitt des Kontrollratgesetzes, zu dem ebenfalls schon eine Durchführungsbestimmung vorliegt, behandelt die Sicherung der Landbewirtschaftung. Wie schon die Bezeichnung aussagt, hat sie ebenfalls die Sicherung bzw. Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zum Ziel. Wenn die vorhin genannten Anzeichen für eine nicht ordnungsgemäße Landwirtschaft festgestellt werden, ist die Genehmigungsbehörde, das ist der zuständige Kreisrat, verpflichtet, den Nutzungsberechtigten zur Behebung der festgestellten Mängel zu verpflichten. Die Genehmigungsbehörde ist berechtigt, die Veräußerung oder Entfernung von totem oder lebendem Inventar zu verbieten. Dies ist zuweilen notwendig, weil der Inhaber eines schlecht bewirtschafteten Betriebes gar zu leicht der Versuchung unterliegt, kurz vor der Aufgabe der Wirtschaft noch alles, was überhaupt verkäuflich ist, zu Geld zu machen. Diesem persönlichen Interesse steht das wichtigere Interesse der Allgemeinheit gegenüber, welches die Sicherung der weiteren Produktion verlangt. Aus diesem Grunde hat der Gesetzgeber den notwendigen Eingriff in das private Recht vorgesehen. - Wieht die Aufforderung

ohne Erfolg, kann die Genehmigungsbehörde eine Aufsichtsperson, notfalls einen Treuhänder, einsetzen. Erscheint aus bestimmten Gründen diese Maßnahme nicht erfolgversprechend, kann der Kreisrat den Nutzungsberechtigten verpflichten, seinen Betrieb ganz oder zum Teil an einen befähigten Landwirt zu verpachten bzw. kann er selbst die Verpachtung zwangsweise durchführen.

Hervorzuheben ist hierbei, daß der Gesetzgeber jeden Eigentümer für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung seines Bodens verantwortlich macht. Dies ist ohne weiteres berechtigt, wenn wir uns vor Augen führen, was der Gesetzgeber andererseits getan hat, um trotz der hemmenden Kriegsfolgen unseren Bauern die Bewirtschaftung ihrer Betriebe zu ermöglichen. Dabei ist Vorsorge getroffen, daß zur Verhinderung von Unbilligkeiten bei wichtigen Entscheidungen, insbesondere bei Einsparungen, die zuständigen demokratischen Organisationen herangezogen werden.

Zusammenfassung der finanziellen Hilfe durch das Kontrollratsgesetz: Verhinderung einer produktionshemmenden und das Eigentum gefährdenden gründbuchlichen Verschuldung, Sicherung einer geordneten Bewirtschaftung durch befähigte Bauern, Erhaltung des freien unabhängigen Eigentums.

Neben diesem grundlegenden Gesetz verfolgen eine ganze Reihe weiterer Verordnungen und Bestimmungen immer wieder das gleiche Ziel.

Im folgenden wenden wir uns einer weiteren grundsätzlichen Neuregelung zu, die seinerzeit von der sowjetischen Besatzungsmacht eingeführt worden ist und eine direkte finanzielle Maßnahme zur Förderung unserer landwirtschaftlichen Produktion darstellt. Das ist die für unsere Begriffe völlig neu gestaltete Regelung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte.

Es kam darauf an, die Ernährung der Bevölkerung zu unvorhergesehenen Bedingungen auf Grund der Kartenansprüche sicherzustellen. Wir wissen alle, daß nach der weitgehenden Zerstörung unserer Produktionsstätten sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande die Versorgung in jeder Hinsicht nur knapp ausreichend sein konnte. Der verringerte Umsatz und der sich daraus ergebende geringere Nutzen hat überall Anreiz zu unredlichen Maßnahmen und Schieberungen.

bungen. Wenn also das Prinzip der Vermeidung einer Auslandsverschuldung durch uneingeschränkte Einfuhr aufrecht erhalten werden sollte, mußten alle Möglichkeiten erschöpft werden, die Produktion aus eigener Kraft auszukurbeln. Wenn der in der Landwirtschaft beschrittene Weg seinerseits auch viel umstritten gewesen ist, so wird heute auch der größte Skeptiker zugeben müssen, daß das angewendete Verfahren Erfolg gehabt hat. Die Bauern mußten eine bestimmte Menge ihrer pflanzlichen und tierischen Erzeugnisse zu den geltenden Festpreisen abliefern und hatten dann das Recht, ihre Mehrerzeugung zu absolut freien Preisen zu verkaufen. Im einzelnen haben sich die Bestimmungen im Laufe der Jahre vielfach gewandelt. Das Prinzip ist aber erhaltengeblieben. Es konnte nach der inzwischen ermöglichten Ertragssteigerung für die pflanzlichen Erzeugnisse inzwischen zusammen mit der Aufhebung der Bewirtschaftung beseitigt werden. Der Bauer konnte bei dieser Regelung nach einem genauen Plan arbeiten und wußte, daß er mit jedem Kilogramm zusätzlicher Produktion bessere Voraussetzungen für sich schaffte, die selbstverständlich auch auf der Ausgabenseite stark erhöhten Unkosten zu bestreiten und allmählich sein Inventar instandzusetzen und wieder zu vervollständigen. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß die Handhabung dieser Bestimmungen im einzelnen wiederum erkennen läßt, daß auch die politischen Forderungen weitgehende Berücksichtigung fanden. Dies geschah durch die Staffelung der Ablieferungsverpflichtungen nach dem Grundsatz: kleine Lasten für die Kleinen und große Lasten für die Großen. Hinzu wurden die absoluten Mengen je Hektar für die Kleinbauern in tragbaren Grenzen festgelegt und mit zunehmender Betriebsgröße progressiv gesteigert. Darüber hinaus wurden für die Neubauern und für Spezialbetriebe noch besondere Ermäßigungen vorgesehen. Abgesehen davon, daß durch die freien Preise allen ^{allen} bauerlichen Betrieben ^{die Chance} außergewöhnlicher finanzieller Vorteile zuteil wurde, erhöhte sich diese ^{Chance} für die bedürftigen Betriebe dadurch, daß ihre Ablieferungsverpflichtungen relativ geringer waren, sie also

in der Lage waren, um so größere Mengen ihrer Produkte zu freien Preisen zu verkaufen. - Die Vergünstigung für die Neubauern war deshalb besonders wichtig, weil man ihnen durch die zusätzlich verschafften höheren Geldeinnahmen die Möglichkeit zum beschleunigten Aufbau der eigenen Wirtschaft geben wollte. Sie waren jedem Altbauern gegenüber stark benachteiligt, weil diese in der Überwiegenden Mehrzahl innerhin noch einige Viehbestände und besonders - was mit das Wichtigste war - Maschinen und Geräte zur Bestellung ihres Landes zur Verfügung hatten. - Das besonders anfänglich, als man zum Beispiel noch keine Differenzierung kannte, mit Härtefällen gerechnet werden mußte, lag in der Natur der Sache. Es ist aber von allen beteiligten Stellen alles getan worden, um die Fehlerquellen für derartige Härtefälle allmählich zu beseitigen.

Im Zusammenhang hiermit ist noch zu erwähnen, daß später eine Verordnung erlassen wurde, die eine vereinfachte Steuerzahlung für die freien Spitzen vorsah. Danach muß die VVEAB bei jedem Verkauf freier Produkte einen 10%igen Steuerabzug zur Abdeckung der Einkommensteuer aufschlagen. Dies bedeutet ebenfalls eine finanzielle Vergünstigung, weil ja die Einkommensteuer bisher schon für verhältnismäßig geringe Einkommen mehr als 10% betrug und bei steigendem Einkommen erheblich höhere Anteile in Frage kommen.

Die Besteuerung der Landwirtschaft überhaupt soll bekanntlich durch eine Einheitssteuer grundsätzlich neu geregelt werden. Während heute noch eine Vielzahl von Steuern zu entrichten ist, die vielfach nach komplizierten Verfahren errechnet werden, können wir zuversichtlich erwarten, daß unsere Regierung bei der Neuregelung ein vereinfachtes Verfahren sowie gerechte und tragbare Sätze anwenden wird.

Abgesehen davon, daß die Preisregelung ein entscheidender Beitrag zur finanziellen Festigung unserer bäuerlichen Betriebe ist, ist auch dafür Sorge getragen, daß der Bauer nicht nur auf dem Papier seine Ansprüche erhält, sondern daß sie ihm tatsächlich zur Verfügung stehen. Einmal ist dies dadurch geschehen, daß die Auszahlungsfrist für die abgelieferten Produkte auf Außerst 10 Tage festgesetzt worden ist.

Zweitens genießt der Bauer die Vorzugsstellung, daß er nicht nur Anspruch auf Barzahlung seiner freien Ablieferungsprodukte hat, sondern daß er auch über sein Guthaben bei der Genossenschaft unbeschränkt durch Barabhebungen verfügen kann. Alle Einheiten zusammen

- 24 -

räumen ihm eine ganz klare Sonderstellung ein, die die Anerkennung seiner wichtigen Aufgaben unter Beweis stellt, umgekehrt ihm aber auch zu entsprechender Gegenleistung verpflichtet. Welche Rolle unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften in diesem Zusammenhang zu spielen haben, ergibt sich aus dem Ihnen zweifellos bekannten Abkommen zwischen der Deutschen Bauern-Bank, der ZVagB (BHG) und der Vereinigung volkseigener Ertrags- und Aufkaufbetriebe für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs zwischen der VVEAB und den bäuerlichen Betrieben. Inzwischen ist das gleiche Abkommen auch mit den volkseigenen Zuckerfabriken getroffen worden.

Im Zusammenhang mit der Förderung unserer landwirtschaftlichen Produktion kann es sehr interessant sein, einmal die Ablieferungsverordnungen seit 1945 bis heute nebeneinander zu betrachten. Dabei wird man feststellen können, wie sich die direkten und indirekten Anreize für eine verstärkte Produktion ständig erhöht haben. Angefangen von den Rücklieferungsprämien zum Beispiel für Vollmilch, die zunehmende Rücklieferung an Magermilch, für abgelieferte Faserpflanzen Leinenwaren, Bindgarn usw., für Rüflichte Öl, für Wolle Textilien und Garn, für Zuchttiere Futtermittel, für die Aufsicht von Ferkeln Anrechnung auf das Ablieferungssoll, für Milch und Tabak zum Beispiel die Zucker- und unbesteuerter Rauchwarenrücklieferungen, die den betreffenden Bauern außerordentliche finanzielle Vorteile gebracht haben, war alles darauf abgestellt, dem Bauern seine schwere Arbeit weitgehend zu erleichtern. Schließlich dürfen wir eine Aktion nicht vergessen, die seit über zwei Jahren mit Erfolg eingeleitet worden ist, die Schweinemastaktion. Man möchte sagen, daß hiermit eine finanzielle Eingriffshilfemaßnahme sozusagen auf die Spitze getrieben worden ist, da sie dem Bauern unter selten günstigen Bedingungen ein Vielfaches des normalen Erlöses sichert. Daß eine solche Regelung überhaupt möglich gemacht werden kann, beweist, daß inzwischen unsere Finanzwirtschaft eine gesunde Grundlage erreicht hat, an die wir 1945 noch nicht denken konnten. Man braucht demgegenüber nur

- 25 -

an die verhältnismäßig bescheidenen Maßnahmen zu denken, mit denen man anfangen mußte, wie zum Beispiel die Bereitstellung verbilligter Saatgutes oder die nichtrückzahlbaren Düngerbeihilfen an bedürftige Betriebe bis zum Höchstbetrag von 2 Millionen für das gesamte Gebiet der DDR.

Eine weitere wirtschaftliche Förderung unserer bäuerlichen Betriebe ist die langsame, aber gleichmäßig und zielischer durchgeführte Steigerung der Düngerversorgung. Während in den ersten Jahren besonders Stickstoff und Phosphorsäure noch besonders sorgfältig und sparsam den wichtigsten Anbaufrüchten vorbehalten werden mußte, konnte die Verteilung in zunehmendem Ausmaß großzügiger gestaltet werden. Neben der regulären Verteilung gab es Zusatzlieferungen als Gegenleistung für freie Erzeugnisse usw. Schließlich ist noch die erst kürzlich abgeschlossene Prämierung für die Sauenhalter zu nennen.

+) der Planung und der Initiative

Diese ^{besprochene} Preisregelung überläßt es weitgehend den einzelnen Bauern, den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Daß dies, abgesehen von der besonderen Lage bei unseren Neubauernbetrieben, im großen und ganzen ein Erfolg gewesen ist, beweist uns die derzeitige Verschuldungslage der bäuerlichen Betriebe. Ausnahmen, die immer gern in den Vordergrund gestellt werden, bestätigen in diesem Fall nur die Regel, die im Übrigen durch einschlägige Erhebungen und inzwischen auch durch die neuerdings eingeführte Kreditbearbeitung der Deutschen Bauern-Bank immer mehr bekannt wird. Dies ist auch notwendig, um für alle Fälle geeignete Maßnahmen einleiten zu können, wenn die zunehmende Normalisierung unseres Wirtschaftslebens von den Bauern verlangen wird, wieder mit Normalpreisen für seine gesamte Produktion zufrieden zu sein und seine Wirtschaft rentabel zu gestalten. Zunächst erscheint es jetzt ^{auch} angebracht, wieder etwas weiter zurückzugreifen und die Entwicklung des landwirtschaftlichen Kredits einmal unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Festigung und Förderung unserer bäuerlichen Betriebe zu betrachten. Im Zuge der Bodenreform konnte nur ein Teil der neuen Bauern eine Wohnung bzw. einen

- 26 -

Stall oder eine Scheune erhalten. Es waren dies meist die früheren Arbeiterhäuser der Gutsbetriebe. Alle Übrigen mußten zusammen in den Gutshäusern oder anderweitig notdürftig untergebracht werden. Soweit Vieh vorhanden war, mußte dies zusammen in einem Gutstall untergebracht werden. Das führte vielfach zu unerfreulichen Verhältnissen und war auf die Dauer auch nicht gewollt. Abgesehen von den Materialschwierigkeiten, den fehlenden Baufacharbeitskräften usw. fehlten den neuen Bauern vielfach auch die notwendigen Mittel. Um alles sinnvoll und zweckmäßig ausnutzen zu können, wurde zunächst unabhängig in den fünf Ländern der damaligen SBZ der Aufbau unserer Neubauernbetriebe planmäßig organisiert. Uns interessiert dabei wiederum die finanzielle Seite. Erfahrungsgemäß wußte man, daß ein Familienbetrieb keine größeren Geldüberschüsse erwirtschaften kann, um größere Kredite zu verzinsen und zu tilgen. Man mußte sich darüber klar sein, daß jede Kredithilfe für einen Neubauern nicht nur völlig frei von der kapitalistischen Denkungsweise, die den Kredit nur in den Dienst ihres Gewinnstrebens stellt, ausschließlich nach fortschrittlichen Gesichtspunkten eingesetzt werden mußte, d.h. der Kredit mußte unter Ausschaltung jeglicher Privatinteressen notfalls unter Mitwirkung der übrigen Gesellschaft in einer für den einzelnen Neubauern tragbaren Form tatsächlich der Produktionsförderung dienen.

Die ursprünglich von den einzelnen Ländern durchgeführten Maßnahmen, die dann am 26.5.1948 bzw. in neuer Fassung am 20.7.1949 von der Deutschen Wirtschaftskommission vereinheitlicht und zusammengefaßt die Anordnung über die Gewährung von Krediten zugunsten der Bodenreform und der VdgB ergaben, dürften Ihnen allen bekannt sein, weil Sie heute noch laufend danach arbeiten. Trotzdem wollen wir uns die wichtigsten Überlegungen, die der Art und ^{den Bedingungen} dieser Kredithilfe zugrunde liegen, vergegenwärtigen. Diese Verordnung soll sicherstellen, daß die neu geschaffenen Betriebe so schnell wie möglich unter günstigsten Bedingungen lebens- und wirtschafts-

- 27 -

fähig gemacht werden. Sie sorgt dafür, daß diese Vorzugskredite nur an Personen gegeben werden dürfen, die Land aus der Bodenreform erhalten haben. Der Zinssatz für diese Kredite wurde einheitlich auf 3 % festgesetzt. Da jede Genossenschaft einen Teil dieser Kredite, und zwar 10 % ihrer Passiven, aus eigenen Mitteln geben muß, ist schon eine indirekte Beteiligung der übrigen Genossenschaftsmitglieder vorgesehen. Für den darüber hinausgehenden Bedarf kann die Genossenschaft die Refinanzierungshilfe ihrer Genossenschaftsbank in Anspruch nehmen. Wenn diese wiederum 10 % ihrer Passiven eingesetzt hat, darf sie die Refinanzierungshilfe der Deutschen Bauern-Bank fordern. Mit diesem Vorzugszinssatz ist der Leistungsfähigkeit der Kleinbetriebe weitgehend Rechnung getragen worden. Falls trotzdem eine oder andere Betriebe die sich für ihn ergebenden Zinslasten nicht aufbringen kann, haben sich durch Übernahme einer generellen Bürgschaft die Landesregierungen verpflichtet, den Genossenschaften die entstehenden Ausfälle zu ersetzen. Die gleiche Bürgschaft besteht auch für Ausfälle an Kapitalbeträgen. Daraus ergibt sich, daß der Neubauer ohne Sorge um seine finanzielle Zukunft in seinem Betrieb arbeiten kann. Das Risiko ist ihm ja von der Gemeinschaft abgenommen worden.

Selbstverständlich bedeutet das keinen Freibrief für den Bauern und auch nicht für die Genossenschaften. Soweit letztere fahrlässig handeln, können sie zur Rückerstattung bis zur Höhe von 30 % der Ausfälle herangezogen werden. Über Zweckbestimmung und Bearbeitungsverfahren, Sicherung usw. brauchen wir in diesem Zusammenhang nicht zu sprechen, weil diese Dinge ~~sicher~~ in den Referaten über das Kreditgeschäft behandelt werden. Es bestehen noch manche Unklarheiten. Dies ist darauf zurückzuführen, daß für die Ausgabe der Neubauernwirtschaftskredite noch keine Durchführungsbestimmungen erlassen worden sind. Für die Bankkredite hat die Deutsche Investitionsbank die zentrale Verantwortung gehabt und hat infolgedessen dafür gesorgt, daß die notwendigen Erläuterungen und Ergänzungen jährlich erlassen worden sind. Da die Wirtschaftskredite aus Mitteln der Landesgenossenschaftsbanken stammen und erst seit dem

- 28 -

vorigen Jahr ebenfalls von einer zentralen Stelle der Deutschen Bauern-Bank refinanziert werden müssen, ergab sich erst von diesem Zeitpunkt an ein zentrales Interesse an einer genauen einheitlichen Formulierung von Einzelbestimmungen bzw. Erläuterungen auch zum Neubauern-Wirtschaftskredit. Nach vielen langwierigen Verhandlungen liegt nunmehr ein Entwurf beim Ministerium der Finanzen vor, der demnächst veröffentlicht werden soll. Bei der Formulierung ist unverändert daran festgehalten worden, daß die Neubauernkredite auch künftig ausschließlich der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung dienen sollen.

Eine Zusammenfassung ergibt folgende finanzielle Hilfen:

1. Zinsverbilligung
2. Staatsbürgschaft
3. Tilgungsfreiheit für die ersten Jahre beim Baukredit.

Nach Erörterung der grundlegenden Maßnahmen für die Sicherung des Aufbaues unserer bäuerlichen Betriebe im Zusammenhang mit ihrer Produktion wollen wir uns mit einer Reihe von Einzelmaßnahmen beschäftigen, die zwar nicht immer einen rein finanziellen Charakter tragen, sondern unter dem Begriff der allgemeinen wirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen zusammengefaßt werden müssen. Da aber der Begriff der Wirtschaftlichkeit ohne finanzielle Gesichtspunkte kaum vorstellbar ist, so haben sich sehr viele wirtschaftliche Maßnahmen unserer Regierung bzw. der ständigen Organisationen mehr oder weniger indirekt auch finanziell vorteilhaft auf die Produktionsfähigkeit unserer bäuerlichen Betriebe ausgewirkt. Daran ändert auch nichts, daß sicher viele von Ihnen, bestimmt aber sehr viele Bauern, diese Dinge kaum beachtet bzw. nicht als das gewertet haben, was sie in Wirklichkeit waren oder was sie zum größten Teil als etwas Selbstverständliches hingegenommen haben. Gerade deshalb ist es notwendig, auch im Zusammenhang mit unserem Thema darauf einzugehen, damit recht viele unserer Hörer in die Lage kommen, bei künftigen Diskussionen mit den Bauern darauf einzugehen und sie insbesondere unter den notwendigen Gesichtspunkten erklären und darstellen zu können. Selbstverständlich kann die folgende Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, wenn ich auch versuchen will, nach Möglichkeit chronologisch dabei vorzugehen.

Im Frühjahr des Jahres 1948 war in Westdeutschland wieder einmal die in etwa 6 - 10-jährigen Abständen regelmäßig auftretende Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Diese Seuche hat bekanntlich meist außergewöhnliche Ausfälle an Milch und dementsprechend laufendem Gelderwerb für unsere bäuerlichen Betriebe zur Folge; oft auch empfindliche Kapitalverluste durch verendete Tiere. Wie früher auch in Deutschland, so heute überall auf der Welt in den Ländern einer falsch verstandenen Freiheit hat man es ausschließlich dem einzelnen Bauern überlassen, ob und was er zu tun in solchen Fällen für notwendig hält. In den maßgeblichen Kreisen der Großgrundbesitzer war es leichter einmal zu ertragen, wenn in ihren verhältnismäßig sehr kleinen Rinderbeständen einmal durch diese Seuche die Milcherträge ausfielen. Bekanntlich war die Milchviehhaltung in diesen Betrieben nur ein notwendiges Übel. Diese Verzeichnung ist vielleicht manch einem nicht ohne weiteres verständlich. Tatsächlich war es oft so. Der Großbetrieb hatte an dem Rindviehbestand in der Regel nur Interesse, weil er ihn als unbedingt notwendig für die Stalldüngerfabrikation erkannt hatte.

Betrachtete man das Rindvieh als Milchproduzenten, wurde es - nur unter diesem Gesichtspunkt gesehen - in seiner Haltung zu teuer. Um hohe Milchleistungen zu erzielen, war individuelle Pflege und Fütterung notwendig. Beides kostet aber relativ viel Aufwand an menschlicher Arbeit und verursacht unerwünschte Kosten. In der Folge waren Großbetriebe mit weit unterdurchschnittlichen Milcherträgen noch bis in die letzten Vorkriegsjahre hinein gar keine Seltenheit. Daß in den Städten die kleinen Kinder und Kranken auf Grund der fehlenden Milchversorgung in ihrer Gesundheit beeinträchtigt oder gefährdet wurden, interessierte sie recht wenig.

Für den kleineren Bauern, dessen Stärke sein Viehbestand ist, steht wesentlich mehr auf dem Spiel, wenn seine einzige oder auch zwei Kühe erkranken, die laufende Milcheinahme kleiner wird oder ausbleibt. Unter diesen Überlegungen muß die seinerzeit von der Deutschen Wirtschaftskommission ergriffene Maßnahme als außerordentlich bemerkenswert erwähnt werden. - Meines Wissens, möchte ich einschränkend sagen, ist eine derartige Maßnahme außerhalb der allgemeinen Seuchengesetzgebung noch nie dagewesen.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der ersten Erkrankungsquelle in Westdeutschland, die dort in erheblichem Umfang auftrat

- 30 -

und sich durch Einzelfälle auch bereits im Gebiet unserer heutigen DDR ankündigte, wurden mit außergewöhnlichem Aufwand längs der gesamten Zonengrenze von der Ostsee bis zur tschechoslowakischen Grenze in städtischen Betrieben die durch die Maul- und Klauenseuche gefährdeten Rinder, Schafe und Ziegen vorbeugend geimpft. In gleicher Weise wurden um die bereits innerhalb unseres Gebietes von der Seuche befallenen Gebiete sogenannte Impfschutzgürtel gezogen. Die von der Staatskasse aufgewendeten Gelder sind letzten Endes im Interesse ihrer Milchproduktion unseren gesamten bäuerlichen Betrieben zugute gekommen. Es waren nicht nur tausende, sondern hunderttausende von Tieren zu behandeln. Darüber hinaus ist selbstverständlich der außerordentlich wirtschaftliche und auch finanzielle Gewinn für unsere Volkswirtschaft festzustellen. Abgesehen von der finanziellen Belastung unseres Staatshaushaltes ^{gewordene} ~~auswirkung~~ hat unsere Ernährungswirtschaft keine Ausfälle an Milch und Fleisch zu erleiden gehabt, und es konnten unter Umständen notwendig ^{gewordene} Einfuhren erspart werden. Während in früheren Zeiten manch ein Kleinbauer durch die verheerenden Wirkungen der Maul- und Klauenseuche zum Konkurs gezwungen wurde, war es restlos gelungen, diese Seuche in der DDR zu unterdrücken. Es soll auch nicht vergessen werden, daß es dank der durch großzügige Maßnahmen innerhalb kürzester Frist stark gesteigerten Erzeugung an Impferum in unserem Seucheninstitut auf der Insel Riems möglich gewesen ist, noch davon an die Westzonengebiete etwas abzugeben. Der Vollständigkeit halber mag Sie noch interessieren, daß am 6.9.1950 eine neue Verordnung erlassen worden ist, welche allen bäuerlichen Betrieben eine regelmäßige Schutzimpfung zur Pflicht macht. Da die wirtschaftliche Lage unserer Betriebe inzwischen wesentlich gefestigt werden konnte, werden die mit 1,65 DM je Tier sehr niedrig gehaltenen Kosten von dem Bauern eingezogen.

+) mit Ausnahme der in erfahrungsgemäß wenig gefährdeten Gebieten - für die Zukunft

- 31 -

Nach dieser kurzen Abweichung (in das Gebiet der Seuchenbekämpfung liegt es nahe, auch ganz kurz die übrigen Maßnahmen auf dem Gebiet der Schädlingsbekämpfung zu streifen, die in ähnlicher Weise wirtschaftliche Vorteile für unsere bäuerlichen Betriebe gebracht haben. Vielleicht denken viele von Ihnen auf Grund der bäuerlichen Klagen jetzt an die großen Flurschäden, die nach dem - wie wir aber niemals vergessen wollen - Jagdverbot durch das überhandnehmende Wild, insbesondere die Wildschweine, entstanden sind. Wir wollen nicht verkennen, daß die gutgemeinten Absichten unserer Besatzungsmacht aus verschiedenen Gründen an manchen Orten auch heute noch nicht voll verwirklicht werden konnten. Immerhin müssen wir anerkennen, daß bereits im ersten Halbjahr 1948 die SMAD durch einen Befehl die Herausgabe von 100 Jagdgewehren zur Bekämpfung der Wildschweine anordnete. Große Bedeutung für die Landwirtschaft haben auch die seinerzeit von der Deutschen Wirtschaftskommission unter Einsatz zehntausender von Menschen und erheblicher Geldmittel durchgeführte Maßnahmen zur Bekämpfung des Fichtenborkenkäfers und anderer Schädlinge in unseren Waldbeständen gehabt. Dabei wollen wir ebenfalls nicht vergessen, daß uns auch die Besatzungsmacht praktisch unterstützt hat. Insbesondere hat sie für die uns nicht mögliche Bekämpfung der Forstschädlinge aus der Luft Flugzeuge und Piloten zur Verfügung gestellt.

Ein besonderes Kapitel ist noch die Bekämpfung des Kartoffelkäfers. Sie kennen aus eigener Erfahrung die jährlich wiederholten umfangreichen Maßnahmen. Hervorheben wollen wir getreu unserem Thema nur den § 3 der Verordnung vom 22.3.1951 für die diesjährige Bekämpfung. Der Text lautet ganz einfach: "Die Finanzierung der angeordneten Maßnahmen zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers ist mit den Kreis Haushalten der Länder bereitgestellten Mitteln durchzuführen."

- 32 -

Wenn überhaupt, dann lesen unsere Bauern darüber leicht hinweg und betrachten es als etwas Selbstverständliches, daß die Regierung aus ihrem Haushalt ihnen die gesamten Kosten abnimmt, also durch finanzielle Hilfe der Gesellschaft ihre private Kartoffelproduktion und damit den vollen Erlös für ihre weitere Wirtschaftsführung sich ret.

Als nächstes betrachten wir einmal die Einrichtung unserer MAS als wirtschaftliche bzw. finanzielle Förderungsmaßnahme, ohne dabei ausschließlich auf die allgemeine Bedeutung und die übrigen Aufgaben der MAS unter agrarpolitischen Gesichtspunkten eingehen zu wollen. - Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß die MAS wirtschaftliche, gesellschaftspolitische und auch kulturelle Aufgaben auf dem Dorf zu erfüllen hat. Sie soll in wirtschaftlicher Hinsicht hauptsächlich den klein- und mittelbäuerlichen Betrieb die technischen Hilfsmittel, die bisher nur dem Großbetrieb zugänglich waren, ebenfalls dienstbar machen, um auf diese Weise eine weitgehende wirtschaftliche Synthese zwischen den beiden Betriebsgrößen unter Erhaltung der Selbständigkeit und der jeweils der einen oder anderen Betriebsgröße eigenen Bewirtschaftungsvorteile zu erreichen.

Die jeweils mit der Betriebsgröße verbundenen spezifischen Vorteile sind für den kleinbäuerlichen Betrieb das persönliche Interesse und die Initiative, die den Bauern alle seine Arbeiten mit besonderer Sorgfalt und in meistens liebevoller Kleinarbeit verrichten lassen. Dies tritt besonders in der Viehhaltung zutage, in der der Kleinbetrieb oft die besten zahlenmäßigen Nachzucht- und auch Aufzuchtergebnisse zu verzeichnen hat. Die Vorteile des Großbetriebes liegen bekanntlich auf dem Gebiet der Mechanisierung, der möglichen Spezialisierung und der damit verbundenen Arbeitsteilung sowie auch in der besseren Ausnutzung von Großanlagen und Großmaschinen sowie schließlich dem im Bedarfsfall möglichen konzentrierten Masseneinsatzes.

Durch die gesellschaftspolitische Aufklärung und Weiterbildung, die selbstverständlich ebenso von der DRG ausgehen muß, soll auch der letzte Bauer in die fortschrittliche demokratische Gemeinschaft eingegliedert werden. Kulturell soll die MAS dem Bauern und Landerbeiter auch einmal die andere, ihm bisher größtenteils verschlossene Seite des Lebens zugänglich machen, ihm den wahren Unterschied zwischen Arbeitstag und Feierabend bzw. Feiertag praktisch vor Augen führen. Abgesehen davon, daß die direkten finanziellen Aufwendungen unserer Regierung bzw. bei der Gründung seitens der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission für die MAS letzten Endes jedem einzelnen bäuerlichen Betrieb wieder zugute kommen, vermögen wir an einigen Zahlenzusammenstellungen die di-

- 33 -

rekten finanziellen Vorteile zu beurteilen. Zur Kennzeichnung der Bedeutung der MAS sei ^{kurz wieder-}holt, daß die ^{durch} ~~die~~ ^{aus dem Haushalt} ~~DKK~~ seinerzeit/100 Millionen, aus dem von der VdgB übergebenen Vermögensstellen 86,5 Millionen, aus dem Genossenschaftsvermögen 9,5 Millionen, allein bei der Gründung zusammengefaßt eingesetzt werden konnten. Aus Haushaltsmitteln sind später weitere Beträge zugesteuert worden, deren Höhe im Moment nicht angegeben werden kann. Von entscheidender Bedeutung ist für unsere Bauern der Tarif der MAS. Es ist viel kritisiert und beanstandet worden, insbesondere die Höhe der Tarifsätze. Man muß Verständnis dafür haben, daß eine erst kurz unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen ins Leben gerufene Organisation nicht von heute auf morgen und überall voll leistungsfähig in Erscheinung treten kann. Es wird immer wieder vergessen, daß wir einen jahrzehntelangen wirtschaftlichen und militärischen Krieg hinter uns haben. Ich habe einmal die Sätze des heutigen MAS-Tarifes mit den von mir in früheren Jahren gesammelten Erfahrungs- und Faustzahlen verglichen. Über diesen Zahlen habe ich auch mehrere Tabellen über die Unkosten, die zum Beispiel für das Tiefpflügen, Schälten usw. mit Hilfe eines Dampfpluges oder auch mit Hilfe eines Pferdegespannes für den bäuerlichen Betrieb entstehen. Dabei ist festzuhalten, daß ein früherer Dampf- oder Motorflugunternehmer keinerlei Ausnahmen machte. Die üblichen Sätze hatte jeder ⁺ zu bezahlen. Nur einige Beispiele: Das Tiefpflügen wurde mit Dampfflug seinerzeit mit 30 - 40,- M je Hektar, das Tiefpflügen mit Pferdegespann mit 40 - 50,- M je Hektar berechnet. Das Tiefpflügen der MAS über 25 cm kostet heute 47,- DM/ha, das Schälten mit Dampfflug kostete 20 M, mit Pferdegespann 12 - 15 M, bei der MAS heute 21,- DM je Hektar. Die angegebenen Tarifsätze der MAS betreffen den Tarif Nr. 1, d.h. den höchsten, der gegenüber großbäuerlichen Betrieben berechnet wird. Bekanntlich ermäßigen sich

+)ob Großagrarien,
Groß-,Mittel-oder
Kleinbauer

- 34 -

- 34 -

+) Wenn bisher oft mit Recht angewendet werden konnte, daß die MAS-Arbeiten dem Bauern dadurch verteuert wurden, daß sie nicht rechtzeitig ausgeführt wurden, so waren Kinderkrankheiten die Ursache, die MAS, wie wir alle, allmählich überwunden haben dürfte.

diese Sätze für bedürftige mittelbäuerliche Betriebe um 15 % und für bedürftige kleinbäuerliche Betriebe um 30 %. Wer die allgemeine Unkostenentwicklung in der Landwirtschaft seit 1945 beurteilen kann, weiß also, daß jeder Bauer, der mit eigenem Gespann oder mit eigenem Motorpflug seinen Acker bearbeitet, dies wesentlich teurer bezahlen muß als ihm die MAS diese Arbeiten erledigt. Es ist sicher nicht zu viel erwartet, wenn mit fortschreitender Entwicklung unserer industriellen Produktion die Versorgung unserer MAS mit Maschinen, Geräten, Ersatzteilen und Betriebsstoffen soweit verbessert und verbilligt wird, daß eines Tages auch einmal mit einer Senkung der MAS-Tarife zu rechnen ist. Ich glaube, daß unsere Bauern in dieser Beziehung nicht enttäuscht werden.

Zur Abwechslung einmal eine einmalige kleine Maßnahme im Sommer des Jahres 1948 im Zusammenhang mit der Ablieferungsverpflichtung. Wir haben bereits von den ursprünglichen Schwierigkeiten bei der Veranlagung bzw. der Differenzierung gesprochen. Bei der seinerzeit noch recht knappen Decke für die Versorgung haben leider manche untergeordneten Dienststellen mehr oder weniger zulässige Wege beschritten, um auf Kosten der Bauern ihre Arbeit zu erleichtern. Da wurden dann häufig die Forderungen nach gegenseitiger Hilfe in nicht ganz zulässiger Weise dergestalt in die Praxis umgesetzt, daß man die in Einzelfällen eingetretenen Erfassungsausfälle dadurch auszugleichen versuchte, indem man leistungsfähigere Betriebe - wie man sagte - nachdifferenzierte, d.h. ihnen Zuschläge von 20, 25, ja sogar 50 % des ursprünglichen Ablieferungssolls neu auferlegte. Das hatte den finanziellen Nachteil, daß der betreffende Bauer dann keine freien Erzeugnisse mehr verkaufen konnte. Was aber noch viel schlechter zu bewerten war, war die Untergrabung des Vertrauens zu den behördlichen Anord-

- 35 -

nungen. Um hier Klarheit zu schaffen, wurde von der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission kurzerhand jede Nachdifferenzierung zur Pflichtablieferung verboten.

In den ersten Jahren nach 1945 mußte es der Initiative und der finanziellen Leistungsfähigkeit des einzelnen Bauern überlassen bleiben, die durch den Krieg entstandenen Schäden an seinem Ackerland, insbesondere zum Beispiel der Meliorations- und wasserwirtschaftlichen Anlagen zu beseitigen, um wieder die alte Ertragsfähigkeit herzustellen. Ebenfalls im Jahre 1948 entschloß sich die Deutsche Wirtschaftskommission hier wirksam durch großzügige finanzielle Hilfe einzugreifen. Es wurde ein umfassender Plan aufgestellt, der in jedem unserer 5 Länder sowie auch im demokratischen Sektor von Berlin die Flächen festlegte, die Instandgesetzt bzw. verbessert und auch neu für die Ackernutzung gewonnen werden sollten. Uns interessiert insbesondere in diesem Zusammenhang, daß es sich insgesamt dabei um eine Fläche von 1,6 Millionen Hektar, etwa 1/4 unserer landw. Nutzfläche, handelte wovon 50.000 ha auf Neulandgewinnung entfielen, für die insgesamt 102,668 Millionen DM aufgewendet werden sollten. Davon brachten die beteiligten Bauern nur knapp 1/3, nämlich 31,88 Millionen aufbringen, während aus Haushaltsmitteln 70,79 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden sind. Dabei ist noch hervorzuheben, daß die von den Bauern aufzubringenden 30 Millionen bekanntlich dargestellt wurden durch die übliche eigene praktische Mitarbeit, durch die Fuhrleistungen oder Materiallieferungen, so daß der Bauer selbst Bargeld in den seltensten Fällen beizusteuern hatte.

Mit der Verordnung über Maßnahmen zur Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche vom 22.6.1948 hat die damalige Deutsche Wirtschaftskommission eine Zusammenfassung aller bis dahin erlassenen Bestimmungen unter gleichzeitiger Ergänzung ^{und} einer solange fehlende vollständige Handhabung geschaffen, um - gemessen an dem damaligen Stand der Dinge - einen großen Schritt bei dem planvollen Aufbau unserer Landwirtschaft einzuleiten. Bis dahin waren die Bemühungen darauf gerichtet, erst einmal alle vorhandenen landw. Nutzflächen zu erfassen, um sie restlos für die allgemeine Ernährungswirtschaft nutzbar machen zu können. Der nächste Schritt war die Steigerung der Erträge je Flächeneinheit auf der vorhandenen Nutzfläche und der dritte Schritt war die Erweiterung, d.h.

- 35 a -

die Vergrößerung der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die genannte Verordnung verpflichtete alle Eigentümer von landwirtschaftlich nutzbares Grund und Boden, im Laufe der Jahre 1949 und 1950 den bis dahin noch ungenutzten Boden ausnahmslos in die Bewirtschaftung mitaufzunehmen. Während bis dahin die zuständigen Verwaltungsdienststellen nach dem Kontrollratsgesetz nur berechtigt waren, bei Feststellung ungenutzten Bodens einzugreifen, werden sie durch diese Verordnung hierzu verpflichtet. Beachtlich ist insbesondere, daß gegenüber den Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes, welches nur bis zur Zwangsverpachtung vorzätzlich nicht genutzter Ländereien geht, jetzt auch eine entschädigungslose Enteignung durchgeführt worden kann. Selbstverständlich ist Vorsorge getroffen, daß eine Vorsätzlichkeit einwandfrei nachgewiesen werden muß. Die Gründe für die Nichtbewirtschaftung müssen sorgfältig ermittelt werden. Bei Verringerung der landw. Nutzfläche ist in jedem Fall eine Genehmigung der zuständigen Landesregierung erforderlich. Dabei interessiert in Zusammenhang mit unserem Thema besonders, daß auch finanzielle Hilfen vorgesehen sind, wenn ein Klein- oder Mittelbauer auf eigene Kosten Neuland gewinnt. Die nicht rückzahlbaren staatlichen Beträge bewegen sich zwischen 250 und 500,- DM je Hektar für neues Ackerland, 100 und 350 DM je Hektar für neues Grünland. Die in Frage kommenden Quellen für das Neuland sind Urbarmachung von Kahlschlägen, bisher nicht genutzte Sümpfe und Moorländereien, bewässerungsbedürftiges Feldland und in der letzten Kategorie die Wiedernutzbarmachung zweckentfremdeter Flächen wie zum Beispiel durch den Krieg (Exerzier-, Schießplätze oder Feldstellungen) umgewandelte Flächen.

Außerdem werden die schon immer üblichen Vergünstigungen in Form von Ablieferungsfreiheit für 1 - 3 Jahre gewährt und schließlich ist die VAB verpflichtet worden, die zur Gewinnung des Neulandes notwendigen Arbeiten mit ihren Maschinen zu einem um 20 % ermäßigten Tarifsatz zu übernehmen. (Eigentumsübertragung von Altsiedlerstellen bei Verpachtung. Neben den von Anfang an durchgeführten Maßnahmen zur Verehrung der Viehbestände durch die schon erwähnten Rücklieferungen und Prämierungen, durch die Viehausgleichsmaßnahmen wurden eine Reihe von Spezialanordnungen erlassen, wie zum Beispiel Maßnahmen zur Vermehrung des Pferdebestandes, zur Erhöhung der Schafbestände und zur

- 36 -

Förderung der Sauenhaltung etc. In jedem Fall bedeutet sie für die bedürftigen Betriebe eine wirtschaftliche bzw. finanzielle Förderung, indem die Preise kontrolliert bzw. Prämien gezahlt wurden, Höchstpreise für Deckgelder festgesetzt oder billige Pauschalgebühren für tierärztliche Untersuchungen vorgesehen wurden.

Eine mehr ausgleichende Maßnahme war die im Anfang 1949 angeordnete Wirtschaftsflächenenerhebung, die etwa folgende Vorgeschichte hatte: In den Jahren vor und während des Krieges sind viele landwirtschaftliche Nutzflächen ihrem eigentlichen Bestimmungszweck entzogen worden (Exerzierplätze, Rüstungsfabriken, Autobahnen). Die Bauern hatten darüber hinaus das Bestreben, während des Krieges möglichst kleine Anbauflächen anzugeben, weil sie entsprechend weniger abzuliefern brauchten. Tatsache ist, daß bei ^{einem} Vergleich der Bodenbenutzungs-
hebungs-Ergebnisse zwischen den Vorkriegsjahren und den ersten Erhebungen nach 1945 eine Differenz von mehreren hunderttausend Hektar bestand. Alle Einzel^{erhebungen} konnten keine ausreichende Klärung bringen. Es ergab sich aber eine Ungerechtigkeit gerade für die Klein- und Neubauern daraus, daß einmal die Neubauernflächen bei der Zuteilung exakt vermessen wurden und daß ein Kleinbauer von seiner relativ kleinen Fläche nicht sehr viel unterschlagen bzw. verheimlichen konnte. Wenn dann mancher Bauer wußte, daß der größere Nachbar im Dorf tatsächlich über größere Flächen verfügte als die amtlichen Unterlagen auswiesen, mußte naturgemäß viel böses Blut entstehen; denn der Ehrliche mußte von seiner vollen Fläche abliefern, während der Betrüger den Vorteil des Verkaufs erheblich größerer Mengen von freien Produkten hatte. Die durchgeführte Flächenenerhebung, notfalls Weinvermessung, hat tatsächlich die solange fehlende landwirtschaftliche Nutzfläche zutage gebracht. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß es nicht mehr als recht war, daß die solange verheimlichten Flächen einmalig mit dem doppelten Ablieferungsoll nachveranlagt wurden.

- 37 -

Von ebenfalls indirekter Auswirkung auf die Förderung unserer Produktion sind die umfangreichen Maßnahmen auf dem Gebiet zur Verbesserung unserer ^{Verwaltungs} Ausbildungsmöglichkeiten für die landwirtschaftlichen Fachkräfte und auch für unseren fachlichen Nachwuchs in der Landwirtschaft. Hierzu wurden mehrere Verordnungen am 16.3.49 und am 29.6.1950 erlassen. Die bei dieser Gelegenheit aus dem Haushalt bereitgestellten Mittel bedeuten wiederum eine Einsparung im Haushalt des einzelnen Bauern, der dieses Geld dafür wieder im Interesse der Festigung seines Betriebes verwenden konnte. Allein im Jahre 1949 wurden aus Haushaltsmitteln 3,5 Millionen DM bereitgestellt, um den Kindern aus bäuerlichen Familienbetrieben und Landarbeiterfamilien den Besuch landwirtschaftlicher Fachschulen ^{durch Gewährung von Stipendien} zu ermöglichen. Weiterhin wurden zur Ausbildung der Unterrichtsfachkräfte allein in der Landwirtschaft 1,2 Millionen DM verwendet.

Welche Nachteile man sich einem bäuerlichen Betrieb durch Krankheit, Unfall und sonstige Arbeitsunfähigkeit des Bauern oder seiner Familienangehörigen entstanden sieht, hat vielleicht fast jeder einmal Gelegenheit gehabt, es selbst zu beobachten. Der Bauer hat nicht immer an falscher Stelle gespart. Es war ihm auf Grund seiner Einkommenverhältnisse selten möglich, eine freiwillige Kranken- oder Altersversicherung abzuschließen. Es war also nicht nur eine soziale, sondern auch eine durchwegs wirtschaftliche und finanzielle Hilfsmaßnahme, als bei uns die Sozialpflichtversicherung für die bäuerlichen Betriebe eingeführt wurde. Wenn es auch nicht möglich ist, Einzelangaben zu machen, so weiß jeder, daß die Bedingungen für diese Sozialversicherung in der letzten Zeit zugunsten der Versicherungsnehmer geändert worden sind. Jedenfalls darf diese Regelung im Rahmen unserer Unterhaltung nicht unerwähnt bleiben.

Von großer Bedeutung für unsere bäuerlichen Betriebe ~~überhaupt~~ ist auch das Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft in der Landwirtschaft vom 12.2.1949. Während früher die landwirtschaftliche Arbeit als die minderwertig-

- 38 -

ste und deshalb schlecht bezahlteste galt, ist es durch entsprechende Maßnahmen möglich geworden, hier eine grundlegende Wandlung zu erzielen. Außerlich gesehen war es zunächst eine Belastung für die auf fremde Arbeitshilfe angewiesenen bäuerlichen Betriebe, als die Landerbeitertarife den übrigen Arbeitertarifen angeglichen wurden. Dies bedeutete oft eine Verdoppelung der geldlichen Ausgaben. Und trotzdem war auch dies eine Sicherungsmaßnahme für unsere landwirtschaftliche Produktion. Die Anforderungen der Industrie an menschliche Arbeitskraft werden unaufhaltsam zunehmen. Früher war es nicht verwunderlich, wenn die besten Kräfte vom Land fortstrebten. Im allgemeinen Interesse mußte dies verhindert werden; andernfalls würden alle größeren bäuerlichen Betriebe zur Extensivierung ihrer Bewirtschaftung, d.h. zur Einschränkung ihrer Produktion, gezwungen. Wenn es in einzelnen Fällen bisher noch nicht gelungen ist, den notwendigen Ausgleich auf der Einnahmenseite zu schaffen, so müssen und werden auch hier die notwendigen Lösungen gefunden werden. Alle bisherigen Maßnahmen unserer Regierung rechtfertigen das bedingungslose Vertrauen, daß auf die Dauer keinem Wirtschaftszweig, also auch nicht der Landwirtschaft, eine Verlustwirtschaft zugemutet wird. Eine solche Entwicklung könnte sich immer nur zum Nachteil der gesamten Volkswirtschaft auswirken. Es gibt heute in unserer demokratischen Wirtschaftsordnung aber niemand, ⁺ der aus egoistischen Überlegungen ein Interesse daran haben könnte, auf Kosten des einen oder anderen Berufsstandes zu wirtschaften. ++)

+)insbesondere keinen Konkurrenzkonzern, am Ende noch mit ausländischen Verbindungen,

++)Denken wir an die Lebensmittelimporte in Westdeutschland ohne Rücksicht auf die Existenz der westdeutschen Bauern, denken wir an die eigenartigen Kohlenexporte und Importe

Weiterhin sind folgende Einzelmaßnahmen beachtenswert: Die Neuregelung zur Durchführung von Bodenuntersuchungen. Während früher eine Bodenuntersuchung bis zu 30,- bis 35,- DM gekostet hat, konnten die Kosten durch Vereinfachung der Organisation und des Verfahrens für eine Bodenprobe auf 2,50 DM festgesetzt werden. Der für die Steigerung der Erträge notwendige Pflanzgutwechsel war

- 39 -

de erleichtert und verbessert, indem die Rücklieferung von Tausch-
gut aus großen Teil in Portfall kommen konnte. Durch diese Regu-
lung, ebenso durch die besondere Ermäßigung des Getreideabliefe-
rungssolls für die bäuerlichen Betriebe von 10 bis 15 Hektar, ge-
langen diese in die vorteilhafte Lage, mehr Vieh zu füttern und
durch vermehrten Verkauf freier Produkte ihre Finanzen aufzubessern.

Auch die Gründung der VVEAB, der staatlichen Erfassungs- und Auf-
kaufbetriebe, muß als eine Förderung der Landwirtschaft angesehen
werden. Die Erfassung war auf Grund der damit verbundenen umfang-
reichen zusätzlichen Arbeiten gegenüber den Vorkriegsverhältnissen
bei weitaus den meisten Genossenschaften zu einer Verlustursache
geworden. Außerdem hatten die oft schwierigen Verhältnisse in den
ersten Nachkriegsjahren dazu Veranlassung gegeben, das Einverneh-
men zwischen den Genossenschaften und ihren bäuerlichen Betrieben
zu verschlechtern. Wenn also den Genossenschaften durch die Ein-
schaltung der VVEAB eine finanzielle Entlastung zuteil wurde, so
ist dies gleichzeitig den bäuerlichen Betrieben indirekt zugute
gekommen.

Nach Erörterung einer Reihe von Einzelmaßnahmen wenden wir uns
jetzt wieder einer grundlegenden und umfassenden Maßnahme unserer
Regierung zu. - Das am 8. Februar 1950 erlassene Gesetz über die
Maßnahmen zur Erreichung der Friedenshektarerträge fällt zeitlich
ungefähr mit dem Gesetz zur Gründung der Deutschen Bauern-Bank zu-
sammen. Das Gesetz zur Erreichung der Friedenshektarerträge gibt
in allen seinen Einzelheiten nochmals den entscheidenden Impuls,
um noch im gleichen Jahr nach Möglichkeit überall die Friedens-
hektarerträge sicherzustellen und setzt damit sozusagen den Schlus-
strich unter die erste Phase der Entwicklung unserer landw. Produk-
tion. Diese Entwicklung hatten wir in zwei Abschnitte geteilt, so
daß alle anschließenden Maßnahmen bei der Überwiegenden Anzahl
unserer bäuerlichen Betriebe nicht nur mehr ihre eigene Festigung
bzw. Sicherung ihrer Produktion, sondern eine Steigerung ihrer
Produktion bezwecken.

Das genannte Gesetz verlangt von unseren Bauern die letzten An-
strengungen, um nach Aufhebung der ersten Rationierungen auch in
kürzester Frist die Aufhebung der Rationierung für Fleisch, Fett
und Zucker zu ermöglichen.

Zur Unterstützung der Bauern bei dieser schwierigen Aufgabe wur-
den zahlreiche Einzelmaßnahmen angeordnet. Angefangen von der Ver-

Besserung der MAB-Arbeit über die verstärkte Industriehilfe und die weitere Ausdehnung der landw. Anbauflächen, der Förderung des Zwischenfruchtanbaues, der Wirtschaftsberatung, der weiteren Verbesserung der Düngerversorgung bis zur Saatgut- und Futtermittelversorgung usw. usw. ist auch hier wieder eine direkte Finanzhilfe eingebaut worden.

In diesem Fall handelt es sich um die Ihnen bekannte Zinsverbilligung für den Düngemittelbezug und die Düngemittelleinlagerung unter Inanspruchnahme von genossenschaftlicher Kredithilfe. Im Zusammenhang damit ist auch die Bereitstellung von Kreditmitteln für die Errichtung von Düngerschuppen durch die Deutsche Bauern-Bank angeordnet worden. Diese Maßnahmen haben - außer für unsere bäuerlichen Betriebe und die Genossenschaften - eine außerordentliche Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft. Während früher der Bauer den Dünger immer erst dann kaufte, wenn er ihn brauchte, so muß er heute dazu erzogen werden, daß er - sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind - nach Kräften dazu beiträgt, den planmäßigen Ablauf unserer Volkswirtschaft zu unterstützen. Um einen ungestörten Ablauf unserer Transportaufgaben während des ganzen Jahres zu ermöglichen, ist es notwendig, die Produktion unserer Düngelfabriken in ungefähr gleichen monatlichen Mengen abzutransportieren. Soweit der Bauer den Dünger nicht abnimmt oder abnehmen kann, muß daher die Genossenschaft eingeschaltet werden, die die nicht unterzubringenden Düngermengen zu Vorzugsbedingungen einlagern muß.

In den Durchführungsbestimmungen vom 30.1.1951 ist in Zusammenhang mit der Neuorganisation der Genossenschaften die Übertragung wichtiger Aufgaben, insbesondere der Wirtschaftsberatung auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften, geregelt worden. Diese Neuregelung hat schon zu zahlreichen Diskussionen Anlaß gegeben. Dabei wird leider zu oft der Fehler gemacht, daß die vorgeschriebene Umorganisation unüberlegt, d.h. planlos und überstürzt durchgeführt wird. In den meisten Fällen vergessen die verantwortlichen Funktionäre unverständlicherweise dabei das Rechnen. "Unverständlicherweise" kann man zu Recht sagen, weil eine Genossenschaft genausowenig wie eine Verwaltung, ein volkseigener Betrieb oder eine Einzelperson wie Sie oder ich niemals mehr ausgeben darf als sie voraussichtlich einnehmen wird. Wenn man also einen Genossenschaftsapparat aufbaut, muß man die Voraussetzungen für seine Lebensfähigkeit schaffen. Man muß seinen Geschäftsbereich, d.h. die seinem Wirkungsbereich als Grundlage dienende Wirtschaftsfläche aller bäuerlichen Mitglieder, so bemessen, daß ausreichender Umsatz die erforderliche Rentabilität gewährleistet. Erst danach kann man den Mitarbeiterstab bemessen.

Wir müssen also vermeiden, wie der Bauer sagt, das Pferd beim Schwanz aufzukümmern.

Während wir uns bisher überwiegend mit den Maßnahmen der Vergangenheit beschäftigt haben, wenden wir uns jetzt den vor uns liegenden Aufgaben zu. Die finanzielle Lage in unserer DDR hat sich inzwischen soweit gefestigt, die Materiallage und die darauf aufbauende Industrieproduktion konnte soweit gebessert werden, daß der Deutschen Bauernbank allein aus dem Haushalt nahezu rd. 50 Millionen DM Kapital zur Verfügung gestellt werden konnten, das ebenfalls überwiegend unserer Landwirtschaft für Investitionszwecke, d.h. also zur weiteren Steigerung der Produktion, dienen soll. Darüber hinaus konnten zur Bereinigung der in der Vergangenheit entstandenen Genossenschaftsschulden die ersten Beträge für die Genossenschaftssanierung eingeplant werden.

Zusammen mit der Umorganisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist ihre finanzielle Gesundung mit einer der wichtigsten Voraussetzungen für die ordnungsgemäße Durchführung ihrer vielseitigen neuen Aufgaben. Die gesamten Aufgaben unserer bäuerlichen Handelsgenossenschaften werden in einem besonderen Referat besprochen, so daß wir uns in folgenden jetzt nur noch mit den Aufgaben zu beschäftigen brauchen, soweit sie finanzieller Natur sind und die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zum Ziel haben. Wir haben die Arbeit unserer Genossenschaften schon laufend berührt. Soweit sie auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft liegen, handelt es sich ja hauptsächlich um die Erledigung der laufenden Geldgeschäfte der Bauern und um die Befriedigung der verschiedenartigen Kreditbedürfnisse. Wir alle, die wir im Genossenschaftswesen tätig sind, haben dabei selbstverständlich die Verpflichtung, ebenfalls alles zu tun, dem Bauern die Unterstützung zuteil werden zu lassen, die er zur Erfüllung seiner Produktionsverpflichtungen benötigt. Dazu gehört, daß wir uns zunächst die hierzu erforderlichen Kenntnisse aneignen und im übrigen unsere tägliche Arbeit damit exakt, pünktlich und zuvorkommend ausführen, daß kein Bauer mehr auf dem Gedanken kommt, er könnte anderweit besser bedient werden.

- 42 -

Dann werden wir auch dahin gelangen, daß alle Bauern in unserem Geschäftsbereich ausnahmslos Mitglied bei unserer Bäuerlichen Handelegenossenschaft werden und künftig nur noch auf ihre Genossenschaft schwören. Geschäftsführer und sämtliche Angestellten einer Bäuerlichen Handelegenossenschaft müssen den Bauern vielseitig beraten können, sie müssen ihn auch aufklären, damit er alle Maßnahmen richtig versteht, wenn sie ihm zunächst auch manchmal un- bequem erscheinen. Im Gesamtinteresse muß er seine eigene Wirtschaftsführung danach einrichten.

Das bedeutet im einzelnen für uns, daß wir alle seine Zahlungs- und Berweisungsaufträge, insbesondere zum Beispiel die Gutschrift seiner VVCSAB-Erlöse, ohne Zeitverlust unter Einhaltung des Abkommens über seine Benachrichtigung usw. ausführen. Der Bauer muß sich völlig darüber klar werden, weshalb er seine Geschäftsanteile schleunigst voll einzahlen muß, weshalb er ausschließlich seine Geschäfte mit seiner Genossenschaft machen muß und gegebenenfalls auch bei seiner Genossenschaft seine Spargelder anlegt, weil ihm letzten Endes seine Genossenschaft auch nur ihre uneingeschränkte Hilfe gewähren kann, wenn sie durch vorbehaltlosen Zusammenhalt aller Mitglieder stark und unabhängig geworden ist.

Im Vordergrund wird bis auf weiteres die Kredithilfe stehen. Die einwandfreie und risikolose Bearbeitung und Ausgabe des Kredites wird in Zukunft ganz besondere Anforderungen an unsere genossenschaftlichen Mitarbeiter stellen. Die gesamte Kredithilfe soll unbedingt der Produktionssteigerung dienstbar gemacht werden. Dazu gehört auch, daß die Bauern das unbedingte Vertrauen gewinnen, daß nur die Genossenschaften und mit ihnen die Deutsche Bauern-Bank die Organisation darstellen, die ihnen in jedem Fall die notwendige Unterstützung gewähren können. Die Deutsche Bauern-Bank hat im Hinblick auf die zu erwartende Entwicklung der Ausgabe von mittel- und langfristigen Krediten an die bäuerlichen Betriebe besondere Bedeutung beigemessen. Die allgemeinen Aufgaben der Deutschen

- 43 -

- 43 -

Bauern-Bank und auch ihre vorläufigen Kreditrichtlinien darf ich als inzwischen bekanntgeworden voraussetzen. Wir rufen uns daher nur noch einmal ins Gedächtnis, auf welche Art und Weise die Deutsche Bauern-Bank, und zwar mit Hilfe der bäuerlichen Handelsgenossenschaften, durch diese Kreditrichtlinien sicherstellen will, daß künftig keine Gelder mehr fehlgeleitet werden, sondern ausschließlich und unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Dienste der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung Verwendung finden. Um dies Ziel zu erreichen, ist

- 1) der Kreis der Kreditnehmer genau festgelegt werden.
- 2) für jede Kreditart ist der Verwendungszweck bis ins einzelne vorgeschrieben.
- 3) Da zuviel Kredit meist mehr Schaden anrichtet als zu wenig, ist die Kredithöhe unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit, der voraussichtlichen Umsatzzahlen und der Betriebswerte, die selbstverständlich mit Ausnahmen immer in einem gewissen Verhältnis zueinander stehen, begrenzt worden, soweit die bäuerliche Handelsgenossenschaft allein darüber zu entscheiden hat.
- 4) Alle über die für die BHG gesetzte Grenze von 5.000,- DM für den mittelfristigen und 10.000,- DM für den langfristigen Kredit hinausgehenden Kreditanforderungen sowie die Entscheidung über besondere Spezialfälle hat sich die Deutsche Bauern-Bank vorbehalten. Wichtig ist die weitgehende Einschaltung der VdGB in die Kreditgewährung und das einheitliche Prüfungsverfahren sowie die anschließende Kreditüberwachung bis zur vollständigen Rückzahlung.
- 5) Zur Gewährleistung des mit der Kredithergabe beabsichtigten Zwecks ist unter Umständen die Erteilung von Auflagen vorgesehen.
- 6) Die Kreditausszahlung wird überwacht, indem das Geld nur an Lieferanten oder sonstige Forderungsberechtigte ausgezahlt wird und nicht dem Kreditnehmer zur freien Verfügung steht.

Ehe wir uns im einzelnen mit der zur Verwirklichung der oben geschilderten Regelung vorgesehenen Arbeitsorganisation durch die Deutsche Bauern-Bank befassen, erscheint es zweckmäßig, noch schnell einige finanzielle Maßnahmen unserer Regierung aus der neuesten Zeit zu besprechen, in deren Durchführung zum Teil bereits die Deutsche Bauern-

- 44 -

Bank und die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften miteingeschaltet worden sind und bei welcher Gelegenheit bereits die ersten Erfahrungen gesammelt werden konnten.

Als das Wichtigste ist das umfassende Gesetz zur Entschuldung und zur Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern vom 8.9.1950 zu nennen. Als seinerzeit die Ausgabe der ersten Neubauern-Baukredite vorbereitet wurde, sind zahlreiche Stimmen laut geworden, die eine Art Lastenausgleich verlangten, weil ja eine ganze Anzahl von Neubauern nicht nur das Land, sondern auch Inventar und sogar Gebäude umsonst bekommen hatten, während die Mehrzahl nun auf eigene Kosten bzw. unter Zuhilfenahme von Kredit auf eigenes Risiko sich die fehlenden Gebäude beschaffen sollte. Letztere wurden dadurch selbstverständlich wesentlich schlechter gestellt. Diese Stimmen hatten dabei für sich, daß es erfahrungsgemäß kaum möglich erschien, von einem Neubauern auf 5 - 10 ha Fläche ~~spannend~~ eine Tilgung von 10 - 20.000,- DM Kredit zu erwarten. Ebensowenig war es vertretbar, von einem bereits eingesetzten Neubauern nachträglich eventuell eine Bezahlung der übergebenen Gebäude oder des Inventars zu verlangen. Die verantwortlichen Vertreter der Organisation und der Verwaltungen haben glücklicherweise diesem Problem keine unnötigen Kopfschmerzen gewidmet. Sie haben rechtzeitig erkannt, daß es in erster Linie darauf ankam, keine Zeit zu verlieren, sondern überhaupt erst einmal zu bauen, um die Produktionsgrundlagen zu schaffen. Trotzdem galt es, noch viele Schwierigkeiten zu überwinden, insbesondere bei vielen Bauern auch ein gewisses Mißtrauen zu beseitigen, das darin zum Ausdruck kam, daß viele fragten: "Werde ich ^{das Land} überhaupt behalten und kann ich ^{alles} ~~es~~ jemals/bezahlen?"

Der einzige Anreiz, der gegeben werden konnte, war, daß die Kredite verhältnismäßig billig und unter Übernahme der Bürgschaft der Landesregierungen zur Verfügung gestellt wurden. Im Übrigen galt es, sich jeder kommenden Entwicklung und allen Möglichkeiten elastisch anzupassen, wobei grundsätzlich davon ausgegangen wurde, daß ein

fleißiger und fortschrittlicher Neubauer im Fall einer unverschuldeten Zahlungsunfähigkeit niemals den Gerichtsvollzieher zu fürchten braucht. Unsere demokratische Gesellschaftsordnung wird bestimmt keinen ihrer Anhänger, der im Übrigen seine Verpflichtungen erfüllt hat, im Stich lassen oder gar die Existenz zerstören, wie dies zahlreichen Siedlern während des vergangenen Regimes leider widerfahren ist.

Die Bautätigkeit wurde von Jahr zu Jahr in zunehmendem Umfang mit allen Mitteln gefördert, so daß jeder Bauer, der selbst das nötige Interesse daran gehabt hat, inzwischen sein Gehöft errichten konnte.

Die Kredithilfe hatte im Jahre 1950 bereits die Grenze von 650 Millionen DM überschritten, die dann allerdings durch das in Frage stehende Gesetz auf nahezu die Hälfte reduziert worden ist. Die Entwicklung hat jedenfalls den tatkräftigen und vertrauensvollen Bauern nicht nur Recht gegeben, sondern ihn insofern noch besonders belohnt. Zu ergänzen ist noch, daß inzwischen bereits einmal die Möglichkeit geschaffen wurde, überhöhte Preisforderungen von Baumeistern und Handwerkern nachträglich zugunsten des bäuerlichen Kreditnehmers zu korrigieren. Weiterhin wurden alle zur Zeit der Währungsreform bereits ausgegebenen Neubauern-Baukredite im Verhältnis 1 : 5 zugunsten der Bauern abgewertet.

Schließlich ist bei dieser Gelegenheit noch nachzuholen, daß etwa 1948 oder 1949 eine Verfügung herausgegeben wurde, nach welcher der Kaufpreis von einem Jahresertrag für das Land je nach dem Ausmaß der vorzeitigen Rückzahlung um 3 - 10 % zu kürzen war. Dies bedeutete nicht nur eine finanzielle Entlastung für den Bauern, sondern vielmehr auch einen Anreiz, um die Voraussetzungen für die Aufnahme neuen Kredites für den weiteren Aufbau zu erfüllen.

Nachdem die überplanmäßige industrielle Produktion, ebenso natürlich auch die im allgemeinen in der Landwirtschaft erfüllten Anbau- und Viehvermehrungspläne die erforderlichen, 1945 und 1946 noch völlig unübersichtbaren Voraussetzungen geschaffen hatten, konnte die Volkskammer die

großzügige Entschuldung unserer Neubauern und auch der Altsiedler beschließen und gleichzeitig eine Reihe weiterer finanzieller Förderungsmaßnahmen verfügen. Der Inhalt dieses Gesetzes dürfte in diesem Kreise im großen ganzen bekannt sein. Immerhin ist die Bedeutung dieses Gesetzes so groß, daß ein Verzicht auf die Wiedergabe wenigstens der wichtigsten ~~Thema~~ Punkte nicht zu vertreten wäre. Hervorsuheben ist, daß die materiellen Vergünstigungen gerade dieses Gesetzes auch ideale Auswirkungen haben werden, die keinesfalls zu unterschätzen und die uns die Garantie dafür sind, daß die damit beabsichtigte Hilfe der Gemeinschaft auch einmal ihre Früchte für alle tragen wird.

Der Abschnitt A hat die soeben erläuterte Kürzung aller Neubauern-Baukredite um 50 % zum Inhalt. Die Entschuldung der Neubauernhöfe kann/^{heute}im allgemeinen als abgeschlossen angesehen werden.

Der zweite Abschnitt B verschafft auch allen ländlichen Siedlern und Anliegersiedlern aus der Zeit vor 1945 die gleiche Erleichterung, indem alle Restschulden aus Hypotheken und Renten ebenfalls um 50 % gekürzt werden. Außerdem ist die ^{verbleibende} Verschuldungssumme künftig nicht - wie oft vereinbart - mit 4 oder 5 % Zinsen zuzüglich Tilgung, sondern nur noch mit 3 % Zinsen und 1 % Tilgung auszustatten, genau wie die Neubauern-Baukredite. Alle sonstigen eventuell noch laufenden Verträge oder Sonderabmachungen aus der Zeit vor 1950 wurden für ungültig erklärt.

Im dritten Abschnitt C wird die Kredithilfe für Zwecke des Wiederaufbaus kriegszerstörter Gebäude in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben geregelt. Diese Aufgabe ist ^{schon} der Deutschen Bauern-Bank übertragen worden.

Die näheren Bedingungen interessieren in diesem Zusammenhang nicht. Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Abschnitt des Gesetzes unterstützen die Bauern-Bank in ihrer Absicht, jede Kreditgewährung zu tragbaren Bedingungen und bevorzugt bei jedem Betrieb individuell im Interesse seiner Produktionsförderung durchzuführen.

Am gleichen Tag wurde das Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der DDR erlas-

sen. Wie schon hier erwähnt, ist bekanntlich die Lage der Umsiedler in Westdeutschland katastrophal und hoffnungslos. In der DDR haben die verantwortlichen Stellen alles getan, was in ihrer Macht stand, das Los der Umsiedler zu verbessern und sie unterschiedslos in unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung einzugliedern. Dazu war notwendig, ihnen bevorzugte Hilfe angedeihen zu lassen. Selbstverständlich konnte dies gegenüber den beschränkten Möglichkeiten bisher nicht immer in genügendem Umfang durchgeführt werden. Dieses Gesetz erfüllt die Voraussetzungen, das bisher Versäumte nachzuholen. Insbesondere können danach Neubauern-Umsiedler entsprechend ihrer Bedürftigkeit einen zinslosen Kredit bis zu 5.000,- DM zusätzlich zu den bisherigen Kredithilfen erhalten. Insgesamt 25 Millionen sind für diesen Zweck bereitgestellt worden. Außerdem können die bedürftigsten Neubauern-Umsiedler zu festen Preisen insgesamt 10.000 Milchkuhe erhalten. Die notwendigen Mittel werden von der Deutschen Investitionsbank über die Bauern-Bank den Genossenschaften zur Verfügung gestellt. Auch diese Darlehen werden zinslos gewährt und können in drei Jahresraten zurückgezahlt werden.

In den Durchführungsbestimmungen ist vorgesehen, daß die Lieferanten dieser Kühe neben dem Kaufpreis einen Zuschuß, d.h. eine Prämie aus der Staatskasse, in Höhe von 300,- DM je Kuh erhalten. - Schließlich werden den Umsiedler-Bauernwirtschaften in den Jahren 1951 und 1952 noch besondere Vergünstigungen bei der Ablieferung ihrer Erzeugnisse eingeräumt. -

Für bedürftige Neubauern-Umsiedler sowie auch für Witwen und Invaliden kann das Ablieferungssoll bis auf 50 % reduziert werden. Auch alle weiteren Vergünstigungen von Seiten der MAS und andere tragen wiederum dazu bei, die finanzielle Situation auch der schwächsten Betriebe weiter zu verbessern und allmählich zu normalisieren.

Wir haben schon kurz die Tatsache gestreift, daß bei einer derart gewaltigen und umfassenden Aktion wie dies die Bodenreform darstellt, insbesondere unter Berücksichtigung des unvermeidlichen Tempos und der allgemeinen

- 48 -

Verhältnisse, durch die notwendigen Umorganisationen und Personaländerungen in allen Verwaltungsdienststellen und Organisationen so manche Fehler nicht verhindert werden konnten. Früher oder später mußte sich das Gute vom Schlechten trennen bzw. müssen noch bestehende Unsäglichkeiten beseitigt werden. Der bei uns in der DDR bestehende Mangel an Arbeitskraft, insbesondere auch an qualifizierten landwirtschaftlichen Fachkräften, gestaltet die notwendige Bereinigung in der Landwirtschaft etwas schwierig. Bei den bereits erlassenen und noch zu erwartenden Maßnahmen handelt es sich daher zum großen Teil um Übergangsregelungen.

Eine solche ist auch die Verordnung über die zur Zeit nichtbewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzflächen. Daß diesen Dingen ohne falsche Scham in die Augen gesehen wird und in aller Öffentlichkeit die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, dürfte für manche böswilligen Kritiker und unsere wirtschaftlichen und politischen Gegner gerade ein Beweis dafür sein, daß diese Dinge am Ende gar nicht so große Bedeutung haben, wie man ihnen gar zu gern beilegen möchte. Selbstverständlich bedingen lokale Verhältnisse, wie wir sie in den ertragsärmeren Gegenden oft finden, daß die Schwierigkeiten ~~generell~~ ^{danach allgemein} überschätzt werden. Wenn dort im Vergleich zu der Gesamtfläche einige tausend Hektar nichtbewirtschaftete Flächen zusammengezählt werden, so bedeutet das gegenüber den Millionen Hektar, die wir 1945 aufgeteilt haben, doch immer nur einen ganz verschwindend kleinen Prozentsatz, den man nur dann richtig würdigen kann, wenn man die vorgenannten Schwierigkeiten bei der Durchführung der Bodenreform gebührend würdigt. ⁺ Vielmehr können wir anhand der außergewöhnlichen Vergünstigungen, die den zur Übernahme dieser herrenlosen Flächen ~~der~~ ^{dieser herrenlosen Flächen} Bewirtschaftung/bereitwilligen Bauern gewährt werden, ermessen, wie stark die gesamte übrige Produktion unserer bäuerlichen Betriebe inzwischen geworden ist; denn nur deren Leistung gestattet es, den mit der Vergünstigungsgewährung verbundenen Anfall auszugleichen. Abgesehen davon, daß alte auf diesen herrenlosen Flächen

+)Tatsache ist, daß sich weitaus der größte Teil der Neubauernbetriebe durchaus günstig entwickelt hat.

- 49 -

finanzielle ruhende/Verbindlichkeiten von dem neuen Bewirtschafter nicht übernommen zu werden brauchen, werden auch sämtliche Ablieferungsrückstände erlassen und in den nächsten Jahren Ermäßigungen von 50 - 70 %, im zweiten und dritten Jahr noch von 20 - 50 % gewährt. Schließlich gewährt die MAS eine Gebührenermäßigung und die Deutsche Bauern-Bank hat die Verpflichtung einer zusätzlichen Kredithilfe übertragen bekommen. Diese muß angesichts der übrigen Vergünstigungen selbstverständlich begrenzt werden, und zwar auf höchstens 100,- DM je Hektar, insgesamt 1.000,- DM. Das schließt jedoch nicht aus, daß Saatgut und Dünger ebenfalls kreditiert werden. Diese Kredite müssen selbstverständlich aus der ersten Ernte abgedeckt werden, während der Zusatzkredit der Deutschen Bauern-Bank mittelfristig ist, dessen Rückzahlung erst mit dem zweiten Jahr nach der Auszahlung beginnend / auf zwei gleiche Jahresraten verteilt werden kann.

Alles in allem haben uns die zahlreichen Maßnahmen unserer Regierung und der zuständigen Organisationen gezeigt, daß alles getan wird, um unseren bäuerlichen Betrieben die finanziellen Hilfsmaßnahmen angedeihen zu lassen, die sie in die Lage versetzen, ihren Anteil an der Erfüllung des Fünfjahresplanes durch entsprechende Steigerung ihrer Produktion zu übernehmen. Was beweisen uns aber weiterhin gerade die in der letzten Zeit getroffenen Maßnahmen?

Sie lassen erkennen, daß alle verantwortlichen Stellen die wirtschaftliche Entwicklung in der Landwirtschaft sorgfältig beobachtet haben und immer tatkräftig und praktisch helfen und fördernd eingegriffen haben, um unseren Bauern den unabhängigen und freien Besitz ihres Hofes zu sichern und ihnen damit eine freie Entfaltung der Wirtschaftskraft ihres Hofes zu ermöglichen. Alle andere gearteten Gerüchte, insbesondere das von der doch einmal beabsichtigten Kollektivierung unserer bäuerlichen Betriebe, können doch gar nicht besser widerlegt werden. Wäre dies

tatsächlich beabsichtigt, wäre es doch gar nicht leichter als auf dem Wege über die Verschuldung zu erreichen. Man ginge also einen völlig falschen Weg, indem die Neubauern und die Altsiedler entschuldet werden und die Deutsche Bauern-Bank durch sorgfältige Handhabung der Kreditgewährung einer unwirtschaftlichen Verschuldung unserer Bauern vorbeugt.

Indem wir damit die Betrachtung der wichtigsten gesetzlichen Maßnahmen zur Festigung und Stärkung unserer bäuerlichen Betriebe abschließen wollen, gehen wir zur Erörterung der künftig geplanten Tätigkeit der Deutschen Bauern-Bank und der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften für eine richtige Handhabung der ^{mittel- u. langfristigen} Kredithilfe über, um die damit beabsichtigte Produktionssteigerung sicherzustellen. Wenn wir uns eine Vorstellung von den wahrscheinlich in den nächsten Jahren zu erwartenden Kreditanforderungen machen wollen, müssen wir davon ausgehen, daß unsere Bauern nicht nur das durch den Krieg direkt zerstörte wieder aufzubauen haben, sondern daß sie bereits zugunsten der Rüstungswirtschaft vor 1939 und während des ganzen Krieges weitgehend auf Kosten ihrer Substanz wirtschaften mußten. Alles das muß nachgeholt werden. Wieviele Inventurergänzungen, wieviele Gebäudereparaturen und -ergänzungen und -ersatz mußten unterbleiben. - Infolge mangelhafter Anspannung und ausreichender animalischer Düngung ist der Kulturzustand stark zurückgegangen. Viele Dränagen sind noch unwirksam und so manche Wiese und Weide muß noch neu angesät werden. Zur Bewältigung aller dieser Aufgaben hatten die Bauern bisher weder ausreichend eigene Mittel noch konnte ihnen der hierzu erforderliche Kredit gewährt werden. ^{+) Die vorhandenen Kreditmittel waren in erster Linie} der kurzfristigen Kreditversorgung vorbehalten. Einmal zum Schutz der Währung, zum anderen mit Rücksicht auf die vorhandene Warendecke mußte die Kreditausgabe nach der Währungsreform sorgfältig geplant werden. Deshalb war es bisher auch kaum möglich, in größeren Umfang mittel- und langfristige Kredite auszugeben. Wenn dies aus kurzfristigen Einlagen bzw. entsprechender Refinanzierungshilfe geschehen ist, bedeutete dies einen Verstoß gegen die geltenden Richtlinien und war nicht zulässig.

+) Schließlich fehlten auch Material und Arbeitskräfte.

Wie schon erwähnt, hat die Deutsche Bauern-Bank sich auf den kommenden Kreditbedarf an mittel- und langfristigen Krediten vorbereitet. Das bedeutet im großen gesehen eine Ausweitung des gesamten Kreditvolumens, das bedeutet weiterhin zunächst eine Zunahme der Verschuldung bei unseren bäuerlichen Betrieben. Wenn man sich über diese Entwicklung völlig klar ist, wird man verstehen, weshalb die Deutsche Bauern-Bank bei der Bearbeitung der mittel- und langfristigen Kreditanteile künftig von den bäuerlichen Handelsgenossenschaften, die die unmittelbare Verbindung zu dem letzten Kreditnehmer herstellen sollen, ganz besondere Sorgfalt verlangen muß. Dies ist notwendig, um nicht nur Ausfälle bzw. Verluste zu Lasten der Allgemeinheit zu vermeiden, sondern auch eine Überschuldung unserer bäuerlichen Betriebe zu verhindern und insbesondere eine volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich richtige und sinnvolle Verwendung dieser Kreditmittel sicherzustellen. Das wäre der eine Gesichtspunkt. Auf der anderen Seite wissen wir, daß unsere Genossenschaften schon bisher ~~schon~~ den Anforderungen für eine einwandfreie Handhabung des kurzfristigen Kreditgeschäftes vielfach nicht genügt haben. Wenn wir uns demgegenüber vergegenwärtigen, daß vor dem Krieg schätzungsweise 20, vielleicht 30 Großbanken, Banken und Lokalbanken, auch Privatinstitute, sich damit beschäftigt haben, landwirtschaftlichen Betrieben mittel- und langfristige Kredite zur Verfügung zu stellen (Rentenbanken, Siedlungsbanken, genossenschaftliche Hypothekenbank, Landschaften, landwirtschaftliche Banken, ritterschaftliche Banken, Landeshypothekenbanken, Landeshilfeskassen, Depositen- und Wechselbanken, Deutsche Industriebank, Volksbanken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Reicherversicherungsanstalt für Angestellte usw. usw.) und was diese Banken auf Grund ihrer Geschäfte für einen Angestelltenapparat, insbesondere einen Stab von landwirtschaftlichen Sachverständigen unterhalten haben, so möchte man fast bezweifeln, daß in Zukunft einzig und allein unsere bäuerlichen Handelsgenossenschaften in der Lage sein werden, die an sie tretenden Aufgaben zu bewältigen. Die Deutsche Bauern-Bank hat daher vorgesehen, ihren eigenen Apparat bis in

die Kreise hinein durch Kreisstellen zu erweitern, bei denen sich sehr wahrscheinlich die Bearbeitung des mittel- und langfristigen Kredites konzentrieren wird. Während die Rückzahlung eines kurzfristigen Kredites bei der BHG durch deren Einschaltung in den Geldkreislauf des Bauernbetriebes und durch das gesetzliche Pfandrecht verhältnismäßig einfach und sicher gewährleistet war, sind trotzdem viele Kredite notleidend geworden und in der Folge auch die Genossenschaften selbst in Schwierigkeiten geraten. Sie haben in sehr vielen Fällen die zweckbestimmte Verwendung nicht ausreichend überwacht. Sie haben die Kreditfähigkeit des einzelnen Betriebes vielfach überschätzt, indem sie versäumten, die Tragbarkeit des Kredites im Zusammenhang mit der Leistungsfähigkeit des Betriebes nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu prüfen.

Diese Überlegungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Deutsche Bauern-Bank die Verantwortung bei der Ausgabe mittel- und langfristiger Kredite nicht nur dem Kredit-sachbearbeiter als Bankfachmann allein überträgt, sondern hierbei wieder den landwirtschaftlichen Fachmann einschaltet. Dies liegt zweifellos auch im Interesse der bäuerlichen Betriebe selbst, daß in ihrem Spezialkreditinstitut auch der Bauer selbst durch einen landwirtschaftlichen Sachverständigen, und zwar nicht nur im Verwaltungsrat oder ^{in der} Revisionskommission, sondern im gesamten Arbeitsapparat wirksam vertreten ist.

In ihren Kreditrichtlinien hat die Deutsche Bauern-Bank die betriebswirtschaftliche Prüfung jedes Kreditantrages verankert. Die Richtigkeit dieser Maßnahme wird dadurch bestätigt, daß unabhängig von dieser Regelung unsere Regierung das gleiche Verfahren im Zusammenhang mit der Ausgabe der Wiederaufbaukredite lt. Verordnung vom 8.9.50 vorgeschrieben hat.

Es heißt dort in den Durchführungsbestimmungen vom 21.9.50 daß die Landesgenossenschaftsbanken vor jeder Kreditausgabe im Hinblick auf die geplante Kreditgewährung die Rentabilität des Wirtschaftsbetriebes nachzuprüfen haben. Diese

Forderung ist bei dieser Gelegenheit sehr wahrscheinlich auf Grund der Überlegung gestellt worden, daß ja die bereits vorhandenen Gläubiger mit ihren Rechten gegenüber dem Wiederaufbaukredit zurücktreten müssen, solange der Wiederaufbaukredit nicht getilgt ist und soweit die Leistungsfähigkeit des Betriebes nicht ausreichen sollte, weitere Beträge für Verzinsung und Tilgung aufzubringen. Es ist klar, daß die in Streitfällen vorgesehene Entscheidung über Zahlung oder Nichtzahlung von Zinsen und Tilgungsbeträgen an sonstige Gläubiger durch die vorgesehene Kommission nicht auf Grund oberflächlicher Beurteilung oder Schätzung erfolgen darf, weil andernfalls wahrscheinlich mit Prozessen und sonstigen unerfreulichen Folgeerscheinungen gerechnet werden muß. Es ist einleuchtend, daß ein bis zur üblichen Beleihungs-Grenze bereits belasteter Betrieb die sich daraus ergebenden Jahreslasten nicht herauswirtschaften kann, solange seine Produktionskraft durch unzureichenden Gebäudebesatz beeinträchtigt ist, zumal zum Beispiel fehlender Stallraum zur Folge hat, daß ungenügend Vieh gehalten wird, fehlender Scheunenraum verursacht Verluste am eingebrachten Erntegut oder auch am Streu- und Futterstroh oder beim eingelagerten Heu usw.

Die alten Hypothekenforderungen erhalten also durch die Hergabe des Wiederaufbaukredites überhaupt erst wieder einen Wert, weshalb ihnen ein Rücktritt gegenüber dem neuen Gläubiger grundsätzlich ohne weiteres zugemutet werden kann. Um aber die anfangs erwähnte Entscheidung fällen zu können, bedarf es brauchbarer beweiskräftiger Unterlagen. Diese Unterlagen müssen gelegentlich der Rentabilitätsprüfung erarbeitet werden.

Die Deutsche Bauern-Bank hat für diese vorbereitenden Arbeiten ein schematisches und auch ein spezielles Verfahren vorgesehen und eine besondere Arbeitsanweisung hierzu erlassen. Da Sie alle früher oder später auch mit diesem Verfahren zu tun bekommen werden bzw. unter Umständen schon gehabt haben, ist es notwendig, dies näher zu erörtern.

- 54 -

Zur Anweisung gehören ein Fragebogen, ein Beurteilungsbogen, ein Berichtsbogen und noch ein Hilfsformular. Bevor wir gemeinsam anhand dieses Formularsatzes die Überprüfung eines mittel- oder langfristigen Kreditantrages durchsprechen, erscheint es zweckmäßig, Ihnen einmal eingehend zu begründen, weshalb die Bearbeitung gerade so und nicht anders gehandhabt werden soll.

Gerade weil im Zusammenhang mit den ersten nach diesem Verfahren bearbeiteten Kreditanträgen von den verschiedensten beteiligten und unbeteiligten Stellen Einwände erhoben worden sind, müssen Sie wissen, daß alles für und wider reiflich und lange mit allen interessierten maßgeblichen Stellen, wie zum Beispiel den Ministerien der Finanzen, für Land- und Forstwirtschaft, dem Zentralverband der VdG und auch den politischen Parteien erörtert worden ist. Es ist bekannt, daß die Genossenschaften nicht nur reif arbeitsmäßig, sondern auch finanziell in jeder Beziehung stark in Anspruch genommen sind. Wenn sie also in die mittel- und langfristige Kreditgewährung eingeschaltet werden, ist selbstverständlich eine Beteiligung an der Bearbeitungsgebühr und auch an den Verwaltungskosten vorgesehen. Inwieweit die Sachverständigentätigkeit von den künftigen Kreisstellen übernommen werden wird, muß die Erfahrung lehren.

Um den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften einen Gesamtüberblick über die wirtschaftliche und finanzielle Lage ihrer Mitglieder und ihrer Kreditschuldner zu sichern, müssen sie unter allen Umständen eingeschaltet bleiben.

In Ergänzung der ~~eben~~ erwähnten allgemeinen Überlegungen möchte ich Ihnen nun die weiteren Gründe für die vorgesehene betriebswirtschaftliche Bearbeitung jedes mittel- und langfristigen Kreditantrages und die anschließende jährliche Berichterstattung jedes Schuldnerbetriebes auseinandersetzen. Wie schon gesagt, bedeutet die zusätzliche Beleihung mit längerfristigen Kredit eine erhöhte finanzielle Belastung des bäuerlichen Betriebes. Es kommt also darauf an, unter allen Umständen eine Überbelastung zu verhindern, weil diese früher oder später einen Kreditsturz zur Folge haben muß. Unsere Genossenschaften müssen diese

- 55 -

- 55 -

Verluste unter allen Umständen verhindern, weil sie zu Lasten unseres landwirtschaftlichen Kreditvolumens bzw. Vermögens gehen, denn die Regierungsbürgschaft, welche die Genossenschaften bei der Neubauernkreditgewährung vielleicht etwas verwöhnt hat, kommt für die künftige mittel- und langfristige Kreditgewährung an die übrigen bäuerlichen Betriebe nicht in Frage. Wie in vielen Fällen bereits eingetreten, würden sich die betreffenden Genossenschaften selbst in finanzielle Schwierigkeiten bringen. Es ist aber ausgeschlossen, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaft ^{es noch einmal} ~~immer wieder~~ Sanierungsforderungen auf Haushaltskonten stellen. Es ist zwar richtig, daß der Geschäftsführer einer bäuerlichen Handelsgenossenschaft seine bäuerlichen Mitglieder im allgemeinen am besten beurteilen kann. Diese Beurteilung stützt sich in erster Linie auf die durch den Geldverkehr bekanntwerdenden Umsätze, auf die pünktliche Erfüllung aller geldlichen Verpflichtungen gegenüber der Genossenschaft selbst sowie den Abgaben und Beiträgen kassierenden Dienststellen, den Handwerkern usw. Dieses Urteil genügt aber immer nur solange, wie die Kreditanspruchnahme eine bestimmte Grenze nicht überschreitet. Die Überschreitung dieser Grenze kann niemand im ^{entscheidenden} ~~günstigsten~~ Moment erkennen, solange er keine zahlenmäßige Begrenzung für Belastung und Leistungsfähigkeit des einzelnen Betriebes vor Augen hat. Andernfalls gäbe es keine Rechtfertigung für die zahlreichen Überschuldungsfälle. In der Regel setzt eine Überschuldung des bäuerlichen Betriebes nicht zuerst bei der Genossenschaft ein, weil der Bauer nicht von vornherein seinen Kredit dort gefährden will. Er nimmt vielmehr zuerst bei allen nur möglichen in Frage kommenden dritten Stellen wie Handwerkern, sonstigen Lieferanten, Behörden, Verwandten usw. in Anspruch. Demgegenüber ist es aber notwendig, daß in erster Linie die Genossenschaft über die finanzielle Entwicklung ihrer Mitgliederbetriebe genauestens unterrichtet bleibt. Deshalb muß auch sie allein trotz aller eingeschalteten weiteren Stellen endgültig über eine Kreditgewährung entscheiden, solange sie den Kredit aus eigenen Mitteln oder unter eigener Verantwortung geben soll; denn

- 56 -

- 56 -

nur sie wird letzten Endes für eventuell eingetretene Ausfälle verantwortlich gemacht.

Speziell für die Ausgabe der Wiederaufbaukredite ist zu beachten, daß die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften mit in der Kommission vertreten sind, die darüber zu entscheiden hat, ob ein mit seinem Rang und seinen Zinsforderungen hinter dem Wiederaufbaukredit zurückgetretener Gläubiger Zinsen erhalten soll oder nicht. Wenn auch durchaus berechtigt, so handelt es sich doch hier um einen weitgehenden Eingriff in bestehende, rechtlich begründete Vertragsverhältnisse. Daraus ergibt sich die unbedingte Forderung, derartige Entscheidungen auch einleuchtend zu begründen. Wie soll die VdG hierbei verfahren, wenn sie nicht sachdienliches Beweismaterial zur Verfügung hat, aus dem die Vermögensentwicklung des Schuldnerbetriebes zu ersehen ist. Derartige Entscheidungen können nicht allgemein oder nach Gutdünken getroffen werden. Um so verwunderlicher erscheint es daher zunächst, daß nicht nur Bauern und mit der Materie weniger vertraute Dienststellen gegen die von der Deutschen Bauern-Bank vorgeschriebene Rentabilitätsprüfung Einspruch erhoben haben, sondern selbst in verschiedenen Fällen auch Vertreter der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften. Obwohl man von diesen doch eine Urteilsfähigkeit darüber erwarten sollte, was unter einer Rentabilitätsprüfung zu verstehen ist. Soll diese Bezeichnung ihren Sinn behalten und praktischen Wert haben, so müssen sie entweder mit Hilfe wirtschaftlich begründeter Berechnungen durchgeführt werden oder es muß ihnen zumindest ein theoretisch vertretbares schematisches Verfahren abgerunde liegen. Da für die umfangreichen Aufgaben vorläufig wirklich fachlich befähigte Menschen in ausreichender Anzahl nicht zur Verfügung stehen, hat die Deutsche Bauern-Bank ein Verfahren ausgearbeitet, welches auch Nichtlandwirten die Möglichkeit gibt, einigermaßen vertretbare Rentabilitätsprüfungen durchzuführen. Unter anderem ist auch der Einwand erhoben worden, daß die Deutsche Bauern-Bank mit ihrem Fragebogen ein überholtes bürokratisches Verfahren aus der Zeit des kapitalistischen Systems wieder einführen will. Hierzu ist zu sagen, daß die Nutznieße der damaligen kapitalistischen Banken durchaus brauchbare

- 57 -

Methoden für die Beurteilung der Belastungs- und Leistungsgrenzen unserer bäuerlichen Betriebe angegearbeitet hatten. Sie waren doch keineswegs unfähig. Wenn man also auf die Erfahrungen früherer Zeiten aufbaut, ^{kann dies} ~~Kann dies~~ nicht immer ^{unter} ~~abgelehnt~~ werden. ^{den Urheber} ~~den Urheber~~ abgelehnt werden. ^{ist} ~~ist~~ Entscheidend/vielmehr ^{ist} ~~ist~~ **SAFARI**, wie man dieses Verfahren ausnutzt, d.h. welchem Zweck es dient. Wenn eine private oder eine Großunternehmerbank früher mit ganz besonderer Sorgfalt die Leistungsfähigkeit eines Betriebes vor Kreditgewährung geprüft hat, ^{im privaten Profitinteresse} ~~hat sie dieses getan, um sich bzw. ihre Nutznießer/einmal~~ vor jedem Verlust unbedingt zu schützen, andererseits aber, ⁺ um die Leistungsfähigkeit jedes Schuldnerbetriebes bis an die äußerste Grenze des Möglichen mit Zinsen für den eigenen Profit zu belasten, d.h. ihn auf das Äußerste auszunutzen. Das kennzeichnet besonders klar die Tatsache, daß in der größten Krisenzeit unserer jüngsten Vergangenheit, die uns als Osthilfe- und Schuldenregelungsperiode noch in Erinnerung ist, ausgerechnet die Industriebank sich bereit fand, der Landwirtschaft Kredite einzuräumen. Die Industriebank verwaltete seinerzeit Umlagegelder, welche die Industrie ^{aus dem Krieg 1914-18} ~~abzuführen~~ hatte. Abgesehen davon, daß die industriellen Unternehmer trotzdem noch gut verdient haben, wurden die festgelegten Umlagen nicht in voller Höhe für den gedachten Zweck benötigt. Auf der Suche nach einer günstigen Anlage für diese Überschüsse, es handelte sich im ganzen um etwa 600 Millionen DM, kam man auf den Einfall, diese in der Landwirtschaft nützlich anzulegen. Das geschah bekanntlich in der Weise, daß alle übrigen Gläubiger der Landwirtschaft, soweit sie nicht mündelweiser grundbuchlich eingetragen waren, ihre Forderungen aus diesen Industriegeldern ausgezahlt erhielten, nachdem sie um 50 % teilweise noch mehr gekürzt worden waren. ⁺ Wenn wir heute mit aller Gewissenhaftigkeit die Belastungs- und

+)**NAHH** Beleihungsgrenze eines bäuerlichen Betriebes ermitteln, ^{wohl ernsthaft vermuten,} ~~kann/nie~~ ~~niemand~~ ~~glaubt~~ ~~daß~~ ~~dabei~~ ~~ähnliche~~ ~~Ziele~~ ~~verfolgt~~ ~~werden.~~
 Bei diesen betroffenen Gläubigern handelte es sich zum größten Teil um kleine Privatleute, Handwerker usw., denn eine Bank ^{vorzuzug} ~~vorzuzug~~ nun einmal die erste Rangstelle.

genossenschaftliche Einlagen, d.h. eigene Mittel der bäuerlichen Betriebe, zum anderen um Gelder aus dem Haushalt, wie zum Beispiel das Eigenkapital der Deutschen Bauern-Bank bzw. um Gelder auf Grund ausgegebener Schuldverschreibungen, die letzten Endes alle aus Sparmitteln der gesamten Bevölkerung stammen und deren Ertrag lediglich nach Abzug der reinen Verwaltungs- und Bearbeitungskosten auch wieder dem Bauern bzw. der Bevölkerung zugute kommen. Es ist sicher bekannt, daß die Schuldverschreibungen der Länder, der Investitionsbank und künftig auch der Deutschen Bauern-Bank mit etwa 4 % Zinsen ausgestattet werden, wogegen die Deutsche Bauern-Bank zum Beispiel für die Wiederaufbaukredite nur 4 1/4 %, d.h. 1/4 % Aufschlag fordern darf. Für normale Kredite ist eine Verzinsung von 4 1/2 % vorgesehen.

Nem auch diese Begründung noch nicht ausreicht, der mag noch folgendes zur Kenntnis nehmen.

Die Deutsche Bauern-Bank als zentrales Geld- und Kreditinstitut für unsere Landwirtschaft darf sich unmöglich darauf beschränken, die Geld- und Kreditgeschäfte nach einem rein ~~ökonomischen~~ ^{theoretischen} Plan zu lenken und zu regeln. Sie muß in der Lage sein, ihre Finanzpolitik auf reales Material aufzubauen. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist darin zu sehen, eine Statistik über die ~~ökonomische~~ ^{jährliche} Entwicklung der finanziellen Verhältnisse in der Landwirtschaft, d.h. der Rentabilitätslage und der sich daraus ergebenden Verschuldungslage aufzubauen. Gerade in letzter Zeit mit zunehmender Normalisierung auf der Minnaenseite in der Landwirtschaft ist in den schwächsten Betrieben, in den ertragsärmeren Gebieten besonders bei den relativ hoch belasteten Neubauernbetrieben bereits eine zunehmende Verschuldung zutage getreten. Daraus ergibt sich die Forderung, rechtzeitig brauchbares Zahlenmaterial zu sammeln, um dies den für die Preispolitik und die gesamte finanzielle Situation in unserer Volkswirtschaft verantwortlichen Regierungsstellen zur Verfügung stellen zu können. Zur Zeit fehlt dies noch so gut wie vollständig.

Die Frage- und Berichtsbogen der Deutschen Bauern-Bank sind der erste Schritt auf dem Weg für eine neue landwirtschaftlich-betriebswirtschaftliche Statistik.

- 59 -

Die dritte und keineswegs zu unterschätzende Funktion unseres Frage- und Berichtsbogens betrifft den kreditbedürftigen Bauern, indirekt auch unsere bäuerlichen Handelsgenossenschaften selbst. Beide müssen noch viel mehr zum wirtschaftlichen Denken und Rechnen erzogen werden. Es ist doch bestimmt nicht richtig, wenn man durch verhaltenlose Weitergabe der bäuerlichen Kritik an unserem Fragebogen zum Ausdruck bringt, daß ^{ein hohes} ~~das~~ Bildungsniveau auf dem Lande nicht nur das Vorrecht des Großgrundbesitzers gewesen ist, sondern auch bleiben soll.

Viele Stellen haben der Deutschen Bauern-Bank erklärt, daß man dem Bauern die Ausfertigung unseres Fragebogens nicht zumuten kann, weil er keine Zeit hat, derartige Beobachtungen oder Feststellungen zu machen bzw. man nicht von ihm verlangen kann, daß er sich für diese Dinge interessiert. Abgesehen davon, daß gebietsweise unsere Fragebogen von den Bauern und auch die Beurteilungsbogen von den Genossenschaften mit einer erstaunlichen Exaktheit und Sorgfalt bearbeitet worden sind, müssen wir den Standpunkt vertreten, daß der sich ablehnend verhaltende Bauer entweder böswillig ist, etwas zu verschweigen hat oder durch seine Gleichgültigkeit zu erkennen gibt, daß er ernstlich gar keinen Kredit benötigt.

Es ist abwegig, den Bauern in seiner Ansicht zu unterstützen, daß die Ausfertigung eines Fragebogens zwecks Erlangung eines verhältnismäßig geringen Kredites von 1, 2 - 3.000,- DM eine Zumutung darstellt. Wir müssen für manche anderen Dinge erheblich mehr als einen vierseitigen Fragebogen ausfertigen. Ich glaube, im allgemeinen genügend zum Ausdruck gebracht zu haben, daß unsere DDR keinesfalls in der glücklichen Lage ist, leichtfertig bzw. großzügig derartige Kredite ohne Kenntnis des eventuell vorhandenen Risikos herauszugeben. Mögen die genannten Summen für den einen oder anderen von uns vielleicht als geringfügig erscheinen, so sind 1.000,- DM für einen kleinbäuerlichen Betrieb nach wie vor ein erhebliches Kapital, das ihm nicht ohne jede Formalität vertrauensvoll überlassen werden kann. Im Übrigen wird die Kreditent-

- 60 -

- 60 -

scheidung auf keinen Fall davon abhängig gemacht, ob nun jede Frage im Fragebogen einwandfrei beantwortet wurde oder nicht. Sein Zweck ist ^{dem Bauern gegenüber} dann schon erfüllt, wenn er sich vielleicht erstmalig, überhaupt veranlaßt sieht, einmal den Bleistift in die Hand zu nehmen und seinen Betrieb zahlenmäßig durchdenkt ~~zu beschreiben~~ ^{und dadurch} auf alle die Dinge hingewiesen wird, die für eine fortschrittliche und erfolgreiche Bewirtschaftung seines Betriebes unbedingt beachtet und von ihm beherrscht werden müssen. Es sind, um dies bei dieser Gelegenheit vorweg zu nehmen, besonders häufig zum Beispiel die Fragen nach den Klimaverhältnissen, den Düngestätten und andere beanstandet worden. Darauf kann man nur erwidern, daß ein fortschrittlicher Bauer auch schon vor 1945 einen Regenzmesser auf seinem Hof stehen hatte und daß dieser Bauer ganz genau wußte, warum er ihn brauchte. Beispielsweise kann ein Bauer sein Anbauverhältnis, die besten für seinen Boden und sein Klima geeigneten Fruchtarten, den Umfang und die Art seines Zwischenfruchtbaues ^{und damit erfolgreichen} nur in einer betriebswirtschaftlich einwandfreien Form durchführen, wenn er die in seiner Feldmark zu erwartende durchschnittliche jährliche Regenmenge und auch ihre Verteilung auf die einzelnen Sommermonate einigermaßen kennt. Denn die von den meteorologischen Stationen erteilten Werte sind immer nur Durchschnittswerte, von denen sich für jeden einzelnen Betrieb je nach seiner Höhenlage, seiner Hanglage und auch der umgebenden Landschaftsgestaltung erhebliche Abweichungen ergeben können. Ich glaube, daß wir nicht nur unserer Schuljugend gegenüber die Forderung Lenins in Anwendung bringen sollen, sondern genau aus dem gleichen Gründen auch unseren Bauern, insbesondere dem bäuerlichen Nachwuchs, sagen müssen: "Lernen, lernen und nochmals lernen." Dann werden eines Tages vielleicht auch die letzten heute noch rückständig wirtschaftenden Bauern in der Lage sein, ihren eigenen vollwertigen Beitrag zur Sicherung bzw. Steigerung ihrer Produktion zu leisten und ohne weiteres die notwendigen Fragen beantworten können, wenn sie im Bedarfsfall finanzielle Hilfe in Form von Kredit aus dem Volkvermögen beanspruchen.

- 61 -

Jeder Sachverständige wird vorbehaltlos unterstreichen, daß die verlangten Angaben benötigt werden, um einen landwirtschaftlichen Betrieb einigermaßen richtig beurteilen zu können. Man hat auch früher schon gewußt, weshalb man die befähigsten Sachverständigen für landwirtschaftliche Taxen zugezogen hat. Die landwirtschaftliche Produktion ist gerade deshalb gegenüber der industriellen Produktion so schwer zu beurteilen, weil sie mit zu vielen unbekannt-ten Größen rechnen muß. Abgesehen davon, daß nicht ohne weiteres zu beurteilen ist, wieviel Zentner Stickstoff oder Phosphorsäure ein Bauer auf Grund sträflicher Vernachlässigung seiner Düng- oder Jauchegrube verschwendet, was eine ständige Ertragsminderung zur Folge hat, hängt der Ernteaussfall stets in unterschiedlichem Ausmaß von dem Ablauf der jährlichen Witterung bzw. von unvorhergesehenen Witterungskatastrophen ab.

Um die bei der Bewertung vorgesehenen Zu- oder Abschläge vornehmen zu können, muß sich der betreffende Sachbearbeiter eingehend mit allen Einzelheiten des Betriebes befassen, dadurch bekommt er gleichzeitig einen näheren Einblick in den bäuerlichen Betrieb ~~Erkenntnis~~ und verschafft sich für den weiteren Geschäftsverkehr mit dem einzelnen Bauern eine wertvolle Beurteilungsunterlage für seine Kreditakte.

Ein weiterer Gesichtspunkt gegenüber dem Bauern ist schließlich die Kostenfrage. Während man früher ziemlich ausnahmslos zwecks Entscheidung über einen mittel- oder langfristigen Kreditantrag eine Sachverständigentaxe verlangte, die nach der Gebührenordnung erhebliche Kosten verursachte, verzichtet die Bauern-Bank grundsätzlich auf derartige Taxen und ~~erachtet~~ ~~ihren~~ Fragebogen als Ersatz für eine derartige Taxe.

Nebenbei gesagt, mußten die Kreditantragsteller seinerzeit schon vor Ausführung einer Taxe bereits weit umfangreichere Fragebogen einreichen.

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Deutsche Bauern-Bank mit Rücksicht auf die Vorkaufhandlung der Wiederaufbaukredite bereits nach den ersten Erfahrungen des Finanzministeriums weitgehende Erleichter-

rungen für die Kreditbearbeitung in Vorschlag gebracht hat, die dann auch bald in die Praxis umgesetzt werden konnten. Es wird zur Vereinfachung und Beschleunigung auf einige Unterlagen verzichtet, darunter sogar auf den betriebswirtschaftlichen Fragebogen. - Ab sofort brauchen die bäuerlichen Handelsgenossenschaften zur Durchführung der im Gesetz vorgeschriebenen Rentabilitätsprüfung für die Ansgabe von Wiederaufbaukrediten nur noch gemeinsam mit dem Antragsteller den Beurteilungsbogen auszufertigen. Auf die bis dahin verlangten Kataster- und Vermessungsunterlagen wird gänzlich verzichtet, weil sie in der Regel nur dazu dienen, Größendifferenzen und die Ortelage der Ländereien zu ermitteln. Da die Grundbuchämter wegen Überlastung oft nicht in der Lage sind, die benötigten Grundbuchaussüge rechtzeitig anzufertigen, genügt es zunächst, wenn der Antragsteller eine Erklärung unterschreibt, durch welche er versichert, daß er der grundbuchlich eingetragene Eigentümer ist, daß die Gebäude auf seinem eingetragenen Grundstücks stehen bzw. dort errichtet werden sollen, daß die von ihm angegebenen Flächengrößen mit der seines Grundbuchblattes übereinstimmen und daß schließlich nur die von ihm angegebenen Grundschulden oder Hypotheken tatsächlich im Grundbuch eingetragen sind. Daraufhin kann - sofern alle übrigen Voraussetzungen erfüllt sind - die Kreditsusage erfolgen und es kann wenigstens mit dem Bau unter Verwendung der vorgesehenen Eigenbeteiligung begonnen werden. In der Zwischenzeit kann der Nachweis für die Richtigkeit aller Angaben geführt werden, so daß im Interesse der Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit des Betriebes erhebliche Zeit gewonnen worden ist, mit deren Ablauf dann auch die übrigen Voraussetzungen für die Kreditauszahlung erfüllt werden können. Allerdings ergibt sich dadurch eine geringe Mehrarbeit für die BfG. Schließlich sind für den nächsten Neudruck der Formulare auf Grund der bisherigen Erfahrungen bereits einige Verbesserungen vorgesehen, wie die Deutsche Bauern-Bank im übrigen auch künftig für jede sachliche Anregung und jeden Verbesserungsvorschlag aus der Praxis denkbar sein wird.

Nach der Behandlung des landwirtschaftlichen Kreditbearbeitungsmaterials sind noch einige Ausführungen zu der vorgesehenen Kreditkontrolle zu machen. Diese Kontrolle besteht darin, daß der Kreditnehmer jährlich einmal zum Schluß des Wirtschaftsjahres einen vor-

gedruckten Berichtsbogen bei der BHG einreichen muß. Dabei ist der Stichtag vom 30.6. beibehalten worden, obwohl bei den volkseigenen Gütern ebenso wie in der übrigen volkseigenen Wirtschaft das Rechnungsjahr auf das Kalenderjahr umgestellt worden ist. Dies ist ohne weiteres zu vertreten, solange eine geordnete Buchführung vorliegt.

Der nichtbuchführende Betrieb ist aber am 30.6. am leichtesten zu erfassen, weil seine Vorräte dann am geringsten sind, also eine leichte Inventur möglich ist, weil sein Kredit dann fast in der Regel höchsten Stand erreicht und kurz vor der Ernte mit größerer Sicherheit der finanzielle Ablauf des kommenden Jahres zu überschlagen ist als schon am 1.1.

Die meisten bäuerlichen Betriebe haben inzwischen auf eine Buchführung verzichtet. Im Hinblick auf die Kosten haben bekanntlich die früheren Großbetriebe und auch die Großbauern Bücher zu einem großen Teil nur zu dem Zweck geführt, um ein möglichst geringes Einkommen im Interesse ihrer Steuerzahlung nachweisen zu können. Praktischen Wert hat eine Buchführung aber nur, wenn sie unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gehandhabt wird.

Die derzeitige Steuerveranlagung bietet hierzu keinen Anreiz mehr. In allen Fällen, in denen jedoch ein fortschrittlich eingestellter Bauer freiwillig seine Wirtschaft durch eine Buchführung stellen rechenerisch erfassen läßt, legt die Deutsche Bauern-Bank großen Wert darauf, anstelle des Berichtsbogens jährlich einen Jahresabschluß zur Einsichtnahme zu erhalten.

Nach wie vor sind selbstverständlich die Abschlüsse der letzten Jahre das beste Material für eine Kreditentscheidung, die ja nach den Kreditrichtlinien der Deutschen Bauern-Bank in erster Linie die Leistungsfähigkeit und in zweiter Linie die dingliche Sicherungsmöglichkeit berücksichtigen soll. Bei dieser Gelegenheit erscheint es angebracht, einmal in einzelnen die Begriffe, Leistungsfähigkeit, genauer ausgedrückt, Zinsleistungsfähigkeit, sowie Betriebswert und Beleihungsgrenze, zu erläutern.

Unter Zinsleistungsfähigkeit ist der Betrag zu verstehen, der nach Abzug aller Wirtschaftsausgaben von den Wirtschaftseinnahmen unter Berücksichtigung angemessener Beträge für die laufende Ergänzung und Unterhaltung von Inventar und Gebäuden sowie für den persönlichen Bedarf des Betriebsinhabers jährlich übrig bleibt, um einen Kredit zu vermindern und zu tilgen.

Da es in der Landwirtschaft immer noch eine ganze Reihe unter-

- 62 b -

schiedlicher Systeme für den Buchabschluss gibt, ist es notwen-
 dig, für die Ermittlung des Geldüberschusses im Sinne des Zin-
 sendienstes wenigstens nach einem einheitlichen Verfahren vor-
 zugehen. Um den nachhaltig durchschnittlich erszielbaren Betrag
 zu ermitteln, müssen selbstverständlich die jährlich unter-
 schiedlichen Veränderungen beim Inventarbesatz, beim Vorrätebe-
 stand und bei den Neuanschaffungen jeweils auf der Einnahmen-
 oder Ausgabenseite entsprechend berücksichtigt werden. Ebenso
 muß für die baren Privatentnahmen und die persönlichen Steuern
 ein gleichbleibender Durchschnittsbetrag auf Grund der tatsäch-
 lich in den letzten Jahren verbrauchten Beträge eingesetzt wer-
 den. Sind diese bisher über ein vertretbares Ausmaß hinausge-
 gangen, wird die Festsetzung der Zinsleistungsfähigkeit davon
 abhängen, inwieweit es gelingt, mit dem Betriebsinhaber die
 künftigen persönlichen Entnahmen auf einen Höchstbetrag zu be-
 grenzen. Als Betriebswert wird der Zofache Betrag der Zinslei-
 stungsfähigkeit angenommen. Die Beleihungsgrenze soll in der
 Regel 70 % des Betriebswertes nicht überschreiten. Da der steu-
 erliche Einheitswert ein vorsichtig ermittelter Ertragswert ist
 ist dieser auch schon früher für Beleihungszwecke zugrunde ge-
 legt worden. Die Verhältnisse swingen auch die Deutsche Bauern-
 Bank dazu, zunächst überwiegend eine schematische Ermittlung
 der Zinsleistungsfähigkeit unter Verwendung des Einheitswertes
 vorzunehmen. Dabei können mit einer Begrenzung von 25 % nach
 oben und unten begründete Zu- oder Abschläge ausgeführt werden.
 In den Fällen, in denen ein Antragsteller glaubt, daß sein Be-
 trieb nach dem schematischen Verfahren nicht zutreffend beur-
 teilt werden kann, ist auch eine individuelle Ermittlung der
 Leistungsfähigkeit durch Anfertigung eines Wirtschaftsvoran-
 schlages zugelassen. Inwieweit die Ergebnisse einer solchen
 Rechnung anerkannt werden können, darüber muß sich die Deutsche
 Bauern-Bank die Entscheidung vorbehalten. In der Regel wird
 es auf eine Kombination mit dem schematischen Verfahren ^{kommen}
 kommen. Für die individuelle Ermittlung mittels Voranschlag
 +) für die Normal-
 einnahmen und
 -ausgaben.
 fehlen uns/ heute leider noch die neuen Hektarwerte[†].) Soweit
 Buchführungsmaterial nach 1945 vorliegt, hat sich ergeben, daß
 sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite die
 Preisverhältnisse sich außerordentlich verändert haben.
 Um also die Berechnung eines einzelnen Betriebes kritisch prü-

- 62 c -

- 62 o -

fen zu können, muß man Durchschnittswerte aus einer möglichst großen Anzahl Buchabschlüssen kennen und diese wie üblich der Vergleichbarkeit halber auf den Hektar umgerechnet haben. Allen sachverständigen Mitarbeitern recht bald derart neues Beurteilungsmaterial an die Hand geben zu können, wird die Deutsche Bauern-Bank bemüht sein, mit allen hieran interessierten Stellen engstens zusammenarbeiten und auch von allen buchführenden Kreditnehmern künftig regelmäßig den Jahresabschluß zur Einsichtnahme anfordern. Berichtsbogen und Abschluß haben also nicht nur den Zweck, die finanzielle Entwicklung des Betriebes im Hinblick auf die Kreditbeurteilung zu beobachten, sondern um betriebswirt-

- 63 -

schaftliches Material als Grundlage für alle in Frage kommenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Agrar-, Finanz- und Kreditpolitik, insbesondere aber der Preispolitik, auf beiden Seiten, nämlich der Einnahmen und Ausgaben, zu erhalten.

Bekanntlich hat sich das Preisgefüge in unserer Landwirtschaft gegenüber den Vorkriegsverhältnissen außerordentlich verschoben. Für die gesamte Beurteilungs- und Schätzungstätigkeit ist es daher von großer Wichtigkeit, neue Erfahrungszahlen zu sammeln. Diese Maßnahme läßt sich bestens in Verbindung mit der Kreditgewährung durchführen. Sie ist notwendig, um dieses Material auf möglichst breiter Grundlage zu erstellen.

Das Statistische Zentralamt bei der Staatlichen Planungskommission beschränkt sich in dieser Hinsicht auf die bekannten Erhebungen mit Hilfe der Agrarberichterstatte. Von betriebswirtschaftlichen Forschungsinstituten bei unseren Universitäten können derartige Arbeiten nur in verhältnismäßig bescheidenem Umfang durchgeführt werden. Sie sind aber schon dann wertvoll, wenn - wie dies vorläufig auch für unsere statistische Auswertung bei der Deutschen Bauern-Bank vorgesehen ist - nur in jedem Jahr zum gleichen Stichtag wieder die Höhe der Verschuldung, die Höhe der jährlichen Belastung mit Zinsen und Tilgungsbeträgen sowie der vorhandene Bestand an lebendem Inventar, umgerechnet auf Großvieheinheiten, festgestellt werden. Die Verschuldung wird auf die Flächeneinheit, den Hektar, umgelegt und der prozentuale Anteil am Einheitswert im Landesdurchschnitt errechnet. Ebenso der Viehbesatz und es wird von Jahr zu Jahr beobachtet, ob die Schulden zunehmen oder abnehmen und gleichzeitig der Inventarbestand zu- oder abnimmt, ob beide Entwicklungen gleichgerichtet oder im günstigen Sinne oder ungünstigen Sinne entgegengesetzt verlaufen. (Etwas Kurven erläutern). Allein diese Feststellungen bieten wertvolle Hinweise für die notwendigen weiteren agrarpolitischen Maßnahmen im Interesse der Festigung bzw. Produktionssteigerung unserer bäuerlichen Betriebe.

- 64 -

- 64 -

Offentlich irre ich mich nicht in der Annahme, Sie davon überzeugt zu haben, daß die Deutsche Bauern-Bank mit ihren neuen Kreditprüfungs- und -kontrollverfahren nicht zu viel und nichts Unrechtes weder von den Bauern noch von den bäuerlichen Handelsgenossenschaften verlangt. Vielleicht ist Ihr Interesse an dieser Sache soweit geweckt worden, daß Sie damit einverstanden sind, wenn wir anschließend im Seminar einmal gemeinsam die Anweisung und die zugehörigen Formulare durchsprechen. Dies wird insofern nützlich sein, als zunächst die bäuerlichen Handelsgenossenschaften die erste Prüfungsarbeit erledigen müssen, allein weil es bis auf weiteres - wie schon gesagt - an der Zahl geeigneter landwirtschaftlicher Sachverständiger fehlt.

Die spätere Organisation des Einsatzes landwirtschaftlicher Sachverständiger im landwirtschaftlichen Kreditwesen muß sich mit der zunehmenden Arbeit bzw. mit dem voraussichtlich zunehmenden Kreditbedarf entwickeln. Je nach Bedarf werden für mehrere Kreisstellen, unter Umständen auch für eine einzelne größere Kreisstelle, ein landwirtschaftlicher Sachverständiger in Frage kommen, der die Prüfungs- und Kontrolltätigkeit allmählich aufbauen und überwachen sowie schwierigere Fälle selbst an Ort und Stelle ~~überprüfen~~^{prüfen} wird. Der Kredit ist - wenn auch ein wichtiger - so doch nur immer ein Teil der finanziellen Maßnahmen zur Förderung unserer bäuerlichen Betriebe und ihrer Produktion. Es ist aber ~~das~~^{die} zweifellos für beide Teile, nämlich dem Gebenden wie auch dem Nehmenden, mit der größten Gefahr verbundene Maßnahme, weshalb wir ihrer sorgfältigen Handhabung derart umfassenden Raum gewähren müssen.

Wie schon angedeutet, ist der Kredit kein Allheilmittel, insbesondere deshalb nicht, weil er niemals eine Dauerhilfe sein darf, sondern immer nur eine Überbrückung eines vorübergehenden eigenen Unvermögens darstellen soll. Unsere demokratische Ordnung verlangt von jedem Produktionsbetrieb, daß er wirtschaftlich arbeitet, d.h. die normalen Ausgaben müssen durch normale Einnahmen gedeckt werden. Kurzfristiger Kredit darf das fehlende Betriebs-

- 65 -

kapital nur soweit ersetzen, wie es durch die in Gang befindliche Produktion in bestimmtem Verhältnis gedeckt wird.

Mittelfristiger Kredit soll nur die Verteilung mittlerer, nicht aus einem Jahresüberschuß rückzahlbarer Aufwendungen auf mehrere Jahre ermöglichen, langfristiger Kredit außergewöhnliche Aufwendungen auf eine größere Anzahl von Jahren, wobei in der Regel die Laufzeit des Kredites der Lebensdauer der mit dem Kredit durchgeführten Investition entsprechen muß.

+)oder bei bereits vorhandener Verschuldung

Lehen bei unzureichenden Eigenmitteln die Kreditanforderungen über die vorgesehenen Grenzen hinaus, hört die Zuständigkeit jedes Kreditinstitutes, auch der Genossenschaft, auf. Ein guter Wille oder jede Art von falscher Hilfsbereitschaft ist hier fehl am Platze, denn es ist eine alte Erfahrung, daß kein Betrieb hundertprozentig auf Kredit aufgebaut werden kann. Muß trotzdem finanzielle Hilfe gewährt werden, muß die Verantwortung von der privaten Genossenschaft zunächst der Deutschen Bauern-Bank als öffentlich-rechtlicher Anstalt übertragen werden. Da auch die Deutsche Bauern-Bank vorläufig noch über keinerlei Möglichkeiten einer zinslosen oder zinsverbilligten Kredithilfe bzw. für die Gewährung verlorener Zuschüsse verfügt, wird sie alle derartigen Fälle, in denen wegen Überschuldung keine reguläre Kredithilfe mehr möglich ist, den zuständigen Ministerien zur weiteren Behandlung überweisen.

++)und ohne Interesse an der Verwendung der Mittel

Unter keinen Umständen darf unsere heutige Kreditgewährung eine Form annehmen, wie dies noch bis 1945 vielfach gehandhabt wurde und wie sie ~~stets~~ ^{nämlich} mit Recht ~~verurteilt~~ ^{verurteilt} worden ist. Die Hypothekengewährung ⁺⁺⁾ ohne Rücksicht auf die Ertragsfähigkeit des Betriebes nur mit dem Ziel, Geld zu verdienen, unter Umständen der Erwerbung des Schuldnerbetriebes im Zwangsversteigerungsverfahren. Da-s würde, wie Lenin es in seinen Werken klar ausgedrückt hat, das Gegenteil einer Festigung unserer bäuerlichen Betriebe bedeuten, nämlich die Fremdung des Bodens vom Landwirt. Lenin führt hierfür zwei Wege an, einmal die Hypothekenschuldung und zum anderen das Pachtsystem. Dabei gibt es viele Fälle, wo beide

- 66 -

Formen der Trennung von Boden und Bau gleichzeitig auftreten. Ein Bauer, der mit seiner Wirtschaft nicht zurecht kommt, nimmt zunächst Kredit auf und belastet seinen Betrieb mit Hypotheken. Ist das Geld aufgebraucht und er weiß keinen Ausweg mehr weiter, kann sich aber noch nicht zur endgültigen Trennung von seinem Betrieb entscheiden, hofft er ^{auf dem} ~~kurzen~~ Weg über eine Verpachtung wieder eine finanzielle Gesundung zu erreichen. In Wirklichkeit erreicht er seinen finanziellen Zusammenbruch, denn da er von seinem Pächter nicht nur die Aufbringung der Hypothekenlasten verlangt, sondern auch noch für sich in der Regel einen Pachtzins für seine Existenz einfordern will, während gleichzeitig der Pächter selbst leben will, unter Umständen auch noch Kredit benötigt, ergibt sich die unmögliche Tatsache, daß anstelle des Eigentümers, drei Menschen, nämlich der Hypothekengläubiger, der Eigentümer und der Pächter von dem Betrieb leben wollen oder wie man das theoretisch ausdrückt, Nutznießer der Bodenrente sein wollen.

Solche Fälle gibt es auch heute noch. Aber es gibt auch Mittel und Wege, um sie schnellstens zu beseitigen, weil früher oder später eine mangelhafte Bewirtschaftung die Folge sein muß.

Mit der Erörterung der betriebswirtschaftlichen Bearbeitung der Kreditgewährung als eine wichtige Voraussetzung für die Kreditsteuerung im Interesse der Produktionssteigerung durch die Deutsche Bauern-Bank soll die grundsätzliche Behandlung unseres Themas abgeschlossen werden. Die noch zur Verfügung stehende Zeit glaube ich am besten auszunutzen, indem ich gerade Ihnen gegenüber, die Sie demnächst alle wieder in die Praxis zurückgehen um das, was Sie hier gehört haben, dort zu verwerten, jetzt noch eine Reihe von Spezialfällen schildern, die natürlich nicht alle in Richtlinien und Anweisungen vorgesehen sind, die man aber in irgendeiner Form in unsere Kredithilfe einbeziehen muß, selbstverständlich stets unter Be-

- 67 -

rücksichtigung aller Gesichtspunkte, die unsere demo-
kratische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verlangt.
Wir müssen heute bei der Behandlung unserer verschiedenen
Betriebsarten und -größen selbstverständlich Unterschie-
de machen. Es gibt nun einmal Neubauern, ^{und Altbauern, darunter} Kleinbauern,
Mittelbauern und Großbauern. In den Richtlinien der Deut-
schen Bauern-Bank, die ja nur für die Altbauern Geltung
haben, ist kein Unterschied nach Betriebsgrößen oder
nach Spezialbetrieben gemacht worden. Dies würde auch
jeder vernünftigen Begründung entbehren. Wenn es sich
nun in der Praxis nicht um ein ausgesprochenes Alt- bzw.
Großbauerndorf handelt, was im übrigen heute nicht mehr
zu häufig der Fall ist, dann liegen die Verhältnisse
doch meistens so, daß in einer Gemeinde bzw. in einem
Genossenschaftsbereich die Mehrzahl Mittel- und Klein-
bauern bzw. auch Neubauern sind und in der Gemeinde bzw.
im Ausbau noch ein oder mehrere Großbauern ansässig
sind. Die Folge ist, daß die Genossenschaft von der
größeren Anzahl Kleinbauern ^{in der Regel nicht} so viel Einlagen er-
hält, daß sie in der Lage ist, den verhältnismäßig weit
höheren Kreditansprüchen eines Großbauern zu entspre-
chen. ^{in der Vergangenheit begründet} Hinzu kommt noch, daß vielfach/teils mit, teils
ohne Verschulden des Großbauern eine gewisse Abneigung
in der Gemeinde gegen ihn besteht. Tatsächlich sind wie-
derholt Anfragen und Beschwerden an die Deutsche Bauern-
Bank herangetragen worden, in denen die Genossenschaf-
ten dem Großbauern Kredithilfe verweigerten, weil er
eben Großbauer war und die Ansicht vertreten wurde, daß
er im Gegensatz zum Kleinbauern als der wirtschaftlich

+)oder auch mit der Be-
gründung, daß die Mit-
tel der Genossensch. ist nicht richtig. ++)
nicht dem wirtschaft-
lich stärksten Bauern
zukommen oder nicht
ausreichen und die
Genossenschaft das
Risiko nicht überneh-
men könne.

Stärkere ohne Kredit auskommen müßte. +)
Diese Auffassung
als die Bodenreform durchgeführt wurde, ist eine Höchst-
grenze der zu erhaltenden Betriebe festgesetzt worden,
absolut
Es besteht/kein Grund zu der Annahme, daß diese Grenze
- offiziell oder inoffiziell - geändert werden soll.

++)Die verkennt die wirt-
schaftl. Notwendigkeit
ten u. die Verantwort-
der VdgB im Dorfe
ohne Ausnahme für
alle!

Inzwischen hat die DDR ihre Verfassung erhalten, die den
bestehenden Zustand garantiert, es sei denn, daß auf
Grund der bestehenden Strafgesetze Eingriffe in die
Eigentumsverhältnisse wie zum Beispiel Vermögenszug

etc. in Frage kommen. Wenn man sich hierüber klar ist, muß man aber auch in jeder Beziehung den Großbauern in unsere Volkswirtschaft eingliedern, das bedeutet, daß er uneingeschränkt an der Erfüllung des Fünfjahresplanes durch Produktionssteigerung in gleicher Weise wie jeder Neubauer oder Kleinbauer eingeschaltet werden muß, daß ihm im Bedarfsfall in genau der gleichen Weise Kredithilfe usw. gewährt werden muß. Dabei darf nicht übersehen werden, daß der Großbauer je Flächeneinheit, d.h. je Hektar, zum Beispiel wesentlich höhere Unkosten an Löhnen und Abgaben hat, als ein Familienbetrieb. Gerade der Großbauer, der vielleicht fehlerhaftes Verhalten in der Vergangenheit eingesehen hat und bemüht ist, unter Inanspruchnahme von Kredit heute seinen Viehbestand zu erhöhen, um nach der erfolgten Verfahrensänderung für die Ablieferung tierischer Erzeugnisse ^{+) seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, müssen wir ihm auch hierbei behilflich sein. Gehen die Anforderungen über das Vermögen der örtlichen Genossenschaft hinaus, wird ihr in den vorgesehenen Grenzen jederzeit die Refinanzierungshilfe der LGB bzw. bei deren Unvermögen die der Deutschen Bauern-Bank gewährt werden. ++)} Selbstverständlich muß auch hier eine sorgfältige betriebswirtschaftliche Prüfung vorausgehen, um Fehlinvestierungen zu vermeiden. In Zweifelsfällen müssen zwecks Beurteilung der persönlichen Kreditwürdigkeit die Kreisverbände der VdgB sowie auch die maßgeblichen lokalen Parteidienststellen gehört werden. Es ist durchaus richtig, einen größeren Betrieb dahingehend zu prüfen, ob er unter Umständen über innere Reserven wie zum Beispiel überhöhte Jungviehbestände oder Materialvorräte etc. verfügt, die eine Einsparung von Kreditmitteln ermöglichen.

Genau die gleiche Einstellung müssen wir auch gegenüber den Kirchen einnehmen. In der Regel wird deren Kreditbedarf in einem Umfang angemeldet, der von vornherein die Zuständigkeit der LGB ^{oder der DBB} ergibt. Immerhin sollen sie wissen, daß die verantwortlichen Regierungsstellen in Berlin der Deutschen Bauern-Bank Auftrag gegeben haben, im Bedarfsfall, d.h. selbstverständlich nach Prüfung aller eigenen Finanzierungsmöglichkeiten bzw. Reserven, auch den Kreditbedarf

+)nach der Hektarfläche, statt früher nach der Kopfzahl

++)Dies gilt sowohl für den kurzfr. Wirtschafts- als auch den mittel- und langfr. Inventarkredit

- 69 -

des landwirtschaftlichen Grundbesitzes der Kirchen zu decken, soweit dies im Interesse der Produktionssteigerung erforderlich wird.

Ein besonders schwieriges Kapitel ist die Kreditversorgung von Betrieben, die durch einen Treuhänder bewirtschaftet werden.

Soweit es sich um kurzfristige Kredithilfe handelt, kann der Treuhänder gegen Einkäumung des Früchtepfandrechts bzw. Abtretung der VVEAB-Erlöse die notwendige Kredithilfe in Anspruch nehmen. Umständlicher wird schon die Vergabe mittel- und langfristiger Kredithilfe, um einen devastiert verlassenen Betrieb wieder mit dem notwendigen lebenden und toten Inventar zu versorgen bzw. seine Gebäude in Ordnung zu bringen. Der Treuhänder wird bekanntlich vom zuständigen Kreisrat eingesetzt. Dagegen ist der Kreisrat nicht mehr berechtigt, für einen Kredit, den der Treuhänder in Anspruch nimmt, der Genossenschaft gegenüber die Bürgschaft zu übernehmen. Es kann auch ein Treuhänder keine grundbuchliche Absicherung ermöglichen. Eine Grundbucheintragung kann nur der Eigentümer oder ein vom zuständigen Amtsgericht eingesetzter Abwesenheitspfleger beantragen. Unter Umständen kann ein Kredit durch Sicherungsübergang des angeschafften Inventars gesichert werden, wenn der Kredit nicht mehr als etwa 50 - 60 % des Kreditobjektes beträgt, d.h. der Rest also aus eigenen Mitteln des Betriebes aufgebracht werden kann. Dabei ist selbstverständlich darauf zu achten, daß die Sicherungsübergang erfolgt, ehe durch die Verbringung der Gegenstände auf den Betrieb das Pfandrecht eines etwaigen Hypothekengläubigers den Vorrang erlangt.

Ein besonders schwieriges Kapitel für die Kredithilfe sind die Pachtbetriebe. Die Zahl der Pachtbetriebe ist noch immer verhältnismäßig hoch. Die früher mögliche Kreditversorgung auf Grund des Pächterkreditgesetzes von 1926 ist zur Zeit nicht durchführbar. Die Erwägungen, eine Zwischenlösung für seine Anwendung zu finden, sind noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis gekommen. Manche Genossenschaft hat erhebliche Verluste erlitten.

- 70 -

wenn ein Pächter unerwartet die Pachtung aufgab und sich dann herausstellte, daß alle Sicherungsmaßnahmen wertlos waren. Nur ein kurzfristiger Kredit kann auch im Pachtbetrieb durch das Früchtepfandrecht wirksam gesichert werden.

Für mittel- und langfristige Kredithilfe hatte das Pächterkreditgesetz dadurch eine Möglichkeit gegeben, daß es das gesetzliche Verpächterpfandrecht auf 50 % des Pächtervermögens, soweit es aus lebendem und totem Inventar besteht, beschränkte. Dieses nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch verankerte Recht sichert die verpächterischen Ansprüche aus dem Pachtvertrag, soweit es sich um nicht erfüllte Pachtzinsverpflichtungen und Unterhaltungsverpflichtungen an Gebäuden sowie Ansprüche auf Grund von Verschlechterungen des Kulturzustandes usw. gegenüber dem Pächter handelt. Die übrigen 50 % konnten von einem zugelassenen Pächterkreditinstitut nach den üblichen Beleihungsgrundsätzen gegen Verpfändung⁺ beliehen werden. Das ergab insgesamt einen Kredit, der in seiner Höhe 25 % des gesamten Pächtervermögens entsprach. Hiergegen konnte auch kein Verpächter Einwendungen erheben. Wie gesagt, durften derartige Kredite nur von zugelassenen Pächterkreditinstituten ausgegeben werden. Der für diese Zulassung zuständige Pachtkreditausschuß existiert heute nicht mehr.

+) und Niederlegung des Verpfändungsvertrages beim zuständigen Amtsgericht

Für die Übergangszeit bis zu einer grundsätzlichen Neuregelung, die im Hinblick auf die zahlreichen Pächterkreditanträge notwendig erscheint, mußte eine Behelfslösung gefunden werden. - Ausgehend von der Überlegung, daß unsere in der Gesetzgebung verankerte Auffassung von den mit dem Bodenbesitz verbundenen Verpflichtungen, dem Eigentümer ohne Ausnahme für die Bewirtschaftung verantwortlich gemacht werden muß, wird eine weitgehende Mitwirkung des Verpächters zwecks Sicherung des Pächterkreditbedarfs verlangt, wenn er - ganz gleich aus welchen Gründen⁺⁺ - sich weiterhin stets angestrebt werden muß, daß der Pächter das Inventar eisern, d.h. ohne Bezahlung mitpachtet, verringert sich in der Regel schon aus diesem Grunde sein Kreditbedarf.

++) nicht mehr selber die Verantwortung für die Bewirtschaftung tragen will, ohne sich vom Betrieb trennen zu wollen.

Eigentümer des

Der Kreditbedarf entsteht bekanntlich meist dadurch, daß er bei Pachtung zwecks Verringerung des Risikos für den Verpächter das Inventar käuflich erwerben soll. Dabei ist selbstverständlich zu untersuchen, ob der Verpächter den Erlös benötigt, um eigene Wirtschaftsschulden zu bereinigen oder ob er das Geld benötigt, um eine eigene neue Existenz mit produktiver Tätigkeit aufzubauen; andernfalls kommt eine Kreditgewährung zur Bezahlung des Inventars ohnehin nicht in Frage.

So hatte kürzlich zum Beispiel ein Pächter einen Kredit beantragt, um seinem Pachtvorgänger das Inventar bezahlen zu können. Dieser übernimmt jedoch keinen neuen Betrieb, sondern tritt eine Stellung als Betriebsleiter in einem volkseigenen Betrieb an. Außer zur Bezahlung von einigen Wirtschaftsschulden benötigt er daher keine baren Mittel. In diesem Fall ist die Vergabe eines Kredites keineswegs vertretbar. Volkswirtschaftlich ist es sinnvoller, wenn der Pächter den Abzahlungsvertrag für seine Schulden mit seinem Pachtvorgänger abschließt und nicht mit seiner Kreditgenossenschaft.

Die gleichen Gesichtspunkte sind zu beachten, wenn ein Pächter das Inventar an einen Pachtnachfolger abgibt. Wird trotzdem zur Ergänzung der Betriebsmittel ein großer längerfristiger Kredit benötigt, muß der Verpächter zur Sicherung dieses Kredites in eine grundbuchliche Eintragung einwilligen. Zur eigenen Rückversicherung mag er sich das anzuschaffende pächtereigene Inventar übereignen lassen. Ihm ist dies Risiko eher zuzumuten als der kreditgewährenden Genossenschaft. Es sind sogar zahlreiche Kreditanträge an die Deutsche Bauern-Bank herangetragen worden, die die Übernahme eines Pachtbetriebes mit anschließend vorgesehenem Ankauf zum Gegenstand haben, wobei der Pächter überhaupt keine eigenen Mittel besaß.

Abgesehen davon, daß ein Pächter von vornherein durch die Pachtzahlung zusätzlich belastet ist und eine einfache Überlegung den Aufbau eines Wirtschaftsunternehmens ausschließlich auf Kredit für völlig aussichtslos ansehen läßt, sollte eine Genossenschaft derartige Anträge überhaupt nicht annehmen. Dabei wollen wir uns gleich merken, daß der Überschuß eines Pachtbetriebes im Sinne des Zinsendienstes immer um den Betrag des Pachtsinnes niedriger sein muß als der eines in Eigenbewirtschaftung befindlichen Betriebes. Gemeinsam an der Vermögensbeteiligung des Produktionsbetriebes, wobei der Eigentümer den Grund und Boden sowie die Gebäude und in der Regel der Pächter den Inventarbesitz beisteuern, muß sich die Zinslei-

stungsfähigkeit etwa im Verhältnis von $\frac{1}{4}$ bis zu $\frac{1}{3}$ für den Pächter und der Rest für den Verpächter verteilen. - Bei eisernem Inventar kann der Pachtzins entsprechend höher festgesetzt werden.

Wenn also nach dem Betriebsprüfungsschema der DBB die Zinsleistungsfähigkeit im Durchschnitt 5 % vom Betriebswert betragen kann, darf also der Pachtzins immer nur etwa $2\frac{1}{2}$ - 4 % vom Betriebswert in Anspruch nehmen. Tatsache ist, daß die Pächter auf Grund ihrer eigenen Urteilslosigkeit bzw. unter dem Druck des ihnen gegenüber immerhin noch wirtschaftlich stärkeren Verpächters und letzten Endes auf Kosten der eigenen Lebenshaltung wesentlich höhere Pachtpreise zahlen.

Auch hier können sich die Genossenschaften im Zusammenhang mit der Kreditgewährung im Interesse der Produktionsicherung einschalten, weil jeder Pachtvertrag genehmigungspflichtig ist und mit dieser Genehmigung die Neuregelung der einzelnen Pachtbedingungen, insbesondere die Neuregelung des oft zu hohen Pachtpreises, durchgesetzt werden kann.

Die Beurteilung von Pachtbedingungen ist auch nicht immer ganz einfach. Oft wird zunächst ein durchaus tragbarer Pachtzins in bar festgesetzt. Vielfach übernimmt dann aber der Pächter noch zusätzliche Leistungen durch Materiallieferungen, durch irgendwelche Dienstverpflichtungen, unter Umständen durch Übernahme der Bezahlung von Hypothekenzinsen usw. ~~Kosten~~ Sämtliche Nebenverpflichtungen müssen selbstverständlich in bar umgerechnet und dem eigentlichen baren Pachtzins zugeschlagen werden. Dagegen ist zu beachten, daß die Übernahme der laufenden Gebäudeunterhaltung sowie die Bezahlung der Steuern und Abgaben nicht als Pachtleistung zu bewerten ist. Letzteres sind übliche Wirtschaftsausgaben. Mit dem Pachtzins dagegen soll nur das gekennzeichnet werden, was der Pächter zusätzlich gegenüber dem selbstwirtschaftenden Eigentümer aufzubringen hat.

Zu beachten bitte ich bei allen gelegentlich genannten Erfahrungszahlen, daß dies immer nur Durchschnittswerte sein können, daß besondere Verhältnisse selbstverständlich Zu- oder Abschläge bzw. ganz spezielle Beurteilung erfordern. Um gegebenenfalls mit derartigen Zahlen kein Unheil anzurichten, dürfen sie stets nur als Anhaltspunkt benutzt werden.

Weiterhin sind Kreditanträge an die Deutsche Bauern-Bank herangetragen worden, weil angeblich eine Dienststelle des Kreisrats die Auflage zur Landpachtung bzw. zur Betriebserweiterung erteilt hat. Derartige Auflagen können nur mit Zustimmung des Betriebsinhabers erteilt werden und auch nur dann, wenn sie ohne Kredithilfe durchgeführt werden können. Man kann nach den geltenden Bestimmungen zwar eine Zwangsverpachtung durchführen, aber niemals einen Betriebsinhaber zwangweise zur Landpachtung veranlassen. In der Folge kann selbstverständlich niemals ein Pächter unter Berufung auf eine Auflage die Genossenschaft zur Kredithilfe nötigen. Selbstverständlich soll jede Genossenschaft im Interesse der Produktionssteigerung auch jede Möglichkeit der

73

Approved For Release 2002/01/18 : CIA-RDP83-00415R01000050007-7

Kredithilfe erschweren die Kreditrichtlinien bzw. die gezogenen Kreditgrenzen zu verstoßen.

Eine weitere Frage ist die Abgrenzung der Kredithilfe zwischen Neubauern und Auf-

stockbauern. Es gibt zahlreiche Kredite, die nach den Richtlinien der Notenbank an diese ausgegeben worden sind. Das ist auf eine Interesselosigkeit der Genossenschaft zurückzuführen und zu verurteilen, weil sie die gewollte Bevorsugung des Neubauern verhindert hat. Ebenso gibt es Aufstockbauern, d.h. Bauern mit einer alten Hoflage und zgeteiltem Neubauernland, die grundbuchlich eingetragenen normalen Kredit in Anspruch genommen haben. In diesen Fällen kann keine Kredithilfe mehr auf Grund der für Neubauern geltenden Regelung erfolgen, es sei denn, die Landesregierung erklärt sich im Hinblick auf ihre Bürgschaft ausdrücklich damit einverstanden. Schließlich kann ein Aufstockbauer, der bereits Neubauern Kredit in Anspruch genommen hat und in der Regel auch einen entsprechenden Vermerk in seinem Grundbuch erhielt, keine normale zusätzliche Kredithilfe mehr erhalten, es sei denn, die zuständige Genossenschaft kann dies auf Grund ihrer Kenntnis seiner wirtschaftlichen Lage ohne Bedenken selbst verantworten. Im Zusammenhang mit der Forderung, die Kredithilfe unbedingt produktiv zu gestalten, müssen die Genossenschaften besonders sorgfältig prüfen, ob die geplante Anschaffung sinnvoll und volkswirtschaftlich vertretbar ist. Dies trifft in allen den Fällen zu, in denen Neubauern oder auch kleinere Altbauern aus wirtschaftlichem Unverständnis statt der Kuh, wieder ein Pferd zur Anspannung kaufen wollen. Das Pferd ist für den Kleinbetrieb absolut unwirtschaftlich und als Zugkraft auch volkswirtschaftlich nicht mehr zu vertreten, nachdem die MAS die in Frage kommenden Arbeiten übernommen und allmählich auch überall in ausreichender

+) Die DBB gibt keinen Pferdeankaufskredit mehr, ohne sich vom Bzla Ankauf von Maschinen und Geräten ist inzwischen Örtl. Ausschuss der VdGB die wirtschaftliche Notwendigkeit bestätigen zu lassen. +)
weise durchführen kann. +)
durch entsprechende Verfügungen schon Vorsorge getroffen, daß diese weitgehend nur der MAS bzw. den Genossenschaften dem Gemeinschaftseinsatz zugeführt werden.

Eine weitere viel diskutierte Frage ist die Bezahlung von Steuern mittels Kredit. Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten. Laufende Steuern müssen ohne weiteres aus kurzfristigem Kredit bezahlt werden, wenn der Betrieb im übrigen in Ordnung ist und seine Kreditansprüche sich in

- 74 -

den üblichen Grenzen bewegen. Hierfür ist folgende Überlegung entscheidend. Der Bauer kann nicht in jedem Fall mit absoluter Sicherheit über seine gegenwärtigen und künftigen Wirtschaftseinnahmen disponieren, weil die Ausgaben sich terminmäßig oft verschieben und nicht immer von seiner Verfügung abhängig sind.

Nehmen wir zum Beispiel an, zwei Bauern erhalten beide am gleichen Tag von ihrer Genossenschaft die Quitschrift über je 1.000,- DM für abgelieferte Erzeugnisse.

Der eine Bauer erhält heute die Rechnung für den gekauften Kunstdünger, der andere für die abzuführende Steuer. Beide weisen ihre Genossenschaft an, den Betrag vom Guthaben abzubuchen.

Am nächsten Tag kommt umgekehrt zum ersten Bauern die Rechnung über seine Steuerzahlung, zum anderen die Rechnung für den gelieferten Kunstdünger. Beide haben kein Guthaben mehr und beantragen einen Kredit.

Nach der häufig formalen Auslegung der Kreditrichtlinien erhält der Bauer zur Bezahlung seiner Düngerrechnung ohne weiteres Kredit, während sein Nachbar unter genau den gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen keinen Kredit bekommt, weil die Bezahlung von Steuern mit Kredit nicht zulässig ist.

Ein derartiges Verfahren ist ebenso wenig vertretbar, wie man auch nicht ohne weiteres zum Beispiel in folgenden Fällen eine Kredithilfe ablehnen soll:

Ein Neubauer, der ein altes Arbeiterwohnhaus und einen dazugehörigen Stall bei der Durchführung der Bodenreform erhalten hat, hat bisher weder einen Neubauernbankkredit noch einen Neubauernwirtschaftskredit in Anspruch genommen. - Nachdem er inzwischen seinen Viehbestand vergrößert hat und daraufhin einige Änderungen an seinen Gebäuden vornehmen und verschiedene notwendige Reparaturen erledigen will, benötigt er hierfür Kredithilfe, die ihm von seiner Genossenschaft abgelehnt worden ist, weil hierfür keine Möglichkeit nach den geltenden Richtlinien gegeben ist.

Derfall läuft durch alle Instanzen bis zur Regierung nach Berlin. Ich habe auf entsprechende Anfrage des Sachbearbeiter beim Ministerium folgende Lösung vorgeschlagen

- 75 -

Dem Bauern wird nahegelegt, für die kommende und auch schon für die übernächste Ernte alle noch erforderlichen Wirtschaftsausgaben mit Hilfe von Kredit zu begleichen, weil dies nach den Richtlinien erlaubt ist. Dadurch kommt er in die Lage, alle laufenden Wirtschaftseinnahmen für die Bezahlung seiner Bauarbeiten verwenden zu können.

Aus beiden Beispielen können Bauern und Genossenschaften lernen, daß es notwendig ist, selbst im kleinsten Betrieb durch einen Natural- und Geldvoranschlag immer mindestens ein Jahr im voraus sich einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben, insbesondere über die geplanten zusätzlichen Aufwendungen, zu verschaffen, um sich rechtzeitig den erforderlichen Kredit für die zulässigen Aufwendungen zu sichern.

Die zweite Frage ist, ob Einkommensteuern und Erbschaftsteuern - falls sie in größeren Beträgen aufzubringen sind - mit Hilfe von Kredit bezahlt werden dürfen.

Zur Entscheidung über die Zulässigkeit ist unbedingt das Urteil eines landwirtschaftlichen Sachverständigen notwendig. Er ist am besten in der Lage zu beurteilen, ob die Steuern dem Objekt entsprechend angemessen festgesetzt und daher auf eine Reihe von Jahren verteilt tragbar sind. Ist dies der Fall und alle Stundungsanträge beim Finanzamt sind ohne Erfolg geblieben, muß - vorausgesetzt die bereits vorhandene Belastung erlaubt dies noch - unbedingt ein Kredit gegeben werden, weil in diesem Fall die Kredithilfe eindeutig der Produktion dient.

Der Bauer würde unter dem Druck seines Steuergläubigers veranlaßt, in die Substanz seines Betriebes einzugreifen, indem er über das zulässige Ausmaß hinaus Vieh oder Vorräte verkauft. Die Folge ist, daß er anschließend seine Produktionsgrundlagen nicht mehr voll ausnutzen kann, daß er für längere Zeit einen unzureichenden Viehbesatz hat und die Einnahmen aus Milch- und Fleischverkauf geringer werden. Es ist also volkswirtschaftlich richtiger, diesen vorübergehenden Produktionsausfall zu verhindern, indem man dem Bauern durch Kredithilfe die Verteilung seiner Steuerschulden auf mehrere Jahre ermöglicht. Kommt der

- 76 -

Sachverständige dagegen zu dem Urteil, daß die Einkommen- oder auch gegebenenfalls die Erbschaftsteuer zu hoch für den Betrieb erscheinen, muß die Genossenschaft den Bauern vielmehr dabei unterstützen, eine Ermäßigung bzw. Erlass der untragbaren Steuerforderungen zu erwirken. Für derartige Fälle kann es also nur von Vorteil sein, wenn die Genossenschaft engstens mit all ihren Mitgliedern zusammenarbeitet und bei jeder Gelegenheit bemüht ist, Zahlungsmaterial über die Ertragslage ihrer Kreditnehmer zu sammeln.

Ähnlich liegen die Dinge bei Kreditanträgen zur Ermöglichung von Erbaueinsetzungen, die ebenfalls schon an die Deutsche Bauern-Bank herangetragen worden sind. Die Auszahlung von Geschwister- und Kindergeldern ist selbstverständlich nicht als Verwendungszweck in den Kreditrichtlinien der Deutschen Bauern-Bank vorgesehen. Im allgemeinen wird es schwer sein, nachzuweisen, daß die Auszahlung von Geschwistergeldern der Produktion dient. Trotzdem können Ausnahmefälle in der Weise eintreten, daß der zweite oder dritte Sohn eines Bauern sich um die Übernahme eines Pachtbetriebes oder eines zum Verkauf stehenden Betriebes bemüht, die andernfalls mit ihrer Bewirtschaftung der Allgemeinheit zur Last fallen würden oder unter Umständen bereits schlecht bewirtschaftet werden. In diesem Fall muß selbstverständlich geholfen werden, zumal sich für die Genossenschaft wahrscheinlich auch eine zusätzliche risikolose Sicherungsmöglichkeit für ihre Kredithilfe auf dem vererbten Betriebe bietet.

Für Ausnahmefälle hat die Deutsche Bauern-Bank auch die Möglichkeit vorgesehen, auf Grund unvorhergesehener Ernteausfälle eingefrorenen kurzfristigen Wirtschaftskredit bei Altbauern durch einen mittelfristigen Kredit abzulösen um ihm den erhöhten Zinssatz zu ersparen und ihm die Rückzahlung des gesamten Kredites durch Verteilung auf mehrere Jahre zu erleichtern, weil seine Leistungsfähigkeit in der Regel voll durch die Rückzahlung des neuen Wirtschaftskredites in Anspruch genommen wird.

Bei der Ausgabe dieser Kredite muß der Betrieb ebenfalls sorgfältig geprüft werden. Es gibt noch viele mittel- und großbäuerliche Betriebe, die noch mit einem völlig unan-

- 77 -

reichenden Viehbesatz wirtschaften. Diese Betriebe erreichen naturgemäß niemals den vollen Umsatz und sie können in der Regel keine zusätzliche mittel- oder langfristige Kredithilfe neben dem Erntekredit tilgen. Bei dem geringsten Ausfall würde der Betrieb eine weitere Erhöhung seines mittelfristigen Kredites beantragen, d.h. die Kredithilfe würde nur seine regelmäßig wiederkehrende Verlustwirtschaft einige Jahre verschleiern. In solchen Fällen muß die Genossenschaft die Kredithilfe von entsprechenden Auflagen abhängig machen.

Die Deutsche Bauern-Bank hat in derartigen Fällen die Kredite abgelehnt und den Bauern anheingestellt, zunächst einen Kredit zum Ankauf des fehlenden Inventars zu beantragen. Entschließt sich der Bauer zu dieser Maßnahme, ist Aussicht vorhanden, daß sein Betrieb die volle Wirtschaftlichkeit erreicht und man kann ihm dann auch seine übrigen Wirtschaftsschulden durch einen mittelfristigen Kredit konsolidieren, um dem Betrieb Ruhe zu verschaffen. Sehr oft wird in diesen Fällen, in denen es sich um eine fehlerhafte Bewirtschaftung handelt, auch zu prüfen sein, ob nicht bis auf weiteres eine Aufsicht oder eine besondere Betreuung durch einen von der VdGB anerkannten Berufslandwirt zweckmäßig sein wird. Dies Beispiel zeigt, wie die Genossenschaft in jedem Fall Überlegungen anstellen muß, um ihre Kredithilfe unter allen Umständen produktionssteigernd einzusetzen.

Kürzlich ist folgender Fall bearbeitet worden:

Ein seit Jahren wirtschaftender Nichtlandwirt, der den großbäuerlichen Hof geerbt hat, ist allmählich kurzfristig weit über die vertretbaren Grenzen hinaus verschuldet. Außerdem ist er nicht in der Lage gewesen, seinen Betrieb ordnungsmäßig zu bestellen und den Viehbestand auf die erforderliche Höhe zu bringen. Die Folge sind auch erhebliche Ablieferungsschulden gewesen, so daß der Betriebsinhaber von allen zuständigen Stellen bereits gedrängt worden ist, Änderungen in der Bewirtschaftung vorzunehmen. Er hat daraufhin zunächst einen langfristigen Kredit bei der Deutschen Bauern-Bank beantragt, mit dem er seine kurzfristigen Schulden ablösen, das fehlende Vieh anschaffen

- 78 -

wollte.

Nach langwierigen Verhandlungen haben alle gehörten Stellen, darunter nicht nur die VdgB, sondern auch Kreisrat und örtlichen Parteidienststellen, ihr Einverständnis zu der vorgesehenen finanziellen Bereinigung unter der Voraussetzung gegeben, daß der Betriebsinhaber einer Betriebskontrolle unterstellt wird. Nachdem alles soweit geregelt war, u.a. war sogar eine Neuregelung der Ablieferungsverpflichtungen eingeleitet worden, erklärte der Betriebsinhaber, daß er nunmehr seinen Hof verkaufen wollte. Die Genossenschaft reagierte hierauf sofort mit einer Zurückziehung der zugesagten Kredithilfe, weil sie in diesem Verhalten des Betriebsinhabers sozusagen eine Undankbarkeit und auch einen Egoismus sah, weil sie glaubt, daß der Verkauf, und zwar zu einem günstigeren Preis, möglich geworden war, weil der Betriebsinhaber dem Käufer nach Konsolidierung seiner Wirtschaftsschulden eine günstigere Kaufabwicklung ermöglichte, denn er braucht nun entsprechend weniger Barmittel aufzuwenden. Die Deutsche Bauern-Bank hat jedoch anders entschieden. Es ist doch logisch, daß ~~xxxx~~nach all den vorausgegangenen langwierigen Verhandlungen mit dem Ergebnis einer bedingten und mit Auflagen verbundenen Kredithilfe es nur begrüßt werden muß, wenn ein minder qualifizierter Betriebsinhaber einem tüchtigeren Bauern Platz macht. Wir sparen dadurch den Betreuer und haben die Gewähr, die in jedem Fall notwendige Kredithilfe erfolgreich im Dienst der Produktion eingesetzt zu haben. Grundsätzlich geht es ja nicht darum, dem gerade wirtschaftenden Bauern das Eigentum an seinem Hof zu erhalten oder ihm einen besseren Verkauf zu ermöglichen, sondern es geht einzig und allein um die restlose Eingliederung aller bäuerlichen Betriebe in die Produktion im Interesse der Erfüllung unseres Fünfjahresplanes. Daß der Verkäufer einen besonderen Gewinn dabei erzielt, dürfte ebenfalls ausgeschlossen sein, weil der Käufer sich so oder so ausrechnen wird, wieviel Mittel ihm zur Verfügung stehen und wieviel er für den Kauf dieses Hofes anwenden kann. Im Übrigen ist es bekanntlich Aufgabe des Landrats, den Kaufvertrag zu genehmigen, wobei er - wie wir eingangs gehört haben - dafür sorgen muß, daß die Bedingungen für den Kauf in erster Linie also die Höhe des Kaufpreises - angemessen sind.

institut

und eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung in Zukunft zulassen.

Eine weitere Diskussionsfrage aus der Praxis ist im Zusammenhang mit der Kreditsicherung die Frage der Tierlebensversicherung geworden. Bekanntlich muß ein Kreditnehmer darauf achten, daß alle der Sicherung seines Kredites dienenden Objekte ausreichend gegen Feuerschaden, in der Landwirtschaft insbesondere die Ernte auch gegen Hagel, versichert sind. Dies Interesse muß so weit gehen, daß die Genossenschaft als Kreditgeber notfalls die Versicherungsprämie verauslagt und die zusätzliche Sicherung durch Abtretung der eventuellen Versicherungsansprüche erhalten bleibt. Viele Genossenschaften haben bei Gewährung von Krediten zum Ankauf von Vieh, neben der Sicherungsüberweisung auch den Abschluß einer Tierlebensversicherung gefordert. Manche Bauern haben sich damit abgefunden, viele haben wegen der Verteuerung ihres Kredites Einspruch erhoben, denn bekanntlich ist die Tierlebensversicherung wegen ihrer hohen Prämiensätze verhältnismäßig unbeliebt. Hierfür sind auch noch weitere Überlegungen maßgeblich. Der Bauer verzichtet auf eine Tierlebensversicherung deshalb, weil er in den meisten Fällen in der Lage ist, nach einer Notchlachtung vorzunehmen und dadurch wenigstens eine teilweise Verwertung erzielt. Die Differenz zwischen dem vollen Wert und dem durch eine Notchlachtung verursachten Minderwert schätzt er - und das mit Recht - in der Regel nicht höher als eine jahrelange hohe Prämienzahlung. Auch bei größeren Verlusten durch bestimmte Seuchen, steht dem Bauern ein Schadensanspruch aus dem staatlichen Tierseuchenfonds zu, an den er seine Beiträge außerdem zu entrichten hat.

Die Deutsche Bauern-Bank verlangt nach ihren Kreditrichtlinien grundsätzlich eine grundbuchliche Sicherung mittel- oder langfristiger Kredite, auch wenn sie nur zum Ankauf von ein oder zwei Kühen benötigt werden. Gegen diese Forderung haben wiederum viele Bauern Einspruch eingelegt, weil sie glauben, daß ihnen das zeitraubende und Kosten verursachende Eintragungsverfahren nicht zugemutet werden kann. Einige sind sogar bereit, zum Ausgleich die von einigen Genossenschaften bevorzugte Tierlebensversicherung

abzuschließen. Demgegenüber kann die Bauern-Bank vorläufig auf eine grundbuchliche Sicherung aus folgenden Überlegungen nicht verzichten:

Die Tierlebensversicherung ist keine vollwertige Kreditsicherung. Der Kreditnehmer kann das mit dem Kredit angeschaffte Tier gegebenenfalls selbst schlachten. Dann wird er keine Lebensversicherungsentschädigung erhalten. Er kann das Tier weiter verkaufen. Er kann seinen gesamten Betrieb aufgeben, ohne daß das Kreditinstitut eine Möglichkeit hat, seine Forderung dem Nachfolger auf dem Betrieb gegenüber geltend zu machen. Die Überwachung durch die Genossenschaften ist in der Regel nicht so eng, daß sie stets rechtzeitig von allen derartigen Vorgängen Kenntnis erhalten. Die grundbuchliche Sicherung ist auch deshalb notwendig, weil die Kreditnehmer in der Regel nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln einen Teil des Kaufpreises zu bezahlen. Eine Sicherungsübereignung mit Lebensversicherung würde ja nur dann eine ausreichende Sicherheit darstellen, wenn der Kaufpreis nur mit 50 - 60 % aus dem Kredit aufgebracht werden muß. Aber auch dann müßte sich die Genossenschaft noch von der sonstigen Belastung, besonders im Grundbuch überzeugen, weil ja ohne vorausgegangene Sicherungsübereignung jedes auf den Betrieb verbrachte Stück des Wirtschaftszubehör eingegliedert wird und dann zuerst dem Pfandrecht der eingetragenen Hypothekengläubiger unterliegt. Den Bauern selbst muß man durch eine klare Rechnung davon überzeugen, daß das Verfahren der Deutschen Bauern-Bank für ihn wesentlich vorteilhafter ist. Die Versicherungsprämien für Tierlebensversicherungen betragen etwa $4 \frac{1}{2}$ - 5 % der Versicherungssumme.

Legt man für den Ankauf einer Kuh einen Kredit in Höhe von 1.000,- DM zugrunde, so ergibt sich für die Eintragung der Grundschuld ein einmaliger Unkostenbetrag in Höhe von 19,- DM. - Legt man diese Unkosten auf die Höchstlaufzeit von 8 Jahren um, so wird der Kredit indirekt um 2,50 DM mit zusätzlichen Unkosten belastet.

Die Versicherungsprämie für je 1.000,- DM Versicherungssumme beträgt allein in einem Jahr 45,- DM, in 8 Jahren zusätzlich 360,- DM, d.h. über $\frac{1}{3}$ des gesamten Kredites.

- 81 -

Man muß also vielmehr dem Bauern recht geben, der der Genossenschaft eine unnütze Kreditverteuerung vorwirft, wenn sie für die Sicherung den Abschluß einer Tierlebensversicherung verlangt. Es liegt natürlich die Frage nahe, weshalb dann die Tierlebensversicherung eine so hohe Prämie fordert, während in der Regel Versicherungsprämien doch nur etwa 1 bis 1,5 % der Versicherungssumme betragen. Das liegt offenbar daran, daß nur Spezialbetriebe, die mit einem größeren Risiko in ihrer Tierhaltung rechnen müssen, von einer Lebensversicherung Gebrauch machen. Dazu gehören zum Beispiel Betriebe, die sehr viel Holzfuhrten durchführen oder Zuchtierhalter, die mit außergewöhnlich hohen Wiederbeschaffungskosten gegebenenfalls rechnen müssen, die durch den Mindererlös bei einer Not Schlachtung bei weitem nicht gedeckt werden können. Die Folge ist, daß der Kreis der Versicherungsinteressenten verhältnismäßig klein ist und dadurch die Prämien relativ hoch werden. Vielleicht haben Sie ebenfalls beobachtet, daß in der letzten Zeit bereits in der Presse die Frage einer Tierlebens-Pflichtversicherung diskutiert wird. Vielleicht läßt sie sich mit der Feuerversicherung verbinden. Da mit einer Pflichtversicherung sofort der Kreis der Versicherungsnehmer außerordentlich groß wird, muß das zu einer erträglichen Versicherungsprämie führen.

Aus dieser Frage ersehen wir, daß die Interessen des Kreditnehmers und des Kreditgebers noch längst nicht überall voll aufeinander abgestimmt werden konnten. Bis zur Entscheidung der Frage über die Tierlebens-Pflichtversicherung wird man eventuellen Einsprüchen der Bauern gegen die verlangte Kreditversicherung und die damit verbundenen Unkosten am besten mit der tatsächlichen Unkostengestaltung entgegen treten.

Aus diesen wenigen Beispielen erkennen wir, daß weder unsere Regierungsstellen noch die Deutsche Bauern-Bank in Bestimmungen und Richtlinien alles bis ins einzelne regeln und vorschreiben können. Die Geschäftsführer unserer Genossenschaften und alle im genossenschaftlichen Kreditwesen mitarbeitenden Kollegen tragen daher eine außerordentlich große Verantwortung im Zuge unseres Wirtschaftsaufbaues. Sie sollen in jedem Fall sich selbst über Ihre Verpflichtungen klar sein und die sich daraus ergebende Entscheidung

- 82 -

gegebenenfalls treffen und dabei das Ziel unserer landwirtschaftlichen Produktionssteigerung nicht aus den Augen verlieren. Sie sind dazu berufen, aufklärend und werbend in Verbindung mit Ihrer Arbeit auf die bäuerlichen Mitglieder einzuwirken, Sie sollen auch den letzten überzeugen, und zwar nicht nur durch Worte, sondern durch Taten. Selbst der letzte Bauer wird auf die Dauer gegen ideelle und materielle Hilfe seinen Trotz nicht behaupten können. Hat er aber erst einmal wieder volles Vertrauen zu seiner Genossenschaft gefaßt, braucht uns allen um die künftige Entwicklung unserer bäuerlichen Betriebe und unsere landwirtschaftliche Produktion nicht bange zu sein. Um Ihnen zum Schluß noch einen Begriff von dem Anfang der vor uns liegenden Produktionsaufgaben zu geben, nur noch zwei Zahlen.

In Deutschland mußten vor 1939 etwa 65 Millionen Menschen von 27 Millionen Hektar ernährt werden. Es entfielen auf den Kopf der Bevölkerung 0,42 ha landw. Nutzfläche. Seit 1945 bemühen wir uns ^{in der DDR} für etwa 20 Millionen Menschen die Ernährung von 6,5 Millionen Hektar zu bewältigen. Die Fläche ist mit 0,33 ha auf den Kopf der Bevölkerung um etwa 20 % kleiner als vor dem Krieg. Wenn wir dazu berücksichtigen, daß wir uns vor dem Krieg nur zu etwa 80 % aus der eigenen Erzeugung ernähren konnten, sind wir heute natürlich dazu noch nicht in der Lage, wenn wir erst die alten Hektarerträge aus der Zeit vor dem Krieg wieder erreicht haben. Es ist also notwendig, wie im Fünfjahresplan vorgesehen, unsere Erträge weit darüber hinaus zu steigern. Ganz grob gerechnet, müssen es 50 % mehr werden. Und daß dies durchaus möglich ist und wir uns auf dem besten Weg dazu befinden, beweist uns die Entwicklung unserer Viehbestände in den bäuerlichen Betrieben, die nach Erreichung der vorhin bereits errechneten Durchschnittshöhe ohne weiteres die notwendigen Voraussetzungen hierzu besitzen.



